

Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten
Band 12

Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe
des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Herausgegeben von der Abteilung Bildung und Forschung

Redaktion:
Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann

Reinhard Buthmann

Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena

Die Staatssicherheit und das Scheitern
des Mikroelektronikprogramms

Mit einem Vorwort von Walter Süß

Ch. Links Verlag, Berlin

Ch.Links

Die Meinungen, die in dieser Publikationsreihe geäußert werden,
geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Buthmann, Reinhard: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena :

Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms /

Reinhard Buthmann. – 1. Aufl. – Berlin : Links, 1997

(Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des

Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ; 12)

ISBN 3-86153-153-4

NE: Deutschland / Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der Ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik:

Wissenschaftliche Reihe des ...

1. Auflage, Dezember 1997

© Christoph Links Verlag – LinksDruck GmbH

Zehdenicker Straße 1, 10119 Berlin, Tel.: (030) 449 00 21

Reihenentwurf: KahaneDesign, Berlin

Satz: Ch. Links Verlag

Druck- und Bindearbeiten: WB-Druck, Rieden am Forggensee

ISBN 3-86153-153-4

Inhalt

Vorwort	7
1. Einleitung	10
2. Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und die Objektdienststelle Zeiss Jena im Banne der Hochtechnologie Mikroelektronik	14
2.1. Das Mikroelektronikprogramm der DDR: Fortsetzung einer Misere im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena	14
2.2. Die Objektdienststelle Zeiss Jena: Platz und Rolle in der Struktur des MfS	32
3. Die Kadersicherung	41
3.1. Der Schutz der Staatsgeheimnisse – die Rechtsgrundlagen	43
3.2. Die Instrumente „Schwerpunktbereich“ und „Sicherungskonzeption“	48
3.2.1. Die Sicherungskonzeptionen des MfS	51
3.2.2. Die staatlichen Sicherheitskonzeptionen	56
3.3. Struktur und Elemente der Kadersicherung	58
3.3.1. Die Struktur	58
3.3.2. Die Sicherheitsüberprüfungen	61
3.3.3. Die Sicherheitsbeauftragten	63
4. Die Kadersicherung im Spiegel von MfS-Archivalien der Jahre 1985 bis 1989	66
4.1. Altes Feindbild	67
4.2. 1985: Die Profilierung	75
4.3. 1986: Der Zeissbrief	85
4.4. 1987: Die Stornierung	100
4.5. 1988: Die Übergabe	110
4.6. 1989: Der Zusammenbruch	119
5. Resümee	128

6.	Verzeichnis der Dokumente	134
6.1.	Grundsatzdokumente zur Kadersicherung und zur Sicherung der Volkswirtschaft in den achtziger Jahren	134
6.2.	Dokumente zur „politisch-operativen Bearbeitung“ von Carl Zeiss Jena	134
Anhang		
	Abkürzungsverzeichnis	252
	Angaben zum Autor	256

Vorwort

Die Industrie der DDR wies gegenüber der bundesdeutschen Konkurrenz Produktivitätsrückstände auf, die sie – das wurde mit der Währungsunion im Sommer 1990 schlagend sichtbar – auf dem freien Markt weitgehend konkurrenzunfähig machte. Das galt auch für das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, obwohl und gerade weil es sich um einen Firmenkomplex im high-tech-Bereich handelte. Als Ursache für die geringere Produktivität von Betrieben im ehemals „sozialistischen Lager“ wird von Ökonomen in der Regel auf die Innovationsfeindlichkeit bürokratischer Verwaltungswirtschaften verwiesen, Soziologen sprechen eher von Entdifferenzierung unter dem totalitären Führungsanspruch der kommunistischen Parteien, die die Entfaltung der Eigenpotentiale gesellschaftlicher Subsysteme verhindert hätte. Beides ist grundsätzlich zutreffend, bedarf aber – wie in dieser Studie gezeigt wird – der Ergänzung.

Die DDR war in den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren wie alle RGW-Staaten mit dem Problem konfrontiert, daß sie auf dem Weltmarkt beim Absatz höherwertiger Industrieprodukte immer weiter zurückblieb. Die Erlöse wurden geringer und der Umsatz schrumpfte. Zugleich wurde in der Spirale des Wettrüstens ein technologisches Niveau erreicht, bei dem mitzuhalten den osteuropäischen Staaten unmöglich war – wegen ihrer Systemdefizite, aber auch wegen der Embargomaßnahmen des Westens (COCOM), der sie vom Markt für technologisch höchstentwickelte Produkte weitgehend abschnitt. Diese drei Problemfelder vermischten sich im VEB Carl Zeiss Jena in exemplarischer Weise. Ein viertes Problem kam hinzu: die Staatssicherheit.

Die Staatssicherheit bestimmte die Sicherheitsmaßnahmen, die im Kombinat zu beachten waren, wobei der militärische Charakter eines wachsenden Teils der Produktion ebenso Anlaß zu besonders restriktiven Regelungen war, wie die Geheimhaltung der Beschaffung von Embargogütern. Der von Apologeten der Rüstungsindustrie allerorts postulierte spill-over militärtechnischer Innovationen in die zivile Produktion wurde auch von den SED-Funktionären in Aussicht gestellt, tatsächlich hat er bei Zeiss Jena in anderer Hinsicht stattgefunden: als Ausweitung der überdehnten Geheimschutzvorschriften im Bereich der Rüstungsproduktion auf die zivile Fertigung.

Die vorliegende Fallstudie wurde zwar von keinem Zeissianer, aber dennoch von einem Insider geschrieben: Reinhard Buthmann hat in den achtziger Jahren als Naturwissenschaftler in einem Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR im Hochtechnologiebereich (Optoelektronik) gearbeitet. Als Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten hat er natürlich besonderes Augenmerk auf die Aktivitäten der Staatssicherheit gelegt, aber das ist dem Gegenstand nicht äußerlich. Buthmann stellt aus-

föhrlich dar, welche verhängnisvollen Auswirkungen die Sicherheitsmanie der Staatssicherheit auf Auswahl und Motivation der Beschäftigten hatte. Dabei handelte es sich nicht um eine Entdifferenzierung im oben erwähnten Sinne, sondern um die Ausdehnung geheimdienstlicher und geheimpolizeilicher Normen auf Bereiche, die dadurch in ihrer Funktionsfähigkeit – zusätzlich zu den Schwächen bürokratischer Planwirtschaft – blockiert wurden. Die Staatssicherheit beeinflusste nicht nur die Personalauswahl im Rahmen der „Kadersicherung“, sondern sie versuchte selbst auf die Arbeitsorganisation Einfluß zu nehmen. Der Schlüsselbegriff dabei war die Einhaltung der „definierten Bedingungen“. Dabei ging es um eine Art „Stasi-Taylorismus“, der freilich nicht, wie im amerikanischen Modell, der Rationalisierung von Arbeitsvorgängen durch ihre möglichst weitgehende Zergliederung diene, sondern auf die Perfektionierung von politischer Kontrolle durch individuelle Zurechenbarkeit bei Fehlproduktion zielte. Ob es sich dabei um eine besondere Hypertrophie des Überwachungsstaates handelte, um ein Spezifikum im Sektor Hochtechnologie oder um ein generelles Phänomen, könnten nur Fallstudien in anderen Wirtschaftssektoren zeigen. Es wäre im übrigen ein Mißverständnis, wollte man daraus auf eine Steuerungsfunktion des MfS im Gesamtsystem schließen. Es war dies vielmehr eine Expansion des Subsystems Staatssicherheit in ein anderes Subsystem, um die eigenen Ziele ohne Rücksicht auf die dort verursachten Kosten zu realisieren, nicht aber um deren Leitungsstruktur zu ersetzen.

Die Studie enthält auch Aspekte, die nicht unmittelbar mit der Staatssicherheit zusammenhängen, die aber anhand von deren Hinterlassenschaft – und von Materialien aus dem SED-Archiv – besser beleuchtet werden können. Der Anteil militärischer Forschung, Entwicklung und Produktion bei Zeiss Jena, die ihren Höhepunkt Mitte der achtziger Jahre erreichte, läßt sich nun ebenso genauer bestimmen wie die Verflechtung von militärischer und ziviler Produktion. Seinerzeit gab es die Vermutung, die ganze Mikroelektronik der DDR sei eines der Potemkinschen Dörfer des Sozialismus (vgl. den Beitrag von H. Voigt in der Zeitschrift „Gerbergasse 18“, Heft 3/1996). Buthmann zeigt detailliert, wie weit Propaganda und Realität auseinanderklafften, aber auch welche geradezu verzweifelten Anstrengungen die Zeissianer unternahmen, um unter Bedingungen, die die wissenschaftliche Kreativität geradezu erstickten, doch noch den Anschluß zu erreichen. Ende der achtziger Jahre ist dann allerdings die Frustration übermächtig geworden. Das war nicht nur ein Ergebnis der Aktivitäten der Staatssicherheit, sondern auch des diktatorischen Führungsstils von Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Biermann, dem Generaldirektor dieses Kombinats und Vertrauten des SED-ZK-Sekretärs Günter Mittag. Es gibt auch darüber viele Gerüchte. Die Meldungen und vor allem Klagen inoffizieller Mitarbeiter aus seinem Umfeld haben den Vorzug von Augenzeugenberichten. Es zeigt die Machtgrenzen der Staatssicherheit, daß diese Berichte keine Konsequenzen hatten.

Die Studie wird ergänzt durch einen ausführlichen Dokumentenanhang. In einem ersten Teil werden Grundsatzdokumente zur Kadersicherung publi-

ziert, die besonders für die Wirtschaft in den achtziger Jahren von prägender Bedeutung waren und die normative Grundlage für die zuvor geschilderte lähmende Hypertrophie von Überwachung und Geheimnisschutz bildeten. Es sind Beschlüsse und Richtlinien von SED, Ministerrat und MfS, die zeigen, daß die Staatssicherheit keinesweg allein für dieses Phänomen verantwortlich war. Zugleich weist vor allem die Richtlinie zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen weit über den Bereich der Hochtechnologie hinaus: Sie war für jeden DDR-Bürger, der – vielleicht ohne es zu wissen – beruflich mit „sicherheitsrelevanten“ Aspekten in Berührung kam von oft einschneidender Relevanz: als ihm unbekanntes Normengefüge, an dem seine Verlässlichkeit gemessen wurde, um über Reisegenehmigungen, Beförderungen und ähnliches zu entscheiden. Im zweiten Teil wird die „politisch-operative Bearbeitung“ von Carl Zeiss Jena mit Originalquellen dokumentiert und illustriert, die zugleich manch interessantes Schlaglicht auf das Innenleben dieses Kombinats werfen.

Walter Süß

1. Einleitung

Mit großem propagandistischen, materiellen, personellen und finanziellen Aufwand suchte die SED in den achtziger Jahren den Herausforderungen der modernen Wissenschaft und Technik – namentlich der Hochtechnologie Mikroelektronik – gerecht zu werden. Hierfür wurde, nach DDR-Sprachgebrauch, das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena zum „Kombinat der Hochtechnologie profiliert“. Die Mikroelektronik ist nach wie vor ein Zentrum wissenschaftlich-technologischer und politisch-wirtschaftlicher Bemühungen in den wichtigsten Industriestaaten. Es gibt seit den siebziger Jahren kaum einen volkswirtschaftlich bedeutsamen Zweig, der nicht von der stürmischen Entwicklung dieser Branche berührt wäre. Der Markt für Halbleiter, dem Basiselement der Mikroelektronikindustrie, wächst weiter rasant. Für die Jahrtausendwende wird mit einem Umsatz von zirka 300 Milliarden Dollar gerechnet.

Grundsätzlich reicht die Erzeugnispalette dieser Branche von elektronischen Konsumartikeln aller Art (z. B. Unterhaltungselektronik und Computertechnik) über hochmoderne militärische Ausrüstungen (z. B. für Raketenabwehrsysteme und Tarnkappenbomber) bis hin zu bereits fast gegenständlichen Phänomenen wie virtuelle Welten oder Cyberspace. Es ist nicht nur irgendeine Branche, es ist die Branche schlechthin. Keine Frage also, daß der Kampf um die Vorherrschaft in dieser Wissenschaft und Industrie besonders ausgeprägt war und ist. Die Vorherrschaft konnten die sozialistischen Länder für sich allenfalls im Traum konzipieren. Sie hatten alle Hände voll zu tun, um den traditionell hohen Rückstand auf dem Gebiet der Elektronik einigermaßen stabil und begrenzt zu halten. Das gelang schließlich immer weniger. 1989 lag die DDR hoffnungslos um mehrere technologische Generationen zurück. Sie hinterließ Investitionsruinen, ineffiziente und halbfertige technologische Abläufe und Tausende demotivierter Wissenschaftler, Angestellte und Arbeiter. Infolge des „Elektronikbooms“ vernachlässigte sie zudem andere volkswirtschaftliche Branchen, so daß der Verfall eigener guter Traditionsbestände, wie die in Optik und Gerätetechnik sowie im Maschinenbau, noch beschleunigt wurde.

Dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wuchs auf dem Gebiet der Sicherung der Elektronikforschung und -industrie eine gigantische Aufgabe zu. Unter der Überschrift der Durchsetzung des Geheimnisschutzes mußte es Sorge dafür tragen, daß das, was in den Instituten und Betrieben an Forschung, Entwicklung und Produktion realisiert wurde, nach außen getarnt und nach innen legendiert werden konnte. Gleichzeitig mußte der wahre Stand verschleiert, die wahren Ziele verheimlicht und vom „Gegner“ die wertvollen Produkte dieser Branche beschafft werden. Ins Zentrum all dieser Bemühun-

gen rückte demzufolge der Argwohn gegenüber dem Personal in diesen Einrichtungen.

Viele DDR-Bürger – zumal in wichtigen Bereichen der Forschung, Entwicklung und Produktion – hielten eine „Kaderpolitik“ ohne Einfluß des MfS für nicht denkbar, für sie existierte eine enge personelle Verquickung von Partei, Staat und MfS. Mit der Möglichkeit der Einsichtnahme in Aktenbestände des MfS wuchs die Gewißheit, daß dem MfS eine dominierende Rolle in Fragen der praktischen Personalpolitik zukam. Unter Zuhilfenahme lediglich der „Betroffenenakten“ erwiesen sich die Grenzen sowohl zwischen offiziellen und inoffiziellen Kontaktarten als auch zwischen Parteifunktionären, staatlichen Leitern und dem MfS als konturenschwach und somit schwer bestimmbar. Ebenso blieben das Ausmaß und die arbeitsteilige Organisationsstruktur dieser „Kaderpolitik“ unklar. Folglich konnten emotionale und tagespolitisch motivierte Bewertungen wie „Parteifilz“ oder „Willkür des MfS“ nicht hinreichend bestätigt oder ausgeräumt werden. Die vorliegende Arbeit versucht hier Abhilfe zu schaffen, indem Rechtsnormen und Regimeregulungen des MfS, etwa in der Frage des Geheimnisschutzes oder der in-offiziellen Arbeit vor Ort, berücksichtigt werden. Die Frage nach den entsprechenden normativen und empirischen Daten sowie deren Koinzidenz soll den Platz des MfS in der Personalpolitik der DDR besser bestimmen helfen.

Grundsätzlich sei vorab darauf hingewiesen, daß die wichtigsten wirtschafts- und personalpolitischen Entscheidungen in einem engen Zirkel um Erich Honecker getroffen wurden. Die seit den sechziger Jahren historisch gewachsene und etablierte Führungsschicht der Partei setzte gemäß dem staatlichen Zentralismus die Beschlüsse des Politbüros strikt um. Diesbezügliche Konflikte in der Nomenklatura hat es eher selten gegeben¹, und technokratisch-pragmatisch gehandelt wurde nur – wenn überhaupt –, wo dies ohnehin in den Rahmen der parteiideologischen Linie paßte. In der Schlußphase der DDR, etwa seit 1988, mag es, was letzteres und die Homogenität in der Administration betrifft, Aufweichungsprozesse und Irritationen gegeben haben, kurz: die Herrschaftsmechanismen versagten zunehmend.²

Dem MfS kam im Bereich der Volkswirtschaft die Aufgabe zu, den Willen der Partei- und Staatsführung mit spezifisch tschekistischen Mitteln und Methoden – absichernd – durchsetzen zu helfen. So ist es kein Zufall, wenn einerseits das MfS per Selbstverständnis, Legitimation und operativen Er-

1 So etwa im Verhältnis von Günter Mittag zu Gerhard Schürer; vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/10), BStU, Berlin 1996, S. 76.

2 Vgl. Hermann Weber: Die Geschichte der DDR, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten und die DDR-Geschichte auf dem 39. Historikertag 1992, Berlin 1993, S. 19–34, hier 28–30. Siehe auch Andreas Niemann und Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil I), BF informiert 12, BStU, Berlin 1996, S. 8–18.

kenntnissen maßgeblich und permanent in Personalfragen eingriff, und dies oftmals rigide und scheinbar ohne jedes Augenmaß, andererseits aber „versagte“, wenn es um Personen von Honeckers Gnaden und deren fragwürdigen Entscheidungen und Managementqualitäten ging, wie im Falle des überaus autoritären Generaldirektors des Kombinates Carl Zeiss Jena, Wolfgang Biermann.

So übten schon früh einflußreiche inoffizielle Mitarbeiter massiv, hart und schlüssig Kritik am Führungsstil Biermanns, dessen Amtsübernahme Ende 1975 bald von mehreren Suiziden überschattet werden sollte. Der Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Carl Zeiss, Gerhardt Ronneberger alias inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Saale“, berichtete bereits am 3. März 1976, nach nur viermonatiger Tätigkeit Biermanns, dem Leiter der Hauptabteilung (HA) XVIII, Abteilung 8 (künftig: XVIII/8), Oberstleutnant Artur Wenzel, über diesbezügliche Erfahrungen, die erstaunlicherweise alle wesentlichen Aspekte künftiger Kritik ausführlich und konkret vorwegnahmen (diskriminierend, beleidigend, demotivierend etc.). Danach, so „Saale“, proklamierte Biermann folgenden „besonderen Arbeitsstil“:

„Ich werde euch Leitern allen die Schlinge um den Hals legen; ich werde diese Schlinge zuziehen, und dann hinterher wieder öffnen, damit ihr seht, wie schwer es sich, ohne Luft zu atmen, lebt und wie angenehm es sich anschließend wieder lebt, wenn man wieder Luft einatmen kann.“³

Dieser Stil Biermanns scheint in der Tat bis 1989 für ihn charakteristisch gewesen zu sein, glaubt man den vom MfS dazu zahlreich erarbeiteten Informationen. Eine Empfehlung von seiten des MfS, etwa durch den Leiter der Objektdienststelle (OD) Zeiss Jena, an den Leiter der Hauptabteilung XVIII/8 respektive an Erich Mielke und somit an das Zentralkomitee der SED, Biermann abzusetzen, ist hingegen nicht überliefert. Ganz anders verfuhr es im Umgang mit rangniedrigerem Personal. Das entsprach letztlich haargenau dem Prinzip des Nomenklatursystems⁴: Biermann war – als Mitglied des ZK der SED – von unten nicht absetzbar, also auch nicht vermittelt der Leiter der in Frage kommenden Dienststellen des MfS. Pikant ist, daß eben dieser Generaldirektor mit dem Leiter der Objektdienststelle regelmäßig Maßnahmen zur Personalpolitik – unter dem Gesichtspunkt von Sicherheit und Geheimnisschutz – für eine effektivere Forschung, Entwicklung und Produktion abstimmt.

Die vorliegende Arbeit liefert den Nachweis, daß das MfS in der „Schlacht um die Elektronik“ in personalpolitischer Hinsicht involviert war, und zeigt, in welchem Widerspruch Zweck und Ziel dieser Eingriffe zu Erfordernissen und Ertrag nach wissenschaftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien standen. Allein aus dieser Perspektive wird deutlich, daß das MfS als ein

3 HA XVIII/8, IM „Saale“ an Oberstleutnant Artur Wenzel vom 4.3.1976 (Tonbandabschrift): „Zusammenfassender Bericht über die Tätigkeit des Genossen Biermann“; BStU, ZA, AIM 10823/91, 3 Bde., hier Bd. 3, Bl. 159–188, Zitat Bl. 160.

4 Vgl. Weber: Geschichte der DDR, S. 28.

allererst störender Bestandteil der DDR-Volkswirtschaft angesehen werden muß, und daß jedes Außerachtlassen des MfS bei analytischen Arbeiten zur Effizienz sozialistischen Wirtschaftens notwendig zu teils erheblichen Schief-lagen führen muß.

Im Mittelpunkt dieser Abhandlung stehen vor allem folgende Frage-stellungen:

- Auf welchen normativen Grundlagen beruhte und mit welchen Mitteln sowie Methoden erfolgte die Kadersicherung durch das MfS?
- Woran bemaßen sich Bedeutung und Grad der Kadersicherung?
- Welchen Platz besaßen und welche Rolle spielten bei der Kadersicherung die inoffiziellen Mitarbeiter?
- In welchem Verhältnis stand die Kadersicherung zur Sicherung von For-schung, Entwicklung und Produktion?
- Was bewirkte die Kadersicherung als Personalselektion?
- Was bedeutete die Kadersicherung für die Kommunikations- und Informa-tionsstruktur vor allem in den Bereichen von Forschung und Entwicklung und damit für den Innovationsprozeß?

Die Anregung für diese Arbeit verdanke ich dem früheren Leiter der Abtei-lung Bildung und Forschung, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke. Mein aufrich-tiger Dank gilt Regina Teske, die mit ihrem redaktionellen Geschick ebenso zum Gelingen des Buches beitrug, wie Claudia Retemeyer vom Zentralarchiv und Renate Ellmenreich vom Archiv der Außenstelle Gera. Mein besonderer Dank gilt Dr. Walter Süß für seine engagierte wissenschaftliche Betreuung.

Die Arbeit widme ich allen Zeissianern, die trotz schwieriger Bedingungen und mancher Brüche in ihrer Arbeit den guten Ruf von „Zeiss Jena“ über die Jahrzehnte hin erhalten haben.

2. Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und die Objektdienststelle Zeiss Jena im Banne der Hochtechnologie Mikroelektronik

2.1. Das Mikroelektronikprogramm der DDR: Fortsetzung einer Misere im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena

Die Mikroelektronikentwicklung bis 1984

Kaum eine wissenschaftlich-technische Disziplin ist so auf eigenständig gewachsene Erfahrung und technologische Kontinuität angewiesen wie die Elektronik. Zwei Komponenten sind hierbei von ausschlaggebender Bedeutung: einmal der subjektive Faktor Mensch (Kreativität, Freiheit der Forschung), zum anderen die industriellen und wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen (Informationsaustausch, Wettbewerb, Innovationspolitik, Markt). Beide Komponenten sind, und das bezeichnet insbesondere das Grunddilemma der „Kaderpolitik“⁵ der SED, in der DDR geradezu fahrlässig mißachtet bzw. umgedeutet worden.⁶ Und in beiden war das MfS als kaderpolitisches Exekutivorgan der Partei verwickelt.

Ein Blick in die Elektronikgeschichte der DDR weist eine erstaunliche Kontinuität im Mangel der beiden Komponenten auf. Lediglich das Ausmaß dieser so fehlerhaften Wissenschafts- und Technologiepolitik gewann in den achtziger Jahren an Dynamik und dürfte somit einen nicht unerheblichen Anteil am Niedergang der DDR gehabt haben.

Ein führender Elektronikwissenschaftler der DDR, Professor [A]⁷, legte bereits im Jahre 1957 in einem inoffiziellen Bericht zum Stand der Transistorfertigung⁸ in der DDR mannigfache Probleme dar, die sich wie eine Vorwegnahme vieler wichtiger Aspekte lesen, mit denen das MfS bei der Sicherung der künftigen Hochtechnologieprojekte befaßt war. So monierte er erhebliche Lieferprobleme des Elektronikherstellers Teltow, weil dieser die benötigten Transistoren mangels Fertigungskapazitäten in „Handarbeit“ her-

5 Die „Kaderpolitik“ der DDR ergab „sich aus der Strategie und Taktik der Politik der SED“ und beanspruchte vor allem die „zielstrebige Auswahl, Erziehung, Qualifizierung und die richtige Verteilung der Kader“ entsprechend der „politischen Zielstellung“, in: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1973, S. 389f.

6 Vgl. Fred Klinger: Soziale Statik und Dynamik in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 46–47/1985, S. 19–35.

7 HA III/IV/3, Bericht des IM „Electronicus“ (später „Bernhard“) vom 3.5.1957: „Zum Stand der Transistorfertigung in der DDR“, BStU, ZA, AIM 15367/60, Teil II, Bd. 1, Bl. 34–36.

8 Der Transistor erlangte in den fünfziger Jahren Produktionsreife, nachdem erste vielversprechende theoretische Arbeiten in den dreißiger Jahren durchgeführt worden waren. Bereits in den sechziger Jahren kam es zu einer breiten Anwendung der Halbleitertechnik im Konsumgüterbereich (Transistorradio) und in der Militär- und Raumflugtechnik.

stellen mußte, auch fehlte das Basismaterial Germanium. Zudem führten gestrichene Investitionsmittel dazu, „daß teilweise Maschinen nur zugedeckt unter freien Himmel“ standen und „kein Dach über neugebauten Räumen“ war. Und da die DDR bei Nichtlieferung „im internationalen Rahmen nicht mehr konkurrenzfähig“ sein würde, habe man eben „durch Sonderaktion“ die fehlenden Transistoren „als Westimport beschafft“⁹. Bleibt noch hinzuzufügen, daß die konkreten Entwicklungsaufgaben, um die es in diesem Bericht ging, größtenteils einen militärischen Hintergrund hatten (sechs von acht Aufgaben). Dabei erwartete der Berichtersteller, daß in Erfüllung der programmatischen Aussagen auf der 3. Parteikonferenz der SED – vom 24. bis 30. März 1956 – zur verstärkten Förderung von Elektrotechnik und wissenschaftlichem Gerätebau, „die DDR als zweites Land des sozialistischen Lagers [...] etwa fünf Typen fertigen“ könne und somit Chancen für den Export¹⁰ erhalte. Diese optimistische Argumentationsweise hat sich analog dem permanenten Mangel und der Mißwirtschaft bis zuletzt nicht geändert.

Bereits in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre entwickelte sich die Halbleiterelektronik in den führenden Industriestaaten stürmisch und gewann große wissenschaftlich-technische und volkswirtschaftliche Bedeutung. Nach der Produktionsreife des Transistors und der Entwicklung der ersten integrierten Schaltkreise 1958¹¹, leitete der erste programmierbare „Mikrochip“ im Jahre 1971¹², der allerdings mit nur vier Bit noch recht große Dimensionen aufwies, die nächste Etappe ein. Ende der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre begann dann die effiziente Produktion hochintegrierter Schaltkreise auf immer kleineren Flächen, die schließlich zur sogenannten Höchstintegration führte.¹³

Aber auch in diesen Jahren setzten sich die üblichen Mangelerscheinungen und nicht zuletzt die Exportdefizite der DDR-Elektronik fort. Eine Information¹⁴ des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik (MEE) zum Produktionsstand von Bauelementen der Halbleitertechnik und Mikroelektronik, in Vorbereitung der 6. Tagung des ZK der SED im Jahre 1977¹⁵, verwies auf die grundsätzliche Bedeutung des Mikroelektronikprogramms der DDR, aber

9 Bericht des IM „Electronicus“, Bl. 34–36, (Anm. 7).

10 Ebenda, Bl. 34.

11 Durch Jack Kilby und Robert Noyce von Texas Instruments und Fairchild Semiconductors.

12 Von Robert Noyce gemeinsam mit Gordon Moore in ihrer eigenen Firma „Intel“ entwickelt.

13 Wir wollen hier den sogenannten 64-Kilobit-Speicher als erste Stufe der hochintegrierten Schaltkreise bezeichnen (sogenanntes Technologieniveau 3) und, beginnend mit einem Megabit (entspricht Technologieniveau 5 mit 106 Bit Speicherkapazität und einer Strukturbreite von 1µm), von Höchstintegration sprechen. Der DDR gelang es bis zuletzt nicht, das Technologieniveau 4, das ist der 256-Kilobit-Speicher, ökonomisch effektiv in Massenproduktion zu realisieren.

14 ZAIG vom 11.4.1977: „Information über den Vorschlag Kompensationsvorhaben ‘Komplex von Fabrikationsanlagen für Bauelemente der Halbleitertechnik und Mikroelektronik’ des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik (MEE)“; BStU, ZA, ZAIG 2666, Bl. 1–6.

15 Die 6. Tagung des ZK der SED markierte den Willen zum forcierten Ausbau der vernachlässigten Mikroelektronik. Diesem sogenannten „Mikroelektronikplenum“ ging im Dezember 1976 die 4. Tagung voraus, auf der der Rückstand in der Mikroelektronik eingestanden wurde.

auch auf verschiedene neue Schwierigkeiten. Zum einen sei der Import von kompletten Fabrikationsanlagen wegen der „strengen Embargobestimmungen“¹⁶ schwierig, weil „der militärisch-industrielle Komplex der USA [...] der Mikroelektronik eine absolute Vorrangstellung“¹⁷ einräume. Zum anderen stelle die UdSSR ihr Potential „aus militärstrategischen Überlegungen [...] nur in begrenztem Umfang [...] zur Verfügung“. Hiermit sind zugleich zwei wesentliche Momente des Sicherungsauftrages des MfS umrissen, die die Anforderungen an den Geheimnisschutz und damit an die Kadersicherung erhöhten: die Embargoumgehung und der militärpolitische Hintergrund.

In diesem Papier heißt es, „daß die gesamten Arbeiten in Vorbereitung der 6. Tagung des ZK der SED sowie die Arbeitsschritte zur Realisierung der strategischen Zielstellung der DDR im Bereich der Mikroelektronik stärker den Bedingungen des Geheimnisschutzes unterworfen werden müssen. Dem Gegner bekannt werdende Kenntnisse über den Entwicklungsstand bzw. Maßnahmen zur Realisierung der Vorhaben gefährden und erschweren die Erfüllung des Gesamtprogramms.“¹⁸

1978 wurde das Kombinat Mikroelektronik Erfurt gegründet, ein wichtiger Kooperationspartner des Kombinates Carl Zeiss Jena, das gemeinsam mit diesem das Elektronik-Hochtechnologieprogramm¹⁹ der DDR im wesentlichen zu tragen hatte. Dessen Generaldirektor Heinz Wedler faßte in einem vertraulichen Material „die erreichten Ergebnisse bei der Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik seit der 6. Tagung“²⁰ zusammen. Danach genügte zur Erreichung des fortgeschrittenen internationalen Standes das Tempo in Wissenschaft und Technik nicht den volkswirtschaftlichen Anforderungen; 16-Bit-Prozessoren und hochintegrierte Speicherschaltkreise könnten erst nach drei bis vier Jahren bereitgestellt werden:

„Das wissenschaftlich-technische Niveau der Ausrüstungen, die technologische Disziplin und die wissenschaftlich-technische Durchdringung des Herstellungsprozesses von Halbleiterbauelementen gewährleisten noch nicht,

16 Zur Durchsetzung des Embargos nutzten die westlichen Staaten unter Federführung der USA das Instrument des COCOM (Coordinating Committee for Multilateral Export Controls), dem am 22.11.1949 in Paris gegründeten Koordinierungskomitee für mehrseitige Exportvorhaben. Die Embargobestimmungskriterien sind mehrmals verschärft worden.

17 Information über den Vorschlag Kompensationsvorhaben vom 11.4.1977, Bl. 2, (Anm. 14).

18 Ebenda, Bl. 3. Laut Verteilerschlüssel an Alexander Schalck-Golodkowski (OibE und Leiter der KoKo), Rudi Mittig (Stellvertreter Mielkes) und Markus Wolf (Leiter der HV A).

19 Das Hochtechnologieprogramm im Kombinat Carl Zeiss Jena widmete sich vor allem den Innovationen der Mikro- und Optoelektronik. Hochtechnologien wie z. B. die Biotechnologie oder die Datenverarbeitung wurden in anderen Einrichtungen betrieben. Unter Hochtechnologien werden allgemein jene Innovationen gezählt, die zukunftsweisend den modernen Stand des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verkörpern sowie eine hohe Arbeitsproduktivität und Rationalisierung in der technischen und informationellen Gestaltung wirtschaftlicher Abläufe und Verfahren zu garantieren versprechen.

20 VEB Kombinat Mikroelektronik Erfurt, Generaldirektor Dr. Heinz Wedler, vom 28.2.1983: „Die erreichten Ergebnisse bei der Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik seit der 6. Tagung des ZK der SED 1977 im VEB Kombinat Mikroelektronik mit Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit“, BStU, ZA, ZAIG 13697, Bl. 1–75.

in bezug auf die Ausbeute/Kosten, das internationale Niveau in der erforderlichen Breite zu erreichen.“²¹

Auch in der Reduzierung des Rückstandes zum internationalen Höchststand konnten infolge des hohen Entwicklungstempos in Japan und den USA „nur geringe Fortschritte erzielt werden“. Dies war aber eher zu optimistisch formuliert. Zudem war die Abhängigkeit von Importen aus dem nichtsozialistischem Wirtschaftsgebiet (NSW) noch nicht beseitigt worden. Zwar erhoffte sich die SED durch die verstärkte Einbindung der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) „einen größeren Erkenntnisvorlauf in der Technologie, der Entwicklung und Produktion von Technologischen Spezialausrüstungen“²² und beim Entwurf hochintegrierter mikroelektronischer Schaltkreise“.²³ Auch floß bereits „mehr als ein Drittel der Investitionen“ der DDR in den Bereich des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik.²⁴ Doch die hochgesteckten außenwirtschaftlichen Zielstellungen der DDR zur Erzielung eines höheren Exportes galten Anfang der achtziger Jahre vor dem Hintergrund der extremen Verteuerung des Erdöls, der Drosselung der Erdöllieferungen durch die Sowjetunion und des faktischen Kreditstops westlicher Länder als gefährdet, wenn nicht gar als gescheitert.²⁵

Zu dieser Zeit besaß die DDR lediglich zwei Typen²⁶ von Mikroprozessoren, die als „echte“ anzusehen waren, obgleich sie nicht hinreichend programmkompatibel waren. Die fehlende Kompatibilität verhinderte darüber hinaus die breite Anwendung dieser Prozessoren in der Volkswirtschaft, insbesondere im Bereich von Wissenschaft und Technik. Also nicht nur aufgrund der Tatsache, daß es sich bei diesen Typen um Nachahmungen westlicher Originale handelte, lagen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. In „wissenschaftlichen“ Arbeiten des MfS wurde diese Kluft nicht gesehen. In einer MfS-Diplomarbeit verwahrte sich der Autor gegen westliche Einschätzungen, wonach die Mikroelektronik der DDR ein „Nachempfinden“ westlicher Technikentwicklung sei. Er glaubte, in der Transistorentwicklung 1952 in Teltow, in dem Bekenntnis zur Halbleitertechnik auf der 3. Parteikonferenz 1956, in der Gründung des Halbleiterwerkes Frankfurt/Oder 1957, in den ersten Dioden 1958, in der Gründung der Arbeitsstelle für Molekularelektronik Dresden 1961, in den Bekenntnissen auf dem VI., VIII. und IX. Parteitag und schließlich in der 6. Tagung des ZK der SED von

21 Ebenda, Bl. 6.

22 Sogenannte TSA. Hierzu zählen insbesondere die Geräte der Projektionslithografie. Zu dieser Zeit besaß international das Technologieniveau 3, also der 64-Kilobit-Prozessor, Produktionsreife.

23 Ergebnisse bei der Entwicklung und Anwendung, Bl. 12, (Anm. 20).

24 Doris Cornelsen: Die Wirtschaft der DDR 1981–1985, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft B 4/1986, S. 3–15, hier 9.

25 Vgl. hierzu weitere Determinanten zur wirtschaftlichen Lage der DDR zum Zeitpunkt des X. Parteitages (11.–16.4.1981), in: Haendcke-Hoppe-Armdt: Hauptabteilung XVIII (MfS-Handbuch, III/10), S. 74–79.

26 Die Typen U 808 D (Serienproduktion ab 1978) und U 880 D (Serienproduktion ab 1980/81).

1977 den stringenten Weg zur „friedlichen“ Hochtechnologie nachgewiesen zu haben.²⁷

Der erhebliche technologische Rückstand zu Beginn der achtziger Jahre war ein Ergebnis der Fortexistenz altbekannter Defizite in der Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik, wobei insbesondere die fehlende Innovationsfähigkeit negativ zu Buche schlug.²⁸ Nicht zufällig also erließ die DDR 1982 und 1983 eine Reihe von Anordnungen, die im Bereich von Wissenschaft und Technik die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft stärken sollten.²⁹

Mit dem für das Kombinat Carl Zeiss Jena bestimmten Politbürobeschuß vom 24. Mai 1983³⁰ eröffnete die DDR das wohl ehrgeizigste Innovationsprojekt ihrer Geschichte auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik. Zwar wurde in dem Beschluß auf die Bedeutung der Versorgung der Bevölkerung und die Erhöhung des Exportes – von Gütern mit hohem Veredelungsgrad bzw. des wissenschaftlichen Gerätebaus – hingewiesen, zumal gerade die beiden Vorjahre hierin erhebliche Defizite brachten, doch die „komplexe Konzeption“ liest sich nicht als ziviles Vorhaben. Daß dieses Programm von sowjetischen Interessen, infolge des NATO-Doppelbeschlusses und insbesondere des SDI-Programmes der USA³¹ (das zwei Monate zuvor angekündigt worden war) beeinflusst war, dürfte unbestritten sein und spiegelt sich in zahlreichen Dokumenten wider. Aufgelistet wurden 42 militärische Vorhaben, wobei für das aufwendigste und anspruchsvollste, das Projekt 152 (im folgenden „016“, ein high-tech-Projekt zur Schaffung eines optoelektronischen Zielsuchkopfes für Seeraketen), allein 41 „multivalente Anwendungen“ genannt wurden, deren Verwirklichung für zivile Zwecke aber zunächst nur Absichtscharakter hatte:

- 27 Oberstleutnant Siegfried Pulow, Diplomarbeit vom 1.9.1987: „Der technologische Fortschritt in der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus – dargestellt am Bereich Elektrotechnik und Elektronik“; BStU, ZA, HA XVIII 562, Bl. 103–205, hier 150–160. Oberst Pulow war noch zuletzt, ab Oktober 1989, zum stellvertretenden Leiter der HA XVIII ernannt worden.
- 28 Vgl. Klaus Krakat: Schlüsseltechnologien in der DDR: Anwendungsschwerpunkte und Durchsetzungsprobleme, in: FS Analysen der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, 5/1986, S. 113–175, hier 123–126; Harry Maier: Innovation oder Stagnation – Bedingungen der Wirtschaftsreform in sozialistischen Ländern, Köln 1987.
- 29 Diese Anordnungen sind jeweils im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht worden. Vgl. hierzu Kurt Erdmann: Innovationsbemühungen und zentrale Planung – Kernanliegen des Wirtschaftssystems der DDR, in: FS Analysen der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, 5/1986, S. 5–58, hier 10f.
- 30 Gerhard Schürer, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 7.4.1983: „Komplexe Konzeption zur weiteren Entwicklung des Forschungs-, Produktions- und Exportprofils einschließlich der Entwicklung der Speziellen Produktion bis 1985 und für den Zeitraum 1986 bis 1990 des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2568, Bl. 1–32. Vgl. diverse Materialien der Staatlichen Plankommission, in: BStU, ZA, HA XVIII 4715, Bl. 1–28 und HA XVIII, Sekretariat 638, Bl. 15–24.
- 31 Strategic Defense Initiative (Programm eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems, das zahlreiche Einzelprojekte wie Partikel- und Laserstrahlenwaffen, Antiraketen, Aufklärungs- und Nachrichtensatelliten u.a.m. umfaßte). Vgl. hierzu: Ministerium für Nationale Verteidigung, Chef der Aufklärung, Sonderinformation Nr. 36 vom 10.7.1985: „Die Weltraumrüstung der USA und der BRD – Stand Juni 1985“; BStU, ZA, ZAIG 5834, Bl. 1–22.

„Mit den Arbeiten zur Entwicklung [...] werden neue Basistechnologien erforscht, die in den nächsten Jahren ohnehin entwickelt werden müßten und die bei Gewährleistung der Geheimhaltung vielfältig genutzt werden können für die Erhöhung des Niveaus des wissenschaftlichen Gerätebaus, für Rationalisierungsmaßnahmen, für Konsumgüter und zur Erhöhung des Exportes.“³²

Der Anteil der militärischen Produktion im Kombinat Carl Zeiss Jena betrug zu diesem Zeitpunkt (Anfang 1983) 15,7 Prozent (von 3.257 Mio. Mark industrieller Warenproduktion) und sollte bis 1990 auf etwa 28 Prozent gesteigert werden.³³ 11 Prozent aller Produktionsarbeiter und Angestellten (von 42.550) arbeiteten für die militärische Produktion; 24 Prozent der Forschungs- und Entwicklungskader (von 4.870) für militärische Projekte, 70,9 Prozent für zivile Aufgaben und 5,1 Prozent für den Konsumgüterbereich; 21 Prozent des wissenschaftlichen Personals der Grundlagenforschung (von 380) und 7,5 Prozent der technologischen Forschung (von 535) für militärische Vorhaben.³⁴ Insgesamt sah die DDR für den Zeitraum 1986 bis 1990 im Industriebereich Elektrotechnik und Elektronik eine Steigerung des militärischen Exportes gegenüber den vorangegangenen fünf Jahren auf 275 Prozent vor. Allein das Kombinat Carl Zeiss Jena hatte bereits in den Jahren 1978 bis 1982 die Spezielle Produktion³⁵, insbesondere Waffensysteme mit strategischer Bedeutung, um das 13fache (!) erhöht.³⁶

Die außerordentlich hohen wissenschaftlich-technischen Anforderungen, die der Politbürobeschuß vom 24. Mai 1983 stellte, machten eine extensive Entwicklung³⁷ unumgänglich, da andererseits mit beträchtlicher Einschränkung der laufenden zivilen Forschung und Entwicklung hätte gerechnet werden müssen. Demgemäß sollten von 1984 bis 1987 für Forschung und Entwicklung 1.480, für die Produktion 2.000 und für die Sicherung „spezieller Zulieferungen“ ab 1987 1.400 zusätzliche Beschäftigte im Kombinat Carl Zeiss Jena eingestellt werden.³⁸

32 „Komplexe Konzeption zur weiteren Entwicklung des Forschungs-, Produktions- und Exportprofils einschließlich der Entwicklung der Speziellen Produktion bis 1985 und für den Zeitraum 1986 bis 1990 des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena vom 24.5.1983“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2568, Bl. 14f. Siehe auch Dokument 4, S. 201–207, hier 206.

33 Komplexe Konzeption vom 24.5.1983, Bl. 9.

34 Ebenda, Bl. 28f.

35 Unter dem Begriff der „Speziellen Produktion“ wurden Maßnahmen zu Forschung, Entwicklung und Produktion militärischer Erzeugnisse geführt. Siehe auch Dokument 11, S. 230f.

36 HA XVIII/8 vom 7.3.1983: „Stand der Forschung, Entwicklung und Produktion von Militärtechnik im wissenschaftlichen Gerätebau der DDR“; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 316, unerschlossenes Material.

37 Zu diesem Zeitpunkt bestand bereits eine beträchtliche Deckungslücke im Bedarf an Feinmeßwerkzeugen (55 %), optischer Medizintechnik (57 %) und Mikroskopen sowie physikalisch-optischen Meßgeräten (60 %), in: Komplexe Konzeption vom 24.5.1983, Bl. 30, (Anm. 32).

38 Ebenda, Bl. 11f. Daten ohne Einbeziehung von Beschäftigten anderer Einrichtungen und Kombinate.

Die Mikroelektronikentwicklung von 1985 bis 1989

Die zweite Hälfte der achtziger Jahre sollte nach dem Willen von Partei und Regierung einmal mehr die Wende bringen. Mehrere Beschlüsse des Politbüros zur Mikroelektronikentwicklung wiesen hierzu den Weg. Der politisch-ideologische, wissenschaftlich-technische und volkswirtschaftliche Stellenwert dieser Schlüsseltechnologie überragte demzufolge in jener Zeit alle anderen Hochtechnologien um Größenordnungen. Die Beherrschung dieser Technologie ist von der SED-Führung programmatisch und propagandistisch zur Existenzfrage „im Kampf gegen den Imperialismus“ erhoben worden. Es ist wohl deren einzige Prophezeiung, die sich bewahrheiten sollte.

Parallel dazu – und nicht ohne Bedeutung für die Arbeit des MfS in Aufklärung, Beschaffung und Abwehr – entwickelte Westeuropa eigene Initiativen im Hochtechnologiebereich. Am 17. Juli 1985 gab es die europäische Antwort auf die Vormachtstellung Japans und der USA: die Gründungskonferenz von EUREKA³⁹ in Paris. Ziel des Projektes, so ist einer „Leiterinformation“ der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) zu entnehmen, solle zwar die Schaffung einer eigenständigen westeuropäischen Hochtechnologie sein, der eigentliche Hauptzweck läge allerdings in der Absicht, die „Hochtechnologie als Instrument der politischen Ausübung von Druck und Erpressung gegenüber dem Sozialismus“⁴⁰ zu verwenden.⁴¹ Auf der 10. Tagung des ZK der SED vom 20. und 21. Juni 1985 betonte Erich Honecker: „Mit diesem Prozeß haben wir Schritt zu halten [...]. Niemand sollte im Zweifel sein, was das verlangt. Auf entscheidenden Gebieten muß die DDR um Spitzenleistungen kämpfen.“⁴²

Von seiten der Parteigeorgsleute wurden die bekannten Phrasen nachgeschoben, beispielsweise durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Gera, Herbert Ziegenhahn:

„Um die Intensivierung im umfassenden Sinne und auf lange Sicht noch schneller voranzubringen und Wissenschaft und Technik zum ausschlaggebenden Faktor zu entwickeln, richten wir die Initiativen auf die beschleunigte Einführung entscheidender Schlüsseltechnologien. [...] Um in Vorbereitung unseres Parteitages alle diese Reserven zu erschließen, verallgemeinern wir im Bezirk die Erfahrungen der Parteiorganisationen der Kombinate VEB Carl Zeiss Jena, Keramische Werke Hermsdorf und des

39 EUREKA (European Research Coordination Agency). Das K steht für C wegen der gleichlautenden Bezeichnung für das Weltraumprojekt EURECA.

40 Abt. VII der HV A vom 24.9.1985: „Leiterinformation über wesentliche Aspekte der Ausarbeitung des westeuropäischen Hochtechnologieprogramms EUREKA“; BStU, ZA, ZAIG 6258, Bl. 1f., hier 1.

41 Ganz im Sinne des MfS-Feindbildes! Zwar ist dies eine bekannte Argumentationsfigur kommunistischer Provenienz. Auffällig aber ist, daß dieses Programm nach dem Untergang des Ostblocks rasch aus der westlichen Medienlandschaft verschwand. Zur Entstehungsgeschichte des Programms siehe Claus W. Schäfer: EUREKA, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 24/1995, S. 26–34.

42 Erich Honecker: Zur Vorbereitung des XI. Parteitages der SED, in: 10. Tagung des ZK der SED, Berlin 1985, S. 31.

VEB Rotasym Pößneck. Sie schafften parteiliche Positionen nicht nur zu hohen wissenschaftlich-technischen Zielen, sondern auch zu den in kürzesten Fristen zu erreichenden ökonomischen Spitzenergebnissen, setzen sich mit Erscheinungen der Mittelmäßigkeit auseinander, dulden keine Unterschätzung der Neuartigkeit und Größe der Anforderungen, beraten sich ständig vertrauensvoll mit den Menschen [...]. Immer besser gelingt es, das große geistig-schöpferische Potential der Werktätigen zu nutzen. Es zeigt sich, daß die schnellere und ökonomisch effektivere Nutzung der neuen Schlüsseltechnologien vor allem die gründliche politisch-ideologische und fachliche Vorbereitung der Werktätigen, eine Atmosphäre des hartnäckigen Suchens und der Verwirklichung neuer Lösungen, hohe schöpferische Aktivität im sozialistischen Wettbewerb verlangt.“⁴³

Die Deklaration des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena zu einem Zentrum der Hochtechnologien brachte zahlreiche Umstrukturierungen, Profilierungen und Betriebsübernahmen mit sich, so zum Beispiel die Zuordnung des VEB Zentrum für Forschung und Technologie Mikroelektronik Dresden (ZFTM) und des VEB Hochvakuum Dresden (HVD). Parallel dazu wurde das Kombinat Mikroelektronik Erfurt (KME) ausgebaut, das, beginnend mit 1986/87, ein neues Forschungszentrum erhielt. Mit den Standorten des Kombinates Carl Zeiss Jena⁴⁴ in Jena, Gera und Dresden, dem Kombinat Mikroelektronik Erfurt, dem VEB Elektronik Gera, dem Halbleiterwerk Frankfurt/Oder und dem Kombinat Keramische Werke Hermsdorf (KKWH) sowie Forschungseinrichtungen der Technischen Universität Dresden, Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU) und Akademieinstituten wie dem Physikalisch-Technischen Institut (PTI) in Jena, dem Zentralinstitut für Optik und Spektroskopie (ZOS) in Jena und Berlin, dem Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse (ZKI) in Berlin und Dresden, dem Institut für Kosmosforschung (IKF) und dem Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau (ZWG), beide in Berlin, verfügte die DDR insgesamt über eine durchaus ansehnliche Basis zur Verwirklichung ihrer hochgesteckten Ziele. Die in dieser Arbeit im Blickpunkt stehenden Kombinatbetriebe (KB) Carl Zeiss Jena zeigt folgende Übersicht:

43 Herbert Ziegenhahn: „Überzeugung der Menschen ist ein aktivierender Faktor“, in: Neues Deutschland vom 22./23.6.1985, S. 9f., hier 10.

44 Im Herbst 1986 zählte das 24 Betriebe umfassende Kombinat ca. 69.000 Arbeiter, Wissenschaftler und Angestellte; jeder vierte besaß Hoch- oder Fachschulbildung, fast ebenso viele waren SED-Mitglieder. Generaldirektor war seit 1975 Prof. Biermann – Mitglied des ZK der SED. Vgl. „Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und die politisch-operative Arbeit der Objektdienststelle Zeiss zur Sicherung ihres Verantwortungsbereiches“ vom 19.10.1986; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Siehe Dokument 9, S. 220–225, hier 220f.

Forschungszentrum W (KB-W), Jena	Forschungszentrum U (KB-U), Jena	Forschungszentrum Zentrum Mikroelektronik Dresden (ZMD)
Primär ziviler Bereich, Kooperation für Spezielle Forschung	Spezielle Forschung und Entwicklung	Entwicklung höchstintegrierter Schaltkreise
Kombinatsbetrieb G (KB-G), Jena	Außenhandelsbetrieb (AHB), Jena	Kombinatsbetrieb D (KB-D), Gera-Lusan
Zivile und militärtechnische Produktion	Handel mit dem nichtsozialistischen und sozialistischen Wirtschaftsgebiet, Gemischte Gesellschaften und andere Handelseinrichtungen	Spezielle Produktion

Das Hochtechnologieprogramm an diesen Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionseinrichtungen bestand im wesentlichen aus zwei Linien, die wegen ihrer fachlichen und sicherheitspolitischen Natur, aber auch aus Gründen ihrer politisch-ökonomischen Ein- und Anbindung nicht voneinander zu trennen waren. Zum einen die Linie der Höchstintegration für zivile Produkte, die vor allem den Aufbau einer Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsbasis für hoch- und höchstintegrierte mikroelektronische Schaltkreise beinhaltete, und zum anderen die Linie militärischer Vorhaben. Gerade die Verschränkung dieser beiden Linien – für den Bereich der Forschung kann man von einer weitgehenden Identität sprechen – machte die Kompliziertheit und Spezifik der Sicherungsarbeit des MfS aus, besonders hinsichtlich der Auswahl, Bestätigung und Sicherung des Personals. Unter zivilen (Tarn-)Titeln wie „Höchstintegration“⁴⁵ fanden sich, und das macht eine inhaltliche Unterscheidung der beiden Linien schwierig, zum Beispiel auch Arbeiten zum Objekt 016. Im Politbürobeschluss vom 10. Dezember 1985⁴⁶ zur „Entwicklung von Basistechnologien zur Mikroelektronik“ sind detailliert und umfassend die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen, Ansprüche und Maßnahmen für dieses Vorhaben aufgeführt, unter anderem die vielfältigen Kooperationsbeziehungen und auch die vorläufige Aufwandsbewertung (2,3 Mrd. Mark)⁴⁷. Überaus deutlich wird dieser „zivil-militärische“ Zusammenhang in einem Bericht des MfS, der sich auf einen Rapport von Wolfgang Biermann

45 Unter dem Titel „Höchstintegration“ führte das MfS per Maßnahmeplan „alle Maßnahmen zur politisch-operativen Sicherung der Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsvorhaben“ durch, die in engem Zusammenhang mit den militärischen Programmen unter den Decknamen „Präzision“ und „Heide“ standen. Siehe HA XVIII, Generalmajor Kleine, vom 26.2.1987: „1. Maßnahmeplan zur politisch-operativen Sicherung der Zielstellung des Beschlusses ‘Höchstintegration’“; BStU, ZA, HA XVIII, Sekretariat 638, Bl. 1.

46 Vgl. Politbürobeschluss des ZK der SED vom 10.12.1985: „Staatsauftrag Wissenschaft und Technik ‘Entwicklung von Basistechnologien der Mikrooptoelektronik’ als Bestandteil der Hauptrichtungen und Schwerpunkte von Naturwissenschaft und Technik im Zeitraum 1986–1990 und darüber hinaus“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2839, Bl. 1–21.

47 Ebenda, Bl. 4.

und des Staatssekretärs im Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik, Karl Nendel, bezog:

„... daß zwischen dem Genossen Erich Honecker und dem Genossen Gorbatschow vereinbart wurde, daß das Hochtechnologieprogramm im KCZ [Kombinat Carl Zeiss] abstrichslos zu realisieren ist und das Objekt 016 voll [...] integriert wird. Das Hochtechnologieprogramm ist dabei gleichzeitig zur wirksamen Legendierung der militärischen Forschungsarbeiten zu nutzen. Das KCZ wurde beauftragt, bis zum 31. Dezember 1986 eine Gegenüberstellung von geplanten zivilen Forschungsthemen der Hochtechnologie und für das Objekt 016 erforderlichen Forschungsthemen durchzuführen, um jede Doppelarbeit zu vermeiden.“⁴⁸

Es trifft also grundsätzlich und vor allem auf das Kombinat Carl Zeiss Jena zu, wenn Rolf Kreibich 1986 in seinem Buch „Die Wissenschaftsgesellschaft“ schreibt:

„Es gibt keinen Zweifel, daß sich die in den kapitalistischen Industrieländern herausgebildeten zentralen Entwicklungsmomente der Produktivkraft ‘Wissenschaft und Technologie’ auch im technisch-industriell-militärischen Komplex der DDR nachweisen lassen [...]. Die Verschmelzung von Wissenschaft, Technik, industrieller Produktion und militärischer Entwicklung ist über die Kombinate vor allem in den letzten Jahren vorangetrieben worden und heute nahezu total.“⁴⁹

Dieser zivil-militärische Zusammenhang in der Hochtechnologieentwicklung spiegelte sich in der Öffentlichkeitsarbeit der DDR insofern wider, als dem Westen militärische (SDI und EUREKA) und dem „sozialistischen Lager“ friedliche Ambitionen unterstellt wurden. Bereits mit Beginn des Jahres 1985 verstärkte die DDR ihre ideologische Propaganda in zwei Richtungen. Zum einen verwies sie permanent auf die Erfolge der Hochtechnologieentwicklung im eigenen Land. Zum anderen richtete sie die außenpolitische Agitation gegen das SDI-Programm der USA. Bis 1989 verging praktisch kein Tag, an dem das Reaganische Projekt nicht als aggressives oder wahnsinniges Vorhaben bezeichnet und bekämpft worden ist. Da in weiten Teilen der westdeutschen Publizistik Stimmen⁵⁰ laut wurden, die das militärstrategische Gleichgewicht gefährdet sahen und den Verteidigungssinn des Projekts anzweifeln – von anderen Motiven wie wissenschaftspolitischen oder ökonomischen einmal abgesehen –, konnte nicht zuletzt das „Neue Deutschland“ – und damit alle anderen Tageszeitungen der DDR – in einer „durchgängig

48 Abt. XVIII der BV Gera an HA XVIII/AKG vom 10.7.1986: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum Juni (6/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Siehe auch Dokument 11, S. 230f.

49 Rolf Kreibich: Die Wissenschaftsgesellschaft, Frankfurt am Main 1986, S. 527f.

50 Hierzu zählte u. a. die Friedensbewegung. Die HV A, die mit der Informationsbeschaffung zur Rüstungspolitik der USA befaßt war, stellte spätestens im Mai 1985 die Frage nach den Aktivitäten der Friedensbewegung und „wie [...] diese stimuliert werden“ könne. In: HV A, Abt. VII, Oberst Bierbaum: „Leiterinformation zu einigen aktuellen Tendenzen in der Rüstungspolitik der USA vom 16.5.1985“; BStU, ZA, ZAIG 6277, Bl. 9f., hier 10.

ablehnenden“ Auseinandersetzung mit SDI auf diese „Informationsgeber“ setzen.⁵¹

Das Maß der innenpolitischen Propaganda zeigte sich beispielsweise in dem auf der Titelseite des Neuen Deutschland groß aufgemachten und vielzitierten „Briefs der Werktätigen“ an Erich Honecker vom 7. Januar 1986, in dem es heißt:

„Mit unseren technologischen Spezialausrüstungen für die Mikroelektronik ist es uns gelungen, in engster Zusammenarbeit mit [...] der Sowjetunion einen hohen Beitrag für die Beschleunigung des Mikroelektronikprogramms der UdSSR und der DDR zu leisten und unsere Verpflichtungen abstrichslos zu erfüllen. Mit den 1985 produzierten Erzeugnissen haben wir wichtige Voraussetzungen für die Produktion des 1-Megabit-Speichers geschaffen. Mit der nächsten Gerätegeneration [...] tragen wir den Anforderungen der Bauelemente-Industrie auf einem fortgeschrittenen internationalen Niveau zu Beginn der 90er Jahre Rechnung. Damit werden Ausrüstungen für das 4-Megabit-Speicherniveau geschaffen.“⁵²

Einen Tag später, am 8. Januar 1986, stellte das Neue Deutschland fest, daß „die Länder, die diese Spitzenleistung aus eigener Kraft vollbringen [...] sich an den Fingern einer Hand abzählen“ lassen.⁵³ Allerdings wurde verschwiegen, daß die Entwicklung und Produktion⁵⁴ einzelner Ausrüstungen keine Gewähr für die Beherrschung des gesamten technologischen Verfahrens bietet; geschweige, was viel wesentlicher ist, die ökonomisch hinreichende Effizienz in den technologischen Kenngrößen Ausbeute und Güte. Daß zudem der Autor das angestrebte Ziel bereits als Erfolg verbuchte, entsprach der sattsam bekannten Darstellungsweise ideologischer Agitation.

In diesem Sinne teilte im Frühjahr 1986 Wolfgang Biermann den Delegierten in seinem Diskussionsbeitrag auf dem XI. Parteitag der SED ein Stakkato

51 Bernd Eisenfeld: Die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) im Spiegel ausgewählter deutscher Zeitungen und Wochenblätter 1983 bis 1985, S. 1–14, hier 5, in: Manfred Wilke (Leiter des Forschungsprojektes): „Der Friedenskampf“ – Steuerung der sicherheitspolitischen Debatte in der BR Deutschland, aufgezeigt anhand der auf eine „Protestbewegung“ bezogenen Diskussion gegen die Beteiligung der Bundesrepublik am amerikanischen SDI-Projekt, Exklusiv-Bericht Nr. 285 vom 20.1.1987.

52 Zum XI. Parteitag der SED: „Jeder an seinem Platz das Beste für unseren sozialistischen Friedensstaat“. Unterzeichnet von Wolfgang Biermann, dem 1. Sekretär der Industriekreisleitung Wolfgang Rother, dem Vorsitzenden der IG Metall Karl Heilmann und dem 1. Sekretär der FDJ Bernd Freudenberg, in: Neues Deutschland vom 7.1.1986, S. 1.

53 „Zeiss setzt Maßstäbe“, in: ebenda. Noch im Januar 1988 schreibt Walter Florath unter der Überschrift „Chips und Wachstum“: „Man braucht wohl nicht einmal alle Finger einer Hand, um die Staaten aufzuzählen, die Gleiches mit selbst produzierten Ausrüstungen, nach selbst entwickelten Verfahren fertigbringen.“ Um dann süffisant fortzufahren: „Siemens und Philips, die Elektrogiganten Westeuropas, betreiben gemeinsam das Projekt 1- und 4-Megabit-Chip nach einer Lizenz des japanischen Toshiba-Konzerns“, in: Die Weltbühne vom 5.1.1988, S. 1–3, hier 1.

54 Häufig handelte es sich sogar nur um Beschaffung und Nachahmung!

von atemberaubenden Erfolgen mit, wobei er bereits den 4-Megabit-Speicherschaltkreis⁵⁵ als Leistungsziel erwähnte.

„Leistungen wie unsere Erzeugnisse der Mikrolithografie⁵⁶ [...], die u. a. heute in vielen technologischen Ausrüstungsketten für die Herstellung höchstintegrierter Schaltkreise in der DDR und Sowjetunion im Einsatz sind, wären ohne die enge interdisziplinäre Zusammenarbeit z. B. mit den Forscherkollektiven der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität sowie der sowjetischen Elektroindustrie auch nicht annähernd denkbar. Diese gemeinsam entwickelten Erzeugnisse tragen heute dazu bei, daß die Mikroelektronikindustrie der DDR und der Sowjetunion das internationale Spitzenniveau in der Mikroelektronik mitbestimmen kann und die Produktion höchstintegrierter Schaltkreise sichert. Hier wurde der Beweis von den Möglichkeiten und der Überlegenheit sozialistischer Forschungs Kooperation gegenüber den angeblichen Erfolgsrezepten kapitalistischen Managements im Kampf um Spitzenleistungen eindeutig angetreten, zum Nutzen aller Beteiligten!“⁵⁷

Unmittelbar nach dem XI. Parteitag, am 23. Mai 1986, besuchte Erich Honecker das Kombinat Carl Zeiss Jena. Dort wurde ihm der für die Mikroelektronik wichtige Bereich für fotolithografische Geräte (Kombinatsbetrieb G) gezeigt. Dessen Direktor, Bernd Kammerer, verkündete bereits nach einem halben Jahr den Erfolg dieser bedeutenden Erzeugnisgruppe:

„Mit der Erzeugnisgruppe Lithografische Geräte hat der Betrieb für optischen Präzisionsgerätebau einen wesentlichen Anteil an der Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED und der Profilierung des Kombinates zu einem Zentrum für Hochtechnologien. Die Erzeugnisgruppe Lithografische Geräte stellt die Grundlage für die weitere Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in allen Zweigen der Volkswirtschaft unserer Republik dar und schafft damit die Voraussetzungen für die Anwendung hochproduktiver Schlüsseltechnologien in unserem Land und in anderen sozialistischen Ländern.“⁵⁸

Das stand ganz im Widerspruch zur wirklichen Lage. Zahlreiche kritische Bewertungen von inoffiziellen Mitarbeitern des MfS, nicht zuletzt aus dem Kombinat Carl Zeiss Jena, sind hierfür sowohl Bestätigung als auch durch diesen Hintergrund erklärt. Nicht das Leistungsvermögen⁵⁹ bzw. die Lei-

55 Grundbaustein der Hochleistungselektronik, z. B. für Computer. 1987 besaß das Technologieniveau 6 (4 Megabit) Weltniveau.

56 Lithografieverfahren dienen der Übertragung von Schaltungsstrukturen auf Siliziumscheiben. Dieses optische Verfahren ist schlechthin das – neuralgische – Herzstück der Mikroelektroniktechnologie.

57 Berliner Zeitung vom 18.4.1986, S. 11f.

58 Der Scheinwerfer. Organ der Industriekreisleitung der SED des VEB Carl Zeiss Jena, vom 27.1.1987, S. 4.

59 Auch die erfolgreiche Imitation von Entwicklungen bedarf schöpferischen Vermögens. Vgl. hierzu Jörg Roesler: Industrieinnovation und Industriespionage in der DDR. Der Staatssicherheitsdienst in der Innovationsgeschichte der DDR, in: Deutschland Archiv 27 (1994) S. 1026–1040, hier 1039.

stungsbereitschaft an sich waren primär für die Misere in der Hochtechnologie Mikroelektronik verantwortlich, sondern die ideologisch-politischen und militärpolitischen Prämissen, die nicht nur die ökonomischen Potenzen der DDR-Volkswirtschaft mißachteten, sondern – nicht zuletzt für den Export – sicherheitspolitische Restriktionen setzten, denen keine Wissenschafts- und Technologieentwicklung zu folgen vermag. Dem MfS ist das rechtzeitig und deutlich gesagt worden:

„Ist es richtig auf Teufel komm raus Mikroelektronik zu machen, eine im wesentlichen funktionierende Wirtschaft umzuorientieren, unter enormen Aufwänden, ohne echte Kontrolle über die Effektivität der eingesetzten Mittel. Wir können doch diese Dinge nicht im NSW [nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet] verkaufen.“⁶⁰

Zudem verschärften sich zahlreiche innere Probleme im Kombinat Carl Zeiss Jena derart, daß das Betriebsklima – nicht zuletzt wegen des autoritären Führungsstiles seines Generaldirektors – hoffnungslos beschädigt wurde. Dies nicht nach außen dringen zu lassen, war genuiner Bestandteil der Kaderversicherung durch das MfS. Mußte das MfS einerseits der komplizierten Verschränkung ziviler und militärischer Ambitionen sicherheits- und demzufolge personalpolitisch Rechnung tragen, war es andererseits bemüht, trotz besserer Kenntnisse, kritische Abweichungen⁶¹ vom indolenten Optimismus der Partei zu unterdrücken, da die Stimmen gegen die eigene Mikroelektronikentwicklung von Jahr zu Jahr immer lauter wurden. Wie sehr schon 1987 die Motivation im Kombinat weggebrochen war, soll ein inoffizieller Bericht eines leitenden Angestellten zeigen:

„Wir wissen alle, daß es so nicht geht. Wir wissen vielleicht nicht, wie es besser geht. Es hat aber absolut keinen Sinn, unter der Leitung dieses Generaldirektors, auch nur den Versuch zu machen, über diese Fragen zu reden und gemeinsam im Kollektiv zu einer Lösung dieser Frage einen Weg zu suchen. Jeder Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidungen, ob ausgesprochen, ob angedeutet, ob mißverständlicherweise so aufgefaßt, führt zu derart drastischen Restriktionen gegen den jeweiligen, daß es aber ausgesprochen jeder vorzieht, trotz einer übergroßen Beweislast sich einer solchen Auseinandersetzung [nicht] zu stellen. Es ist ein Stand erreicht, wo jegliche Motivation den Entscheidungsträgern und damit selbstverständlich auch der breiten Masse der Kollektive fehlt, sich für eine Veränderung ein-

60 Ein Leitungskader aus dem Forschungszentrum W des Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, aus einem zusammenfassenden Bericht des HFIM „Anker“ vom 30.5.1988: „Monatliche Berichterstattung (9.5.–30.5.1988)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

61 Grundsätzlich bewertete die SED den Stand der Mikroelektronikentwicklung trotz wiederholter Terminverschiebungen und gegensätzlicher Fakten 1989 positiv, wenngleich sie auf die hohen Kosten – das 7. Plenum des ZK der SED gab 14 Mrd. Mark an – verweisen mußte. Vgl. „Referat der Kreisleitung der SED der AdW auf der Parteiaktivtagung zur Mikroelektronik am 26.9.1989“; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 240, unerschlossenes Material.

zusetzen. Die Quelle für die Motivationsarmut ist die über einen langen Zeitraum erwiesene Sinnlosigkeit, Versuche zu einer Änderung einzuführen. Das heißt, das System Zeiss, so wie es bekannt ist, ist verbraucht und fängt an, sich selbst zu zerstören.“⁶²

Das MfS wußte über den Verlauf der technologischen Entwicklung, über Mängel in der wissenschaftlichen Arbeit und über das Betriebsklima jederzeit Bescheid. Ab einer gewissen Hierarchiestufe unterlag es aber offenbar selbst dem Mechanismus der herrschenden Lüge: Am 12. September 1988, aus Anlaß der Übergabe eines erstes Funktionsmusters des 1-Megabit-Speicherschaltkreises von Wolfgang Biermann an Erich Honecker⁶³, übermittelte Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, Stellvertreter Mielkes, dem Generaldirektor herzliche Glückwünsche zu dieser Leistung. Obgleich diese Leistung noch keine im eigentlichen Sinne war, „verriet“ er doch die Zielfunktionen, wenn er schrieb, daß hiermit „wichtige Voraussetzungen für die Erfüllung der Aufgaben zur ökonomischen Sicherung der Landesverteidigung, der staatlichen Sicherheit und inneren Ordnung der DDR“ erfüllt worden seien.⁶⁴

Zur Erinnerung: Bereits 1980 wurde international der 64-Kilobit-Speicher produziert. Die DDR erreichte dieses Stadium etwa Mitte 1987, wobei vom Leiter der Abteilung XVIII der MfS-Bezirksverwaltung (BV) Gera, Oberstleutnant Erler, die technologische Beherrschung – im Zentrum für Forschung, Technologie und Mikroelektronik Dresden des Kombines Carl Zeiss Jena – etwa mit Anfang 1986 angegeben wurde.⁶⁵ Toshiba beherrschte technologisch den 1-Megabit-Speicher bereits Ende 1985 und begann 1986 die Massenproduktion; Siemens erreichte 1988 diesen Stand mit Hilfe einer Toshiba-Lizenz. Der 4-Megabit-Speicher ging bei IBM 1989 in Serie, und das Unternehmen präsentierte in jenem Jahr bereits Muster des 16-Megabit-Speichers. Öffentliche Verlautbarungen in den Medien der DDR ließen 1989 den Eindruck aufkommen, daß es der DDR gelungen sei, den technologischen Abstand nicht nur nicht größer werden zu lassen bzw. zu halten, sondern sogar verkürzt und damit den Anschluß an die Weltspitze hergestellt zu haben. Verkündeten doch DDR-Zeitungen, daß bald mit dem 4-Megabit-Speicher aus DDR-Produktion zu rechnen sei. Auch die Staatliche Plankommission (SPK) kam in einer Analyse vom 4. August 1989 zu diesem Ergebnis und sprach unter dem Aspekt einer Beherrschung des höheren Technologieniveaus bereits von einer Überführung des 1-Megabit-Speichers

62 Abt. XVIII/1 der BV Gera, IME „Engelhardt“ an Major Illert vom 22.9.1987: „Information zur Situation im Kombinat Carl Zeiss Jena“, gegeben am 9.9.1987; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Siehe Dokument 13, S. 237f.

63 Wolfgang Biermann an das ZK der SED vom 12.9.1988: „Brief des VEB Kombinat Carl Zeiss Jena an den Generalsekretär des ZK der SED, E. Honecker“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/3155, Bl. 1–5.

64 Schwanitz an Biermann, Oktober 1988; BStU, ZA, SdM, 2147, Bl. 29.

65 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, an den Leiter der HA XVIII/AKG vom 8.5.1986: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum April 1986 (4/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

in die Produktion.⁶⁶ Gleiches wurde nur wenige Tage später auf einer Beratung von Erich Honecker mit dem Generaldirektor des Kombines Mikroelektronik Erfurt, Prof. Heinz Wedler, behauptet, die wegen der Spruchweisheit Honeckers „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“ traurige Berühmtheit erlangte.⁶⁷

Der Sachverhalt stimmte so aber nicht. Die Behauptung, „1-Megabit in die Produktion überführt“, wurde deshalb richtigerweise, vermutlich vom zuständigen MfS-Mitarbeiter⁶⁸, mit einem roten Fragezeichen glossiert. Auch der Fachmann mag zu Recht vermutet haben, daß hier etwas nicht stimme oder das sogenannte Mooresche Gesetz der Integrationssteigerung, wonach es nicht möglich ist, Integrationsstufen zu überspringen, ohne alle Stufen der Entwicklung im wesentlichen selbst ausgeführt zu haben, erfolgreich widerlegt wurde.⁶⁹ Die nachfolgende – parteiinterne – Übersicht⁷⁰ zeigt hingegen einen realistischeren Vergleich der DDR zum internationalen Stand der Mikroelektronikentwicklung:

Tabelle 1: Internationaler Entwicklungsstand und Prognosen der Höchstintegration nach einem internen SED-Papier von 1989

Technologie-niveau (TN)	Typ ⁷¹	DDR-Einführung			Internationale Einführung (MaFe)
		FoMu	LaFe	MaFe ⁷²	
3	64-Kilobit	1981	1986	1988	1979/1980
4	256-Kilobit	1987	1988	1990	1983
5	1-Megabit	1988	1989	1992	1986/1987
6	4-Megabit	1991	1993	1994/1995	1989/1990
7	16-Megabit	1994	–	–	1993/1994
8	64-Megabit	1996	–	–	1997/1998

66 Staatliche Plankommission (lt. handschriftlichem Vermerk) vom 4.8.1989: „Analyse über grundlegende Ergebnisse der erfolgreichen Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitag der SED, insbesondere der Hauptfaktoren für das Wachstum des produzierten Nationaleinkommens und der Verwendung des Nationaleinkommens“, VVS b 5-0777/89; BStU, ZA, HA XVIII 563, Bl. 46.

67 Hier aus Anlaß der Übergabe von 32-Bit-Mikroprozessoren an Erich Honecker, in: Berliner Zeitung vom 15.8.1989, S. 3.

68 Die unter Anm. 66 zitierte VVS b 5-0777/89 stammt aus dem Handmaterial von Oberstleutnant Pulow.

69 Nach Moore verdoppelt sich die Schaltkreiskomplexität etwa alle 18 Monate. Empirisch folgt hieraus, daß unter einem solchen Tempo selbst die Imitation zu spät kommen muß und daß sich die Kosten in dieser Zeitspanne etwa halbieren.

70 Kreisleitung der SED der AdW vom 26.9.1989, S. 8, (Anm. 61).

71 Jeweils vom Typ DRAM (Dynamic Random Access Memory, Dynamischer Schreib-Lese-Speicher).

72 FoMu: Forschungsmuster, LaFe: Laborfertigung, MaFe: Massenfertigung.

Zudem verfolgte die DDR in den achtziger Jahren im Rahmen der Entwicklung der Mikroelektronik militärpolitische Interessen. Dies war letztlich von entscheidender Bedeutung für das Maß und die Qualität der Kadersicherung durch das MfS, für den Geheimnisschutz, die Sicherheitsansprüche und für die Exportchancen schlechthin. Es war – faktisch – nicht das primäre Anliegen der DDR-Führung, die Mikroelektronik „umfassend in der Volkswirtschaft der DDR zur Anwendung zu bringen“, den Maschinenbau als den tatsächlichen Schwer- und Zielpunkt der Mikroelektronikentwicklung zu setzen, wie es Günter Mittag vor der Volkskammer am 27. November 1986 glauben machen wollte.⁷³ Die Politbürobeschlüsse zu diesen Vorhaben – wie der vom 24. Mai 1983 – sprechen jedenfalls eine andere Sprache.⁷⁴ Auch fehlte weitgehend die heimische industrielle Basis für den Aufbau einer vom Weltmarkt relativ unabhängigen Mikroelektronikindustrie. Obgleich die SED es anders behauptete, mit Rückgriff auf beliebte ideologische Argumentationsfiguren wie zum Beispiel die Potenzen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)⁷⁵ oder die sogenannten Vorzüge und Triebkräfte der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.⁷⁶ Natürlich fiel kein Wort über die eigene Sicherheitsdoktrin, die, wie wir unten anhand der Kadersicherung sehen werden, die Hochtechnologieentwicklung mehr als nur beeinträchtigte. So mußten schließlich auch die Erklärungsmuster westdeutscher Forscher zur Misere in der DDR-Elektronikindustrie in aller Regel zu kurz greifen, zumal wenn sie zu sehr auf Studien aus der DDR-Soziologie oder -Wirtschaft angewiesen waren.⁷⁷ Zum einen besaßen sie keine genauen Erkenntnisse über die tatsächlichen Interessen der SED-Führung – also über den Inhalt der betreffenden Politbürobeschlüsse –, so daß die analytischen Schlußfolgerungen mittels Kriterien wie „Entscheidungscentralismus“, „mechanistische Planungsphilosophie“ oder „dirigistische Planungsstrategien“ relativ abstrakt bleiben mußten. Zum anderen griffen wissenschafts- und organisationstheoretische Überlegungen insofern zu kurz, als die spezifische Rolle des MfS systematisch ausgeblendet blieb.⁷⁸ So ähneln diese Arbeiten den teilweise kritischen Äußerungen der DDR-Wissenschaftler Manfred von Ardenne, Manfred Löttsch und insbesondere des Nestors der DDR-Wirtschaftswissenschaft, Jürgen

73 Vgl. Günter Mittag: Die Politik des XI. Parteitages der SED entspricht den Interessen des Volkes und wird initiativreich verwirklicht, in: Neues Deutschland vom 28.11.1986, S. 6f.

74 Vgl. Dokument 4, S. 201–207.

75 Eine besondere Rolle spielte hier das 1985 beschlossene „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW bis zum Jahre 2000“, das sich den Fragen der Entwicklung neuer Technologien – auch in Hinsicht auf die Embargopolitik – stellte; vgl. hierzu und zur Effizienz des RGW überhaupt: András Inotai: Industrialisierung und Industriepolitik, in: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe – Strukturen und Probleme (Schriftenreihe des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 259), Bonn 1987, S. 41–65 und 191–195.

76 Der technologische Fortschritt, Bl. 160–166, (Anm. 27).

77 Ähnliches gilt auch für DDR-Insider; vgl. Maier: Innovation oder Stagnation.

78 Vgl. hierzu beispielhaft Fred Klinger: Die Krise des Fortschritts in der DDR (Innovationsprobleme und Mikroelektronik), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 3/1987, S. 3–19.

Kuczynski, wenn sie Fragen der für modernes Innovationsverhalten in Forschung und Entwicklung notwendigen Risikobereitschaft, Kreativität, Spontaneität und Kommunikation aufgriffen, aber ein entscheidendes Hemmnis – die Rolle der Staatssicherheit – nicht benannten.

Die folgende Auswahl von Daten zeigt abschließend wichtige Etappen der Mikroelektronikentwicklung im Lichte der Beschlüsse von Staat und Partei auf, die ihrerseits zentrale Momente des MfS für die Realisierung entsprechender Sicherungskonzeptionen, Beschaffungsmaßnahmen und damit der Kaderversicherung bildeten:

Tabelle 2: Wichtige Beschlüsse zur Opto- und Mikroelektronikentwicklung der DDR von 1979 bis 1989

26.06.1979 ⁷⁹	Politbürobeschluss zur langfristigen Konzeption der Mikroelektronik.
17.12.1981 ⁸⁰	Erste Beratung des Rates für mikroelektronische Bauelementebasis (Rat MEB beim RGW) zur Entwicklung Technologischer Spezialausrüstungen, hochreiner Werkstoffe und mikroelektronischer Bauelemente.
24.05.1983 ⁸¹	Politbürobeschluss zur Entwicklungskonzeption des Forschungs-, Produktions- und Exportprofils des Kombinats Carl Zeiss Jena.
24.10.1983 ⁸²	Plan für das Kombinat Carl Zeiss Jena zu Maßnahmen und Festlegungen zur Entwicklung der Speziellen Produktion bis zum Jahre 1990 (Seezielenkomplex, Objekt 016; Zielfernrohr mit Laserentfernungsmesser TPD-K 1, Objekt 09; Optischer Zielsuchkopf Inej-70, Objekt 02).
10.11.1983 ⁸³	Verfügung Nr. S 20/83 des Ministerrates. Mit Festlegungen zur Sicherung des Geheimnisschutzes, zur Nutzung von aus den militärischen Projekten abzuleitenden technologischen Lösungen für die zivile Produktion, zur Sicherung der Zuführung von Arbeitskräften und Kapazitäten.
07.02.1985 ⁸⁴	Bildung der Kommission „Mikroelektronik“ beim Forschungsrat der DDR.

79 Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 26.6.1979: „Langfristige Konzeption zur beschleunigten Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik in der Volkswirtschaft der DDR“; SAPMO-BA, DÝ 30, J IV 2/2/1785.

80 Mehrseitige Regierungskommission für die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet der Rechentechnik, Rat für die mikroelektronische Bauelementebasis (MEB): Protokoll der ersten Beratung, Moskau, Dezember 1981; Otfried Steger, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 28.5.1982: „Abkommen über die mehrseitige internationale Spezialisierung und Kooperation in Entwicklung und Produktion von Erzeugnissen der mikroelektronischen Bauelementebasis für Mittel der Rechentechnik, von technologischen Spezialausrüstungen und hochreinen Werkstoffen für die Mikroelektronik“; BA Potsdam, DG 10, A 877, Bl. 1–33.

81 Komplexe Konzeption vom 24.5.1983, Bl. 1–32, (Anm. 32). Siehe Dokument 4, S. 201–207.

82 Günter Mittag: „Maßnahmeplan zur Profilierung des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena vom 24.10.1983, GVS B 153/I-789/83“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material; sowie ergänzende Materialien dazu in: BStU, HA XVIII, Sekretariat 638, Bl. 1–12.

83 Verfügung S 20/83 des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, vom 10.11.1983 zur „Komplexen Konzeption zur weiteren Entwicklung des Forschungs-, Produktions- und Exportprofils einschließlich der Entwicklung der Speziellen Produktion bis 1985 und für den Zeitraum 1986 bis 1990 des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena“, GVS B 153/I-736/83; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

84 Ministerium für Wissenschaft und Technik (MWT) an die Abt. Forschung und technische Entwicklung beim ZK der SED vom 14.2.1985: „Information über die Bildung der

28.10.1985 ⁸⁵	Politbürobeschuß über die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der UdSSR bei der Entwicklung fortschrittsbestimmender Schlüsseltechnologien.
10.12.1985 ⁸⁶	Staatsauftrag Wissenschaft und Technik mit dem Ziel der Entwicklung von Basistechnologien der Mikrooptoelektronik.
11.02.1986 ⁸⁷	Politbürobeschuß über die weitere Entwicklung der Mikroelektronik in den Kombinat Carl Zeiss Jena und Mikroelektronik Erfurt.
20.01.1987 ⁸⁸	Politbürobeschuß über weitere Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse zur Profilierung des Kombinates Carl Zeiss Jena. Klartext: Die Stornierung des militärischen Mehrmilliardenobjekts 016.
20.05.1987 ⁸⁹	Zweitägige Beratung zwischen einer Delegation des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik unter Leitung von Generaldirektor Biermann mit dem Minister für Elektroindustrie der UdSSR, Kolesnikow, zu Fragen der Technologieabstimmung für den 1- und 4-Megabit-Speicher.
17.11.1987 ⁹⁰	Politbürobeschuß über die beschleunigte Erhöhung der Produktion mikroelektronischer Bauelemente. Geplanter Einsatz von 500 vietnamesischen Arbeitskräften.
12.09.1988 ⁹¹	Übergabe eines ersten Musters des 1-Megabit-Speichers an Erich Honecker durch Wolfgang Biermann. ⁹²
14.02.1989 ⁹³	Politbürobeschuß über Vorschläge und Konsequenzen für die Volkswirtschaft und die Landesverteidigung.

Kommission 'Mikroelektronik' beim Forschungsrat der DDR"; BA Potsdam, DF 4, 22245, Bl. 1–5.

- 85 Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 28.10.1985: „Vertiefung der Zusammenarbeit mit der UdSSR bei der Entwicklung fortschrittsbestimmender elektronischer und werkstofftechnischer Schlüsseltechnologien“, GVS B 105/I-1222/85; BStU, ZA, HA XVIII 1994, Bl. 1–56; auch in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2814, Bl. 1–56.
- 86 Politbürobeschuß vom 10.12.1985, Bl. 1–21, (Anm. 46).
- 87 Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 6.2.1986: „Entwicklung weiterer Kapazitäten für die Forschung und Entwicklung der Mikroelektronik in den Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und VEB Kombinat Mikroelektronik“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2853, Bl. 1–16; sowie ergänzend in: Information der Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, an die HA XVIII/AKG vom 7.3.1986: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage (2/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.
- 88 Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 16.1.1987: „Information und Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse des Politbüros zur Profilierung des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2975, Bl. 1–13.
- 89 Referat 1 der OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Lutz Winkler vom 20.7.1987: „Information zum Stand der Abstimmungen mit der UdSSR zur Realisierung der Höchstintegration in der DDR und der UdSSR in den Jahren 1988–1996“, gegeben am 8.7.1987; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.
- 90 Gerhard Schürer und Felix Meier, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 11.11.1987: „Maßnahmen zur beschleunigten Erhöhung der Eigenproduktion mikroelektronischer Bauelemente“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/3076, Bl. 1–13.
- 91 Schwanitz an Biermann, Bl. 29, (Anm. 64).
- 92 Brief des Kombinates Carl Zeiss Jena vom 12.9.1988, Bl. 1–5, (Anm. 63).
- 93 Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 27.1.1989: „Vorschläge für Arbeitsrichtungen zur weiteren Profilierung von Produktionskapazitäten der speziellen Produktion für 1990 und für den Zeitraum 1991–1995“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/3191, Bl. 1–10; sowie: Gerhard Schürer, Anlage 1 zum Protokoll 7 vom 14.2.1989: „Vorschläge und Konsequenzen für die Volkswirtschaft und die Landesverteidigung entsprechend dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 31.1.1989“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2315, Bl. 1–36.

2.2. Die Objektdienststelle Zeiss Jena: Platz und Rolle in der Struktur des MfS

Der Hauptabteilung XVIII⁹⁴ des MfS oblag die umfassende politisch-operative Sicherung von Kombinat und Betrieben der Industrie sowie von Einrichtungen der Wissenschaft und Technik, namentlich der Zentralinstitute und Institute der Akademie der Wissenschaften.⁹⁵ Zentrale Aufgabenfelder bildeten die Feindaufklärung (Äußere Abwehr), die Einflußnahme auf dem Gebiet der Sicherheit, Ordnung und des Geheimnisschutzes (Innere Sicherung) sowie die Bekämpfung des „inneren Feindes“ (Vorgangsarbeit). Die Objektdienststelle Zeiss Jena war eine Diensteinheit dieser sogenannten Linie XVIII.

Da die modernen volkswirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Aufgabenstellungen nicht mehr ausschließlich in mehr oder weniger klar abgegrenzten Wirtschaftsräumen realisiert werden konnten, forderte Erich Mielke im Juli 1979 eine stärkere „Profilierung der Sicherungsaufgaben zum Schutz der Volkswirtschaft“⁹⁶ im Sinne der „Leitfunktion“ der Hauptabteilung XVIII. Die Hinwendung zu Hochtechnologien – unter der Bedingung eines immensen Bedarfes an Innovation, Arbeitsteiligkeit und Kommunikation – ließ die Anforderungen an die Kooperation ständig steigen. Das hatte unmittelbare Folgen für die Gestaltung der diversen Sicherungsaufgaben des MfS, das einen „maximalen Beitrag zur Durchsetzung der ökonomischen Strategie der Partei, zur Gewährleistung hoher Sicherheit und Ordnung“ zu leisten hatte.⁹⁷ Formal begann die Integration des MfS auf hoher staatlicher Ebene durch Einladungen zu den entsprechenden Sitzungen der staatlichen Organe, zum Beispiel der Ministerien oder der Staatlichen Plankommission⁹⁸, und der Übergabe entsprechender Plandokumente. Ausgehend von dieser Einbindung hatte das MfS „alle“ inoffiziellen und offiziellen Einflußmöglichkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben differenziert zu nutzen. Dabei kam es nicht nur darauf an, „die Lage genau zu kennen“, sondern sich „aktiv an ihrer positiven Veränderung“ zu beteiligen.⁹⁹ Dazu zählte nicht zuletzt „die

94 Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt: Hauptabteilung XVIII (MfS-Handbuch, III/10), insbesondere S. 3–10.

95 Viele dieser Wissenschaftseinrichtungen, insbesondere diejenigen der Optik, Kybernetik und Elektronik, standen in enger kooperativer Beziehung zum Kombinat Carl Zeiss Jena. Der Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Technik wurde von der HA XVIII/5 „gesichert“. Vgl. Reinhard Buthmann: Die Abteilungen 5 und 8 der HA XVIII – Forschung und Hochtechnologien als Sicherungsbereich des MfS (in Vorbereitung).

96 Vgl. Thesen zur Dienstbesprechung vom 17.4.1980; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 317, unerschlossenes Material.

97 Generalleutnant Mittag, Schlußwort des Stellvertreters des Ministers auf der Dienstkonferenz der Linie XVIII vom 4.10.1983; BStU, ZA, ZAIG 08616, Bl. 3–32, hier 4.

98 Vgl. Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik, Minister Felix Meier an Erich Mielke vom 8.12.1983 (Ausgangsdatum): „Profilierung des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena“; BStU, ZA, HA XVIII, Sekretariat 638, Bl. 23f.

99 Schlußwort des Stellvertreters, Bl. 6, (Anm. 97).

Ablösung aufgeweichter oder unfähiger und der Einsatz politisch zuverlässiger, fachlich versierter Kader“.¹⁰⁰

Für das Kombinat Carl Zeiss Jena, das dem Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik unterstellt war, zeichnete in der Hauptabteilung XVIII des MfS die Abteilung 8 verantwortlich, die zuständig war für die Sicherung von Einrichtungen der Elektrotechnik und Elektronik (sogenannte „fachliche Aufsicht“ über die Objektdienststelle Zeiss Jena).¹⁰¹ Administrativ war die Objektdienststelle Zeiss Jena hingegen dem Stellvertreter Operativ der MfS-Bezirksverwaltung Gera unterstellt und rechenschaftspflichtig. Hieraus resultierte die Notwendigkeit einer intensiven Kooperation zwischen diesen drei Struktureinheiten des MfS, wobei andere wichtige Kooperationspartner hinzukamen. Wegen der vielen Standorte des Kombinates, insbesondere in den Bezirken Gera und Dresden, mußte die Objektdienststelle mit den entsprechenden territorialen Dienststeinheiten zusammenarbeiten. Auch bestand reger Kontakt zu Dienststeinheiten, die nichtindustrielle Einrichtungen zu sichern hatten, wie die der Akademie der Wissenschaften oder des Hochschulwesens, die ihrerseits in einem engen kooperativen Verhältnis mit dem Kombinat Carl Zeiss Jena standen (z. B. die Friedrich-Schiller-Universität in Jena oder das Zentralinstitut für Optik und Spektroskopie in Berlin-Adlershof).¹⁰² Zudem verfügte die Bezirksverwaltung Gera über eine Abteilung XVIII, in der sich zwei Referate mit der Sicherung der Höchstintegration (Referat 1) und der Speziellen Produktion (Referat 5) befaßten. Entsprechend dem Territorialprinzip nahmen ferner die der Bezirksverwaltung unterstellten Kreisdienststellen (KD) die komplexen Sicherungsaufgaben auf ihrem jeweiligen Territorium wahr. Auch sie besaßen Referate, denen Aufgaben der Linie XVIII überantwortet waren.¹⁰³ Die administrative und fachlich-informationelle Verflechtung der Objektdienststelle mit anderen Institutionen zeigen die folgenden beiden Organigramme:

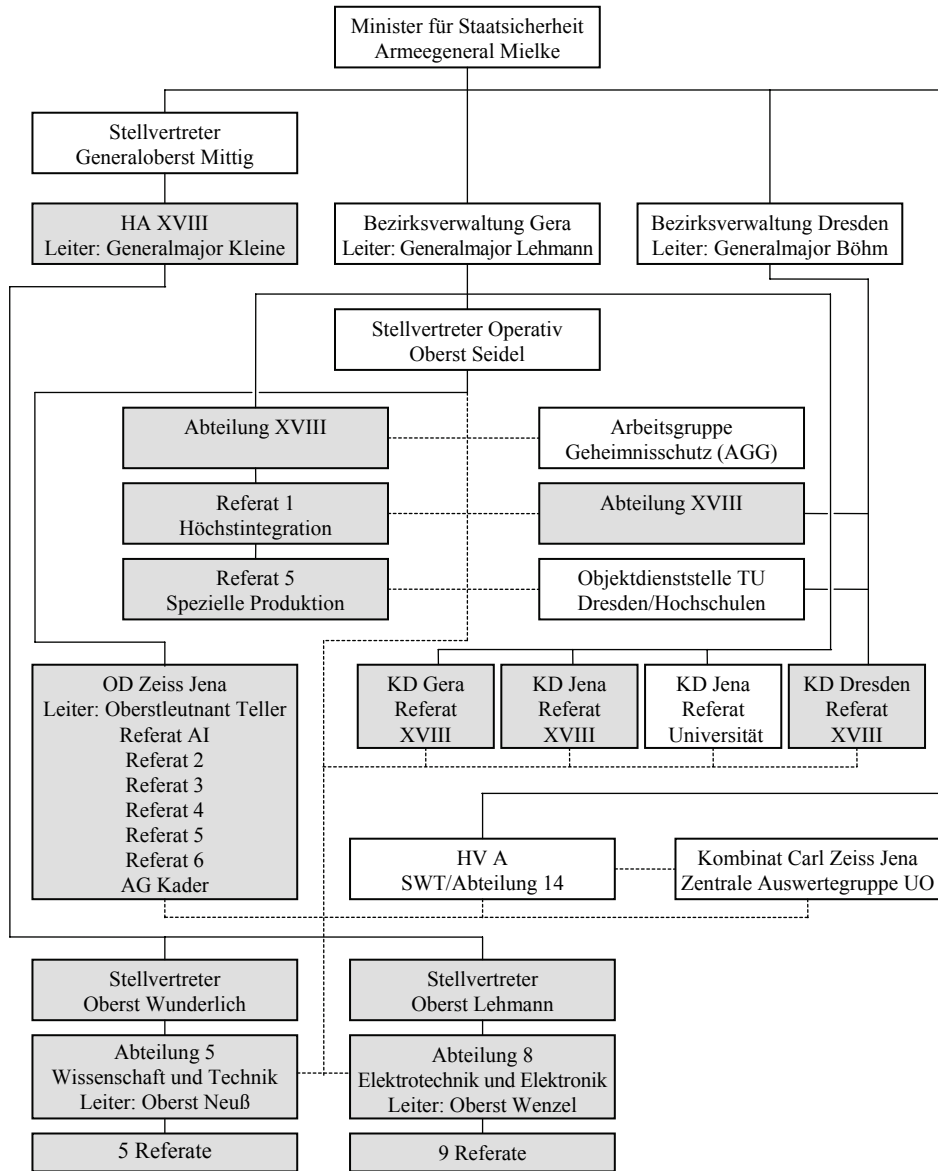
100 Ebenda, Bl. 14.

101 Vgl. Buthmann: Die Abteilungen 5 und 8 der HA XVIII (in Vorbereitung).

102 Vgl. Hauptmann Johannes Bergmann und Major Wolfgang Erler, Diplomarbeit vom 14.8.1989: „Die aus der Forschungsk Kooperation des Physikalisch-Technischen Instituts Jena der AdW der DDR und der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Kombinat VEB Carl Zeiss Jena zum Staatsauftrag 'Höchstintegration' erwachsenen neuen Anforderungen an die sicherheitspolitische Arbeit der Kreisdienststelle Jena“; BStU, ZA, JHS 21509, Bl. 1–150.

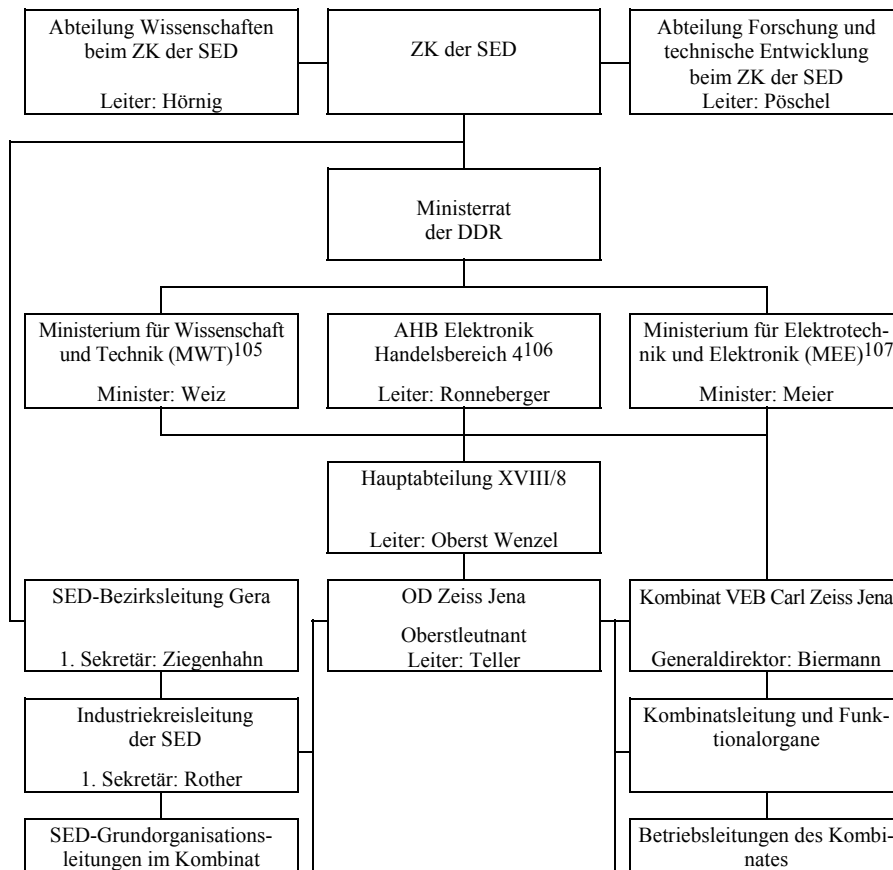
103 Einige solcher Aufgaben im Bezirk Gera – im Sinne der Gestaltung der operativen Abwehrarbeit – verdeutlicht das Dokument 5, S. 208f. Es gibt die Begrifflichkeit in bezug auf den Terminus „Arbeit auf Linie“ anschaulich wieder.

Organigramm 1: Die Objektdienststelle Zeiss Jena in der Organisationsstruktur des MfS und ihre wichtigsten Arbeitsbeziehungen für 1988/89¹⁰⁴



104 Hinterlegt: Linie XVIII; ausgezogene Linien: administrative Ebene; gebrochene Linien: ausgewählte Arbeitsbeziehungen der Objektdienststelle Jena zu anderen Dienststeinheiten des MfS.

Organigramm 2: Ausgewählte wichtige Interaktions- und Kommunikationslinien der Objektdienststelle Zeiss Jena für die Jahre 1985 bis 1989



105 Mit sicherheitspolitisch wichtigen Aufgaben, z. B. im Zusammenhang mit „Heide“ (Anm. 185), war der Leiter der Abt. I im MWT, OibE Horst Fischer (HA XVIII/5), betraut; BStÜ, ZA, KS 5398/90.

106 Zur Einordnung, Funktion und Organisation des Handelsbereiches 4 vgl. Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. 27. Mai 1994 (Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode). Insbesondere das Organigramm „Beschaffungslinien und Organisation beim Import von Embargowaren ab Juli 1986“ (S. 254); des weiteren die HA XVIII/8 (S. 111–114), die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (S. 115–119) und Beschaffung von Embargowaren (S. 251–278). Zu den MfS-spezifischen Aufgaben in diesem Zusammenhang siehe Buthmann: Die Abteilungen 5 und 8 der HA XVIII (in Vorbereitung). Zu Ronneberger (IM „Saale“) siehe Anm. 3.

107 Eine besondere Rolle bei der Durchsetzung diffiziler wirtschaftspolitischer und Beschaffungsaufgaben im Bereich der Mikroelektronik spielte der Staatssekretär im MEE und mit der HA XVIII/8 inoffiziell zusammenarbeitende Karl Nendel alias GMS „Sekretär“. Siehe hierzu den Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Art. 44 des Grundgesetzes vom 27. Mai 1994, S. 253–260.

Die Objektdienststelle Zeiss Jena gehörte neben den Objektdienststellen Buna und Leuna zu den ältesten und muß nach gegenwärtigem Forschungsstand auch personell als bestausgestattet gelten. Kategorial war sie somit einer mittleren Kreisdienststelle gleichzusetzen,¹⁰⁸ inhaltlich dürfte sie aber kraft der Bedeutung des Kombinales Carl Zeiss Jena zu den wichtigsten Diensteinheiten der Linie XVIII gezählt worden sein. Bereits mit der Dienstanzweisung 16/57¹⁰⁹ vom 30. Mai 1957 erhielt der VEB Carl Zeiss Jena eine in der Kreisdienststelle Jena verankerte Operativgruppe. Ende der sechziger Jahre besaß diese zehn Planstellen umfassende Diensteinheit folgendes Aufgabenprofil:

- Aufklärung der „feindlichen Kontaktpolitik“,
- Absicherung der Staatsgeheimnisse im VEB Carl Zeiss Jena,
- Sicherung der „Zweiseitigen Zusammenarbeit“ DDR-UdSSR,
- Zurückdrängung der „politisch-ideologischen Diversion“ und der „politischen Untergrundtätigkeit“ sowie der „Aufweichungspolitik“ westdeutscher feindlicher Zentren,
- Absicherung und operative Bearbeitung der „Erstzuziehenden“, „Rückkehrer“ und Haftentlassenen,
- Sicherung „diversionsgefährdeter“ und „allergischer“ Schwerpunkte,
- Einschätzung des Standes der Planerfüllung im VEB Carl Zeiss Jena,
- Gewährleistung des Informationsflusses,
- Zusammenarbeit mit der Operativgruppe Universität sowie den Arbeitsgruppen XVIII und II der Kreisdienststelle Jena.

Ende der sechziger Jahre entwickelte der spätere Leiter der Hauptabteilung XVIII, Alfred Kleine, in einem Modell „über das System des Geheimnisschutzes im VEB Carl Zeiss Jena“¹¹⁰ erste systemtheoretische Grundlagen, die bereits – für das politisch-operative Teilsystem – „von der geplanten Objektdienststelle und ihrer künftigen Struktur“¹¹¹ ausgingen. Alfred Kleine und die Mitautoren betonten, daß der für den VEB Carl Zeiss Jena vorgelegte Entwurf ein Funktionsmodell und somit auf andere Kombinate und Großbetriebe übertragbar sei. Dieser Entwurf wurde in der Fassung der Dissertation am 7. Dezember 1967 vor der Leitung der MfS-Bezirksverwaltung Gera verteidigt und gebilligt sowie am 21. Dezember 1967 von den Stellvertretern Operativ und im Januar 1968 vor den Abteilungsleitern der Linie XVIII beraten.¹¹²

108 Kreisdienststellen mit 51 bis 83 Mitarbeitern zählten zur Kategorie B (Kategorie A: über 84, Kategorie C: bis zu 50), nach: David Gill und Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 57.

109 DA 16/57 vom 30.5.1957: „Maßnahmen zur Verbesserung der operativen Arbeit in den Betrieben, Ministerien und Hauptverwaltungen, Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sowie in den Objekten der Landwirtschaft“, S. 10; BStU, ZA, DSt 100996.

110 Alfred Kleine, Wolfgang Burkert und Heinz Jeschke: Das System des Geheimnisschutzes in ausgewählten Bereichen strukturbestimmender Zweige der Volkswirtschaft der DDR, Potsdam, April 1968, Dissertation, GVS 0010-282/68 IV; BStU, ZA, JHS 21790, Bl. 1–149.

111 Ebenda, Bl. 9.

112 Ebenda, Bl. 10.

Dem Sprachgebrauch Ulbrichtscher Kybernetikideologie folgend, sahen die Autoren die politisch-operative Arbeit des MfS als im System des Geheimnisschutzes des VEB Carl Zeiss Jena integriert und zu anderen Abwehr- und Sicherheitssystemen, auch zu „gesellschaftlichen Systemen“, in Beziehung gesetzt („System-Umwelt-Beziehungen“).¹¹³

Der Befehl 6/68¹¹⁴ enthält die für die Gründung der Objektdienststelle Kombinat Carl Zeiss Jena zum 1. März 1968 vorgesehenen Rahmenbedingungen. Es heißt dort, daß die Objektdienststelle „auf der Grundlage der Prinzipien der wissenschaftlichen Führungs- und Leitungstätigkeit die Aufgabe der Organisierung der politisch-operativen Arbeit zur Absicherung des VEB Carl Zeiss Jena und seiner direkt angeschlossenen Betriebe einschließlich der Kooperations- und Außenwirtschaftsbeziehungen“¹¹⁵ wahrzunehmen habe. Der Gründungsbefehl sah folgende Strukturelemente vor: die Leitung, eine Arbeitsgruppe „Auswertung und Information“ sowie die Referate „Innere Sicherheit“, „Äußere Abwehr“ und „Vorgangsbearbeitung“. Die Gesamtpersonalstärke betrug 38 Planstellen, wobei die zehn Stellen der Vorgängereinrichtung inbegriffen waren. Eine herausragende Position erhielten bereits in der Planungs- und Gründungsphase die sogenannten „inoffiziellen Schlüsselpositionen“. Wegen ihrer besonderen gesellschaftlichen und/oder beruflichen Stellung erwartete das MfS von diesen inoffiziellen Mitarbeitern die Beschaffung bedeutsamer Informationen, die Teilhabe an der Einführung und Durchsetzung „verbrechensvorbeugender Maßnahmen“ und die Schaffung von notwendigen „Voraussetzungen für die Durchführung operativer Aufgaben“.¹¹⁶ Folgende Positionen plante das MfS mit solchen inoffiziellen Mitarbeitern zu besetzen: Büro des Generaldirektors, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung LOS (Stabsorgan des Generaldirektors zur Sicherung von Verschlusssachen und Kontrollaufgaben), Stellvertretender Direktor in der Direktion Kader und Bildung, Direktor für Produktion, Leiter der Patentabteilung, Leiter des Zentrums für Organisation und Rechentechnik, Leiter der Hauptabteilung Planung, Leiter der Abteilung Sondergeräte/Fotobetrieb, Leiter der Abteilung Ökonomie der Direktion, Leiter der Rechtsabteilung.¹¹⁷

Diesen Funktionsinhabern dachte das MfS eine Vielzahl konkreter Aufgaben zu, etwa bei der Auswahl der Geheimnisträger, bei den für diesen Personenkreis vorausgehenden und sich periodisch wiederholenden Sicherheitsüberprüfungen oder bei der Gewährleistung des Geheimnisschutzes schlechthin.¹¹⁸

Im Verlaufe der siebziger und insbesondere der achtziger Jahre wurden eine Reihe von Umstrukturierungen, Profilierungen und Referatsneubildungen

113 Ebenda, Bl. 46.

114 Befehl 6/68 zur Gründung der OD Zeiss Jena vom 16.2.1968, S. 1f; BStU, ZA, DSt 100540.

115 Ebenda, S. 1.

116 Das System des Geheimnisschutzes, Bl. 56, (Anm. 110).

117 Ebenda, Bl. 59–61.

118 Ebenda, Bl. 20f.

durchgeführt. Für den Zeitraum von 1986 bis 1989 sind zwei Organisationsstrukturen nachweisbar, für die – nach gegenwärtigem Forschungsstand – folgende Arbeitsrichtungen galten:

1986–1987

Referat 1	Schwerpunktbereich (SPB) „Mikroelektronik“
Referat 2	Sicherungsbereich „Kombinatsleitung und -betriebe“
Referat 3	SPB „Außenhandel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“
Referat 4	Arbeitsbereich „Sicherheitsüberprüfungen und Ermittlungen“, einschließlich der Bearbeitung der Antragsteller auf Übersiedlung
Referat 5	SPB „Militärische Forschung, Entwicklung und Produktion“
Referat AI	Arbeitsbereich „Auswertung, Information und Speicherung“
AG Kader	Arbeitsgruppe „Kadergewinnung“

1988–1989

Referat AI ¹¹⁹	Arbeitsbereich „Auswertung, Information und Speicherung“
Referat 2	Sicherung der Reisekader, vor allem in den Verantwortungsbereichen Forschungszentren U und W, Rechenzentrum Kombinarsleitung und Jenaer Glaswerke (JGW)
Referat 3	Sicherung der Kombinarsbereiche, die keine Schwerpunkte bilden
Referat 4	Sicherheitsüberprüfungen, Bearbeitung der Antragsteller auf Übersiedlung und Sicherung der Ingenieurschule Carl Zeiss Jena sowie der Fachschule für Augenoptik
Referat 5	Sicherung der Forschungszentren U und W sowie Dossier- und andere operative Arbeiten zu „BRD-Firmen“
Referat 6	Sicherung des Außenhandelsbetriebes, des Betriebsschutzkommandos der Deutschen Volkspolizei, des 11. Kampfgruppenbataillons „Emil Wölk“, der Gesellschaft für Sport und Technik (GST), der Kombinarsbetriebe G und U
AG Kader	Sicherung der ca. 4.500 Lehrlinge und verantwortlich für die Auswahl, Werbung, Bearbeitung und Betreuung von Berufsoffiziers- und Berufsunteroffiziersbewerbern sowie Unteroffizieren auf Zeit

Die in der Schillerstraße gegenüber dem Hauptwerk residierende Objektdienststelle umfaßte – einschließlich des technischen Personals – zuletzt 56 hauptamtliche Mitarbeiter. Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand stieg die Anzahl der inoffiziellen Mitarbeiter von Mitte der siebziger Jahre bis 1989 von 160 auf 250 an. Zusammen mit den Gesellschaftlichen Mitarbeitern für

119 Das Referat Auswertung und Information war insofern nicht nur mit statistischen und methodischen Fragen der Auswertung und Information beschäftigt, als daß der Leiter des Referates, Major Winkler, weiterhin Aufgaben aus seinem ehemaligen Verantwortungsbereich (Leiter des Referates 1) ausführte. So betreute er beispielsweise den wichtigen inoffiziellen Mitarbeiter in Schlüsselposition „Michael“.

Sicherheit (GMS)¹²⁰ und den inoffiziellen Mitarbeitern für Konspiration (IMK)¹²¹ konnten für 1989 bisher ca. 400 inoffiziell für das MfS arbeitende Zeissangehörige nachgewiesen werden. Damit war zu diesem Zeitpunkt etwa ein Prozent aller Beschäftigten im Jenaer Verantwortungsbereich der Objektdienststelle für das MfS inoffiziell tätig.¹²²

An den generellen Aufgaben¹²³, wie sie oben beschrieben sind, hat sich im Verlaufe der Zeit grundsätzlich nichts geändert. Zum direkten Verantwortungsbereich der Objektdienststelle Zeiss Jena zählten 1986 die kombinatsleitenden Bereiche, zwei Forschungszentren, der Außenhandelsbetrieb, acht Produktionsbetriebe, die Betriebsschule mit ca. 4.500 Lehrlingen, die Carl-Zeiss-Stiftung, die Ingenieurschule „Carl Zeiss“ sowie die Fachschule für Augenoptik „Hermann Pistor“. Festgelegt wurden folgende Schwerpunktbereiche¹²⁴, für die besondere Sicherheitsbedürfnisse geltend gemacht wurden: die Entwicklung von Technologischen Spezialausrüstungen (TSA) im Forschungszentrum W und im Kombinatbetrieb G, die Spezielle Forschung, Entwicklung und Produktion in den Kombinatbetrieben U und G, die Außenwirtschaftsbeziehungen zum nichtsozialistischen Ausland (NSA) im Außenhandelsbetrieb und in den Absatzbereichen der Exportbetriebe. Das Schwergewicht des Sicherungsauftrages der Objektdienststelle lag hierbei auf der personenbezogenen politisch-operativen Arbeit, die zu einem nicht geringen Teil auf der Grundlage von Sicherungskonzeptionen organisiert und ausgeführt wurde.

Das aus Platz und Rolle dieser Dienstseinheit resultierende Selbstverständnis der Mitarbeiter mag folgendes Zitat veranschaulichen. Anlässlich einer feierlichen Dienstveranstaltung zum 37. Jahrestag der DDR lobte 1986 der Leiter der Objektdienststelle, Oberstleutnant Karl Friedrich Teller, die anwesenden sowjetischen Kollegen des Komitees für Staatssicherheit (KfS) für deren Hilfe:

„Wie wichtig dieser enge Bruderbund [...] ist, zeigt die Entwicklung der letzten Zeit, die geprägt ist durch eine nie gekannte Hochrüstung der reaktionärsten Kräfte des Imp[erialismus] – unter Führung der USA → SDI [...]. Dabei geht es [unleserlich] in der Profilierung der op[erativen] Arbeit noch stärker darum, eine Orientierung in Richtung Aufspürung, Bekämp-

120 Grundsätzlich wurden sie mit einigen Einschränkungen (z. B. „in der Regel nicht zur direkten Bearbeitung feindlich-negativer Personen“) eingesetzt wie inoffizielle Mitarbeiter, sie galten als „Reservoir für die Gewinnung von IM“, – aus Richtlinie 1/79, in: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit – Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 305–373, hier 368–372.

121 IM zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens. Vgl. ebenda, S. 321.

122 Vgl. Tabelle 5, S. 75 dieser Arbeit.

123 Siehe ergänzend Dokument 9, S. 220–225.

124 Wichtigster Faktor war hierbei stets die Festlegung der Sicherheitserfordernisse auf Grundlage der aktuellen Beschlüsse von SED und Regierung sowie Befehlen und Weisungen des MfS. Die konkrete Umsetzung erfolgte auf Basis der eigenen langjährigen Erfahrungen und der aktuell erarbeiteten politisch-operativen Erkenntnisse.

fung und Liquidierung des Feindes in allen seinen Erscheinungsformen zu erreichen. Wir wissen, der Gegner will unser ök[onomisches] Potential schwächen [...]. In dieser Strategie des Gegners spielt das KCZ eine Schlüsselrolle – Spez[ielle] Prod[uktion], Lith[ografie] – und er hat, man kann sagen, alle seine Geheimdienste auf das durch uns zu schützende Kombinat angesetzt.“

Und er schloß mit dem Versprechen: „Auf die Tschekisten der OD Zeiss ist jederzeit Verlaß!“¹²⁵

125 Karl Friedrich Teller, Redemanuskript o. D.: „Handbuch“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

3. Die Kadersicherung

Der Leiter der Hauptabteilung XVIII/8, Oberstleutnant Wenzel, schätzte in einer Berichtsvorlage vom 28. Oktober 1985 ein, daß mit den Beschlüssen der 10. Tagung des ZK der SED und dem Politbürobeschuß vom 11. Dezember 1984 im Sicherungsbereich seiner Abteilung und darüber hinaus in der Hauptabteilung Aufgaben konzipiert seien, die „in diesem Umfang noch nicht zu bewältigen waren“. Übrigens just an jenem Tag, an dem das Politbüro einen Beschluß faßte, der – vom MfS unter den Decknamen „Heide“ geführt – den militärischen Ambitionen des SED-Staates Rechnung tragen sollte. Für das MfS ergaben sich hieraus insbesondere erhöhte Anforderungen bei der Sicherung des an diesen Programmen beteiligten Personals. Zum einen mußte ein wesentlich erweiterter Bestand an Reise- und Auslandskadern sowie Forschungs- und Entwicklungspersonal – „die zum Teil über Detailkenntnisse zum Stand der Mikroelektronik in der DDR verfügen“¹²⁶ – sicherheitspolitisch überprüft, bestätigt und kontrolliert werden. Zum anderen konstatierte er eine neue Qualität in den Angriffen der westlichen Geheimdienste gegen die Mikroelektronik der DDR, die sich darin ausdrückte, daß konkrete und detaillierte Erkenntnisse gesammelt würden, die dann der „Vorbereitung für Diversion und Sabotage“ dienten.¹²⁷ Bisherige Lücken in der politisch-operativen Sicherung betrachtete er prinzipiell als erkannt und zum Beispiel über inoffizielle Mitarbeiter in Schlüsselpositionen als beseitigt. Dies sei über die Erarbeitung staatlicher Sicherheitsregime, über die einheitliche Gestaltung der politisch-operativen Abwehrarbeit und insbesondere mit Hilfe von Sicherungskonzeptionen – entsprechend einer Beratung Erich Mielkes mit allen beteiligten Dienstseinheiten vom 15. Januar 1985 zur Durchsetzung des Befehls 11/84¹²⁸ und eines Erfahrungsaustausches am 17. April 1985 – realisiert worden.¹²⁹

Die in diesem Zusammenhang ausgewerteten Archivalien zeigen zwei Veränderungen, die für die Sicherungsarbeit des MfS von Bedeutung waren. Einmal spiegeln sie den gegenüber früheren Jahren veränderten Charakter

126 HA XVIII/8 vom 28.10.1985: „Vorlage zur Berichterstattung beim Leiter der HA XVIII am 8.11.1985“; BStU, ZA, HA XVIII 6416, Bl. 1–41, hier 5.

127 Vgl. Hauptmann Wolfgang Blasse, Diplomarbeit vom 31.10.1985: „Die Erhöhung der Wirksamkeit der durchgängigen Sicherung von zentralgeleiteten volkseigenen Kombinatn über die Bezirksgrenzen hinaus – dargestellt am Beispiel der politisch-operativen Sicherung des Kombinates Mikroelektronik Erfurt [...]“; BStU, ZA, JHS 20394, Bl. 1–65, hier 49f.

128 Befehl 11/84 vom 30.5.1984: „Zur politisch-operativen Sicherung von Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsvorhaben für moderne, strategisch bedeutsame Waffensysteme“, S. 1–7; BStU, ZA, DSt 103058.

129 Vorlage zur Berichterstattung am 8.11.1985, Bl. 8, (Anm. 126).

von Forschung und Entwicklung wider. Die Themen waren aufgrund ihrer wissenschaftlich-technischen und technologischen Natur sowie ihres interdisziplinären Charakters nicht mehr in einem quasi hermetisch abgeschlossenen Territorium bearbeitbar. Kooperationsbeziehungen wurden mehr und mehr notwendig und dies zum Teil in Bereiche hinein, die bis dahin keinen besonderen Sicherheitsvorschriften unterlagen. Zum anderen waren die Personalressourcen, insbesondere was den Bedarf an Spezialisten anlangte, zunehmend von äußerster Knappheit geprägt.¹³⁰

Ausgehend von den erhöhten Anforderungen an den Geheimnisschutz in Verwirklichung des Politbürobeschlusses vom 28. Oktober 1985¹³¹ und den gesammelten „positiven Erfahrungen bei der Umsetzung der Sicherheitserfordernisse im Kosmosprogramm (MKF-6¹³²)“ wurde eine Verfahrensweise festgelegt, die es „erstmalig“ gestattete, den Geheimnisschutz vorrangig über Personen durchzusetzen. Dieses, den knappen Personalressourcen Rechnung tragende Verfahren erlaubte es, „einen großen Personenkreis für die Lösung von Aufgaben mit speziellen Anforderungen an die Sicherheit verfügbar zu machen“.¹³³ Mit dieser flexibleren Lösung war man der bis dahin geltenden Norm, die im Zusammenhang mit militärischen Sicherheitsanforderungen ein quasi flächendeckendes Verfahren¹³⁴ beinhaltete, überlegen. Kurz: Eine Person, die in einem Hochsicherheitsbereich arbeitete und für die eine Verpflichtung als Geheimnisträger aus welchen Gründen auch immer nicht in Frage kam, konnte nun über spezifische Legenderungsmaßnahmen an sicherheitsrelevanten Aufgaben beteiligt werden.

Der herausragende Stellenwert des Kombinats Carl Zeiss Jena in bezug auf Fragen des Geheimnisschutzes wurde in einer Beratung auf höchster Leitungsebene des Kombinates deutlich, an der auch der Staatssekretär vom Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik, Karl Nendel, teilnahm:

„Es ist vorgesehen, 32 von 42 Schwerpunktaufgaben durch den Ministerrat dem Kombinat VEB Carl Zeiss zuzuordnen. [...] Diese Schlüsselrolle des Zeisskombinates auf entscheidenden Gebieten des wissenschaftlich-tech-

130 Dies traf vor allem auf den militärischen Sektor der Forschung, Entwicklung und Produktion zu. Bereits 1983 sahen sich der Militärbereich der Staatlichen Plankommission (SPK) und das MfS veranlaßt, Neuregelungen in Betracht zu ziehen; vgl. entsprechende Vermerke in: HA XVIII/AGL vom 28.4.1983 und 18.5.1983; BStU, ZA, HA XVIII 1847, Bl. 1–3 und 11f.

131 Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 28.10.1985, (Anm. 85).

132 Multispektralkamera zur Fernerkundung der Erde.

133 Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, Ernst Schulz, Wolfgang Meißner und Klaus-Dieter Gattnar, vom 15.7.1986: „Zur inhaltlichen Gestaltung, Durchsetzung und zum Funktionalisieren eines einheitlichen staatlichen Sicherheitsregimes auf der Grundlage staatlicher Sicherheitskonzeptionen“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

134 Danach war die Priorität der Hochtechnologieforschung und -entwicklung den LVO-Aufgaben (vgl. GBl. der DDR, Teil I Nr. 31 vom 11.11.1981, S. 357–368: „Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe – Lieferverordnung“), also der militärischen Forschung, Entwicklung und Produktion, gleichzusetzen, was u. a. bedeutete, daß in den betreffenden Bereichen alle Beschäftigten den hohen Sicherheitsanforderungen genügen mußten. Eine differenzierte Handhabe, z. B. mittels Legenderung und Informationsbeschränkung, war offenbar (rechtlich) bis dahin nicht vorgesehen.

nischen Fortschritts erhöht insgesamt die Sicherungsbedürfnisse, [...]. Ein hohes Niveau des Geheimnisschutzes ist bei der Lösung dieser Aufgaben deshalb erforderlich, weil die zu importierende NSW-Technik überwiegend unter Embargo steht, und weil die Arbeitsergebnisse auch in der Speziellen Produktion genutzt werden sollen.“¹³⁵

3.1. Der Schutz der Staatsgeheimnisse – die Rechtsgrundlagen

Nachdem am 22. Mai 1985 die neue „Direktive über Geheimnisträger“ durch das Sekretariat des ZK der SED bestätigt und am 6. Juni 1985 durch den Ministerrat beschlossen worden war¹³⁶, wurden Novellierungen und Maßnahmen zum Geheimnisschutz eingeleitet, die den oben beschriebenen Bedingungen Rechnung trugen. Diese Direktive beinhaltete insbesondere den definitorischen Rahmen für außerdienstliche Kontakte, Beziehungen, Reisen und Pflichten der Geheimnisträger sowie die Aufgaben der staatlichen Leiter und der Abteilungen Kader in Hinblick auf die Verpflichtung der Geheimnisträger.¹³⁷ Von Anbeginn war die Ausarbeitung der Beschlüsse und Anordnungen zum Geheimnisschutz eine Domäne des MfS. Eine wichtige Rolle kam hierbei der Zentralen Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (ZAGG)¹³⁸ zu. Ihr oblag nicht nur der Entwurf zu einheitlichen Grundsätzen und Verfahren zum Schutz der Staats- und Dienstgeheimnisse sowie dessen Rahmennomenklaturen,¹³⁹ sondern auch die Erarbeitung von entsprechendem Schulungsmaterial¹⁴⁰ und die Unterstützung, Qualifizierung sowie Anleitung der operativen Dienststellen (inklusive der Arbeitsgruppen Geheimnisschutz der MfS-Bezirksverwaltungen). Eine solche Zuarbeit war die von Erich Mielke dem Ministerrat der DDR am 6. Januar 1987 eingereichte Vorlage „Beschluss über

135 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler an HA XVIII/AKG vom 8.1.1986: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum Dezember (12/85)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

136 Eine genuine Aufgabe des Ministerrates, wonach er die „ständige Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ zu gewährleisten hatte (§ 1, Abs. 8) und seine Mitglieder – also auch das MfS – entsprechende „Rechtsvorschriften in Form von Anordnungen und Durchführungsbestimmungen“ zu „erlassen“ hatten (§ 8, Abs. 3), in: GBl. der DDR vom 16.10.1972, hier S. 254f. Siehe ergänzend Dokument 2, S. 163–174.

137 Mielke: „Zur Durchsetzung der Direktive über Geheimnisträger vom 6.6.1985“, GVS 0008-23/85; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 49, unerschlossenes Material.

138 Zu den originären Aufgaben dieser Arbeitsgruppe zählte die „Einflußnahme auf die Gewährleistung des Geheimnisschutzes in den Staatsorganen, Betrieben und Einrichtungen“, in: Die Organisationsstruktur des MfS 1989, bearb. von Roland Wiedmann (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil V/1), BStU, Berlin 1995, S. 208f.

139 Durchsetzung der Direktive über Geheimnisträger vom 6.6.1985, S. 5f., (Anm. 137).

140 Vgl. ZAGG: „Orientierungen und Hinweise für die Schulung und Belehrung der Geheimnisträger“, o. D. (aber nach dem 3.2.1988); BStU, ZA, HA XVIII 3950, Bl. 5–51.

die Grundsätze zum Schutz der Staatsgeheimnisse der DDR¹⁴¹, die am 1. März 1987 in Kraft trat.

In der Begründung zum Beschlußentwurf heißt es, daß „der Geheimnisschutz noch stärker in die Lösung politischer, ökonomischer und militärischer Aufgaben integriert“¹⁴² werden solle. Hierzu wurde „die Verantwortung für die gesamtstaatliche Koordinierung der Maßnahmen zum Schutz der Staatsgeheimnisse dem Minister für Staatssicherheit übertragen“.¹⁴³ Da in den achtziger Jahren die DDR einen höheren Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit zu leisten hatte, und die wissenschaftlich-technische Kooperation mit Ländern des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes – „mit dem Ziel der Erlangung von Zugriff zu internationalen Spitzentechnologien“¹⁴⁴ – verstärkt wurde, war diese Begründung durchaus realistisch. Folglich war dem MfS der Kampf gegen Auffassungen von Wissenschaftlern wichtig, die die Meinung vertraten, daß durch die Sicherheitsbestimmungen der bürokratische Aufwand steige, die wissenschaftliche Arbeit behindert würde, die westlichen Staaten ohnehin in der Forschung weiter seien und daß nur für militärische Entwicklungsvorhaben die Staatsgeheimniseinstufung notwendig wäre.¹⁴⁵ In den Grundsätzen zum Beschlußentwurf wurde darauf verwiesen, daß der Schutz der Staatsgeheimnisse – das heißt „die Auswahl, Überprüfung und Bestätigung der Geheimnisträger, ihr pflichtbewußtes Verhalten und die ständige politisch-erzieherische Arbeit mit ihnen, die Bestimmung und Einstufung geheimzuhaltender Informationen, die Gewährleistung einer hohen Wachsamkeit und Geheimhaltung, die Organisation der Maßnahmen zum Schutz der Staatsgeheimnisse, einschließlich der dafür erforderlichen Kräfte, Mittel und Methoden, sowie die Kontrolle und Anleitung“¹⁴⁶ – im Rahmen der Sicherheitspolitik des Staates zu erfolgen habe.

Die Anordnung zum Schutz der Staatsgeheimnisse¹⁴⁷ vom 15. Januar 1988 regelte auf Grundlage der veränderten Bedingungen sämtliche in bezug auf die Sicherung von Staatsgeheimnissen vorkommenden Sachverhalte und Aspekte. Hierin sind die Aufgaben des MfS explizit und bindend festgeschrieben. Diese und die Anordnung vom 20. August 1974¹⁴⁸ galten als pri-

141 Beschluß über die Grundsätze zum Schutz der Staatsgeheimnisse der DDR vom 15.1.1987, VVS B 2-B 430-1639/86; BStU, ZA, HA XVIII 5076, Bl. 1–47.

142 Ebenda, Bl. 24.

143 Ebenda, Bl. 25.

144 „Zu aktuellen Anforderungen an die Durchsetzung der Rechtsgrundlagen zum Geheimnisschutz im Bereich Wissenschaft und Technik“, Berlin, Juli 1987; BStU, ZA, HA XVIII 4123, Bl. 1–65. Eine Sammlung von ausgewählten Rechtsvorschriften ist enthalten in: MWT, Dr. Weiz, vom 1.5.1988: „Verfahrensweisen zur Durchsetzung von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz bei der Realisierung der Aufgaben zur Entwicklung fortschrittsbestimmender Schlüsseltechnologien aus dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 28.10.1985“; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 6, unerschlossenes Material.

145 Rechtsgrundlagen zum Geheimnisschutz, Bl. 20f., (Anm. 144).

146 Grundsätze zum Schutz der Staatsgeheimnisse vom 15.1.1987, Bl. 13, (Anm. 141).

147 Anordnung zum Schutz der Staatsgeheimnisse – Staatsgeheimnisverordnung (SGAO) vom 15.1.1988, VVS B 430-1918/87; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 324, Buch von 95 S., unerschlossenes Material.

148 Ebenso die Ergänzungsanordnung vom 6.6.1985 zur Anordnung vom 20.8.1974.

märe Rechtsgrundlage für andere Vorschriften, Richtlinien oder Dienstanweisungen des MfS, zum Beispiel der Richtlinie zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen.

Für das Verständnis der überlieferten Materialien zur Kadersicherung ist es wichtig, die rechtliche und staatliche Verankerung des MfS auf diesem Gebiet zu erkennen; es handelte grundsätzlich nicht willkürlich. Regelungen und Weisungen zum Schutz der Staatsgeheimnisse waren demnach durch die Leiter der Staatsorgane und Betriebe für ihren jeweiligen Verantwortungsbereich zu erlassen, wobei diese mit den Leitern der zuständigen Dienststellen des MfS abzustimmen waren.¹⁴⁹ Gleiches galt für den Erlaß respektive die Veränderung entsprechender Nomenklaturen für Staatsgeheimnisse und Geheimnisträger. „Bei der Organisierung und Durchsetzung des Schutzes der Staatsgeheimnisse“ hatten die staatlichen Leiter die Empfehlungen der zuständigen Dienststellen des MfS zu realisieren.¹⁵⁰ Für die Kadersicherung galten unter anderem folgende Bestimmungen:

„Die Leiter der Staatsorgane und Betriebe sind für die Auswahl, Überprüfung, Bestätigung und Verpflichtung aller ihnen disziplinarisch unterstellten Geheimnisträger sowie für deren ständige politisch-ideologische Erziehung verantwortlich.“¹⁵¹

„Anträge zum Einsatz von Personen als Geheimnisträger sind den Leitern der Kaderabteilungen [...] zu übergeben. Diese haben die Eignung der als Geheimnisträger vorgeschlagenen Personen kaderpolitisch einzuschätzen und ihre Befürwortung bzw. Ablehnung zu begründen.

Die Leiter der Staatsorgane und Betriebe entscheiden über die Weitergabe der Anträge zum Einsatz von Personen als Geheimnisträger an die Leiter der zuständigen Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit.

Die Leiter der zuständigen Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit teilen den Leitern der Staatsorgane und Betriebe ihre Zustimmung oder Ablehnung innerhalb von 3 Monaten mit. Wird die Zustimmung nicht erteilt, ist die Ablehnung gegenüber den Leitern der Staatsorgane und Betriebe zu begründen.

Die Leiter der Staatsorgane und Betriebe bestätigen die Vorschläge zum Einsatz als Geheimnisträger und leiten die Verpflichtung erst dann ein, wenn dazu die Zustimmung der Leiter der zuständigen Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit vorliegt.“¹⁵²

Das MfS war auch beim Akt der Verpflichtung präsent: bei Verpflichtungen mit dem Geheimhaltungsgrad Geheime Kommandosache (GKdos) durch den Leiter der zuständigen Dienststelle des MfS; bei Verpflichtungen mit Geheimer Verschlusssache (GVS) und Vertraulicher Verschlusssache (VVS)

149 Staatsgeheimnisanordnung vom 15.1.1988, § 5, Abs. 2, S. 5, (Anm. 147).

150 Ebenda, § 6, Abs. 3, S. 7.

151 Ebenda, § 11, Abs. 2, S. 10.

152 Ebenda, § 11, Abs. 4–7, S. 11.

durch einen „Beauftragten der Kaderabteilung sowie eines Beauftragten der Abteilung oder des Sektors Geheimnisschutz oder der VS-Stelle“.¹⁵³ In den letztgenannten Fällen dürfte das MfS also inoffiziell, das heißt in Person mindestens eines inoffiziellen Mitarbeiters in Schlüsselposition, vertreten gewesen sein. Jegliche Veränderungen in Funktion, Aufgaben oder Verhalten des verpflichteten Geheimnisträgers waren anzuzeigen:

„Bei Veränderung der Funktion oder Aufgaben, der kaderpolitischen Bedingungen oder des charakterlich-moralischen Verhaltens sowie bei schwerwiegenden Verstößen gegen den Schutz der Staatsgeheimnisse und bei anderen Erfordernissen ist die weitere Eignung der Personen als Geheimnisträger unverzüglich einzuschätzen. Über notwendige Entscheidungen sind die Leiter der zuständigen Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit zu informieren.“¹⁵⁴

Spätestens hier wird klar, daß inoffizielle Mitarbeiter in Schlüsselpositionen durchaus kein gespaltenes Bewußtsein entwickeln mußten. Im Gegenteil, die Funktion als staatlicher Leiter und die als inoffizieller Mitarbeiter war hier einheitsstiftend. Das wird noch deutlicher in der Frage des Selbstverständnisses als Geheimnisträger:

„Die Geheimnisträger haben dazu beizutragen, daß alle Versuche von politischen, staatlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und anderen Institutionen sowie von Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Berlin (West), Staatsgeheimnisse auszuforschen, rechtzeitig erkannt und konsequent verhindert werden. Sie haben darüber unverzüglich ihre disziplinarisch Vorgesetzten oder eine Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit oder eines anderen Staatsorgans zu informieren.“¹⁵⁵

Die Staatsgeheimnisanordnung beinhaltet darüber hinaus die Aufgaben der Abteilungen Geheimnisschutz und die der Kaderabteilungen für deren Arbeit mit Geheimnisträgern.¹⁵⁶ Mitarbeiter des MfS durften Kontrollen vor Ort durchführen:

„Die zuständigen Leiter bzw. Mitarbeiter sowie die von ihnen legitimierten Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit oder Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit mit entsprechenden Sonderausweisen sind berechtigt, in den Staatsorganen und Betrieben den Schutz der Staatsgeheimnisse zu kontrollieren und Empfehlungen zur weiteren Vervollkommnung des Schutzes der Staatsgeheimnisse zu geben.“¹⁵⁷

Abschließend seien einige wesentliche Merkmale genannt, die die seit 1985 veränderte Lage im Geheimnisschutz kennzeichnen:

- eine differenziertere Analyse der Geheimhaltungsinteressen des Staates;
- Begrenzung der zuletzt stark gewachsenen Zahl von Staatsgeheimnissen,

153 Ebenda, § 12, Abs. 2, S. 12.

154 Ebenda, § 14, Abs. 2, S. 13.

155 Ebenda, § 16, Abs. 3, S. 14.

156 Siehe S. 59–60 dieser Arbeit.

157 Staatsgeheimnisanordnung vom 15.1.1988, § 26, Abs. 3, S. 25, (Anm. 147).

nicht „flächendeckende“, sondern gezielte Vergabe entsprechender Nomenklaturen;

- Festlegung von Sicherheitsschwerpunkten nach dem Grundsatz der Sparsamkeit auf Basis einer differenzierten und gründlichen Analyse¹⁵⁸ und
- verstärkter Einsatz von Mitteln der Legendierung.

Allein wegen der exorbitanten Ausweitung der Speziellen Forschung, Entwicklung und Produktion im Kombinat Carl Zeiss Jena hätte das MfS ohne ein differenziertes Vorgehen bei der Kadernsicherung große Probleme bei der Bewältigung der zahlreichen Personalüberprüfungen und -bestätigungen bekommen. Die Forderung nach einem besonderen Vertrauensverhältnis zwischen Geheimnisträgern, staatlichen Leitern und dem MfS entsprach nicht einem ideologischen Selbstzweck, sondern gehorchte der ökonomischen Zwangslage.

Grundsätzlich betrachtete das MfS die Aufgaben und Pflichten des Bürgers zur Geheimhaltung als durch allgemeinverbindliche Rechtsnormen, zum Beispiel in den Artikeln 21, 23 und 90 der Verfassung, gegeben. Dort wurde der Bürger unter anderem auf die Verpflichtung verwiesen, das politische und wirtschaftliche Leben mitzugestalten, die „Errungenschaften“ zu verteidigen sowie Straftaten vorzubeugen und zu bekämpfen.¹⁵⁹ Zuletzt wurde er gar durch eine vom MfS erlassene Rechtsvorschrift explizit auf Einhaltung des Geheimnisschutzes verpflichtet. Diese Rechtsvorschrift vom 22. Dezember 1987 war die erste ihrer Art, die in der DDR veröffentlicht wurde.¹⁶⁰ Die Kadernsicherung durch das MfS besaß eine ausgeprägt edukative Komponente. Auf die Aus- und Weiterbildung der Geheimnisträger wurde stets großer Wert gelegt. Entsprechend dienten dem MfS die Treffs mit inoffiziellen Mitarbeitern regelmäßig der Schulung zu sicherheitspolitischen Fragen. Erleichtert wurden solche Unterweisungen dann, wenn die Gesprächspartner in einer Person staatlicher Leiter, Geheimnisträger sowie inoffizieller Mitarbeiter waren. Der Leiter der Objektdienststelle Zeiss Jena, Major Teller, stellte am 19. Oktober 1986 fest, daß der „Einsatz inoffizieller Quellen, die Schlüsselpositionen im Kombinat [...] einnehmen, [das] sicherheitspolitische Niveau entscheidend beeinflussen“ und somit „hohe Wirksamkeit“ erreichen.¹⁶¹

Die veränderte Qualität im Geheimnisschutz der achtziger Jahre zeigt sich darüber hinaus in Rechtsnormen, die aufgrund intensiverer und erweiterter Kooperation erforderlich wurden. Für die Gestaltung der Kooperation zwischen Kombinat, Betrieben, Hochschulen und der Akademie der Wissen-

158 Siehe S. 48–51 dieser Arbeit.

159 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1975, S. 24–26 und 66. Vgl. hierzu auch Harry Möbis: Ordnung, Disziplin, Sicherheit – Aufgaben und Erfahrungen, Berlin (Ost) 1982.

160 Vgl. ZAGG: „Orientierungen und Hinweise für die Schulung und Belehrung der Geheimnisträger“; BStU, ZA, HA XVIII 3950, Bl. 1–51, hier 8.

161 Redemanuskript (Anm. 125). Siehe ergänzend Dokument 9, S. 220–225, hier 224f.

schaften galt seit dem Politbürobeschuß vom 10. September 1985¹⁶² – und der Forschungsverordnung vom 12. Dezember 1985¹⁶³ – eine Form der Zusammenarbeit, die auf Vertragsformen wie dem „langfristigen Kooperationsvertrag“ und dem „Leistungsvertrag“ beruhte. Aus sicherheitspolitischer Sicht waren insbesondere der damit zusammenhängende erweiterte „Kaderaustausch“ und die gemeinsame Nutzung von Geräten und Laboratorien von

Belang. In den Leistungsverträgen mußten dementsprechend Vereinbarungen über den Geheimnisschutz eingearbeitet werden. Analog wurden auf internationaler Ebene die sicherheitspolitischen Interessen gewahrt: Das Exekutivkomitee des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hatte am 1. April 1987 die „Ordnung zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes bei der Durchführung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW“ bestätigt. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit DDR-UdSSR wurde durch den Beschluß „über die Neuregelung des Geheimnisschutzes bei der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR“ vom 25. September 1987 auf den Stand der aktuellen Erfordernisse gebracht.¹⁶⁴

3.2. Die Instrumente „Schwerpunktbereich“ und „Sicherungskonzeption“¹⁶⁵

Die sogenannte Schwerpunktbestimmung soll anhand einer Studie erläutert werden, die vom zuständigen Referat 3 der Objektdienststelle Zeiss Jena im August 1985 für den Außenhandelsbetrieb (AHB) des Kombines Carl Zeiss Jena erstellt worden ist.¹⁶⁶ Neben den grundsätzlichen Aufgaben, der Funktion sowie der Struktur des Kombinatbetriebes sind die volkswirtschaftlichen Schwerpunktaufgaben für den Zeitraum 1986 bis 1990 herausgearbeitet worden. Diese Daten bildeten die Grundlage für die genaue Bestimmung und Fixierung des Sicherheitsinteresses.

162 Günter Mittag und Kurt Hager vom 3.9.1985: „Vorschläge in Vorbereitung des XI. Parteitages der SED für die Gestaltung ökonomischer Beziehungen der Kombinate der Industrie mit den Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften sowie des Hochschulwesens“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2788, Bl. 1–14.

163 Verordnung über die Leitung, Planung und Finanzierung der Forschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR und an Universitäten und Hochschulen, insbesondere der Forschungsk Kooperation mit den Kombinat – Forschungsverordnung –, in: GBl. der DDR vom 16.1.1986, S. 12–20, hier 16–20.

164 Siehe hierzu auch Anm. 75.

165 Auch Sicherheitskonzeption. Der MfS-Sprachgebrauch ist diesbezüglich nicht einheitlich. Der Begriff „Sicherheitskonzeption“ steht aber vorrangig – korrekterweise – für den zivilen Bereich.

166 Referat 3 der OD Zeiss Jena, Major Ehrenberg, vom 9.8.1985: „Schwerpunktbestimmung im AHB/KCZ für den Planzeitraum bis 1986“; BStU, ASt Gera, VSH OD Zeiss 003021, Bl. 126–140.

Die Studie weist für den Außenhandelsbetrieb per 30. Juli 1985 1.482 Beschäftigte aus, von denen 521 in Kundendienststützpunkten tätig waren. 272 Beschäftigte galten als Reisekader, von denen 177 als NSW-Reisekader und 95 als SW-Reisekader registriert waren. 155 sogenannte „äABO-Kader“ (äusere Absatz- und Bezugsorgane) waren mit ihren Familienangehörigen in 110 Einrichtungen der „äABO“ im Ausland tätig; 56 davon im sozialistischen, 99 im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet. Der Außenhandelsbetrieb zählte insgesamt 208 Geheimnisträger, unter ihnen waren 108 LVO-Kader¹⁶⁷ (16 GVS- und 92 VVS-verpflichtet). Der Betrieb besaß zu jener Zeit sechs Gemischte Gesellschaften (GG) in Frankreich, England, Norwegen, Schweden, Bundesrepublik Deutschland und Italien. Ausgehend von der ökonomischen Strategie der SED, „insbesondere auf dem Gebiet der Mikroelektronik, der Realisierung von Vorhaben im Rahmen der ZZ-Arbeit [zweiseitige Zusammenarbeit] mit militärstrategischer Bedeutung, der Erhöhung des Exportes nach dem NSW und [der] Störfreimachung von NSW-Importen“¹⁶⁸, wurde als sicherheitsrelevanter Schwerpunkt herausgearbeitet:

Im Handel mit den sozialistischen Ländern sollten – jeweils von 1985 zu 1990 – die Erzeugnisgruppen „Spezielle Produktion“ auf 199,4 Prozent (von 423,6 auf 844,8 Mio. Mark), „Technologische Spezialausrüstungen“ auf 162,2 Prozent (von 304,9 auf 494,6 Mio. Mark) und „Meßgeräte“ auf 117,5 Prozent (von 294,1 auf 345,5 Mio. Mark) gesteigert werden. Der Export von hochveredelten Erzeugnissen ins nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet sah eine Steigerung auf 146 Prozent vor.¹⁶⁹ Auf Basis dieser allgemeinen Erhebungen und der, wie es in dem Papier heißt, seit Jahren von gegnerischen Kräften betriebenen „ökonomischen Störtätigkeit“ gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen des Kombines, arbeitete das Referat 3 die konkreten operativen Schwerpunktbereiche heraus. Hierzu sind dann die einzelnen Aufgabenstellungen festgelegt worden; beispielsweise „die Qualifizierung“ der Sicherheitsüberprüfungen, des „Kaderbestätigungsverfahrens“ und der „Wer ist wer?“-Aufklärung von Auslandskadern, Reisekadern und Geheimnisträgern, aber auch der Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern und die Organisation der Zusammenarbeit mit Bereichen wie der Inspektion des Generaldirektors des Kombines, der Abteilung Sicherheit im Verantwortungsbereich des Außenhandelsbetriebes und der Abteilung Reiseverkehr im Kombinat. Folgende Aspekte sind in diesem Zusammenhang für die Kadersicherung von Bedeutung:

a) Zusammenarbeit mit der Inspektion

„– Einflußnahme zur Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit im Rahmen des Bestätigungsverfahrens von Auslandskadern, NSW- und SW-Reisekadern, Geheimnisträgern, Leitungskadern [...]

167 Kader, die an militärischen Projekten gemäß der LVO arbeiteten; vgl. Anm. 134.

168 Schwerpunktbestimmung im Außenhandelsbetrieb, Bl. 128, (Anm. 166).

169 Ebenda, Bl. 129f.

- Klärung und operative Einschätzung von Verletzungen, Störungen, Vorkommnissen im Rahmen der kommerziellen Tätigkeiten [...]
 - [...] Aufdecken von Manipulationen, Verletzungen der Staatsdisziplin [...]
 - Kontrolle und Einflußnahme auf die ordnungsgemäße Rückführung von Auslandskadern (mit ihren Familien) [...].“
- b) Zusammenarbeit mit der Abteilung Sicherheit
- „- [...] zur Herausarbeitung von op[erativ] interessanten Kontakten, zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes [...]
 - Durchführung von vorbeugenden Kontrollen zur Gewährleistung der Ordnung/Sicherheit [...]
 - Durchsetzung der staatlichen Normative im Rahmen des Bestätigungsverfahrens von Reisekadern und Geheimnisträgern.“¹⁷⁰
- c) Zusammenarbeit mit der Abteilung Reiseverkehr
- „- Durchsetzung der staatlichen Orientierungen und Weisungen im Rahmen der Auswahl und Bestätigungen von Auslandskadern. [...]
 - Nutzung ihrer Schlüsselposition im KCZ bei der Realisierung von operativen Kombinationen bei Auslandskadern und Reisekadern.
 - Auswertung der NSW-Dienstreisen und der Sofortberichte zur Sichtbarmachung op[erativ] interessanter Verhaltensweisen von Auslandskadern und Reisekadern [...].“¹⁷¹

In der nachfolgenden Übersicht sind einige wichtige Begriffe der „Schwerpunktarbeit“ systematisch zusammengefaßt. Die Umsetzung dieser Schwerpunkt-Aufgabenstellungen (von daher: Schwerpunktprinzip), einschließlich deren halbjährige Präzisierung, erfolgte in Zusammenarbeit mit der Abteilung XVIII der MfS-Bezirksverwaltung Gera und der Hauptabteilung XVIII/8. Die konsequente Durchsetzung des Schwerpunktprinzips korrespondierte mit der Planung der politisch-operativen Arbeit im MfS, die praktisch all jene Kriterien enthielt, die für die Erstellung von Sicherungskonzeptionen gefordert waren.¹⁷²

170 Ebenda, Bl. 139.

171 Ebenda, Bl. 140.

172 Vgl. Richtlinie 1/80 vom 16.6.1980 für die Planung der politisch-operativen Arbeit im MfS, S. 1-46; BStU, ZA, DSt 102674.

Tabelle 3: *Schwerpunktbereiche und -aufgaben im Außenhandelsbetrieb des Kombines Carl Zeiss Jena (Auswahl)*

	Schwerpunktbereich 1	Schwerpunktbereich 2
Strukturelle Schwerpunkte	Äußere Absatz- und Bezugsorgane („äABO-Organ“), NSW-Vertretungen, Kontaktpartner.	Bereiche mit hoher sicherheitspolitischer Bedeutung: Direktion des Generaldirektors des AHB, VS-Stelle.
Personelle Schwerpunkte	Vertreter Gemischter Gesellschaften u. -Betriebe, Reisekader für das sozialistische und nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (SW- und NSW-Kader).	Mitarbeiter dieser Bereiche; LVO-Kader, Spitzengeheimnisträger, aber auch Reisekader für beide Wirtschaftsgebiete.
Grundsätzliche Aufgaben	Sicherung der „Auslandsdelegaten“, Verhinderung gegnerischer „Stützpunktaktivität“ und ungesetzlichen Verlassens der DDR, „gezielte Einflußnahme“ auf die Umsetzung der anstehenden ökonomischen Aufgaben.	Sicherung des Leitungspersonals; sonst wie unter Schwerpunktbereich 1.
Einzelaufgaben	Aufdeckung von Korruption und Kontakten der Delegaten, Kontrolle durch sogenannte Reisekader-IM; „Wer ist wer?-Aufklärung“; Aufdeckung von Spionagetätigkeit; Qualifizierung der Sicherheitsüberprüfungen; Gewährleistung des Geheimnisschutzes.	Durchsetzung personalpolitischer Maßnahmen; sonst wie unter Schwerpunktbereich 1. Analyse operativer Materialien; Sicherheitsüberprüfungen; Ansprechen von „Erstreisenden“ auf Grundlage von Gesprächskonzeptionen. Operative Zusammenarbeit mit „Schlüsselpositionen“.
Beispiele	Aufklärung des Konkurrenzunternehmens Oberkochen (Sichtbarmachung von „Störversuchen“, operative Kontrolle der Reisekader, Entwicklung abgestimmter „Blickfeldarbeit“ ¹⁷³).	Absicherung und Legendierung von Beschaffungsaufträgen (Brechung des Embargos).

3.2.1. Die Sicherungskonzeptionen des MfS

Die Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Kadersicherung sind nur im Kontext der Theorie der Sicherungsschwerpunkte, die wiederum Basis für die Erarbeitung von Sicherungskonzeptionen gewesen sind, zu verstehen. Die Sicherungskonzeptionen enthielten die Forderungen, die auch für die Kadersicherung die Grundlage bildeten. Allgemein galten zur Erarbeitung der Sicherungskonzeptionen die Bestimmungen der Richtlinie 1/80.¹⁷⁴ Diese geben

173 Der gezielte Versuch, ausgewählte inoffizielle Mitarbeiter ins Blickfeld von westlichen Geheimdiensten mit dem Ziel zu bringen, „die Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden [des Feindes - R. B.] zu erkunden, zu dokumentieren und offensiv zu bekämpfen“, in: Das Wörterbuch der Staatssicherheit, hrsg. von Siegfried Suckut, Berlin 1996, S. 82.

174 Richtlinie 1/80 vom 16.6.1980 (Anm. 172), insbesondere Ziffer 2 (Grundsätze der Planung der politisch-operativen Arbeit) und 4.1 (längerfristige Konzeptionen). Vgl. auch Dokument 1, S. 136–162, hier 159f. sowie Dokument 2, S. 163–173, hier 166.

grundsätzliche Hinweise zur – längerfristigen – Planung der politisch-operativen Arbeit sowie zur Verantwortung der Dienstseinheiten bei der Realisierung diverser Sicherungsaufgaben.

Die Organisationsmethode einer solchen komplexen Sicherungskonzeption soll anhand der Konzeption gezeigt werden, die in Umsetzung des Politbürobeschlusses vom 24. Mai 1983 erarbeitet wurde.¹⁷⁵ Hierzu wurde eine Arbeitsvereinbarung zwischen der Zentralen Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (Abteilung I: Kontrolle des Geheimnisschutzes), der Hauptabteilung XVIII/8, der Objektdienststelle Zeiss Jena und der Arbeitsgruppe Geheimnisschutz der MfS-Bezirksverwaltung Gera getroffen. Die Zielstellung bestand darin, den Geheimnisschutz¹⁷⁶ konsequent in den verschiedenen Bereichen des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik durchzusetzen. Die Sicherungskonzeption galt als „qualifiziertes Führungsdokument zur Sicherung und Geheimhaltung“.¹⁷⁷ Dabei bildete das Kombinat Carl Zeiss Jena den Hauptgegenstand für die zentrale Sicherungskonzeption. Für die Kooperationsbeziehungen in den Bereichen des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik, des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen sowie für die Akademie der Wissenschaften mit ihren Instituten wurden Teilsicherungskonzeptionen erarbeitet. Die jeweiligen Schwerpunkte der politisch-operativen Arbeit wurden zwischen den beteiligten Dienstseinheiten besprochen und entsprechend den Erfordernissen turnusmäßig angepaßt sowie in Jahres- und anderen Arbeitsplänen verankert.

Grundsätzlich müssen die staatlichen Sicherheitskonzeptionen von denen des MfS unterschieden werden, obgleich erstere sowohl indirekt als auch direkt von MfS-Interessen und -Forderungen geleitet waren.¹⁷⁸ Beiden gemeinsam war, daß sie auf den Rechtsnormen für den Schutz von Staatsgeheimnissen beruhten. Schutzwürdige Interessen waren vor allem Aufgaben aus den Staatsplänen Wissenschaft und Technik, die Themen der Landesverteidigung, der „Zweiseitigen Zusammenarbeit“ mit der UdSSR oder nationaler Forschungsschwerpunkte beinhalteten. Ausgangspunkt der konkreten Gestaltung der Sicherungskonzeptionen bildeten entsprechende Beratungen mit staatlichen Leitern, den Leitern der Inspektionen sowie den Sicherheitsbeauftragten. Sicherungskonzeptionen wurden in aller Regel auf Basis einer vorangestellten Analyse der politisch-operativen Lage und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Forschungs-, Entwicklungs- oder Produktionsaufgabe erarbeitet (siehe Organigramm 3).

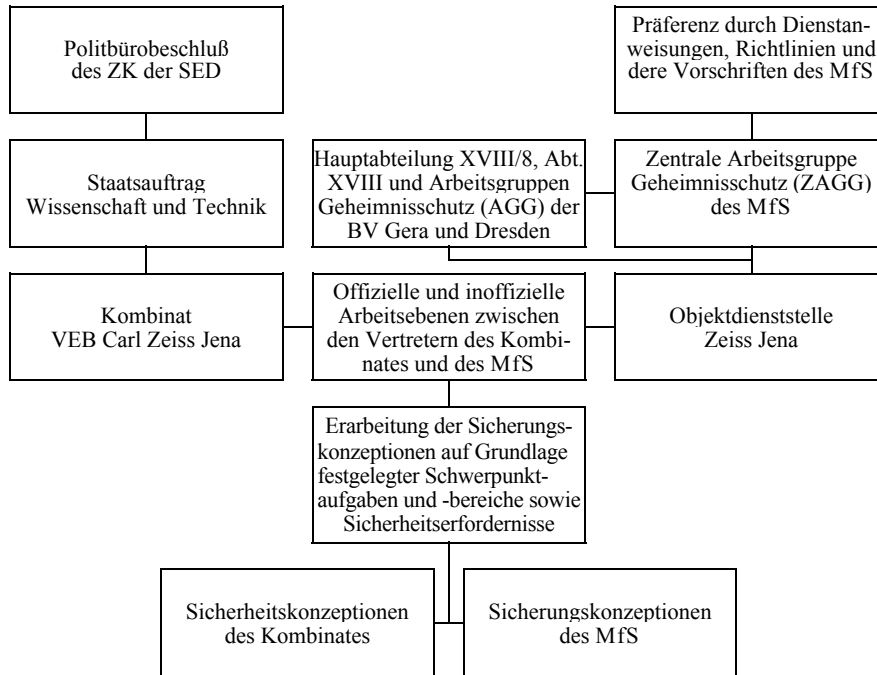
175 Die hier vorgestellten Erkenntnisse – insbesondere das Organigramm 3 – sind rekonstruiert.

176 Auf der Grundlage der „Anordnung zum Schutz von Staatsgeheimnissen“ vom 24.8.1974, der Direktive über Geheimnisträger vom 18.3.1973 und des Ministerratsbeschlusses vom 23.11.1982, siehe Dokument 2, S. 163–173.

177 Vgl. HA XVIII/8 an die ZAGG vom 3.1.1984: „Festlegungsprotokoll“; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 316, unerschlossenes Material.

178 Zum Sprachgebrauch siehe Anm. 165.

Organigramm 3: Vereinfachtes Schema zur Genese von Sicherheitskonzeptionen



Die Sicherheitskonzeptionen wurden letztendlich von der mit der Leitfunktion beauftragten MfS-Dienstseinheit erstellt, wobei die Zusammenarbeit mit anderen Dienstseinheiten je nach Art und Umfang des Sicherungsgegenstandes Berücksichtigung fand.¹⁷⁹ Bestätigt wurden die Sicherheitskonzeptionen durch den Stellvertreter Operativ der zuständigen MfS-Bezirksverwaltung und durch den Leiter der Hauptabteilung XVIII.

Die wesentlichen Orientierungen der Sicherheitskonzeptionen deckten den sicherheitspolitischen Bedarf ab, gaben Einzel- und Etappenziele vor und dienten der Gewährleistung und Gestaltung der Kadersicherung in Hinblick auf die gestellten ökonomischen Aufgaben:

Es war dies insbesondere die „wirksame Unterstützung und operative Einflußnahme auf die unverfälschte Durchsetzung der Beschlüsse von Partei- und Staatsführung im zu sichernden Kombinat, [die] vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung feindlicher Angriffe gegen das Kombinat, [die] Aufklärung feindlicher Pläne, Absichten und Aktivitäten, die das Kombinat betreffen [und die] rechtzeitige, kontinuierliche und qualifizierte Informationstätigkeit.“¹⁸⁰

179 Siehe ergänzend Dokument 10, S. 226–229.

180 Thesen zur Dienstbesprechung vom 28.3.1980: „Auswertung und Umsetzung der Orientierung aus der Dienstkonferenz (Kombinatssicherung) in der Ebene der Hauptabteilung und

Die Sicherungskonzeptionen enthielten ferner auch die Aufgabenstellungen für die Sicherheitsbeauftragten. Die Gestaltung der Informationsbeziehungen schloß die Berichtstätigkeit an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED ausdrücklich ein.

Für den zeitlichen Rahmen und den Sachbezug dieser Arbeit sind drei umfassende Schwerpunktbereiche von Interesse, die Grundlage für staatliche und MfS-Sicherungskonzeptionen gewesen sind. Allen gemeinsam ist, daß sie – sicherheitspolitisch – die komplexe Natur der Staatsplanthemen Wissenschaft und Technik und sehr anschaulich die politisch motivierten volkswirtschaftlichen Schwerpunktsetzungen der Regierung der DDR in den achtziger Jahren widerspiegeln. Allen dreien ist darüber hinaus gemeinsam, daß sie eine deutliche militärische Bestimmung und somit höchste Ansprüche an die Kadernsicherung erkennen lassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Grunddaten dieser drei Sicherungskomplexe, wobei der letzte und eher zivile, „Höchstintegration“, nach gegenwärtigem Forschungsstand offensichtlich keine eigentliche zentrale Sicherungskonzeption nach sich zog, sondern lediglich ein Maßnahmenplan zur politisch-operativen Sicherung der Höchstintegration (Mikrochipentwicklung) darstellte, aus dem heraus dann kleinere Sicherungskonzeptionen abgeleitet worden sind. Der jeweilig nachfolgende Sicherungskomplex bezog sich inhaltlich – nicht also nur organisations- und sicherheitspolitisch – auf seinen jeweiligen Vorgänger: „Heide“ auf „Präzision“¹⁸¹, „Höchstintegration“ auf „Heide“.

Tabelle 4: Sicherungskomplexe des MfS im Bereich der Hochtechnologie

Bezeichnung	Datum	Schwerpunkt	Federführung	Bezug
„Präzision“ ¹⁸²	30.05.1984	Mikroelektronik, Mikrooptoelektronik	Hauptabteilung XVIII ¹⁸³	Politbürobeschuß vom 24.05.1983 ¹⁸⁴
„Heide“ ¹⁸⁵	23.01.1986	Mikroelektronik, Mikrooptoelektronik, Basiswerkstoffe	Hauptabteilung XVIII/5 ¹⁸⁶	Politbürobeschuß vom 28.10.1985

auf Linie am 17.4.1980“; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 317, S. 2 der Anlage, unerschlossenes Material.

181 Unter dem Titel „Präzision“ sicherte das MfS schon vor dem 30.5.1984 militärisch relevante Programme. Vgl. „Zur Begründung der Maßnahmen zur Erhöhung der operativen Wirksamkeit im Sicherungskomplex ‘Präzision’“ vom 5.1.1980; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 316, unerschlossenes Material. Siehe hierzu Anm. 128. Neben dem Sicherungskomplex „Präzision“ existierte auch der OV „Präzision“.

182 Befehl 11/84 (Anm. 128).

183 Nichtstrukturelle Koordinierungsgruppe unter Leitung von Generalmajor Alfred Kleine.

184 Und Verfügung S 20/83 des Ministerrates der DDR vom 10.11.1983 (Anm. 83) sowie Politbürobeschuß vom 10.12.1985 (Anm. 46).

185 HA XVIII, Alfred Kleine, vom 23.1.1986: „Maßnahmenplan zur Sicherung weiterer Vorhaben entsprechend Befehl 11/84 des MfS“; BStU, ZA, 1994, Bl. 59–65.

186 Direkt verantwortlich war eine unter dem stellvertretenden Leiter der HA XVIII, Oberst Wunderlich, stehende Arbeitsgruppe, die ihrerseits Arbeitsorgan der Nichtstrukturellen Koordinierungsgruppe war.

„Höchstintegration“ ¹⁸⁷	26.02.1987	Mikroelektronik (Schaltkreise)	Hauptabteilung XVIII/8	Ministerratsbeschluss vom 09.10.1986
------------------------------------	------------	--------------------------------	------------------------	--------------------------------------

Eine zentrale Aufgabe im Sicherungskomplex „Präzision“ bestand darin, die Wirkprinzipien der einzelnen wissenschaftlich-technischen Aufgabenlösungen nicht bekannt werden zu lassen. Die ersten Aufgaben der Sicherungsmaßnahmen bestanden in der gründlichen Auswahl des Personals. Aus der Verflechtung sowjetischer strategischer Interessen – und den damit verbundenen hohen Anspruchserwartungen an die qualitativ neuen Waffensysteme – mit den eigenen zivilen Vorhaben der Höchstintegration resultierte ein enormes Sicherheitsbedürfnis. Im Rahmen des Beschlusses zur Profilierung des Kombines Carl Zeiss Jena, im Zusammenhang mit dem Komplex „Präzision“, speziell dem Schwerpunktvorhaben 016, ergab sich folglich „die Notwendigkeit, die Spitzengeheimnisträger [...] für diesen Einsatz gesondert zu bestätigen und [dies] auf der Grundlage einer eindeutigen Klärung der Frage ‘Wer ist wer?’“.¹⁸⁸ Das betraf in erster Linie jene, die Leitungs- und Entscheidungsfunktionen innehatten. Hierzu zählten insbesondere die betreffenden Mitarbeiter in den Abteilungen I der Kombinate, aber ebenso Personen, die außerhalb des Kombines in den Räten der Bezirke und Kreise, entsprechenden Einblick besaßen. Die Spitzengeheimnisträger und die wichtigsten Geheimnisse bildeten dabei die Grundlage für den „schwerpunktbezogenen Einsatz der operativen Kräfte“. Auch wurde das Differenzierungsprinzip „bei den Kooperationspartnern“¹⁸⁹ (verstärkte Arbeit mit Mitteln der Legendierung und Tarnung der Vorhaben)“ zur Bestimmung der Spitzengeheimnisträger angewandt.¹⁹⁰ Danach sollte genau geprüft werden, welche Geheimnisschutzgrade für konkret bezeichnete – nach Möglichkeit legendierte – Aufgabenstellungen unbedingt erforderlich waren.

Parallel dazu erhielt die Pflicht zur Einhaltung der „definierten Bedingungen“ zunehmende Bedeutung für die Kadersicherung. Natürlich firmierte diese Pflicht nach außen als „Qualitätssicherung“. Intern wurde man deutlicher: Der Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung Gera, Oberst Seidel, brachte dies auf einer Beratung mit leitenden Zeiss-Mitarbeitern im November 1984 auf den Punkt, wenn er den „definierten Bedingungen“ eine „besondere Bedeutung für die Qualitätssicherung“ zuschrieb und die Erkennbarkeit der „Ausschußverursachung“ forderte.¹⁹¹ Diese unbedingte Gewährleistung der Überprüfbarkeit manueller Handlungen nach dem Verursacherprinzip

187 1. Maßnahmeplan zu politisch-operativen Sicherung, Bl. 47–60, (Anm. 45). „Höchstinte-

gration“ ist auch als sicherheitspolitische Untersetzung des Politbürobeschlusses vom 11.2.1986 gedacht gewesen.

188 Vorlage zur Berichterstattung vom 28.10.1985, Bl. 2, (Anm. 126).

189 Den Symmetrie- und Interaktionszusammenhang zwischen Kooperationspartnern aus der Perspektive der sogenannten operativen Grundprozesse verdeutlicht Dokument 9, S. 220–225.

190 Vorlage zur Berichterstattung vom 28.10.1985, Bl. 4, (Anm. 126).

191 Vgl. KCZ, Betrieb Gera, Protokoll einer Beratung mit Genossen der BV des MfS vom 12.11.1984; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

fällt aber nicht mit statistischen und ökonomischen Kriterien der Qualitätssicherung (Stichprobenumfang und -ort, optimaler Losgrößenfluß etc.) zusammen. Folglich mußten die „definierten Bedingungen“ Fragen der Wirtschaftlichkeit technologischer Abläufe berühren.

Somit wird deutlich, daß das MfS schlechterdings kein „Schmiermittel“ der Volkswirtschaft sein konnte. Es setzte Rahmenbedingungen, die nicht wirtschaftlicher Natur waren. Damit wurde das MfS, ob es das wollte oder nicht, integraler Bestandteil der jeweiligen betriebswirtschaftlichen Abläufe. Unterstützende Wirkung erhoffte sich hierbei die Objektdienststelle Zeiss Jena von der neuen und von ihr maßgeblich „beeinflußten“ (staatlichen) Sicherheitskonzeption 5/85¹⁹². Diese Konzeption, die auch die Grundlage für verschiedene Teilsicherheitskonzeptionen bildete, beinhaltete unter anderem „die Bestimmung und Einhaltung ‘definierter Bedingungen’ in allen Stufen des Reproduktionsprozesses“.¹⁹³

3.2.2. Die staatlichen Sicherheitskonzeptionen

Die staatlichen Sicherheitskonzeptionen schlossen folgende Grundelemente ein: die „Bestimmung des Sicherheitsgegenstandes und des Geltungsbereiches“, die Festlegung der Geheimhaltungsgrade und des Personenkreises, „Erfordernisse zur organisatorischen und materiell-technischen Sicherung“ sowie zur Einrichtung von Sperrbereichen.¹⁹⁴ Auch Aspekte wie die Bedeutung und Kooperationsstruktur der Aufgabenstellung sowie potentielle Gefährdungsmomente und Angriffspunkte des Feindes flossen in die Konzeptionen ein. Ausgearbeitet wurden die staatlichen Sicherheitskonzeptionen von den (Haupt-)Abteilungen I und beauftragten Personen.¹⁹⁵

„Die SK–HT [Sicherheitskonzeption–Hochtechnologie] dient dem Ziel, eine einheitliche sicherheitspolitische Arbeit bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung zur Entwicklung des Kombines Carl Zeiss Jena zu einem Zentrum für Hochtechnologien zu organisieren. Sie ist verbindliche Arbeitsgrundlage zur Gewährleistung der Sicherheitsanforderungen für die in die Aufgabe eingewiesenen BD/FD [Betriebsdirektoren/Fachdirektoren] bzw. Beauftragten der Struktureinheiten und bedarf der Untersetzung in SK für den Verantwortungsbereich.“¹⁹⁶

192 Diese Sicherheitskonzeption, die die 3/82 ablöste, liegt dem Verfasser bisher nicht vor.

193 OD Zeiss Jena, Major Teller, vom 15.7.1985: „Berichterstattung zur politisch-operativen Lage im Schwerpunktbereich ‘Mikroelektronik’“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Siehe Dokument 7, S. 214–217, hier 217.

194 Manfred Sohn: Leitung und Planung von Forschung und Entwicklung durch qualifizierte Arbeit mit Pflichtenheften und Aufgabenstellungen (Grundlagen des wissenschaftlich-technischen Schöpferturns in Forschungs- und Entwicklungsprozessen. Lehrbriefreihe, 9), hrsg. Bauakademie der DDR/Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, Berlin und Jena 1984, S. 35.

195 Das sind die Abteilungen Sicherheit und/oder Inspektion. Mitwirkende Personen waren z. B. stellvertretende Direktoren/Generaldirektoren.

196 Kombinat Carl Zeiss Jena, Wolfgang Meißner und Klaus-Dieter Gattnar, vom 10.1.1986:

„Sicherheitskonzeption zur Gewährleistung der Sicherheitsanforderungen bei der Vorbereitung, Realisierung und Nutzung von Hochtechnologien im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena“; BStU, ZA, HA XVIII, Sekretariat 638, Bl. 40–46. Siehe auch Dokument 8, S. 218f., hier 218.

In aller Regel wurden in den sicherheitsrelevanten Einrichtungen und Betrieben die MfS-Interessen durch eigene Mitarbeiter durchgesetzt, wie Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)¹⁹⁷ oder inoffizielle Mitarbeiter in Schlüsselpositionen. Da die Schutzwürdigkeit eines Forschungsbereiches, Entwicklungsthemas oder einer patentwürdigen Erfindung en détail von diesen Personen nicht immer erkannt werden konnte, schloß das MfS gewöhnlich diese Lücke – wenn auch nicht total – über entsprechende inoffizielle Netze oder über offizielle Verbindungen zu kompetenten Personen. Insofern erwies sich die Realisierung der staatlichen Sicherheitskonzeptionen als vielfältige Interaktion zwischen dem MfS und seinen zivilen Gesprächspartnern. In einem solchen Falle enthielt beispielsweise die Zentrale Sicherheitskonzeption des Kombines Carl Zeiss Jena, erarbeitet von der Hauptabteilung Sicherheit des Kombines in Zusammenarbeit mit der Objektdienststelle Zeiss Jena und der Zentralen Arbeitsgruppe Geheimnisschutz, folgende Aufgaben:

„Wahrnahme der persönlichen Verantwortung der Geheimnisträger mit und ohne Leitungsfunktion; Einhaltung der ‘definierten Produktionsbedingungen’; Organisation zur Gewährleistung von Sicherheit, Geheimnisschutz, Ordnung, Disziplin und Sauberkeit; Durchsetzung der Regimeverhältnisse des Betretens und Befahrens; Umsetzung der Maßnahmen des Technischen Geheimnisschutzes [...]; Arbeit mit den Geheimnisträgern auf der Grundlage von Nomenklaturen der Staats- und Dienstgeheimnisse und Staats- und Dienstgeheimnisträger; Einsatz ziviler Sicherungskräfte (zeitweilige Waffenträger) im organisierten Zusammenwirken mit Kräften des VP/BS-Kommandos; Gestaltung der Kooperationsbeziehungen; Vorgehensweise bei Verstößen bzw. Vorkommnissen.“¹⁹⁸

Die staatlichen Sicherheitskonzeptionen bildeten als Führungsdokumente die Grundlage für ein einheitliches staatliches Sicherheitsregime. Wie die einzelnen Aufgaben umzusetzen waren, regelten spezielle Bestimmungen, wie sie zum Beispiel durch Vertreter des Kombines Carl Zeiss Jena im Juli 1986 beschlossen worden waren. Sie enthielten verbindliche Verhaltensregeln für die Geheimnisträger, gleich, ob in Leitungsfunktion oder nicht.¹⁹⁹ Uns sollen hier speziell jene Passagen interessieren, die einen ausgeprägt personalpolitischen Inhalt besaßen.²⁰⁰ So sahen die Autoren in der Durchsetzung der „definierten Bedingungen“ das zentrale Moment bei der Gewährleistung von

197 „Ordnung 6/86 über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit“; BStU, ZA, HA XVIII, Sekretariat 1209, Bl. 1–30.

198 OD Zeiss Jena vom 9.9.1985: „Einschätzung des Standes zur Gewährleistung der Sicherheit von Betrieben und Einrichtungen mit Aufgabenstellungen für die Landesverteidigung, insbesondere des äußeren Schutzes und der inneren Sicherheit, Ordnung und Disziplin sowie der Einhaltung des Geheimnisschutzes“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

199 Einheitliches staatliches Sicherheitsregime (Anm. 133).

200 Fernerhin: Kategorisierung der Geheimnisse und Geheimnisträger, Schema für die Nomenklatur von aufgaben- und objektbezogenen Staats- und Dienstgeheimnissen, Klassifizierung von Erzeugnissen nach Zuverlässigkeitsanforderungen sowie Klassifikation militärischer Erzeugnisse in Hinblick auf deren informationelle Relevanz.

Gesetzlichkeit und Sicherheit. Danach waren ihnen u. a. folgende Aspekte wichtig:

Die „Sicherung des lückenlosen Nachweises über solche Abläufe wie z. B., wer hat an Einzelteilen, Baugruppen, Endprodukt[en] usw. wann, was, wie etc. getan, als wichtiges Ausgangsmaterial für Untersuchungen, Prüfungen und Kontrollen, wenn Abweichungen gegenüber festgelegten technologischen Schritten, Disziplinen, Bearbeitungs- und Prüfungshandlungen oder andere Verstöße vorliegen. Die Untersuchung von Vorkommnissen zu erleichtern, in dem durch eindeutige klare Regelungen die Einschätzung und Unterscheidung über Schlamperei, über Pflichtwidrigkeiten und fahrlässiger Verhaltensweise oder gezielte, aktive, konkrete Feindtätigkeit vorliegt. Der Schaffung und Wahrung von übersichtlichen und geordneten Abläufen im Reproduktionsprozeß, von hoher technologischer Ordnung, Disziplin und Sauberkeit einschließlich eines gefestigten und stabilen Ruf- und Erscheinungsbildes im und außerhalb des Kombinates und seiner Betriebe – als eine wesentliche vorbeugende Seite –, Angriffe des Gegners abzuwehren oder anderen Rechtsverletzungen vorzubeugen.“²⁰¹

3.3. Struktur und Elemente der Kadersicherung

3.3.1. Die Struktur

Bei der politisch-operativen Sicherung, speziell des Personals, gab es ein enges Zusammenwirken von staatlichen Leitern – als einer ersten Gruppe –, Sicherheitsbeauftragten, Sicherheitsinspektoren und VS-Stellenleitern²⁰² – als einer zweiten Gruppe – und den verantwortlichen hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS. Die Gruppe der staatlichen Leiter, insbesondere wenn sie der ersten und zweiten Leitungsebene angehörten, und das Personal der zweiten Gruppe bildeten jene Bereiche, die vorzugsweise vom MfS „besetzt“ wurden. Den staatlichen Leitern als Entscheidungsträger galt das besondere Interesse des MfS für die Schaffung von „inoffiziellen Stützpunkten“ (IM oder GMS in Schlüsselpositionen). Im Falle der zweiten Gruppe ist es sicherlich zutreffend, von Brückenköpfen des MfS in den betreffenden Verantwortungsbereichen zu sprechen. Diese jeweiligen „Schlüsselpositionen“ wurden meist von Offizieren im besonderen Einsatz²⁰³ oder bewährten inoffiziellen

201 Einheitliches staatliches Sicherheitsregime (Anm. 133).

202 Ebenso Volkspolizei, Militärabnahme, Reiestelle, Betriebsschutzkommando.

203 Die OibE wurden im Interesse des MfS in „sicherheitspolitisch bedeutsame Positionen“ gebracht. Hier sollten sie u. a. Informationen erarbeiten, die Informationsbeziehungen zum MfS sichern, Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen realisieren und nicht zuletzt „feindliche Pläne“ aufklären. Vgl. OibE-Ordnung, Bl. 2f., (Anm. 197). Im Kombinat Carl Zeiss Jena waren 1986 folgende drei Stellen von OibE besetzt: der Leiter und ein Mitarbeiter der Inspektion sowie ein Hauptabteilungsleiter im Bereich der Speziellen Produktion (im Verlauf der OD Zeiss-Geschichte schwankte die Zahl der OibE zwischen zwei und drei).

Mitarbeitern, vorzugsweise von solchen im besonderen Einsatz²⁰⁴, eingenommen. Entscheidend für die Erreichung eines hohen sicherheitspolitischen Niveaus war dem MfS die Realisierung des sogenannten zweiten Qualitätskriteriums²⁰⁵ der Richtlinie 1/79²⁰⁶, in der die verstärkte Mitwirkung inoffizieller Mitarbeiter bei aktiven Maßnahmen des MfS geregelt war.

Das Ziel bestand darin, „die IM [...] entsprechend ihren realen Möglichkeiten u[nd] Voraussetzungen sowie unter konsequenter Wahrung ihrer Konspiration und Sicherheit stärker und differenzierter in diesen Prozeß des Umsetzens der Informationen [und] damit zur Veränderung der pol[itisch-] op[erativen] Lage einzubeziehen.“²⁰⁷

Das enge Zusammenwirken des MfS mit den offiziellen und inoffiziellen „Schlüsselpositionen“ begann in aller Regel durch eine Einführung der betreffenden MfS-Mitarbeiter in den Verantwortungsbereich. Hier nahmen sie ersten Kontakt zu leitenden und verantwortlichen Personen des Betriebes oder der Einrichtung auf. Für die in Frage kommenden Betriebe des Kombines Carl Zeiss Jena waren dies vor allem der jeweilige Betriebsdirektor, dessen Stellvertreter, der 1. und 2. Sekretär der Grundorganisation der SED, der Kaderleiter und der Leiter der Abteilung Sicherheit. Die Absprachen zwischen diesen beiden Ebenen war geregelt. Offizielle und inoffizielle Interaktionen erfolgten nach jeweils spezifischen Vorschriften und Regeln. Den Rahmen hierzu bildeten die regelmäßigen Arbeitskontakte zwischen dem Objektdienststellenleiter und dem Generaldirektor, die der „Durchsetzung“ sicherheitspolitischer Weisungen dienten. Sachbezogen waren dies beispielsweise sämtliche Aktivitäten zu Geräte- und Lizenzverkäufen, wenn sie von sicherheitspolitischem Interesse waren. Personenbezogen waren dies „Entscheidungen über die Herauslösung bestimmter Kombinateangehöriger aus ihren jeweiligen Funktionen oder Einsatzgebieten aufgrund vorhandener Risikofaktoren für den Geheimnisschutz“. Dies geschah „auf Grundlage konkreter, auswertbar gestalteter Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit“.²⁰⁸ Das Organigramm 4 zeigt wichtige Organisationseinheiten, die miteinander die sicherheitspolitischen Anforderungen formulierten und durchsetzten.

204 Diese wurden – wenn nicht in den Sicherheitsabteilungen – in hohen Positionen staatlicher Organe, Betriebe und Kombinate eingesetzt, in: Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, S. 320.

205 Es beinhaltete vor allem „eine enge, kameradschaftliche Zusammenarbeit“ mit den staatlichen Leitern, Parteisekretären und Vorsitzenden gesellschaftlicher Organisationen. Betont wurde auch die ständige Qualifizierung von IM in Schlüsselpositionen, in: Referat 1 der OD Zeiss Jena, Major Winkler, vom 19.10.1985: „Zuarbeit zum Kontrolleinsatz der ZAIG“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Siehe auch Dokument 9, S. 220–225, hier 225.

206 „Die verstärkte Mitwirkung der IM beim Herbeiführen von Veränderungen mit hoher gesellschaftlicher und politisch-operativer Nützlichkeit“, in: Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, S. 311f.

207 Arbeitsbuch Norbert Krause, Nr. 11/79; BStU, ZA, HA XVIII 1087c, Bl. 12f.

208 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler an die HA XVIII/AKG vom 10.10.1985: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum September 1985 (9/85)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

3.3.2. Die Sicherheitsüberprüfungen

In der Präambel der Richtlinie 1/82²¹⁴ heißt es, daß eine Grundvoraussetzung für die ständige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit ist, „daß nur zuverlässige Personen in sicherheitspolitisch bedeutsame Positionen der DDR im In- und Ausland eingesetzt werden“²¹⁵. Das hatte zur Folge, daß eine Reihe von Dienstseinheiten der Linie XVIII, wie auch die Objektdienststelle Zeiss Jena, eigenständige Referate oder Arbeitsgruppen „Sicherheitsüberprüfungen“ bilden mußten. Das Prädikat „bedeutsam“ wurde in den folgenden Jahren so massenhaft verliehen, daß es nachgerade zu erheblichen Überlastungen kam. Zwar wurde auch in diesem Dokument bekräftigt, daß die Verantwortung bei der Auswahl, Überprüfung und dem Einsatz des Personals bei den staatlichen Leitern läge, doch oblag es – per definitionem – dem MfS, die Überprüfung auf sicherheitspolitische Eignung vorzunehmen. Im Ergebnis dieser Prüfung sei dann Einfluß auf die staatlichen Leiter in Form einer Zustimmung oder Nichtzustimmung zu nehmen:

„Die im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfungen zu treffenden Entscheidungen tragen einen zutiefst politischen Charakter und können zugleich weitgehende Auswirkungen auf die persönliche Entwicklung und die Realisierung persönlicher Interessen der überprüften Personen haben.“²¹⁶

Das MfS sah also durchaus die ambivalente Konsequenz dieser Sicherheitsüberprüfungen: Dem talentierten, aber im Zweifel apolitischen Nachwuchswissenschaftler blieb der Zugang zur Hochtechnologieforschung verwehrt; der Lehrling, etwa im Musterbau tätig, wurde von seiner Stelle „entfernt“, nur weil er seinem „Westonkel“ weiterhin eine Geburtstagskarte schreiben wollte. Die wahren Gründe für diese „weitgehenden Auswirkungen“ wurden den Betroffenen nicht mitgeteilt, sie mußten sich mit Legenden und eigenen Mutmaßungen begnügen. Die restriktive Selektion dürfte zudem, da der Personalbedarf hoch war, relativ vielen fachlich eher ungeeigneten Personen den Zugang zu Bereichen der Hochtechnologie eröffnet haben.

Noch ein anderer Aspekt verdient Beachtung: Sicherheitsüberprüfungen, so heißt es, seien „politisch-operative Überprüfungsmaßnahmen“²¹⁷ des MfS. Dieses Bestimmungskriterium der Sicherheitsüberprüfungen enthält die Grundqualität der personalpolitischen Sicherungsarbeit des MfS.

Hierzu erfolgte der „zielgerichtete Einsatz der operativen Mittel“²¹⁸ und die Auswertung aller einschlägigen Informationsquellen der eigenen Institution, aber auch die der staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Der zielgerichtete und personenbezogene Einsatz der IM und GMS gewann hier seine eigentliche Bedeutung und läßt erahnen, wie grundsätzlich moralisch

214 Richtlinie 1/82 vom 17.11.1982 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen, GVS 0008-14/82; BStU, ZA, DSt 102900; siehe Dokument 3, S. 174–200.

215 Ebenda, S. 177.

216 Ebenda.

217 Ebenda, S. 178.

218 Ebenda.

verfehlt das geläufige Verdrängungs- und Rechtfertigungsurteil „Ich habe doch niemandem geschadet“ im Kern ist. Die inoffiziellen Mitarbeiter sollten jene Informationen erarbeiten, die nur mit konspirativen Mitteln und Methoden erreichbar waren. Dazu zählten Informationen zum Freizeitverhalten, Motive der Bewerbung für die vorgesehene Aufgabe (im Falle der Eigeninitiative), politisch-ideologische Einstellung, operativ bedeutsame Persönlichkeitseigenschaften sowie die Aufklärung möglicher „Angriffsflächen“ in Hinblick auf das sogenannte gegnerische Feindinteresse. Hierzu organisierte das MfS den zielgerichteten, also durchdachten und geplanten Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern in Schlüssel- und/oder Vertrauenspositionen.²¹⁹ Für die Sicherheitsüberprüfungen, einschließlich der sogenannten Wiederholungsüberprüfungen, waren folgende Kriterien explizit vorgegeben:

„Positive oder zumindest loyale Einstellung zum sozialistischen Staat und zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR; ablehnende Einstellung gegenüber feindlichen und anderen negativen Aktivitäten, Erscheinungen und Einflüssen; strikte Einhaltung des sozialistischen Rechts; keine Verhaltens- und Lebensweisen, die dem Gegner als Ansatzpunkte für Kontaktaufnahmen und subversive Aktivitäten dienen könnten; keine engen Kontakte und Verbindungen zu Personen, die eine feindlich-negative Einstellung haben.“²²⁰

Zu jeder Sicherheitsüberprüfung – heißt es – ist die Entscheidung zu treffen, ob „dem vorgesehenen Einsatz bzw. der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung aus sicherheitspolitischen Gründen zugestimmt werden kann“.²²¹ Für diese Entscheidung war grundsätzlich der Leiter der für die Sicherheitsüberprüfung zuständigen Dienststelle verantwortlich.²²²

„Diese Entscheidung ist in jedem Einzelfall im Interesse der konsequenten Durchsetzung der Politik der Partei- und Staatsführung, [der] Gewährleistung der staatlichen Sicherheit, [der] Durchsetzung objektiver Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung [und der] vorbeugenden

Verhinderung von politischen, ideologischen und materiellen Schäden zu treffen.“²²³

In der zitierten Richtlinie, die nicht nur für den Bereich der Volkswirtschaft galt, sind die jeweiligen Anforderungen an Sicherheitsüberprüfungen für die verschiedenen Einsatzzwecke des Personals differenziert festgelegt.

219 Ebenda, S. 190f. Eine erste systematische Einsicht des Verfassers in Akten zu inoffiziellen Mitarbeitern in Schlüsselpositionen der Akademie der Wissenschaften und des Kombines Carl Zeiss Jena zeigt, daß die Lieferung dieser Art von Informationen, neben denen zur Durchsetzung sicherheits- und wissenschaftspolitischer Forderungen, eine typische Aufgabe gewesen ist. Relativ gering ist offenbar der Anteil jener IM in Schlüsselposition, die sich der Aufgabe personenbezogener Berichterstattung – aus welchen Gründen auch immer – entzogen haben.

220 Ebenda, S. 180.

221 Ebenda, S. 192.

222 Ebenda, S. 188.

223 Ebenda, S. 192.

3.3.3. Die Sicherheitsbeauftragten

Das Aufdecken subjektiver Hemmnisse, die Veranlassung ihrer Beseitigung über die staatlichen Leiter und das rechtzeitige Erkennen „heranreifender Probleme der Ordnung und Sicherheit, insbesondere des Geheimnisschutzes“, bildeten jene Aufgabenbereiche der Sicherheitsbeauftragten, die die Arbeitsgruppe Staats- und Wirtschaftsführung des Ministerrates der DDR in Arbeitsplänen festschrieb.²²⁴ Darüber hinaus wurden die Sicherheitsbeauftragten für operative Aufgaben im Rahmen personalpolitischer Maßnahmen und Sicherheitsüberprüfungen eingesetzt. Über sie konnten im Zusammenhang mit der Durchführung „operativer Grundprozesse“ auch Aufgaben „eingesteuert“ werden, die das MfS zur Einschätzung feindlichen oder schädigenden Verhaltens von verdächtigen Personen benötigte, wie zum Beispiel die Anfertigung von Expertisen zu objektiven wirtschaftlichen Sachverhalten.²²⁵

Die Betonung der stabilitätssichernden Funktion der Sicherheitsbeauftragten ist Bestandteil zahlloser Berichte, Direktiven und Maßnahmepläne des MfS. In der Dienstanweisung 1/82²²⁶ vom 30. März 1982 zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft ist der Erlass einer Durchführungsbestimmung zum Einsatz der Sicherheitsbeauftragten angeordnet worden, die den modernen Ansprüchen der Volkswirtschaft Genüge leisten und die entsprechende alte Bestimmung aus dem Jahre 1969 ersetzen sollte. In dieser Durchführungsbestimmung²²⁷ werden die Grundsätze der Arbeit mit Sicherheitsbeauftragten, ihre Stellung und die Verantwortung der operativen Diensteinheit in der Zusammenarbeit mit ihnen bestimmt. Die Sicherheitsbeauftragten, die den kader- und sicherheitspolitischen Bedingungen für den operativen Dienst im MfS zu genügen hatten, mußten „als Offiziere im besonderen Einsatz bzw. inoffizielle Mitarbeiter oder GMS“²²⁸ die entsprechenden sicherheitspolitischen Erfordernisse umsetzen. Für ausgewählte Sicherungsbereiche waren nur Offiziere im besonderen Einsatz als Sicherheitsbeauftragter vorgesehen. Grundsätzlich galt, daß Sicherheitsbeauftragte und auch technische Kräfte von Sicherheitsbeauftragten mindestens inoffizielle Mitarbeiter (IME, IMS) oder GMS sein mußten. Die Bestätigung, Berufung, Umsetzung oder Abberufung der Sicherheitsbeauftragten erfolgte durch den Leiter der MfS-Bezirksverwaltung und mit Zustimmungspflicht des Leiters der Hauptverwaltung XVIII.

224 Vgl. Ministerrat der DDR, Arbeitsgruppe Staats- und Wirtschaftsführung, Inspektion, vom 17.1.1968: „Gemeinsamer Arbeitsplan für das System der Sicherheitsbeauftragten, 1. Halbjahr 1968“; BStU, ZA, HA XVIII 1191, Bl. 28–39.

225 Z. B. die Erstellung einer Importbilanz, in: OD Zeiss Jena vom 16.3.1972: „Ergebnisse und Erfahrungen bei der vorgangsmäßigen Sicherung des Bereiches Wissenschaftlicher Gerätebau“; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 316, unerschlossenes Material.

226 DA 1/82 vom 30.3.1982: „Zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR“, S. 1–53; BStU, ZA, DSt 102836; siehe Dokument 1, S. 136–162.

227 2. Durchführungsbestimmung zur DA 1/82 vom 3.1.1983: „Zur Arbeit mit Sicherheitsbeauftragten“, VVS-0008-6/83, Bl. 207–222; BStU, ZA, HA IX 644.

228 Ebenda, Bl. 212.

Die Sicherheitsbeauftragten waren dazu angehalten, sich auf die jeweiligen sicherheitspolitischen Schwerpunkte zu konzentrieren. Dazu zählten laut Dienstanweisung 1/82 der Bereich Wissenschaft und Technik „als entscheidender gesellschaftlicher Bereich zur Veränderung des Kräfteverhältnisses“, die Schlüsseltechnologie Mikroelektronik, die Landesverteidigung und die Außenwirtschaft.²²⁹ Hier hatten sie die Aufgabe, Schwerpunktbereiche für die Erstellung von Sicherungskonzeptionen zu qualifizieren und mit der zuständigen operativen Dienst Einheit abzustimmen, in diesem Falle also mit der Objektdienststelle Zeiss Jena. Die Bestätigung und Abrechnung der Sicherungskonzeption erfolgte beim zuständigen staatlichen Leiter und dem Leiter der Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat der DDR.²³⁰ Die Verbindung zur zuständigen operativen Dienst Einheit erfolgte über sogenannte Verbindungsoffiziere. Im Falle des Leiters der Inspektion beim Generaldirektor mußte dies der Leiter des zuständigen Referates oder dessen Dienstvorgesetzter sein. Den Verbindungsoffizieren oblag die Verantwortung für die Durchführung der kader- und sicherheitspolitischen Maßnahmen. Sicherheitsbeauftragte erhielten nach der 2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 1/82 keine Kenntnis über inoffizielle Mitarbeiter und steuerten diese auch nicht. Sie sollten nur die Kenntnisse über politisch-operative Zusammenhänge erhalten, die zur Ausübung ihrer Arbeit unbedingt notwendig waren.

Ihre Funktion war eingebettet in die generelle Sicherheitsdoktrin von Partei und Regierung. Mit Wirkung vom 15. Januar 1983 trat eine Verfügung²³¹ in Kraft, die frühere Regelungen aus dem Jahre 1966²³² bzw. 1974 ablöste. Es heißt dort, der Sicherheitsbeauftragte habe „als fester Bestandteil der Leitungstätigkeit [...] die Durchführung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben durch Kontrollen zu unterstützen und die sozialistische Gesetzlichkeit weiter zu festigen; [...] die Wirtschaftsstrategie des X. Parteitag der SED [...] zu unterstützen; den Umgang mit Staats- und Dienstgeheimnissen sowie die Arbeit mit den Geheimnisträgern zu kontrollieren [und] die Auswahl, Überprüfung und Bestätigung von Kadern zu beeinflussen“.²³³

Die Arbeitsplanung des Sicherheitsbeauftragten, der dem zuständigen staatlichen Leiter direkt unterstellt war, erfolgte „auf der Grundlage der vom Leiter der Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat

229 DA 1/82 vom 30.3.1982, S. 8f., (Anm. 226).

230 Der Leiter dieser AG war hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter gewesen. Prominente Leiter dieser AG waren die OiBE Johannes Neuß (der spätere Leiter der HA XVIII/5) und Harry Möbis (siehe Anm. 210). Die AG Staats- und Wirtschaftsführung beim Ministerrat der DDR wurde 1973 in AG Organisation und Inspektion umbenannt.

231 Verfügung 229/82 des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph vom 28.12.1982, S. 1–6; BStU, ZA, DSt 102836.

232 Verfügung 136/66 vom 14.7.1966 zum Aufbau eines Systems der Sicherheitsbeauftragten in der Industrie und im Bauwesen, S. 1–4; BStU, ZA, DSt 101131.

233 Verfügung 407/74 des Vorsitzenden des Ministerrates Horst Sindermann vom 13.6. 1974 zum Einsatz ehrenamtlicher Sicherheitsbeauftragter in der Volkswirtschaft, S. 1–6; BStU, ZA, DSt 101131.

der DDR bestätigten und mit dem MfS abgestimmten Jahresarbeitsdirektive“.²³⁴ Dabei hatte der Sicherheitsbeauftragte nicht die Aufgaben zu lösen, die für die inoffiziellen Mitarbeiter allgemein galten; seine Arbeit war eher sachlich-normativ als personell orientiert. Dennoch sind beide Seiten nicht völlig zu trennen. Von den insgesamt sieben ihm zugeschriebenen Aufgabenkomplexen ist in unserem Zusammenhang jener interessant, der diese Verbindung offenkundig macht. Danach hatten die Sicherheitsbeauftragten „die Auswahl, Überprüfung und Bestätigung von Kadern zu beeinflussen, die für Aufgaben mit spezifischen sicherheitspolitischen Anforderungen eingesetzt werden.“²³⁵

234 Verfügung 229/82 Stophs vom 28.12.1982, S. 3.

235 Ebenda.

4. Die Kadernsicherung im Spiegel von MfS-Archivalien der Jahre 1985 bis 1989

Der Leiter des Bauelementetechnikums des Kombines Carl Zeiss Jena erstellte im Juni 1982 eine Analyse zur Situation in der Mikroelektronik, speziell aus der Warte seines Kombines.²³⁶ In diesem stellenweise kritischen Bericht zu wissenschaftspolitischen, technologischen und personalpolitischen Aspekten – „Was ist zu tun, um aus dem sich andeutenden Dilemma mit nicht absehbaren Konsequenzen herauszukommen?“ – zeigte er schon frühzeitig Mängel auf, die zu den überzogenen Sicherheitsanforderungen in Beziehung standen:

„Den überspitzten Sicherheitsbestimmungen ist dabei wirkungsvoll zu begegnen. Denn jede HT [Hochtechnologie]-Entwicklung hat derzeit den Charakter eines Nachlaufens zur Weltspitze. Sicherheit ist nur dort notwendig, wo Innovationen angestrebt werden, wo Patente verletzt werden, wo Geräte und BE [Bauelemente] mit Embargoliste eingesetzt werden, wo neue patentträchtige Lösungen kreiert werden, wo der Gesamtplan erfaßt wird, d. h., die Arbeitsinhalte dürfen nicht mit dem Mantel strengster Sicherheit verdunkelt werden.“²³⁷

Gerade aber diesen wissenschaftstheoretischen Zusammenhang von Spitzenleistung und adäquat hinreichender Information hat das MfS nicht kritisch reflektiert, geschweige denn, ihm Rechnung getragen. Dieses Minimum von Wissenschaftsfreiheit war bereits Anfang der achtziger Jahre erheblich untergraben und sollte mit der Forcierung der Hochtechnologieentwicklung völlig beseitigt werden, zumal diese von militärischem Interesse begleitet war. Die Zwitterhaftigkeit dieser Forschung, Entwicklung und Produktion veranlaßte das MfS zu einer Perversion der Sicherheitsregime, die mehr und mehr die wissenschaftliche Kommunikation und Kritikbereitschaft unmöglich machte. Dieser irrationale Aspekt wäre wohl nur eingrenzbar gewesen, wenn das Kombinat Carl Zeiss Jena zu einer „geschlossenen Stadt“ erklärt worden wäre. So aber nahmen die restriktiven und demotivierenden Folgen einer Inflation von Sicherungsmaßnahmen überhand, und sie traten auch mehr und mehr in das Bewußtsein der Beschäftigten. Dabei ist auffällig, daß das MfS seit den fünfziger Jahren immer wieder ähnliche Probleme beförderte, diese aber – und vor allem die ihnen zugrundeliegenden Zusammenhänge – nicht wahrnahm bzw. nicht wahrnehmen wollte, und sich dadurch nach und nach

236 Ohne Titel und Datum: Ausarbeitung von Dr. [A] zu Fragen der Optoelektronik; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 316, unerschlossenes Material.

237 Ebenda.

ein kollektives Selbstverständnis im MfS entwickelte, das immun war gegen andere Ansprüche und Sichtweisen, wie etwa jenen, die aus der Wissenschaftsfreiheit notwendig folgen mochten. Einige Beispiele aus der Zeit vor 1985 mögen zunächst die Kontinuität sicherheitspolitischer Prävention des MfS für Carl Zeiss Jena verdeutlichen, zumal diese immer wieder zur Argumentation herangezogen wurden.

4.1. Altes Feindbild

Obgleich in der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit einschließlich seiner Vorgängereinrichtung vielfältige Strukturveränderungen stattfanden, ist bezüglich der „operativen Grundprozesse“ eine erstaunliche Konsistenz auszumachen. So zeigt ein Vergleich von Operativplänen kaum signifikante Unterschiede in Methodik und Zielfunktion beim „Aufspüren von Feinden“. Im Zusammenhang mit der Aktion „Lupe“ aus dem Jahre 1953, in deren Ergebnis eine Vielzahl von Beschäftigten Zeiss Jenas verhaftet worden war, erhielt ein Element in der Personalpolitik der SED Bedeutung,²³⁸ in die der Staatssicherheitsdienst durch seine spezifische Aufgabe der „Schädlingsbekämpfung“ folgerichtig involviert war: die Besetzung von Führungspositionen durch politisch genehme Kräfte.

So berichtete der Leiter der Personalabteilung Zeiss über den kaufmännischen Direktor, A, der „in eine Fülle wirtschaftlicher Schlüsselfunktionen“ eingebunden war, daß zu überprüfen sei, ob er zu jenen Personen gehöre, die aus dem Betrieb entfernt werden müssen. Es heißt hierzu:

„Ich halte deshalb [A], [B], [C] und Dr. [D] für die gefährlichsten Figuren in bezug auf die Westverbindung und meine, wenn wir die Fäden radikal zerschneiden wollen, muß auch [A] verschwinden.“²³⁹

Dieses teilte er der Kaderabteilung des ZK der SED mit. Offenbar war das (mit) ein Anlaß für eine Anweisung Walter Ulbrichts an den Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, mit folgendem Inhalt:

„Es besteht die Gefahr, daß bei der Durchführung dieser Maßnahmen²⁴⁰ sich einige Agenten nach dem Westen absetzen. Ich schlage deshalb vor, daß folgende Personen von der Staatssicherheit überprüft werden: [B], [C],

238 So strebte das ZK der SED an, „die noch in starkem Maße von unzuverlässigen Elementen besetzten leitenden Stellen bei Zeiss-Jena Schritt um Schritt durch die [aus der Sowjetunion – R. B.] zurückgekehrten Spezialisten zu besetzen“, in: „Bericht über die Situation der aus der Sowjetunion zurückgekehrten Spezialisten von Zeiss-Jena vom 7.3.1952“, BStU, ZA, AS 151/56, Bd. 11, Bl. 34–38, hier 37. Das Junktim zwischen Feindbild und miserabler ökonomischer Lage zeigt anschaulich Dokument 6, S. 210–213.

239 Brief des Leiters der Personalabt. an die Kaderabt. des ZK der SED vom 16.3.1953; BStU, ZA, AS 151/56, Bd. 10, Bl. 24f.

240 Es war geplant, umfassende personelle „Säuberungen“ im VEB Zeiss Jena durchzuführen.

[E] und [A]. Ich nenne diese Personen auf Grund der Mitteilungen unserer Genossen. Nähere Angaben besitze ich nicht.“²⁴¹

Der Operativplan vom 31. März 1953 enthielt umfassende Maßnahmen und Aufgaben zur Aktion „Lupe“. Dazu zählte die Verbesserung der offiziellen Verbindungen und der Arbeit mit operativen Materialien, die Vergrößerung des GI- und GM-Apparates²⁴², die Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung III²⁴³ in Berlin, die Entwicklung neuer operativer Vorgänge und viele andere Punkte mehr. Um für die geplanten Verhaftungen hinreichendes Belastungsmaterial zu erhalten, wurden im Rahmen der Aktion „Lupe“ inoffizielle Mitarbeiter rekrutiert. Dazu heißt es in einem Vorschlag zur Werbung eines Geheimen Informators der Hauptabteilung III, Referat IX, vom 2. März 1953:

„Die Konzernverbundenheit verschiedener leitender Personen des VEB Zeiss Jena hat eine ständige Zusammenarbeit mit den Angestellten des westdeutschen Zeiss-Opton Betriebes zur Folge. Obwohl durch Berichte offizieller Personen schon oft auf diese Schädlingearbeit hingewiesen wurde, ist es bisher noch nicht gelungen, konkretes Beweismaterial zu erhalten.“²⁴⁴

Die Aktion „Lupe“ gipfelte schließlich in der Verhaftung einer „Bande von Spionen“, die – so nach Lesart der Partei – im volkseigenen Betrieb Zeiss „Schädlingearbeit durchführte“.²⁴⁵ Eine der Schlußfolgerungen der Partei daraus war, die „Kaderpolitik“ der Parteiorganisation und der Personalleitung zu verbessern. Es galt, „zuverlässige, der Sache des Friedens, der Deutschen Demokratischen Republik und dem Sozialismus ergebene Werk tätige in die leitenden Funktionen des Betriebes“ einzusetzen.²⁴⁶

In dieser Frage gab es bis zum Ende der DDR keinen Kurswechsel. Die Etablierung zuverlässiger Personen in verantwortliche Positionen, deren politisch-operative Kontrolle und der Schutz vor Feindangriffen sind die Konstanten der (politischen) Personalpolitik des sozialistischen Staates und mithin der Kadersicherung durch die Staatssicherheit schlechthin. Mehr noch, die Interaktionen zwischen den Vertretern von Partei und Staatssicherheit wurden stetig verbessert, Zufälligkeiten bei der Besetzung von wichtigen Posten mehr und mehr ausgeschlossen. Das Ministerium für Staatssicherheit wurde zunehmend in die Lage versetzt, den Kaderauswahlprozeß mitzubestimmen. War die Aktion „Lupe“ praktisch eine Reaktion auf Informationen parteitreuer staatlicher Leiter, wurden die Maßnahmen in den siebziger und achtziger Jahren immer mehr zu selbstbestimmten Aktionen des MfS. Hierfür

241 Brief Walter Ulbrichts an Wilhelm Zaisser vom 19.2.1953; BStU, ZA, AS 151/56, Bd. 10, Bl. 22.

242 Geheime Informatoren und Geheime Mitarbeiter.

243 Die Vorgängereinrichtung der HA XVIII.

244 Referat 9 der HA III vom 2.3.1953: „Vorschlag zur Werbung eines GI“; BStU, ZA, AS 151/56, Bd. I, Bl. 28.

245 Ebenda, Bl. 76.

246 Ebenda, Bl. 90.

wurde in den entsprechenden Konzeptionen und Maßnahmeplänen des MfS dieser Jahrzehnte beständig das Feindbild als zentraler Bestandteil der Kadersicherung bemüht.

In einer Studie zur politisch-operativen Arbeit der Hauptabteilung XVIII/8 vom 25. Oktober 1972 heißt es, daß es „zur Entlarvung der Stützpunkte des Gegners (Pseudo-Unternehmen Opton Oberkochen und Geheimdienst)“ darauf ankomme, „die Bearbeitung des Gesamtvorganges VEB Carl Zeiss Jena effektiver, rationeller, komplexer und operativ praktikabler zu gestalten“.²⁴⁷ Hierzu wurde im Januar 1972 eigens eine Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus Vertretern der Objektdienststelle Zeiss Jena, der Abteilung XVIII der MfS-Bezirksverwaltung Gera und der Hauptabteilung XVIII/8. Der Maßnahmeplan weist einleitend darauf hin, daß die „historischen Vorgänge des Jahres 1945²⁴⁸ und ihre Folgen noch heute die Entwicklung des VEB Carl Zeiss Jena“ beeinflussen:

„Durch den Eingriff der Amerikaner wurde das Werk in seiner Grundsubstanz (personell und materiell) und durch den Aufbau des Pseudo-Unternehmens in Oberkochen entscheidend geschwächt. Die Deportation von 80 führenden Wissenschaftlern, einschließlich Entwicklungsunterlagen, Patenten, Maschinen usw., erschwerte die Startphase des Jenaer Werkes erheblich. Durch das Zurücklassen von konzerntreuen, sogenannten ‘Vertrauenspersonen’ in Jena wurde die Entwicklung des Betriebes in der Folgezeit gebremst und versucht, den Betrieb im Sinne des kapitalistischen Konzerns zu lenken und zu leiten. Das klassische Gebiet, mikroskopische und physikalisch-optische Meßgeräte, [...] wurde im entscheidenden Maße vernachlässigt und der strategische Marktanteil an Opton Oberkochen verloren, so daß [Opton] gerade auf diesem Gebiet [...] über seine ‘Vertrauenspersonen’²⁴⁹ eine Zusammenarbeit und Abstimmung der Produktion und des Vertriebes zum Nachteil Jenas anstrebte und bis 1953 durchführen konnte [sowie] vorsätzliche und zielgerichtete Abwerbung entscheidender wissenschaftlicher Kader des VEB Carl Zeiss Jena vornahm.“²⁵⁰

Trotz der „Zerschlagung“ der Positionen Oberkochens im VEB Carl Zeiss Jena zeigte sich aber, so die MfS-Einschätzung, daß weitere Stützpunkte vorhanden wären, was seinen Ausdruck darin fände, „daß der technisch-ökonomische Vorsprung Oberkochens (gegenwärtig mehrere Jahre) gegenüber

247 HA XVIII/8/2 vom 25.10.1972: „Konzeption und Maßnahmen zur politisch-operativen Arbeit der HA XVIII/8 im Wissenschaftlichen Gerätebau“; BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 316, unerschlossenes Material.

248 Hierunter verstand das MfS die „Deportation“ von Spezialisten und den Raub von Ausrüstungen durch die Amerikaner, nicht aber die Maßnahmen der Russen, die am 1.7.1945 „eingerrückt“ waren und ihrerseits 336 Wissenschaftler und Spezialisten „deportierten“ sowie praktisch alle noch verbliebenen Anlagen demontierten. Vgl. hierzu: Handbuch zur Geschichte der Optik, Edingburgh 1992, Bd. 5, Teil A, hier S. 3–13.

249 So bezeichnete Personen im MfS-Feindbild, die „zur Realisierung unterschiedlichster feindlicher Aufgaben eingesetzt bzw. genutzt“ wurden. Vgl. Suckut (Hrsg.): Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 405.

250 Konzeption und Maßnahmen vom 25.10.1972 (Anm. 247); BStU, ZA, HA XVIII/5, S. 3. Vgl. Dokument 9, S. 220–225, hier 223.

Zeiss Jena auf den Gebieten Feinmeß und Mikro/Meß immer größer wurde.²⁵¹ Begünstigt wurde dieses auch durch die zielgerichtete Abwerbung aus Jena (seit 1945 sind 1.600 Spezialisten nach der BRD abgewandert) [sic!].²⁵² Seit dieser Zeit hätten insbesondere die geheimdienstlichen Aktivitäten zugenommen, die sich zum Beispiel der alten Vertreternetze in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren offiziellen und inoffiziellen Kontakten zu Zeiss-Mitarbeitern bedienten.

Der Maßnahmeplan der Hauptabteilung XVIII/8 beinhaltete zwei Komplexe, die die weitere Aufklärung der Stützpunkttätigkeit zum Inhalt hatten. In einem Bericht vom 16. März 1972 faßte der damalige Leiter der Objektdienststelle, Major Walter Schuhmann, die Ergebnisse bei der „vorgangsmäßigen Sicherung“ zusammen. Allein in dem Vorgang „Ökonom“ seien alle operativen Mitarbeiter der Objektdienststelle einbezogen gewesen, darüber hinaus hätten die Objektdienststelle, die Abteilung XVIII der MfS-Bezirksverwaltung Gera und die Hauptabteilung XVIII/8 je drei Mitarbeiter für einen gesonderten Maßnahmeplan eingesetzt. Das MfS wollte ergründen, warum der Entwicklungsstand gegenüber dem Weltstand zurückliegt und welche falschen technisch-wissenschaftlichen Konzeptionen daran vermutlich schuld seien. Ziel war eine „Personifizierung“ der Gründe dieser Fehlentwicklung: „Die erarbeiteten Informationen weisen aus, daß der Technische Direktor [Vorgang ‘Ökonom’] durch falsche wissenschaftlich-technische Profilierung die planmäßige Arbeit des VEB Zeiss desorganisierte.“²⁵³

Es muß deutlich gesagt werden, daß solcherart Denken und Tun im Kern Kadersicherung bedeutete. Die Erstbestätigung von Personal war dagegen nur ein eher formaler, bürokratischer Akt; der Beginn der Kadersicherung. Und da der Mensch nach marxistischer Denkart im Kern gut ist, die Umwelt des Sozialismus diese Güte nachgerade förderte, mußte hinter all den Fehlern, Mißerfolgen und Katastrophen zwangsweise der – äußere – Feind stecken. Folglich galten die „Irregeleiteten“ dem MfS zunächst – begrifflich – als vom „Schädling“ befallene und die Sicherungsarbeit als „Schädlingsbekämpfung“. Zur Aufklärung der „feindlichen Interessen“ bediente sich das MfS

der inoffiziellen Mitarbeiter mit Feindverbindung (IMF, ab 1979 IMB²⁵⁴). Die Rekrutierung dieser inoffiziellen Mitarbeiter erfolgte vorzugsweise aus dem Reisekaderstamm. Aus der Analyse zahlreicher Treffberichte des IMF „Kran“²⁵⁵ – er war in Richtung des Bundesnachrichtendienstes (BND) einge-

251 Daß hier eher ein Phantom „zerschlagen“ wurde, dürfte sehr wahrscheinlich sein. Hingegen ist sicher, daß die Wirtschaftspolitik der DDR den traditionell guten Ruf des Zeisswerkes in der Optik und im Wissenschaftlichen Gerätebau spätestens in den achtziger Jahren völlig ruinierte. Dazu bedurfte es keiner westlichen „Vertrauensmänner“.

252 Konzeption und Maßnahmen vom 25.10.1972, S. 13f., (Anm. 247).

253 Sicherung des Bereiches Wissenschaftlicher Gerätebau, S. 9, (Anm. 225).

254 „IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen“, in: Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, S. 316–318.

255 Vgl. IM „Kran“ alias „Rolf I“; BStU, ZA, HA XVIII, 502c, 503a und 503b. Siehe ergänzend Dokument 9, S. 220–225, hier 222f.

setzt – schlußfolgerte das MfS, daß sich der BND unter anderem für folgende Fragen interessierte:

„Bereich Planung; Bereich Import und Export; Entwicklung der Computersprache; Forschung und Entwicklung [...]; Arbeiten für die Raumfahrt, in der Photometrie und der Verteidigungsindustrie; Zusammenarbeit zwischen Zeiss und dem geodätischen Dienst; Zeiss-Vertretungen in Paris und Schweden; Zusammenarbeit mit der SU“²⁵⁶

Genau dies waren auch die zu sichernden Schwerpunktbereiche, in denen die Personengruppen vertreten waren, denen das besondere Interesse des MfS galt. In einem Rapport der Objektdienststelle zum IX. Parteitag der SED bezeichnete der Leiter dieser Dienst Einheit, Major Walter Hande, die Entwicklung neuer „profilbestimmender Vorgänge“ – nach den Abschlüssen der Vorgänge „Automat“, „Ökonom“ und „Ernst“ – als „die Hauptanstrengung“. Danach „waren große operative Anstrengungen erforderlich, um bei 41 Delegaten die festgelegten Sicherungsüberprüfungen durchzuführen. Gegenwärtig sind Maßnahmen erforderlich, um die Sicherheitsüberprüfungen bei weiteren 150 Delegaten zu gewährleisten.“

Ferner heißt es, daß der Einsatz der inoffiziellen Mitarbeiter „besonders zur Aufdeckung der gegnerischen Aktivitäten über die Außenwirtschaftsbeziehungen“ erfolgte.²⁵⁷ Neben anderen Firmen der Bundesrepublik wurde hier einmal mehr Opton Oberkochen erwähnt. Als Erfolg wurde verbucht, daß es gelungen sei, „Stützpunkte des Gegners“ aufzulösen, und daß die betreffenden Personen „von ihren Positionen entfernt wurden (‘Techniker’ und ‘Grau’)“. Danach sei „ihr Einfluß auf strategische Entscheidungen der Kombinatpolitik und Informationsmöglichkeiten bedeutend eingeschränkt“ worden.²⁵⁸

Ausdrücklich wurde die hohe Zahl an Sicherheitsüberprüfungen beklagt, die nur auf Kosten anderer Sicherungsaufgaben durchgeführt werden konnten. Bei der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit seien aber dennoch Erfolge eingetreten. So sei die Meldepflicht bei Westkontakten durch Geheimnisträger konsequenter abverlangt worden. Die „Kaderarbeit“ machte es möglich, sicherheitspolitische Erfordernisse durch die Leiter durchzusetzen. Der Begriff „Meldepflicht“ markiert hier bereits einen Aspekt, der zunehmend an Bedeutung gewinnen sollte und in der Endkonsequenz den Unmut unter den Beschäftigten wesentlich verstärkte.

Bereits vor Beginn der Intensivierung des Hochtechnologieprogramms Mitte der achtziger Jahre mußten die für das Kombinat zuständigen Dienst-einheiten einen hohen Zeitaufwand für die sicherheitspolitische Überprüfung des Personals einräumen. In einem Rapport der MfS-Bezirksverwaltung Gera von 1980 heißt es, daß zur Durchsetzung der Sicherungskonzeption „Präzi-

256 Sicherung des Bereiches Wissenschaftlicher Gerätebau, S. 16, (Anm. 225).

257 OD Zeiss Jena vom 6.5.1976: „Rapport der Objektdienststelle Zeiss Jena anlässlich des IX. Parteitages vor dem Leiter der BV“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

258 Ebenda.

sion“²⁵⁹ 1.076 Kader bearbeitet wurden, von denen 448 bestätigt, 173 abgelehnt und 455 sich noch in der Bearbeitung befanden.²⁶⁰

Im besonderen Blickfeld der „Kaderüberprüfungen“ standen neben dem Personal der Speziellen Produktion und der Schwerpunktbereiche in Forschung und Entwicklung (z. B. Arbeitsgruppe „Lith“) immer wieder zwei spezifische Personengruppen. Zum einen die Mitglieder der mittleren und höheren Leitungsebenen (3., 2. und 1. Leitungsebene), unter diesen besonders die Gruppe der NSW-Reisekader. Zum anderen die „politisch Auffälligen“, wobei hier das besondere Augenmerk auf die „hartnäckig Ausreisewilligen“ fiel. Oblag den staatlichen Stellen die Auswahl und Einreichung der potentiellen Geheimnisträger, so dem MfS die Bestätigung, legitimiert durch den § 5 (2a) der VS-Anordnung²⁶¹, sowie nach einem Schema, das dem Prinzip einer Interaktion zwischen staatlichen und geheimdienstlichen Stellen entsprach und bis zum Ende des MfS Gültigkeit behalten sollte.²⁶² Hierbei spielte die „qualifizierte“ Auswahl der einzureichenden Kader durch inoffizielle und offizielle „Schlüsselpositionen“ des MfS eine besondere Rolle.

Eng mit der permanenten Überprüfung des betreffenden Personals war die Bestimmung, Kontrolle und Durchsetzung der Informationspolitik verbunden. Das MfS suchte den Grundsatz – „Jeder muß nur soviel wissen wie nötig, nicht wie möglich“²⁶³ – zu verwirklichen. Danach wurde beispielsweise festgelegt, wer an welchen Beratungen teilnehmen durfte, wer nur zeitweilig und wer überhaupt nicht. Das Prinzip galt quer zu allen Leitungsebenen und war genuiner Bestandteil der Kadersicherung. Der Grundsatz fand dann auch in der Sicherheitskonzeption des Kombinates seinen Ausdruck:

„Oberstes Prinzip bei Festlegung und Organisation der sicherheitspolitischen Arbeit ist die konsequente Durchsetzung des Grundsatzes im Geheimnisschutz – jeder erhält nur die für die Lösung *seiner* Aufgabe erforderlichen Informationen – vom ersten Tag an und in allen Leitungs- und Bearbeiterebenen.“²⁶⁴

Folglich bestand die alltägliche Kommunikation in den Bereichen der Hochtechnologie aus einer Mischung partiellen und legendierten Wissens. Es sollte demnach nicht verwundern, daß zunehmend zwei Phänomene an Gewicht – und für Ende der achtziger Jahre an Dominanz – gewannen: Fluktuations-²⁶⁵ und Kommunikationsprobleme. Zum einen gab es eine hohe Fluktuation

259 Siehe Anm. 181.

260 Abt. XVIII der BV Gera vom 30.9.1980: „Rapport zu Ehren des 31. Jahrestages der Gründung der DDR“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

261 Information aus: Das System des Geheimnisschutzes, Bl. 72, (Anm. 110).

262 Ebenda, Bl. 111.

263 OD Zeiss Jena, o. D., vermutlich 1982: „Einige Erkenntnisse über Angriffe imperialistischer Kräfte gegen volkswirtschaftliche Schwerpunkte der DDR“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

264 Sicherheitskonzeption vom 10.1.1986, Bl. 40–46, (Anm. 196). Siehe Dokument 8, S. 218f.

265 Die „politisch-ideologische Arbeit mit den Werktätigen“ sei wichtig, da Zeissmitarbeiter trotz Sondervergütung die Mitarbeit in Betrieben und Bereichen abgelehnt hätten, weil sie besonderen Verpflichtungen unterliegen, in: BV Gera, Generalmajor Lehmann, vom 25.9.1985: „Einschätzung des Standes zur Gewährleistung der Sicherheit von Betrieben

wegen Sanktionen (NSW-Kontaktverbot, mangelhafte Transparenz und fehlende Eigenverantwortlichkeit), zum anderen wegen der überaus verqueren Informationspolitik, mithin der partiellen Falschinformiertheit, die den wissenschaftlichen und technologischen Erfahrungsaustausch erheblich einschränkte. Nimmt man allgemein geltende Kommunikationsregeln aus der Betriebswirtschaftslehre oder der Organisationspsychologie zum Maßstab, dann muß hier von einer direkten Kontraproduktivität seitens des MfS gesprochen werden. Im Sinne alter Erfahrungen aus Blütezeiten innovations-trächtiger Wissenschaftsentwicklung, die immer auch Hochzeiten der Gesprächskultur waren, muß solcherart Fremdeingriff geradezu tödliche Wirkung gehabt haben. Dementsprechend ausgeprägt zeigen sich bereits die empirischen Befunde jener Jahre vor 1985.

So enthält ein Lagebericht der MfS-Bezirksverwaltung Gera zum Kombinatbetrieb D den Hinweis, daß die steigende Zahl der Fluktuationen „von politisch-operativer und sicherheitspolitischer Bedeutung“ sei. Allein 1981 habe es in diesem Kombinatbetrieb ca. 65 Kündigungen (GVS-, VVS-, VD-Kader)²⁶⁶, ca. 55 „Ausgliederungen“ nicht verpflichtbarer Kader und ca. 25 „gesellschaftlich notwendige Abgänge“ (GVS-, VVS-, VD-Kader) gegeben.²⁶⁷ Im Bericht wurden folgende Ursachen für die hohe Fluktuation genannt:

„Eingewöhnungsprobleme; zu hohe Anforderungen hinsichtlich der Einhaltung der ‘definierten Produktionsbedingungen’; Unzufriedenheit mit dem Arbeitsklima und den Arbeitsbedingungen. [...] Ausgehend von der dargestellten Situation muß eingeschätzt werden, daß die Zahl der Fluktuationen eine steigende Tendenz insbesondere im ersten Halbjahr 1982 aufweisen wird. In der Kaderabteilung des D-Betriebes liegen für die Monate Januar und Februar 1982 bereits wieder 17 Kündigungen vor. Zirka 80 % der Werk-tätigen geben als Kündigungsgrund Unzufriedenheit mit dem Arbeitsklima und den Arbeitsbedingungen an.“²⁶⁸

Abgelehnten Bewerbern oder „herausgelösten“ Mitarbeitern wurden die Gründe hierfür nicht mitgeteilt, worauf einige sich – natürlich vergebens – beim MfS erkundigten, nachdem sie bereits bei ihren Leitern keine befriedigende Auskunft erhielten.²⁶⁹ Die Zahl der Kündigungen stieg im Jahre 1982 für denselben Betrieb auf ca. 130, die Gründe dafür sind im wesentlichen gleich geblieben.²⁷⁰ Diese Personalprobleme wogen deshalb schwer, weil die

und Einrichtungen mit Aufgabenstellungen für die Landesverteidigung [...]“; BStU, Ast

Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

266 GVS: Geheime Verschlusssache, VVS: Vertrauliche Verschlusssache, VD: Vertrauliche Dienstsache.

267 BV Gera, OD Zeiss Jena, Oberstleutnant Hande, vom 10.3.1982: „Die Lage im VEB Kombinat Carl Zeiss Jena, KB-D Gera“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

268 Ebenda.

269 BV Gera, Generalmajor Lehmann, vom 23.3.1983: „Information über die Lage im VEB KCZ, KB-D“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

270 Ebenda.

Knappheit entsprechend qualifizierten Personals aus Gründen fehlender Konkurrenz und politisch-ideologischer Präferenzen ebenso hausgemacht wie unlösbar war. Demzufolge mußten sich hohe DDR-Stellen wiederholt mit „Kadergewinnungsfragen“ befassen, wobei dann gewöhnlich die einzelnen Ministerien beauftragt wurden, entsprechende „Kaderkontingente“ aus ihren Bereichen zur Verfügung zu stellen. In der Verfügung S 20/83 zur „Komplexen Konzeption zur weiteren Entwicklung des Forschungs-, Produktions- und Exportprofils“ beispielsweise, sind solche Festlegungen zur Zuführung von Personal mit Hoch- und Fachschulabschluß sowie anderen Arbeitskräften enthalten:

„1. Zur Zuführung von jährlich 270 Hoch- und Fachschulabsolventen in der Zeit von 1984 bis 1987 sind Maßnahmen zur Auswahl der Absolventen und zum Abschluß der Arbeitsverträge durchzuführen. Für 1984/85 ist in bereits abgeschlossene Arbeitsverträge einzugreifen. [...] 4. Zur Umsetzung von 400 Kadern zum VEB Carl Zeiss Jena in der Zeit von 1984 bis 1987 ist die notwendige Qualifikationsstruktur den betreffenden Ministern zu übergeben. [...] 5. Die Erweiterung der Produktionskapazitäten des VEB Carl Zeiss Jena um 2.000 Arbeitskräfte im Zeitraum 1987 bis 1991 ist zu sichern durch: eine erhöhte Zuführung von Schulabgängern aus dem gesamten Gebiet der DDR für die Lehrlingsausbildung im VEB Carl Zeiss Jena; die Unterstützung zur Werbung von zur Entlassung kommenden Armeeeingehörigen; freie Werbung im Bezirk Gera. [...] 6. Zur Ansiedlung der dem VEB Carl Zeiss Jena zuzuführenden 1.480 Kader für die Forschung und Entwicklung im Zeitraum 1984 bis 1987 sowie der 2.000 Arbeitskräfte für die Produktion im Zeitraum 1987/1991 sind die entsprechenden Wohnungskontingente bereitzustellen.“²⁷¹

Für 1984 ist folgende Struktur²⁷² des zu sichernden Personals, gegliedert nach Verantwortungsbereichen der Objektdienststelle Zeiss Jena, und der dafür bereitstehenden inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeiter überliefert:

271 Verfügung S 20/83 des Ministerrates der DDR vom 10.11.1983 (Anm. 83).

272 Statistische Angaben zum Kombinat VEB Carl Zeiss Jena vom 30.7.1984, wobei die Kombinatbetriebe außerhalb Jenas hier nicht berücksichtigt sind; BStU, ASt Gera, VSH OD Zeiss 003017, Bl. 63.

Tabelle 5: Beschäftigte in den Verantwortungsbereichen der Objektdienststelle Zeiss Jena unter Angabe ihrer sicherheitspolitischen Relevanz mit Stand vom 25. Juli 1984

Betrieb ²⁷³	Beschäftigte	Geheimnisträger			Antragsteller ²⁷⁴	Reisekader	Reisekader-IM	IM-Bestand	operative Mitarbeiter ²⁷⁵
		GVS	VVS	VD					
Kombinatbetrieb A	1.300	15	23	231	12	19	-	4	0,5
Kombinatbetrieb G	5.400	118	162	833	29	300	-	61	2,5
Kombinatbetrieb I	3.800	18	40	680	15	75	3	14	0,5
Kombinatbetrieb M	1.750	8	20	263	11	92	2	7	1
Kombinatbetrieb O	4.600	6	32	135	18	52	1	21	1
Kombinatbetrieb U	1.000	268	19	166	-	137	16	16	2
Kombinatbetrieb Z	3.350	9	26	110	12	34	-	4	0,5
Außenhandelsbetrieb	1.350	12	208	307	-	251	31	36	1
Jenaer Glaswerke	4.200	10	119	278	17	100	7	14	1
Forschungszentrum W	3.500	39	340	131	5	361	15	32	3
Kombinatleitung	1.450	72	144	393	-	85	2	23	1,5

Deutlich wird die Schwerpunktorientierung in den Betrieben der Hochtechnologie (G, U und W) sowie in der Kombinatleitung und im Außenhandelsbetrieb. In den darauffolgenden fünf Jahren hat sich daran nichts geändert.²⁷⁶

4.2. 1985: Die Profilierung

Im Rahmen des Staatsauftrages „Entwicklung von Basistechnologien der Mikrooptoelektronik“ bestätigte das ZK der SED den in verschiedenen Forschungseinrichtungen vorgesehenen Einsatz wissenschaftlich-technischer Mitarbeiter.²⁷⁷ Die Zahlen geben die enorme personalpolitische Dimension wieder, der sich die verantwortlichen Dienstseinheiten in den jeweiligen Verantwortungsbereichen des Kombinates Carl Zeiss zu stellen hatten.

²⁷³ Betriebsbezeichnungen. Profil der jeweiligen Betriebe – so weit bekannt – siehe Abkürzungsverzeichnis S. 253f. dieser Arbeit.

²⁷⁴ Antragsteller auf ständige Ausreise.

²⁷⁵ Zugeordnete Anzahl operativer Mitarbeiter, ohne Referatsleiter.

²⁷⁶ Siehe auch Dokument 9, S. 220–225.

²⁷⁷ Politbürobeschluss vom 10.12.1985, Aufgabenliste, Bl. 15, (Anm. 46).

Tabelle 6: Bedarf an wissenschaftlich-technischen Mitarbeitern

Einrichtung	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Kombinat VEB Carl Zeiss Jena	140	360	475	670	920	1.150
VEB Werk für Fernsehelektronik Berlin	25	40	70	100	100	100
ZFTM Dresden	1	2	2	35	35	35
AdW der DDR	41	158	181	163	138	143
Ministerium für Hoch- u. Fachschulwesen	50	80	100	100	110	120
Summe	257	640	828	1.068	1.303	1.548

Die „Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Speziellen Produktion im Verantwortungsbereich der Linie XVIII“²⁷⁸ ordnete die Spezielle Produktion im Kombinat Carl Zeiss als entscheidende Voraussetzung für die weitere Stärkung der Kampfkraft der Armeen der Warschauer Vertragsstaaten und zur Sicherung des militärischen Gleichgewichtes ein, wobei auf die Kontinuität in der wissenschaftlich-technischen Profilierung und der entsprechenden Politbürobeschlüsse verwiesen wurde. Im Rahmen dieser Sicherungskonzeption erhielt die Personalzuführung einen besonderen Stellenwert. Von 1984 bis 1990 war geplant, allein für die Forschung und Entwicklung der Objekte 010A – die Modernisierung des Kampfpanzers T-55 A – und für das schon erwähnten Objekt 016, dem Kombinatbetrieb U 1.500 „Kader“ zuzuführen. Da sich aber die Kadersicherung nicht nur auf das wissenschaftlich-technische Personal, sondern auf Angestellte, Arbeiter und Lehrlinge gleichermaßen bezog, galt es, weit mehr Personen zu überprüfen, zu bestätigen und zu kontrollieren. Allein für die Produktion dieser Projekte im Kombinatbetrieb Gera-Bieblach waren etwa 2.000 Beschäftigte vorgesehen.

„Damit sind durch die Abteilung XVIII der BV Gera einschließlich der 650 Kader für das Erweiterungsvorhaben 09²⁷⁹ bzw. der ab 1985 jährlich vorgesehenen Ausbildung von ca. 500 Lehrlingen, ca. 2.650 Kader und ca. 3.000 Lehrlinge für die Spezielle Produktion bis 1990 zu bestätigen. Berücksichtigt werden muß dabei, daß ausgehend von den bisherigen Erfahrungswerten des Kaderbestätigungsverfahrens ca. 40–50 % der von den zuständigen Kaderorganen des KCZ eingereichten Kader aus sicherheitspolitischen Gründen abgelehnt werden müssen. Damit ergibt sich eine Mindestzahl von ca. 9.000–10.000 Sicherheitsüberprüfungen. Die Zahl der unbedingt erforderlichen Wiederholungsüberprüfungen wird bis 1990 ebenfalls stark ansteigen.“²⁸⁰

278 Nach den Kaderkriterien des Befehls 11/84 zur Aktion „Präzision“ in: Abt. XVIII der BV Gera vom 15.2.1985: „Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Speziellen Produktion im Verantwortungsbereich der Abt. XVIII“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

279 Zielfernrohr mit Laserentfernungsmesser für den Kampfpanzer T-72.

280 Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Speziellen Produktion vom 15.2.1985 (Anm. 278).

Weiterhin enthält diese Konzeption die politisch-operativen Aufgaben in bezug auf die Sicherung der Geheimnisträger:

„Bei Vorliegen operativ-bedeutsamer Anhaltspunkte zu Personen ist unverzüglich eine OPK [Operative Personenkontrolle]²⁸¹ einzuleiten. Liegen hinreichende Verdachtsmomente der Verletzung von Straftatbeständen des StGB [Strafgesetzbuch der DDR] vor, ist die operative Bearbeitung in einem OV [Operativer Vorgang]²⁸² aufzunehmen. Über die Einleitung von OPK und das Anlegen von OV ist eine Abstimmung mit der HA XVIII/8 hinsichtlich der Zielstellung, der einzuleitenden operativen Maßnahmen und der evtl. einzubeziehenden Dienstseinheiten zu führen.“²⁸³

Bezogen auf die Werbung von IM/GMS und die Umsetzung des 2. Qualitätskriteriums²⁸⁴ heißt es, daß das Ziel darin bestehen müsse, „diese IM/GMS so zu entwickeln, daß sie im Perspektivzeitraum in geeignete Schlüsselpositionen eingesetzt werden können“²⁸⁵. Die Ergebnisse der Aufklärung seien analytisch zu verarbeiten, um so eine zielgerichtete Einflußnahme auf die „Ka-derorgane“ des Kombinates Carl Zeiss Jena zur

- „Erhöhung der Qualität der an unser Organ einzureichenden Kaderunterlagen;
- effektiveren Gestaltung und Beschleunigung des Kaderbestätigungsverfahrens;
- Einleitung von Maßnahmen zur ständigen Aktualisierung der Kaderunterlagen;
- Durchsetzung von Maßnahmen zur Herauslösung von Geheimnisträgern aus der Speziellen Produktion bei Bekanntwerden von Verstößen, welche eine kaderpolitische Eignung nicht mehr gewährleisten.“²⁸⁶

Das entsprach – bis in die Begrifflichkeit hinein – den normativen Vorgaben, wie sie in den Rechtsgrundlagen und Richtlinien des MfS formuliert sind. Das hierzu aufgefundene empirische Material (Berichte über Herauslösungen, Umsetzungen, Analysen etc.) gibt die Zielstrebigkeit der MfS-Eingriffe außerordentlich stringent wieder. Folgende Beispiele mögen dies zeigen:

Das MfS erfuhr durch den IME „Rosa“, einen inoffiziellen Mitarbeiter in Schlüsselposition, daß eine Beschäftigte im persönlichen und brieflichen Kontakt zu einem niederländischen Bürger stand. Im Auftrag des MfS klärte

281 „Vorgangsbearbeitung“ zur Klärung des Verdachts einer strafbaren Handlung. Vgl. Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 273.

282 „Operativer Prozeß zur Klärung bedeutsamer Anhaltspunkte“, vgl. ebenda, S. 271f.

283 Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Speziellen Produktion vom 15.2.1985 (Anm. 278).

284 Zum 2. Qualitätskriterium siehe Richtlinie 1/79: Hierunter sind jene Tätigkeitsmerkmale der IM definiert, die Aspekte der direkten Einflußnahme im Sinne einer „hohen gesellschaftlichen und politisch-operativen Nützlichkeit“ – z. B. im betrieblichen Rahmen – beinhalten, in: Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, S. 305–373, hier 311f.

285 Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Speziellen Produktion vom 15.2.1985 (Anm. 278).

286 Ebenda. Im thematischen Zusammenhang mit den „Herauslösungen“ siehe Dokument 7, S. 214–217, hier 215–217.

daraufhin der inoffizielle Mitarbeiter die Art der Verbindung auf. Das erfolgte gewöhnlich über Gespräche, in die der inoffizielle Mitarbeiter den Betreffenden verwickelte. Die Verbindung in diesem Falle erwies sich als Liebesverhältnis. Die Schlußfolgerung des MfS lautete lapidar und zeigte die Unverhältnismäßigkeit: Sie ist aus dem Betrieb herauszulösen.²⁸⁷ Solche „Erfolgsmeldungen“ des MfS lesen sich – stereotyp – so:

„Offensive op[erative] Maßnahmen und enges Zusammenwirken mit den staatlichen Leitungen und der GO [Grundorganisation] der SED sowie mit den IM in Schlüsselpositionen führten zur Offenlegung von NSW-Kontakten, zum Abbruch von Rückverbindungen mit übergesiedelten ehem[aligen] Antragstellern und auch zur Herauslösung von Personen aus dem Forschungszentrum.“²⁸⁸

Der Prozeß der Herauslösung von Beschäftigten wurde, wenn es das MfS für sicherheitspolitisch opportun hielt, durch erzieherische Maßnahmen ergänzt. Dazu wurden von der für den Verantwortungsbereich zuständigen Dienstseinheit sogenannte öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt. Sie hatten das Ziel, erzieherisch auf die Beschäftigten einzuwirken, damit sie die jeweiligen Maßnahmen sicherheitspolitisch richtig verstünden und nicht etwa auf den Gedanken kämen, willkürliche Handlungsweisen des Betriebes – oder gar des MfS – wären hierfür verantwortlich. Im März führte die Objektdienststelle gleich drei solcher Veranstaltungen durch:

„Am 12.3.1985 referierte ein Genosse im Rahmen der Sicherheitskonferenz des Forschungszentrums über die Ziele der gegnerischen Kontaktpolitik [...]. Nach Aussagen von Quellen [enthielt] dieses Referat wesentliche Anregungen für die weiteren Auseinandersetzungen mit F/E-Kadern, die private Kontakte in das NSW unterhalten. Zwei Veranstaltungen zur Auswertung des OV ‘Wolf’ [Reisekader, der bei der Installierung eines Raumflugplanetariums im Januar 1984 in Wolfsburg/BRD blieb] fanden am 14.3.1985 in den ehemaligen Arbeitskollektiven der OV-Personen (Forschungszentrum und Kombinatbetrieb G) statt. Im ehemaligen Arbeitskollektiv des [A] vertiefte die Veranstaltung den vorher in Gang gesetzten Prozeß der Auseinandersetzung mit ideologischen und sicherheitspolitischen Problemen.“²⁸⁹

Der ständige Aderlaß an Arbeitskräften beeinträchtigte Forschung, Entwicklung und Produktion gleichermaßen. Der Kombinatbetrieb für optischen Präzisionsgerätebau (KB-G), Finalproduzent der Erzeugnisgruppe „Lith“, hatte erhebliche Probleme bei der Erfüllung der Jahrespläne 1984 und 1985. Neben der ungenügenden Beherrschung der Produktionsprozesse sowie ineffektiven

287 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, vom 7.3.1985: „Arbeitsergebnisse mit IM/GMS der eigenen Dienstseinheit im Sinne des 2. Qualitätskriteriums der Richtlinie 1/79 (2/85)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

288 Zuarbeit zum Kontrolleinsatz der ZAIG vom 19.10.1985 (Anm. 205).

289 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler an den Leiter der HA XVIII/AKG vom 9.4.1985: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum März 1985 (3/85)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

Fertigungsverfahren und -mitteln nennt ein MfS-Bericht die Fehlbilanz von 300 Arbeitskräften. Ferner wurden Resignationserscheinungen unter den Leitern festgestellt. Die Leiter fühlten sich nur noch als ausführende Organe und brähten dies „sogar Unterstellten [gegenüber] offen zum Ausdruck“. Der erzieherische Einfluß lasse immer mehr nach, allenfalls mit Geld könne noch stimulierend eingegriffen werden.²⁹⁰

Im Juli mußte die Objektdienststelle Zeiss Jena für den Kombinatbetrieb G eine nicht verringerte Fehlbilanz von 300 Arbeitskräften feststellen. Notwendig kam es in den betreffenden Bereichen zu Dreischichtarbeit und Wochenendeinsätzen, was seinerseits das betriebliche Klima beeinträchtigte. Die Belegschaften sahen nicht ein, daß sie am Wochenende arbeiten mußten, weil die Maschinen eine hohe Ausfallquote aufwiesen oder Zulieferungen ausblieben. Die Objektdienststelle Zeiss Jena wertete hingegen die negative Stimmung als Ergebnis einer ungenügend konsequenten und kampfbereiten Haltung der staatlichen Leiter. Dies alles sei vor dem Hintergrund einer zu dieser Zeit mit „Ausnahme Spezielle Produktion“ völlig unzureichenden Planerfüllung zu sehen. Die Beziehungen zu den Ländern des RGW seien bereits auf das Niveau eines „direkten Warenaustausches (Maschine gegen Meßgeräte) herabgesunken“.²⁹¹ Der indolente Glaube an den Sieg des sozialistischen Wirtschaftens aber war, zumindest was die Planberichterstattung betraf, weiterhin ungebrochen: „Die gegenwärtig im Forschungszentrum geplanten Weiter- und Neuentwicklungen sehen höhere Genauigkeit und Produktivität der lithografischen Geräte [...] für die Herstellung immer komplizierterer Bauelemente vor.“²⁹²

Aber dazu benötigte man, *ceteris paribus*, in hoher Zahl qualifizierte Arbeitskräfte. Arbeitskräfte, die in einer offenen, kreativen und kommunikationsfähigen Arbeitsatmosphäre hätten arbeiten dürfen: „Suchen und gestalten Sie ein ‘Ideenklima’! Plädieren Sie für Offenheit und Vertrauen! Ihr Nachbar ist kein Rivale!“²⁹³ Unter den Bedingungen eines überzogenen Sicherheitsregimes war dies jedoch nicht möglich. Die von der Objektdienststelle Zeiss Jena für die Erzeugnisgruppe „Lith“ eingerichtete Kommission Sicherheit forderte die zahlenmäßige Erweiterung der Dienstgeheimnisträger der Kategorie VD (Vertrauliche Dienstsache). Hatte man die Konsequenzen, die eine solche Ausdehnung mit sich bringen mußte, wiederum nicht bedacht? Und der „flächendeckende“ Einsatz inoffizieller Mitarbeiter, sollte der – ob dem unauffällig-auffälligen Gefrage und Gelausche – nicht vermehrt Mißtrauen

290 OD Zeiss Jena, Major Teller, vom 11.4.1985: „Bericht zum Stand der Realisierung der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung im Schwerpunktbereich Mikroelektronik“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

291 Berichterstattung zur politisch-operativen Lage vom 15.7.1985 (Anm. 193). Siehe auch Dokument 7, S. 214–217, hier 215.

292 Ebenda.

293 Hannes Gutzer und Hans-Georg Mehlhorn: Ideen und Lösungsmethoden (Grundlagen des wissenschaftlich-technischen Schöpfertums in Forschungs- und Entwicklungsprozessen. Lehrbriefreihe, 10), hrsg. Bauakademie der DDR/Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, Berlin und Jena 1984, S. 37.

gesät haben? Es heißt in demselben Material beziehend auf die Entwicklung operativer Ausgangsmaterialien:

„Die Arbeitsergebnisse in den zum Forschungszentrum gehörenden Abteilungen des SPB [Schwerpunktbereiches] belegen, daß langfristige, systematische WIW [‘Wer ist wer?’]-Arbeit sowie das Aufspüren von Zusammenhängen zwischen Personen und Sachverhalten effektive Methoden der Schaffung operativer Ausgangsmaterialien sind. [...] Als immer wieder nachteilig erweist sich das Fehlen von IM, die unmittelbaren Kontakt bzw. ein Vertrauensverhältnis zur bearbeiteten Person besitzen.“²⁹⁴

Den staatlichen Leitern kam als eine von sechs Hauptaufgaben in der Zusammenarbeit mit dem MfS die „Einflußnahme auf die Kaderauswahl und deren Einsatz in Schwerpunktbereichen und Schlüsselpositionen“ im Bereich der Mikroelektronik respektive Speziellen Forschung, Entwicklung und Produktion zu.²⁹⁵ Verantwortlich für die Federführung der politisch-operativen Sicherung im Geraer Raum zeichnete das Referat 5 der Abteilung XVIII der MfS-Bezirksverwaltung Gera, das wegen des hohen Arbeitsanfalls eine Aufstockung des operativen Mitarbeiterbestandes – von fünf auf 14 – zugestanden bekam. Des weiteren wurde innerhalb der Abteilung XVIII die Bildung einer Arbeitsgruppe „Sicherheitsüberprüfungen LVO²⁹⁶“ beschlossen. Die betriebswirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ideologischen Resultate ließen infolge der massenhaften Sicherheitsüberprüfungen indes nicht auf sich warten:

„Zum Teil müssen noch bis zu 50 % der zur Bestätigung eingereichten Kader aufgrund der hohen Anforderungen aus sicherheitspolitischen Gründen abgelehnt werden. In Anbetracht der geplanten Erweiterungen der Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten im VEB Carl Zeiss Jena einschließlich der Ausbildung von Lehrlingen für die militärische Geräteproduktion erhöht sich die Verantwortung aller beteiligten Organe bei der Gewinnung von zuverlässigen Kadern, ihrer den sicherheitspolitischen Erfordernissen entsprechenden Auswahl und der nachfolgenden politischen und sozial-kulturellen Betreuung und Erziehung. Das betrifft insbesondere auch die zur Verfügungstellung von Wohnraum entsprechend dem Politbürobeschuß, besonders für Spezialisten und hochrangige Geheimnisträger, und die Lehrlingsbetreuung und Erziehung zur Sicherung der Herausbildung eines politisch bewußten und hochqualifizierten Facharbeiterstammes.“²⁹⁷

Für die zuverlässige Spezielle Produktion, so der Leiter der BV Gera, Generalmajor Lehmann, besitze das „Kader-Bestätigungsverfahren eine Schlüsselrolle“. Zwar erwähnte er in diesem Papier eine Reihe von kritischen Punkten, reflektierte aber nicht die Kehrseite dieser „Kaderarbeit“, die ja ganz offen-

294 Berichterstattung zur politisch-operativen Lage vom 15.7.1985 (Anm. 193).

295 Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Speziellen Produktion vom 15.2.1985 (Anm. 278).

296 Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (Anm. 134).

297 Gewährleistung der Sicherheit vom 25.9.1985 (Anm. 265).

sichtlich und entscheidend zur hohen Fluktuation beigetragen hatte. Eine „Empfehlung“ Lehmanns lautet dementsprechend, „daß durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED und Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung die 1. Sekretäre der Kreisleitungen“ von Stadtroda, Zeulenroda, Gera-Land und der Industriekreisleitung des Kombinates Carl Zeiss Jena beauftragt werden, sich „persönlich regelmäßig“ über den Stand der politisch-ideologischen Arbeit zu informieren und die 1. Sekretäre der Grundorganisationen bei der Organisation der politischen Arbeit mit den Werktätigen zu unterstützen.²⁹⁸

Generalmajor Lehmann definierte in dieser Vorlage für die Bezirkseinsatzleitung am 15. Oktober 1985 die grundsätzliche Abwehr- und Aufklärungsarbeit im Rahmen der Politbüro- und Ministerratsbeschlüsse vor dem Hintergrund einer verstärkten politisch-ideologischen Diversion des Gegners. Das Ziel dieser Abwehrarbeit bestand darin, eine hohe Kadersicherheit zu garantieren. Trotz der positiven Funktion der staatlichen Sicherheitskonzeptionen sei es notwendig, daß die Kader einer „strikten Kontrolle“ seitens der Schutz- und Sicherheitsorgane unterzogen werden. Es seien verstärkte Anstrengungen auch in bezug auf die Aufklärung der Angriffe des Feindes notwendig.²⁹⁹ Einen vorrangigen Schwerpunkt sah er darin, die politisch-ideologische Arbeit mit den Beschäftigten „qualifizierter“ zu gestalten:

Ein Indiz dafür liege in der Tatsache, „daß eine relativ hohe Anzahl bereits bestätigter Geheimnisträger entgegen ihren Verpflichtungen Kontakte zu Personen aus dem kapitalistischen Ausland, zu Antragstellern auf Übersiedlung und anderen feindlich-negativ eingestellten Personen unterhält. So wurden im Zeitraum 1984/85 im Kombinatbetrieb D des VEB Carl Zeiss Jena 20 Geheimnisträger ermittelt, die konspirierte Kontakte in das kapitalistische Ausland unterhielten. Im gleichen Betrieb konnten im Rahmen der Aufklärungsmaßnahmen bei ca. 250 Betriebsangehörigen Verbindungen unterschiedlichster Art zu Personen in das kapitalistische Ausland und zu feindlich-negativen Kräften festgestellt werden.“³⁰⁰

Im Jenaer Bereich des Kombinates waren zu dieser Zeit 1.920 Beschäftigte im Bereich der Speziellen Vorhaben tätig (im gesamten Kombinatbereich 4.513). Das MfS zählte Ende Juni 1985 in den hierfür wichtigen Kombinatbetrieben D, G und U 1.455 Dienst- und Staatsgeheimnisträger.³⁰¹

Zu dieser Zeit besaßen die Vorhaben der Speziellen Forschung, insbesondere der milliardenschwere high-tech-Zielsuchkopf 016 und der Sternensensor OSD³⁰², Priorität. Sie zählten neben der Realisierung lithografischer Gerätetechnik (Erzeugnisgruppe „Lith“) zu den strategisch bedeutsamen Positionen des Jahres 1985. Allein am Objekt 016 waren 60 Spitzengeheimnis-

298 Ebenda.

299 Ebenda.

300 Ebenda.

301 Einschätzung des Standes vom 9.9.1985 (Anm. 198).

302 Optischer Sternensensor. Teilaufgabe aus einem Projekt zur genauen Koordinatenanbindung im Kosmos. Letztlich eine Anti-SDI-Aufgabenstellung, die als „Parteitagobjekt“ klassifiziert war.

träger beteiligt. „Imperialistische Geheimdienste“ nützen alle Möglichkeiten, um Informationen aus der ganzen Breite der Speziellen Produktion zu bekommen, heißt es im Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) „Digital“.³⁰³ Von den drei grundsätzlichen Zielstellungen zur Sicherung der Speziellen Forschung, Entwicklung und Produktion – Abwehr feindlicher Angriffe, Gewährleistung des Geheimnisschutzes und der Produktionsaufgaben nach Qualität und Quantität – leitete die Objektdienststelle Zeiss Jena jeweils Hauptaufgaben ab, die immer die Kadersicherung im Mittelpunkt hatten und den Zusammenhang von sach- und personenbezogener Sicherung, freilich mit differenzierter Gewichtung, deutlich erkennen lassen. Die Hauptaufgaben für 1985 lauteten im einzelnen:

„Verhinderung feindlich-negativer Handlungen und zielstrebige operative Bearbeitung von Hinweisen auf Feindtätigkeit, Gewährleistung eines auf hohem Niveau stehenden Kaderbestätigungsverfahrens als Voraussetzung für eine effektive Abwehrarbeit, ständige Klärung der Frage ‘Wer ist wer?’, vorrangige vorbeugende und schadensabwendende Arbeit in den Schwerpunktbereichen der Speziellen Produktion, Beseitigung von begünstigenden Bedingungen für Angriffe des Feindes, ständige politisch-operative Einflußnahme zur Durchsetzung der staatlichen Sicherungskonzeption zur durchgängigen Gewährleistung von Geheimnisschutz, Sicherheit und Ordnung sowie Disziplin.“³⁰⁴

Diese Aufgaben wurden mit Hilfe politisch-operativer Methoden und Instrumentarien sowie mit Unterstützung staatlicher und Parteistellen umgesetzt. Hierzu waren in den Monats- und Jahresarbeitsplänen der verschiedenen hierarchischen Ebenen (Objektdienststellenleitung – Referatsleiter – operative Mitarbeiter) die grundsätzlichen Aufgaben stets vorgegeben. Einige Resultate dieser tschekistischen Arbeit sind in Form der „Arbeitsergebnisse mit IM/GMS der eigenen Dienstseinheiten im Sinne des II. Qualitätskriteriums der Richtlinie 1/79“ überliefert. Da heißt es dann beispielsweise, daß der inoffizielle Mitarbeiter „Rosa“³⁰⁵ Mißstände im Kombinatbetrieb U, Jena-Göschwitz, aufdeckte und die Verletzung der „definierten Bedingungen“ registrierte. Das MfS beschloß daraufhin eine Tiefenkontrolle, die der inoffizielle Mitarbeiter „Rosa“ persönlich durchführte. Die Ergebnisse wurden anschließend vor dem Leitungskollektiv des Kombinatbetriebes diskutiert und im Ergebnis dessen die „definierten Bedingungen“ wiederhergestellt. Selbstverständlich wurde die Einleitung von disziplinarischen Maßnahmen gegen einige der verantwortlichen Leiter nicht vergessen.³⁰⁶

Die Problematik der „definierten Bedingungen“ bietet den Schlüssel für

303 Operative Maßnahmen zur Enttarnung einer „Agentur des Bundesnachrichtendienstes“.

304 Einschätzung des Standes vom 9.9.1985 (Anm. 198).

305 IME „Rosa“, inoffizieller Mitarbeiter in Schlüsselposition aus dem Bereich des Kombinatbetriebes D.

306 BV Gera, Oberstleutnant Erler, vom 8.11.1985: „Arbeitsergebnisse mit IM in der eigenen Dienstseinheit im Sinne des 2. Qualitätskriteriums der RL 1/79 (10/85)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

das Verständnis des Zusammenhangs von sach- und personenbezogener Sicherungsarbeit des MfS. Sie besagten, daß jeder Handgriff bzw. jede Maßnahme am Forschungs- oder Produktionsvorhaben des jeweiligen Bearbeiters protokolliert werden müsse. Es ging um die Möglichkeit nachzuweisen, wer was, wann und wie gemacht bzw. veranlaßt hatte. Der Terminus „Tiefenkontrolle“ verweist auf diesen Sachverhalt. Dieser Zusammenhang wurde bereits während einer Beratung des MfS mit Militärabnehmern und der Leitung des Kombinatbetriebes D am 1. November 1984³⁰⁷ durch Oberst Seidel, stellvertretender Leiter Operativ der MfS-Bezirksverwaltung Gera, treffend zum Ausdruck gebracht.

„Dabei wurde davon ausgegangen, daß es unserem Organ nicht obliegt, sich ständig mit Fragen der Planerfüllung zu befassen. Wenn jedoch die Planerfüllung dazu führt, daß die Funktionssicherheit der Geräte gefährdet wird, die ‘definierten Bedingungen’ verletzt werden, was in der Vergangenheit mehrfach dazu führte, daß bei Vorkommnisuntersuchungen nicht mehr eindeutig der Verursacher festgestellt werden konnte, dann müssen wir als Sicherheitsorgan wirksam werden.“³⁰⁸

Der Sicherheitsbeauftragte des Kombinatbetriebes D sah dies ähnlich, allerdings ideologisch pointierter:

„Ein zentrales Problem für unsere Arbeit ist die Einhaltung der ‘definierten Bedingungen’. In letzter Zeit wurden sie in grober Weise verletzt. Dabei trat zunehmend ein Versagen der Leiter auf. Unsere politische Arbeit ist uns hier nicht ausreichend gelungen. ‘Definierte Bedingungen’ sind abhängig vonhaltungsfragen und eng mit der politisch-ideologischen Arbeit verknüpft.“³⁰⁹

Der Leiter der Objektdienststelle Zeiss Jena nutzte die regelmäßigen Absprachen mit dem Generaldirektor unter anderem dazu, Entscheidungen „über die Herauslösung bestimmter Kombinatangehöriger aus ihrer jeweiligen Funktion“ herbeizuführen.³¹⁰ Wie eine zunächst zufällige Feststellung eines harmlosen Kontaktes zu Nachforschungen führte und letztlich die Herauslösung der betreffenden Person aus offensichtlich banalsten Gründen bewirkte, zeigt folgendes Beispiel:

„In Abstimmung mit der HA II³¹¹ und der Abteilung II³¹² der BV Gera kann im Ergebnis durchgeführter operativer Kontrollmaßnahmen festgestellt werden, daß es sich bei dem dokumentierten Kontakt zwischen der OPK [‘Treff’] und der BRD-Person am 10.2.1984 in Berlin um einen zufälligen Kontakt gehandelt hat. Gleichzeitig wurde herausgearbeitet, daß

307 Vgl. Protokoll einer Beratung vom 12.11.1984 (Anm. 191).

308 Abt. XVIII der BV Gera, Major Rosenkranz, vom 8.4.1985: „Information über die Lage im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, KB-D Gera“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Siehe Dokument 7, S. 214–217, hier 217; Dokument 12, S. 232–236; und insbesondere Dokument 16, S. 245–248.

309 Information über die Lage vom 8.4.1985.

310 Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage vom 10.10.1985 (Anm. 208).

311 Spionageabwehr.

312 Spionageabwehr auf der Ebene der Bezirksverwaltung.

die OPK-Person und dessen Ehefrau über die Eltern Kontakte zu Verwandten in die BRD konspirieren. [...] und es erfolgt die Herauslösung der Person aus der Speziellen Produktion bis zum 30.11.1985.“³¹³

Die Erfolgsmeldungen dieser und anderer Ergebnisse der „operativen Grundprozesse“ wurden monatlich in „operativen Effektivitätsanalysen zur IM/GMS-Arbeit“ statistisch erfaßt. Hierin heißt es zum Beispiel für den Monat November 1985 unter der Überschrift „Wichtige Ergebnisse zur Einschätzung und Beherrschung der Lage sowie zum II. Qualitätskriterium“: „Über“ den Leiter Objektdienststelle wurden durch den Generaldirektor des Kombinales „2 Kader wegen Westkontakte“ aus dem Leitungsbereich „entfernt“.³¹⁴ Es wäre interessant zu wissen, ob verantwortliche MfS-Mitarbeiter, etwa Oberstleutnant Teller, diese „Erfolge“ reflektiert haben, mußten sie doch täglich die Klagen über die Personalknappheit zur Kenntnis nehmen. Schließlich wiesen sie in solchem wie den oben zitierten Fall „operativ“ nach, daß allein läppische oder vermutete Westkontakte zum Verlust des Arbeitsplatzes führen konnten.

1985 erarbeiten die inoffiziellen Mitarbeiter „Rosa“ und „Rötschke“ im Auftrag des MfS eine Analyse „über das Fluktuationsgeschehen und den Nichtabschluß von Arbeitsverträgen durch ehemalige Lehrlinge im Zeiss-D-Betrieb“. Das Ziel dieser Analyse, die auch dem Betriebsdirektor übergeben wurde, sollte darin bestehen, die „überdurchschnittlich hohe Fluktuationsrate in diesem Betrieb zu senken“.³¹⁵ Im Ergebnis einer anderen Analyse über alle in den letzten Jahren durch die Geheimnisträger gemeldeten NSW-Kontakte³¹⁶, „wurde die betriebliche Ordnung einschließlich der dazugehörigen Formblätter überarbeitet, um konkretere Aussagen über das Zustandekommen von NSW-Kontakten treffen zu können“. Die staatlichen Leiter des Kombinalesbetriebes D wurden mit der „überarbeiteten betrieblichen Ordnung zu einer verstärkten ideologischen Arbeit mit den Geheimnisträgern der Speziellen Produktion verpflichtet.“³¹⁷

Im Oktober 1985 trat eine neue Weisung des Generaldirektors zur Antrags- und Meldepflicht bei Kontakten zu NSW-Bürgern in Kraft. Mit dieser Weisung sollte „vor allem der umfassende Erziehungsprozeß der Geheimnisträger zu Ehrlichkeit und zu pflichtgemäßem Verhalten gefördert werden“. Der Inhalt dieser Weisung wurde gemeinsam von der Objektdienststelle Zeiss Jena, der Arbeitsgruppe Geheimnisschutz der MfS-Bezirksverwaltung Gera

313 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler an HA XVIII/AKG vom 8.11.1985: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum Oktober 1985 (10/85)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

314 Referat 4 der OD Zeiss Jena vom 26.11.1985: „Operative Effektivitätsanalyse zur IM/GMS-Arbeit, November 1985“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

315 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, vom 8.7.1985: „Arbeitsergebnisse mit IM/GMS der eigenen Dienst Einheit im Sinne des 2. Qualitätskriteriums der Richtlinie 1/79 (6/85)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

316 Gewährleistung der Sicherheit vom 25.9.1985 (Anm. 265).

317 Durch den inoffiziellen Mitarbeiter „Rosa“ ausgeführt, in: Arbeitsergebnisse mit IM/GMS vom 8.7.1985 (Anm. 315).

und der Hauptabteilung Sicherheit des Kombinates erarbeitet. Mit der „Meldepflicht“ wurde – als eine Pflicht zur Selbstanzeige – eine neue Qualität in der Kadernsicherung eingeführt, die ihre Wirkung nicht verfehlen sollte.³¹⁸

4.3. 1986: Der Zeissbrief

Zu Beginn des Jahres 1986 waren die Reaktionen auf den an Erich Honecker gerichteten Brief des Zeisskollektives³¹⁹ Gegenstand des Interesses inoffizieller Mitarbeiter. In einer „Information“ wurden entsprechende Meinungsäußerungen aus dem betroffenen Kombinatbetrieb zusammengefasst:

„Das war ja wieder gut dargestellt, der G-Betrieb macht schon was her, wenn er aus so einer Perspektive gezeigt wird. Da wird der Welt wieder mal etwas vorgemacht, was nicht der Fall ist. [...] Man fragt sich nur immer wieder, wie die es schaffen, das zu erreichen, denn Probleme gab es genug und Planschulden auch.“³²⁰

Skepsis wurde auch bezüglich der Ankündigung des Generaldirektors laut, nach der das Kombinat zu einem Zentrum der Hochtechnologie ausgebaut werden sollte: „So etwas war ja vor Jahren schon mal auf der Tagesordnung, geblieben ist davon nur der Uniturm.“³²¹ Man wußte eben nicht, daß wenige Wochen zuvor, am 15. Dezember 1985, eine Beratung des Staatssekretärs im Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik, Karl Nendel, mit der 1. Leitungsebene des Kombinates stattgefunden hatte, auf der die weitere Profilierung des Kombinates beraten worden war. Die vom Ministerrat übertragenen 32 Schwerpunktaufgaben der Hochtechnologie stellten das Kombinat vor verschärfte Personal- und Sicherheitsprobleme. Dazu heißt es in der Lageeinschätzung des MfS vom 8. Januar 1986:

„Diese Schlüsselrolle des Zeisskombinates auf entscheidenden Gebieten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erhöht insgesamt die Sicherheitsbedürfnisse, dabei ist dem Geheimnisschutz eine besondere Bedeutung beizumessen. Ein hohes Niveau des Geheimnisschutzes ist bei der Lösung dieser Aufgaben deshalb erforderlich, weil die zu importierende NSW-Technik überwiegend unter Embargo steht und weil die Arbeitsergebnisse auch in der Speziellen Produktion genutzt werden sollen. [...] Ein Teil der unter Verschleierung des Verwendungszweckes aus dem NSW importierten Technik einschließlich der Programme zur Gerätesteuerung ist

318 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, an HA XVIII/AKG vom 6.12.1985: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum November (11/85)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

319 Siehe S. 24 dieser Arbeit.

320 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 8.1.1986: „Information über Reaktionen auf den Brief des Kollektivs des KCZ an den 1. Sekretär des ZK, Genossen Erich Honecker“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

321 Ebenda.

bereits im Forschungszentrum eingetroffen. [...] Im politisch-operativen Schwerpunktbereich Mikroelektronik (Erzeugnisgruppe Lithografie) beeinflussen Kaderprobleme wesentlich die Erfüllung der Planaufgaben 1986. Eine Studie der Inspektion des GD [Generaldirektors], deren Inhalt inoffizielle Quellen der OD Zeiss bekräftigen, besagt, daß gegenwärtig im Bereich des Kundendienstes der Erzeugnisgruppe 'Lith' immer noch 120 Arbeitskräfte fehlen. Bei der Neuzuführung von Kadern zu diesem Bereich ist von vornherein deren Verfügbarkeit als Reisekader zu prüfen, da die Mehrheit der lithografischen Geräte im sozialistischen Ausland zum Einsatz gelangt.“³²²

Im Januar 1986 begann laut einer Lageeinschätzung „die Auswahl von staatlichen Leitern und Wissenschaftlern, die maßgeblich an der vorgesehenen Profilierung des Kombinales“ zu einem Zentrum der Hochtechnologie mitwirken sollten. In diesem Zusammenhang wurde abermals darauf hingewiesen, daß „entsprechend einer Vereinbarung des Leiters der Objektdienststelle Zeiss Jena mit dem Generaldirektor des Kombinales Carl Zeiss Jena [...] der Einsatz der ausgewählten Kader jeweils erst nach Bestätigung durch das MfS“ zu erfolgen habe.³²³ Der inoffizielle Mitarbeiter „Karl Wolf“ wurde unterdessen „zur vorbeugenden Verhinderung des Einsatzes nicht als GT [Geheimnisträger] verpflichteter Kader am Objekt 016“ eingesetzt. Ebenso erfolgten im Januar die ersten Kaderbestätigungen für CAD/CAM³²⁴ und andere Hochtechnologieprojekte. Wiederum wurden „Schlüsselpositionen“, also Mitglieder der Kombinalleitung, zur Erarbeitung einer Sicherungskonzeption für Computeranlagen, zur Rücknahme eines Übersiedlungsantrages und zur Lagebeherrschung eingesetzt.³²⁵ Währenddessen nahm die Arbeit des MfS zu Fragen der Kadersicherung ihren üblichen Lauf. Lehrverträge wurden wiederholt abrupt beendet. Das Szenario einer solchen Herauslösung liest sich so:

„Die OPK-Person ist bestätigter Staatsgeheimnisträger [...]. [Es] konnte herausgearbeitet werden, daß er postalische Verbindung zu einem ehem[aligen] ÜSE [Antragsteller auf Übersiedlungsersuchen] hat, der seit 3/84 in der BRD lebt. Diese Verbindung läuft über Deckadressen in Jena. [...] Zielstellung: erarbeiten von Beweisen seiner postalischen Verbindungen [...]. Im Ergebnis vorliegender Beweise, herauslösen der OPK-Person aus der militärischen Geräteproduktion.“³²⁶

322 Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage vom 8.1.1986 (Anm. 135).

323 Abt. XVIII der BV Gera an den Leiter der HA XVIII/AKG vom 10.2.1986: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum Januar 1986 (1/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

324 CAD: Computer Aided Design (rechnergestützter Entwurf); CAM: Computer Aided Manufacturing (rechnergestützte Produktion).

325 Referat 2 der OD Zeiss Jena vom 25.1.1986: „Operative Effektivitätsanalyse zur IM/GMS-Arbeit (20.12.1985–23.1.1986)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

326 Referat 5 der OD Zeiss Jena vom 20.1.1985 (sic!): „Jahresplan 1986 des operativen Mitarbeiters Gen. Hauptmann Holle“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

Folgende typische Maßnahmen sah das MfS-Repertoire vor:

- „–Mit der OPK-Person und einer der von ihm benutzten Deckadressen werden Gespräche durchgeführt, um inoff[iziell] vorliegende Hinweise offiziell zu gestalten.
- Im Ergebnis der Gespräche wird die OPK-Person sofort aus dem Bereich der militärischen Geräteproduktion herausgelöst und es erfolgt eine offene Auswertung im Bereich durch die BL [Betriebsleitung] des KB-U.
- Zur OPK ‘Falle’ wird ein Abschlußbericht erarbeitet.“³²⁷

Der Katalog zur Realisierung der Zielsetzung konnte je nach Bedarf folgende operative Maßnahmen beinhalten: konspirative Wohnungsdurchsuchung (inklusive Beschaffung des Wohnungsschlüssels), die Schaffung eines „Stützpunktes“ im Wohngebiet zur Realisierung operativer Aufgaben, Einbau der Maßnahme B (Abhörmaßnahme der Abteilung 26 des MfS) in die Wohnung, Durchführung operativer Kombinationen (zum Beispiel das Verfassen eines fingierten Briefes).

Die Dürftigkeit vieler „operativer Beweise“ war augenfällig, wie folgendes Beispiel veranschaulichen mag: Über „Schlüsselpositionen“, genannt wurden unter anderen die Generaldirektoren des Kombinates und des Außenhandelsbetriebes, Biermann und Dr. Abicht, wurde der Leiter des Planetariums – OPK „Panorama“ – von seiner Funktion entbunden. Nachgewiesen hatte das MfS lediglich, daß seine Vorträge und Aktivitäten westlichen Standards, beispielsweise in der Computertechnik und der Raumfahrtforschung, entsprächen. Auch soll es angeblich eine „Rückverbindung“ zu einem ehemaligen DDR-Bürger, der wiederum Mitglied der „Interessengemeinschaft ehemaliger Peenemünder“ sei, gegeben haben, etc. Kurz: der Leiter des Planetariums lasse parteiische Haltung vermissen, das überdies schon lange Zeit.³²⁸

Im Abschlußbericht zu dieser Operativen Personenkontrolle heißt es:

„Die OPK-Person [habe] als Leiter [...] kein Gespür für gesellschaftliche Erfordernisse. [...] Politisch ist die OPK-Person als naiver Mensch einzuordnen, welcher sich aufgrund eines gewissen Desinteresses keine Mühe gibt, auf diesem Gebiet sich aktiv zu engagieren. Da seine berufliche Tätigkeit auch sein Hobby ist, welches auch die Freizeit völlig ausfüllt, ist er im Wohngebiet ebenso inaktiv. Die OPK-Person interessiert sich besonders für Computertechnik. Dieses Interesse in Verbindung mit seiner fehlenden politischen Reife haben politisch indifferente bzw. teilweise zum politischen Untergrund gehörende Intellektuelle ausgenutzt, um das Planetarium der Carl-Zeiss-Stiftung als Treffpunkt für die Propagierung von NSW-Rechentechnik zu nutzen.“³²⁹

Interessant ist, daß im Abschlußbericht ausdrücklich darauf verwiesen wurde, daß Anhaltspunkte für entsprechende Rückverbindungen nicht nachgewiesen

³²⁷ Ebenda.

³²⁸ Referat 2 der OD Zeiss Jena vom 20.2.1986: „Operative Effektivitätsanalyse zur IM/GMS-Arbeit (24.1.–19.2.1986)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

³²⁹ Referat 2 der OD Zeiss Jena vom 25.2.1986: „Abschlußbericht zur OPK ‘Panorama’, Reg.-Nr. X/935/85“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

werden konnten, ebensowenig unbefugte Kenntnis geheimzuhaltender Informationen: „Panorama“ sei kein Staatsgeheimnisträger. „Panorama“ wurde ins Forschungszentrum W versetzt, einen Schwerpunktbereich! Nur oberflächlich gesehen erscheint diese Maßnahme als widersprüchlich. Sie war es nicht, weil „Panorama“ letztlich im Forschungszentrum der Öffentlichkeit entzogen (1. Aspekt) und unter weitaus besserer Kontrolle durch inoffizielle Mitarbeiter (2. Aspekt) war. So fiel er – wie prinzipiell alle anderen „Herausgelösten“ – nicht auf die Straße, sondern sogar in eine Eliteeinrichtung der Forschung. Aber berufliche Erfüllung dürfte er hier nicht gefunden haben. Auch dieses Beispiel zeigt, daß zwei Aspekte für die „Herauslösung“ ausreichend waren: einmal die der betreffenden Person zugeschriebene ideologische Haltung, zum anderen die Möglichkeit einer nachrichtendienstlichen oder feindlichen Verbindungsaufnahme.

Auffallend ist, daß das MfS häufig nur vage Hinweise zu möglichen Kontaktversuchen und Interessensfeldern sogenannter „feindlicher Stellen“ erarbeiten konnte. Einmal wurde festgestellt, daß eine Person „für den Gegner von besonderem Interesse“ sei, ein anderes Mal, daß sich zeige, daß Informationen bezüglich des Know-hows zur Kristallzucht besonders interessieren würden. Dies war dann gewöhnlich der Anlaß für die Planung der Aufklärung von Verhaltensweisen und die Erarbeitung von „bedeutenden operativen Hinweisen“ zu Personen, die dienstliche bzw. private NSW-Kontakte besaßen.³³⁰

Bezüglich der geplanten Personalzuführung gab es keine positiven Nachrichten aus Berlin: In einer Antwort des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik an den Abteilungsleiter des ZK der SED, Gerhard Tautenhahn, zum Entwurf der ZK-Vorlage „Entwicklung weiterer Kapazitäten für die Forschung und Entwicklung der Mikroelektronik in den Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und VEB Mikroelektronik“, wurde herausgestellt, daß eine zusätzliche Absolventenzuführung für den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik (MEE) von jeweils 450 Arbeitskräften für 1986, 1987 und 1988 nicht möglich sei: „Erste Einschätzungen besagen, daß es maximal möglich ist, bis zu 500 Absolventen insgesamt durch außerordentliche Maßnahmen und Umverteilung zu gewinnen.“ Aber auch dies sei nicht sicher, da „im Bereich des MEE auf der Grundlage der umfassenden Anwendung der CAD- und CAM-Technik [...] alle Möglichkeiten der Konzentration vorhandener Forschungs- und Entwicklungskader sowie der Zuführungen von Hoch- und Fachschulabsolventen, die bisher für andere Bereiche vorgesehen waren, für diese Aufgabe zu prüfen“ wären.³³¹

Ein Politbürobeschuß benannte folgerichtig die (eine) Achillesferse des Hochtechnologieprogramms: „Das wesentliche Problem für die Durchfüh-

330 Operative Effektivitätsanalyse vom 20.2.1986 (Anm. 328).

331 Brief von Siegfried Wenzel (SPK) an Gerhard Tautenhahn (ZK der SED) vom 31.1.1986; BA Potsdam, DF 4, 22858, Bl. 1–4, hier 3f.

rung dieses Programms stellt die Konzentration der dazu erforderlichen Forschungs- und Entwicklungskader im Zeitraum 1986–1990 dar³³².

Bis zu einem gewissen Grad löste das Kombinat seine Arbeitskräfteprobleme durch Einverleibung von Großbetrieben. Mit der Eingliederung des Zentrums für Forschung, Technologie und Mikroelektronik Dresden mit seinen insgesamt 9.600 Arbeitskräften, dem Aufbau des Forschungszentrums in Jena (ca. 1.300 Arbeitskräfte) und der Zunahme von zu lösenden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Politbürobeschuß vom 11. Februar 1986 stieg die Zahl der Sicherheitsüberprüfungen und Kaderbestätigungsverfahren weiter an.³³³ Da das MfS selbst unter Arbeitsüberlastung litt, sollte die „operative Durchdringung“ der bereits etablierten Bereiche dazu genutzt werden, um „von vornherein Einfluß auf den Kadereinsatz in den neu zu schaffenden Bereichen zu nehmen“.³³⁴

Zwischen der Personalknappheit im Kombinat und der restriktiven Selektion durch das MfS wurde weiterhin kein Zusammenhang gesehen. Unbeeindruckt von diesem Engpaß arbeitete das MfS weitere potentiell „feindliche Stützpunkte“ heraus:

„Vorliegende inoffizielle Informationen über konspirierte NSW-Kontakte der Person [A] konnten im Zusammenhang mit der Zollverwaltung Erfurt offiziell gestaltet werden. Die zollamtliche Information wurde dem IME ‘Rosa’ übergeben, der daraufhin eine Untersuchung im Betrieb einleitete, in deren Ergebnis die Person [A] fristlos entlassen wurde. Gleichzeitig wurden durch den IME ‘Rosa’ Maßnahmen zur Herauslösung der Person [OPK ‘Stumpf’] aus der Speziellen Produktion durchgesetzt.“³³⁵

Der inoffizielle Mitarbeiter „Rosa“ war wenig später wieder fündig geworden:

„Aufgrund von Informationen der HA I³³⁶ soll die [...] Person Kontakte zu zwei BRD-Bürgern unterhalten. Durch den IME ‘Rosa’ wurde auftragsgemäß eine Befragung der Person durchgeführt und damit die konspirierten Kontakte offiziell dokumentiert. Die Herauslösung der Person aus dem Betrieb der Speziellen Produktion erfolgte am 8.4. 1986.“³³⁷

332 Politbürobeschuß vom 11.2.1986: „Entwicklung weiterer Kapazitäten für die Forschung und Entwicklung der Mikroelektronik in den Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und VEB Kombinat Mikroelektronik“; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2853, Bl. 12.

333 Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage vom 7.3.1986 (Anm. 87).

334 Zur „operativen Durchdringung“ vgl. Hochschule des MfS, Potsdam, vom 15.2.1989: „Leiterinformation zu den Forschungsergebnissen ‘zur sicherheitspolitischen Durchdringung der breiten Anwendung der Schlüsseltechnologien, insbesondere Mikroelektronik, Rechentechnik und CAD/CAM. Zu damit verbundenen Anforderungen an die Einleitung und Realisierung leistungs- und effektivitätsfördernder Maßnahmen bei der Gewährleistung der Einheit von Feindbekämpfung, vorbeugender Schadensabwendung und Unterstützung“; BStU, ZA, HA XVIII, Sekretariat 639, Bl. 1–36, hier 3.

335 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, vom 11.3.1986: „Arbeitsergebnisse mit IM/GMS der eigenen Dienst Einheit im Sinne des 2. Qualitätskriteriums der Richtlinie 1/79 (2/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

336 Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen.

337 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, vom 9.4.1986: „Arbeitsergebnisse mit IM/GMS der eigenen Dienst Einheit im Sinne des 2. Qualitätskriteriums der Richtlinie 1/79 (3/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

Auf einer im April stattgefundenen Sicherheitskonferenz des Forschungszentrums erläuterte der zuständige Referatsleiter der Objektdienststelle Zeiss Jena Fragen zur „gegnerischen Kontaktpolitik“ unter den Bedingungen erhöhter Anforderungen an Sicherheit, Ordnung und Geheimnisschutz. In den Bereichen der Hochtechnologieentwicklung sei die Weisung des Generaldirektors, Kontaktklärungen abzugeben und diese auch auf Haushaltsangehörige auszudehnen, weiter durchzusetzen. Die Realisierung dieser Weisung stoße aber auf „erhebliche Probleme“. Nahezu 40 Prozent der betroffenen Personen würden es ablehnen, die Verpflichtung zu unterschreiben. Genannte Gründe für die Ablehnungen waren vor allem die Ausdehnung auf Haushaltsangehörige und die Furcht vor möglichen negativen beruflichen Konsequenzen im Falle der Angabe von NSW-Kontakten.³³⁸

Am 23. Mai 1986 kam es zu dem bereits erwähnten Besuch Erich Honeckers im Forschungszentrum. Hierzu trug das MfS eine Vielzahl von Stimmungsberichten zusammen, unter anderem mit Meinungen zu den besuchsbedingten Ausfallzeiten, zu gesellschaftlichen Problemen und vor allem zu der Rede Erich Honeckers: Die Rede sei auf „jeden anderen Betrieb anwendbar“ gewesen, „die Eintragung ins Brigadebuch mußten wir selbst machen, die unterschrieb er nur“, auch fiel kein Wort „über das Zentrum für Spitzentechnologie oder zur Speicherproduktion“. Ein Mitarbeiter des Forschungszentrums wurde wie folgt zitiert:

„Der Aufwand ist ja Wahnsinn. Wir müssen aus den Räumen, ich muß zuschließen, dann geht WS³³⁹ noch mal mit mir durch und danach geht WS noch mal mit einem aus Berlin durch die Räume. Die haben diesmal ja alles aufgeboten. Heute früh auf dem Seidelparkplatz dachte ich, sie hätten einen Penner bzw. Punker verhaftet. Da standen mehrere Berliner Autos und dazwischen eine Gruppe wildester Punker und siehe, auf einmal wurden sie von Herren in Zivil verabschiedet und zerstreuten sich in alle Richtungen. Da haben sie also extra eine Spezialeinheit unter das Volk gemischt.“³⁴⁰

Dies aber durfte selbstverständlich keiner der Beschäftigten wissen. Gerade auch dieses Beispiel zeigt, daß der Begriff der Personensicherung keinesfalls mit dem Begriff der Kadersicherung zusammenfällt, da ersterer zum Beispiel die zielgerichtete restriktive Gestaltung der Informationspolitik nicht beinhaltet. In diesem Fall: Verhinderung von kritischen Gesprächen und Abschöpfung der intern geäußerten Kritik. Das Wissen der Beschäftigten um die wahre Lage im Kombinat wurde abgeschöpft, abgeriegelt, kanalisiert und nicht zuletzt zum potentiellen Nachteil der Betroffenen gespeichert. Insofern ist es kein Widerspruch bzw. keine ideologische Floskel, wenn vom MfS die Durchsetzung der sicherheitspolitischen Interessen als Beitrag zur Profilie-

338 Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage vom 8.5.1986 (Anm. 65).

339 Abt. Sicherheit.

340 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 26.5.1986: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

nung des Kombines Carl Zeiss Jena gesehen wurde: nämlich als Wahrung von Ordnung, Ruhe und Disziplin. Wissenschaft aber gedeiht nicht unter militärischem Gehorsam und in Friedhofsruhe.

Eine wichtige Etappe bei der Aufgabenzuweisung für das Kombinat stellte die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe „Profilierung des Kombines Carl Zeiss zum Zentrum für Hochtechnologie“ am 6. Juni 1986 dar. Der Leiter der Objektdienststelle Zeiss Jena, Major Teller, zeichnete für die Durchsetzung der sicherheitspolitischen Erfordernisse verantwortlich. Diese Arbeitsgruppe koordinierte die Arbeiten zur Profilierung „im Sinne der Politbürobeschlüsse, kontrollierte die Ergebnisse und bereitete Leitungsentscheidungen des Generaldirektors vor“.³⁴¹ Im Kern handelte es sich um Personalentscheidungen, die Durchsetzung von Sachentscheidungen, Beschaffungsfragen und die Gestaltung der Informationspolitik. Die restriktive Funktion einer solchen Teilhabe in betriebswirtschaftlichen Fragen wurde vom MfS selbstverständlich nicht gesehen. Das folgende Beispiel vermag dies eindrucksvoll zu bestätigen:

Am 5. Juni 1986 fand im Kombinatbetrieb D unter Leitung von Staatssekretär Karl Nendel ein „staatlicher Leiterrapport“ statt, an dem neben stellvertretenden Ministern bzw. Staatssekretären Mitarbeiter der Hauptabteilung XVIII/8, der Abteilung XVIII und der Objektdienststelle Zeiss Jena teilnahmen. Die Vertreter der Industrieministerien begründeten die Probleme bei der Personalzuführung mit der Selektionspraxis des MfS. Das ließ das MfS nicht auf sich sitzen. Es schlug zurück. Major Rosenkranz, Mitarbeiter der Abteilung XVIII, fand scharfe Worte. Das MfS trüge keine Schuld, daß es zu Kaderproblemen gekommen sei. Entsprechende Versuche von Vertretern der Industrieministerien, „Probleme der Kaderzuführung dem MfS anzulasten“, wurden „entschieden zurückgewiesen“, heißt es. Major Rosenkranz drehte den Spieß um und betonte, daß die von den Industriebereichen eingereichten Kaderunterlagen ungenügende Qualität aufwiesen. Überdies bemängelte er die teilweise „fehlende Abstimmung mit den territorial zuständigen Dienst-einheiten“. Auch wies er auf die ungenügende Vorbereitung bei „Erstgesprächen“ mit den Kadern hin.³⁴² Im Ergebnis dieser Auseinandersetzung erhielten die Vertreter der Ministerien durch Karl Nendel die Auflage, „bis zum 30.6.86 alle eingetretenen Rückstände in der Kaderzuführung aufzuholen und die Kaderzuführung grundsätzlich mit den territorial bzw. objektmäßig zuständigen Dienst-einheiten des MfS abzustimmen.“³⁴³ Die Machtverhältnisse waren aus Sicht des MfS wieder im Lot.

Personalpolitische Überprüfungsverfahren, wie beispielsweise die Sicherheitsüberprüfungen, belasteten das MfS eher durch Quantität als durch Aufwand im Einzelfall. Nur ein geringer Prozentsatz personalpolitischer Maßnahmen des MfS fand in Form von Operativen Vorgängen oder Operativen

341 Einschätzung zur Entwicklung vom 10.7.1986 (Anm. 48).

342 Vgl. auch Dokument 3, S. 174–200, hier S. 196f.

343 Einschätzung zur Entwicklung vom 10.7.1986 (Anm. 48).

Personenkontrollen statt. In einem Bericht³⁴⁴ der Abteilung XVIII zur Sicherung der Volkswirtschaft wurden per 30. Juli 1986 für die Linie XVIII insgesamt 18 Operative Vorgänge und 77 Operative Personenkontrollen bilanziert. Die Aufschlüsselung auf Objekte des gesamten Verantwortungsbereiches der MfS-Bezirksverwaltung Gera ergab, daß hiervon auf das Kombinat Carl Zeiss Jena lediglich fünf OV und 24 OPK entfielen. Der Rest entstammte elf anderen Kombinaten und Betrieben der Region. Nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der OV und OPK auf die drei wesentlichen Schwerpunktbereiche Mikroelektronik, Spezielle Vorhaben und Außenhandelstätigkeit:

Tabelle 7: *OV- und OPK-Bestände per 25. Juli 1986 für den Verantwortungsbereich der MfS-Bezirksverwaltung Gera*

	Mikroelektronik	Spezielle Vorhaben	Außenhandel
OV gesamt	6	-	3
OPK gesamt	29	10	12
OV, OD Zeiss	siehe Fußnote ³⁴⁵	-	-
OPK, OD Zeiss	12	2	5
OV, Abt. XVIII	1	-	-
OPK, Abt. XVIII	1	3	3
OV, KD Saalfeld	5	-	-
OPK, KD Saalfeld	4	-	-

Für den Kombinatstandort Jena fanden sich zwei Vorgänge mit der Zielstellung der „Erarbeitung des Straftatbestandes“ nach § 97³⁴⁶ (Spionage): der ZOV „Digital“ und der OV „Sprung“. Auch auf den in den OPK „Stern“ und „Schleicher“ erfaßten Personen lastete der Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Die OPK „Katapult“ wurde mit dem Ziel der Herauslösung der betreffenden Person aus ihrem Betrieb, die OPK „Schwabe“ und „Spezialist“ mit dem Ziel des Nachweises von NSW-Kontakten und die OPK „Analog“ und „Literat“ zum Nachweis der politischen Untergrundtätigkeit geführt. Der hohe Anteil von fünf Operativvorgängen im Kombinatbetrieb Saalfeld, Bereich Lithografie, lag darin begründet, daß es dem MfS hier gelungen war, Unregelmäßigkeiten im Produktionsprozeß nachzuweisen:

„Im Rahmen der politisch-operativen Durchdringung des Schwerpunktbereiches Mikroelektronik wurde herausgearbeitet, daß der KB [Kombinatbetrieb] Saalfeld des VEB Carl Zeiss Jena Verursacher von Störungen im

344 Zuarbeit für Dienstkonferenz 8/86 der BV Gera, o. D.; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Die im Text angegebenen Stichtage entsprechen der Vorlage.

345 Kein Operativer Vorgang; es existierte aber der überregionale Zentrale Operative Vorgang (ZOV) „Digital“.

346 § 97: Spionage, in: Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik – StGB –, Berlin 1968, S. 43.

planmäßigen Überleitungsprozeß lithografischer Gerätesysteme ist. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Einsatzes der Inspektion des Kombines, der weiteren politisch-operativen Durchdringung und in Abstimmung mit der Untersuchungsabteilung der BV Gera wurde herausgearbeitet, daß entgegen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Regelungen von den Bearbeitungspersonen hochwertige Bauelemente, einschließlich solcher, die unter Umgehung der Embargobestimmungen importiert [worden waren], zum erheblichen Schaden für das Kombinat CZ Jena verkauft bzw. betrügerisch übergeben wurden. Mit der Inhaftierung mehrerer Bearbeitungspersonen wurden wesentliche Voraussetzungen für eine Stabilisierung des Produktionsprozesses im KB Saalfeld geschaffen und beim Finalproduzenten der Lithgeräte ein hoher Leistungszuwachs gesichert.³⁴⁷

Auffällig ist, daß das MfS einmal mehr „Erfolge“ beim Abschluß von Operativen Vorgängen erzielte, wo Schlamperei, Mangel und persönliche Bereicherung nachgewiesen werden konnten, nicht aber nachrichtendienstliche Tätigkeit. Etwa 60 Prozent der oben erwähnten operativen Materialien betrafen im übrigen Beschäftigte in Leitungsfunktionen des Kombines und/oder Geheimnisträger. Der Rest setzte sich aus Angestellten und wissenschaftlichen Mitarbeitern zusammen.

Unterdessen provozierte die „Sonderverpflichtung“ – Meldepflicht bei NSW-Kontakten – für Mitarbeiter in sicherheitsrelevanten Bereichen der Speziellen Vorhaben und der Hochtechnologie unter den betroffenen Personen weiteren Unmut:

„Wenn es legitim wäre und man nicht um seinen Arbeitsplatz bangen müßte, würden doch einige aus FZ [dem Forschungszentrum] den Antrag auf besuchsweise Ausreise stellen. Aber dem steht nun mal der Anspruch entgegen, daß man als Angehöriger des FZ seine NSW-Kontakte möglichst abbauen soll oder eben sich eine andere Arbeitsstelle suchen muß.“³⁴⁸

Ein inoffizieller Mitarbeiter recherchierte insgesamt 13 Personen namentlich, die „ihre Kontakte möglichst doch aufrechterhalten“ wollten, um dennoch einmal eine Besuchsreise durchführen zu können. Bei den Belegschaften herrschte offenbar weitgehend Unkenntnis über laufende Planungen zur Strukturprofilierung. Der Führungs-IM „Anker“ teilte mit, daß es „zu Fragen der Umstrukturierung und personellen Umbesetzung im Forschungszentrum“ keine Diskussionen gebe; ganz einfach, weil hierüber den wenigsten etwas bekannt sei; man zeige sich lediglich darüber verwundert, daß eine ab 1. August wirksam werdende Umbesetzung nicht öffentlich bekanntgegeben worden war, die die Position des Forschungsdirektors betraf.³⁴⁹

Das Betriebsklima war selbst im administrativen Bereich zu dieser Hochzeit der Innovationsvorhaben nachhaltig gestört, weil zum einen die katastro-

347 Zuarbeit für Dienstkonferenz 8/86 (Anm. 344).

348 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 21.7.1986: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

349 Ebenda.

phale Personalpolitik Biermanns und zum anderen die fehlende Planungssicherheit das Fundament betriebswirtschaftlichen Handelns fortlaufend unterhöhlte. Andererseits konnte von echter Innovation schon zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr sein. Dessenungeachtet gilt, daß der Stellenwert des Kombines im allgemeinen und der des Forschungszentrums im speziellen enorm gewachsen war, insbesondere hinsichtlich des öffentlichen Interesses.

Es war aber nicht nur das Defizit an tatsächlicher Innovationsfähigkeit, sondern vor allem das mangelhafte Management und die damit zusammenhängende negative Ausstrahlung des Führungspersonals, die immer mehr an Dominanz gewannen und – proportional dazu – immer weniger vom MfS „gedeckt“ werden konnten. Daß dem MfS die „politisch-ideologische Steuerung“ zunehmend aus dem Ruder lief, mag nicht zuletzt daran gelegen haben, daß Biermann als ranghöchster offizieller Gesprächspartner der Objektdienststelle seinen schlechten Führungsstil kultivieren durfte. Das MfS hortete Beschwerden über ihn, die quer zu allen Ebenen des Kombines kohärent waren. Nicht selten finden sich in den inoffiziellen Berichten Hinweise über die Furcht seiner engsten Mitarbeiter vor den „täglichen Beschimpfungen“. So verwies ein hauptamtlicher Führungs-IM auf den Schaden für das Ansehen des Generaldirektors, wenn solche Informationen nach außen drängen.³⁵⁰

In der Tat dürfte solches Verhalten für den Sicherungsauftrag des MfS erhebliche Bedeutung gehabt haben. Nicht nur wegen der Aufgabe, das Betriebsklima ruhig zu halten (Innenfunktion), sondern auch, um feindliche Stützpunktarbeit (Außenfunktion) abwehren zu können. Unzufriedenheit und korrumpierbarer Charakter galten nach Erkenntnissen des MfS als Ansatzpunkte für feindliche Kontaktmöglichkeiten.³⁵¹

Von August bis Oktober 1986 lieferten inoffizielle Mitarbeiter wieder gehäuft Mitteilungen über die Unzufriedenheit der Beschäftigten mit der Kontaktmeldepflicht. Es ist anzunehmen, daß es häufig Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Alternativen wie Reisemöglichkeiten und Beibehaltung von Kontakten zu Verwandten und Bekannten auf der einen Seite sowie interessante und gut bezahlte Arbeitsaufgaben auf der anderen Seite gegeben hat. Oder sollte man, so werden sich viele Beschäftigte gefragt haben, eine Erklärung dahingehend abgeben, daß keine Kontakte bestünden, obwohl dies nicht den Tatsachen entsprach? In diesen Fällen konnte es dann passieren, daß wegen „konspirierter Kontakte“ der Arbeitsplatz verloren ging, wie es die folgenden Fälle typisch demonstrieren. Der inoffizielle Mitarbeiter „Rosa“ führte einmal mehr Nachforschungen zu einem Geheimnisträger der Speziellen Produktion durch. Das Ergebnis lautete: „Nach Feststellung von kon-

350 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 6.8.1986: „Reaktionen zum Wirken des Genossen Biermann/GD KCZ“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

351 Vgl. hierzu die Ausführungen Major Tellers vom 19.10.1986 in Dokument 9, S. 220–225.

spirierten Kontakten ins NSW wurde diese Person aus dem Betrieb herausgelöst“.³⁵² Oder in einem ähnlichen Fall:

„Durch den IME ‘Mario’ und den IME ‘Rosa’ wurde ein Lehrling wegen Konspirierung von NSW-Kontakten sowie die Tochter eines Mitarbeiters des MfS wegen Nichtbereitschaft ihres Lebensgefährten zum Abbruch von Kontakten aus der Speziellen Produktion des D-Betriebes herausgelöst.“³⁵³ Proteste der Mitarbeiter wurden laut, man verglich die Lage im Kombinat mit der in der DDR überhaupt: Dazu habe das Kombinat überhaupt kein Recht und überdies seien in der DDR „ganz andere Entwicklungen zu beobachten“. Ein Kollege wurde mit der Äußerung zitiert: „Wenn ich das unterschreibe, kann ich ja gleich zu U³⁵⁴ gehen.“³⁵⁵

Wie aufmerksam die Beschäftigten Herauslösungsprozesse verfolgten und bewerteten, und welche Lücken es diesbezüglich im Sicherungssystem des MfS gab, zeigt folgender Passus:

So „wurde von allen Kollegen in WOB³⁵⁶ die Herauslösung des [A] aus Sicherheitsinteressen und seine Umsetzung von WOB 3 in den KB-O [verfolgt]. Hier sei ihm bereits eine DFA [Reise in dringenden Familienangelegenheiten] genehmigt worden und jetzt, nachdem er zur FSU [Friedrich-Schiller-Universität] gegangen ist, wird er seitens der FSU in die Zusammenarbeit mit dem KB-U³⁵⁷ einbezogen. Das sei doch als Beweis genug, daß in CZ [Carl Zeiss] alles überzogen würde. Das Beispiel zeigt aber auch, daß derartige Personen auch nach ihrer Herauslösung operativ unter Kontrolle zu halten sind, um zu verhindern, daß sie quasi durch die Hintertür wieder in den zu sichernden Bereich eindringen können.“³⁵⁸

Inoffizielle Mitarbeiter berichteten, daß Diskussionen zufolge die Zahl der Ausreisewilligen steige.³⁵⁹ Ferner sollen die meisten ihrer Kollegen sich dahingehend geäußert haben, sie seien sicher, „daß sie alles verraten, was sie wissen“, aber wenn sie das täten, dann erführe der Westen nur, „wie weit wir zurück“ lägen. Der inoffizielle Mitarbeiter „Fred Bachmann“ wußte in diesem Zusammenhang mitzuteilen, „daß Dr. [A] diesen Schritt, gewissenhaft wie er in der Arbeit war, [...] vorbereitet hat. Er muß mit seiner Arbeit nicht zufrieden gewesen sein. [...] Da wird er aber [im Forschungszentrum] nicht

352 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, vom 11.8.1986: „Arbeitsergebnisse mit IM/GMS der eigenen Dienst Einheit im Sinne des 2. Qualitätskriteriums der Richtlinie 1/79 (7/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

353 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, vom 12.9.1986: „Arbeitsergebnisse mit IM/GMS der eigenen Dienst Einheit im Sinne des 2. Qualitätskriteriums der Richtlinie 1/79 (8/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

354 Anspielung auf die hohen kaderpolitischen Anforderungen im Kombinatbetrieb U.

355 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 18.10.1986: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

356 Strukturbereich Bauelemente und Werkstoffe.

357 Siehe Anm. 354.

358 Monatliche Berichterstattung vom 18.10.1986 (Anm. 355).

359 Die folgenden Zitate aus: OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 24.11.1986: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

der einzige sein.“ Und der inoffizielle Mitarbeiter „Elke“ mutmaßte über die Absichten eines Kollegen:

„Der stellt bestimmt auch noch mal einen Antrag auf Übersiedlung, der macht das nur sehr wohl überlegt. Was verliert er denn, sind wir doch mal hier unter uns ganz ehrlich, die bekommen Arbeit und keine schlechte, wer da was werden will, der schafft das auch. Sicher, so dürfen wir nicht offen argumentieren, aber das muß man doch wissen, denn davon gehen doch diese Kreise aus, die kann man nicht mit [den] vulgärmaterialistischen Parolen unserer Berichterstattung umkippen.“

Derselbe inoffizielle Mitarbeiter berichtete über einen Bekannten, der mangels beruflicher Selbstverwirklichung einen Antrag auf Übersiedlung in die BRD gestellt hatte, daß dieser „gern eine interessante Tätigkeit als Dozent machen“ würde, deshalb aber „in die Partei eintreten“ müßte, was er nicht wolle. Nun klage er darüber, daß er eine „nicht interessierende Arbeit“ zu erledigen hätte“.

Der Novemberbericht 1986 der Abteilung XVIII nahm Bezug auf einen Vorfall mit zwei Betriebsangehörigen, die von einer Dienstreise nicht in die DDR zurückgekehrt waren. „Obwohl beide Personen die ihnen anvertrauten dienstlichen Dokumente an das KCZ übersandten“, ging das MfS davon aus, daß Folgeschäden für das Kombinat zu erwarten seien. Die beiden langjährigen Reisekader wurden als „hohe Wissensträger“ eingeschätzt, sollten Kenntnisse über Vorlauf- und Marktstrategie besitzen und in der Lage sein, zahlreiche Kombinatangehörige zu charakterisieren. Vor der Objektdienststelle stand, in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung IX³⁶⁰, die Aufgabe, das Verhalten der Familienangehörigen zu kontrollieren, Ansatzpunkte für eine eventuelle Rückführung „unter Einbeziehung der Kombinarsorgane und der Ehefrauen“ zu erarbeiten und die Motive sowie das „weitere Verhalten beider Personen“ aufzuklären.³⁶¹ Die Ermittlungen des MfS ergaben, daß beide Personen eine ablehnende Haltung gegenüber der DDR eingenommen hätten.³⁶²

Für diesen Berichtszeitraum wurde eingeschätzt, daß Beschäftigte verschiedener Betriebsteile des Kombinates bezüglich ihrer Zukunft unruhig wären, dies aber auf Unwissenheit beruhe und durch den Einsatz von MfS-Mitarbeitern in „Schlüsselpositionen“ behoben werden könnte – ein typischer Beleg für die Blauäugigkeit des MfS, mittels Desinformation den Glauben an den Sieg des Sozialismus aufrechterhalten zu können. Auch die Lage in ei-

360 Untersuchungsorgan: Bearbeitung von Ermittlungsverfahren, Vorkommnisuntersuchungen etc., in: Die Organisationsstruktur des MfS 1989 (MfS-Handbuch, V/1), S. 131–135.

361 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Eler an AKG – über den Stellvertreter Operativ, Oberst Seidel – vom 10.12.1986: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum November 1986 (11/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

362 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Eler an AKG – über den Stellvertreter Operativ, Oberst Seidel – vom 12.1.1987: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum Dezember 1986 (12/86)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

nem Bereich außerhalb des Forschungszentrums habe sich zugespitzt. Dort hätten zwei Sachbearbeiter „Veränderungsabsichten“. Darüber hinaus sei die Zahl der Anträge auf Übersiedlung weiter stark gestiegen. Das MfS konstatierte in drei Fällen eine abgestimmte Antragstellung von Lehrkräften der Jenaer Glaswerke (JGW), da nachgewiesen werden konnte, daß sie für ihre Anträge die gleiche Schreibmaschine benutzt und identische Formulierungen verwendet hätten.³⁶³ „Federführend“ in der Informationsbeschaffung solcher Art war das Referat 2 der Objektdienststelle Zeiss Jena unter Major Günter Goerke. Er besaß zur Sicherung seines Verantwortungsbereiches das größte Potential an inoffiziellen Kräften der Objektdienststelle. Seit 1986 verfügte er über durchschnittlich 57 inoffizielle Mitarbeiter, 42 Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit, 1–2 Führungs-IM, einen Offizier im besonderen Einsatz und etwa 16 konspirative Objekte.

Im November 1986 hatte die Objektdienststelle Zeiss Jena umfangreiche operative Maßnahmen im Zusammenhang mit einer im September begonnenen „willkürlichen Beschädigung von Mikroprozessorleiterplatten im Forschungszentrum“ durchzuführen. Der Kreis der Verdächtigen sei mittlerweile von 20 auf fünf Personen eingeschränkt worden, eine weitere Einschränkung sei aber gegenwärtig nicht möglich. Weiter heißt es:

„Zur Verhinderung der Wiederholbarkeit eines derartigen Vorkommnisses wurden über Schlüsselpositionen vielfältige Maßnahmen, z. B. Erarbeitung eines Schlüsselregimes, eines Raumbetretereregimes, Veränderungen in der Nachweisführung zur Nutzung von Laborgeräten, Erhöhung von Ordnung und Übersichtlichkeit an den Laborarbeitsplätzen und ähnliches eingeleitet.“³⁶⁴

Das nur fünf Mitarbeiter umfassende Referat 1 der Objektdienststelle sah sich Ende 1986 vor eine Reihe von Aufgaben gestellt, insbesondere die Anwerbung weiterer Reisekader als inoffizielle Mitarbeiter. Das Forschungszentrum und der Kombinatbetrieb G beschäftigten immerhin etwa 280 Reisekader, die „gesichert“ werden mußten. Dazu zählte, daß neubestätigte NSW-Reisekader – „mit dem Ziel der Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zum MfS“ – prinzipiell kontaktiert wurden.³⁶⁵ Überdies mußte die Kategorie NSW-Reisekader-IM permanent auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit „gesichert“ werden. Des weiteren waren vermehrt Aufgaben in der Einsatzvorbereitung der äußeren Absatz- und Bezugsorgane und die steigende Zahl der Prüfverfahren bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten zu bewältigen. Die analytische Arbeit erforderte zudem die Auswertung von operativen Materialien zu etwa 300 Personen, die in den Schwerpunktbereichen tätig waren oder als NSW-Reisekader zurückgezogen worden waren. Dar-

363 Referat 2 der OD Zeiss Jena vom November 1986: „Operative Effektivitätsanalyse zur IM/GMS-Arbeit“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

364 Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage vom 10.12.1986 (Anm. 361).

365 Nicht zwingend die Vorstufe zum Status einer Kontaktperson oder eines inoffiziellen Mitarbeiters. Das MfS machte sich zunächst ein „Bild“ vom jeweiligen Reisekader.

über hinaus war geplant, ab Januar 1987 die Gesprächsprotokolle zu jeder NSW-Dienstreife nach der Bearbeitung durch eine zentrale Gruppe des Ministeriums für Außenhandel operativ auszuwerten. Die Objektdienststelle rechnete mit etwa 1.000 Dienstreisen pro Jahr. Bei sicherheitspolitischen Problemen veranlaßte das MfS „in der Regel eine Reisesperre“, die offiziell vom Kombinat ausgesprochen wurde.³⁶⁶ Dabei wurde die Zusammenarbeit zwischen der Objektdienststelle und den im Bereich des Kombinates Carl Zeiss operativ tätigen anderen MfS-Dienststeinheiten (einschließlich der Hauptverwaltung Aufklärung) bei der Sicherung der Reisekader als mangelhaft eingeschätzt.

Im Dezember 1986 wurde abermals festgestellt, daß sich die Zahl der Übersiedlungsersuchen erhöht habe und deutlich werde, „daß der Gegner bei der Inszenierung und Organisierung von Übersiedlungsersuchen gegenwärtig verstärkt erfolgreich“ sei, und auch die Zahl der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten weiter zunehme. Doch die eigentliche „Kaderarbeit“ des MfS kam dabei nicht aus dem Blick: So nahmen inoffizielle Mitarbeiter in Schlüsselpositionen „auf beabsichtigte Kaderveränderungen in der 1. Leitungsebene“ der Jenaer Glaswerke Einfluß. Im Bereich TA (offenbar Technische Analyse, zuständig für schadensverhütende Arbeit in havariegefährdeten Bereichen und der Speziellen Produktion) wurde durch Einwirkung des GMS „Karl“ die Personalpolitik des Kombinates so gelenkt, daß sich die Zahl der Beschäftigten von fünf auf 19 VbE³⁶⁷ erhöhte.³⁶⁸

Bezogen auf das Meinungsklima im Forschungszentrum W stellten die inoffiziellen Mitarbeiter im Dezember fest, daß die „ideologische Arbeit“ vernachlässigt werde, negativen Diskussionen werde kaum noch begegnet. Dies dürfte die direkte Konsequenz aus den zahlreichen Führungsschwächen und der wirtschaftlichen Misere gewesen sein. Was die Beschäftigten im Kombinat erlebten, differierte nicht nur mit dem, was die DDR-Medien verbreiteten, sondern ließ sie überdies eine perverse Art von Lüge erkennen. Die Kluft zwischen erlebter Wirklichkeit und Medienberichterstattung war bereits so tief, daß ein gemeinsamer Schnittpunkt nicht mehr gesehen wurde. Eine inoffiziell erarbeitete Information, wonach das neu eingestellte Personal schon nach kurzer Zeit „versaut“ sei, paßt also ins Bild. Mitarbeiter einzelner Kombinatbetriebe würden in zunehmendem Maße auf fehlende technologische Voraussetzungen hinweisen und die Beseitigung dieser Defizite vom Forschungszentrum fordern. Namentlich genannt wurde hier „insbesondere

366 AKG der BV Gera, Oberstleutnant Lehmann, vom 16.12.1986: „Kontrollbericht zur Überprüfung der politisch-operativen Arbeit mit NSW-RK-IM, die dem Kombinat Carl Zeiss Jena, Forschungszentrum angehören, in der OD Zeiss Jena“, VVS-0025-530/86; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

367 Eine sogenannte Vollbeschäftigteneinheit, entsprechend der gesetzlichen Normarbeitszeit.

368 Referat 2 der OD Zeiss Jena vom 22.12.1986: „Operative Effektivitätsanalyse zur IM/GMS-Arbeit (15.11.1986–19.12.1986)“, BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

[Direktor] Kammerer/G-Betrieb³⁶⁹. Neben der Auflistung einer ganzen Reihe von Unzulänglichkeiten mutet der Vorspann des betreffenden Monatsberichtes seltsam an, heißt es doch, daß diese Zeit von der „Anstrengung aller Kollektive zur Planerfüllung“ gekennzeichnet sei und „daß es in der Jahresplanerfüllung zum besten Ergebnis seit Jahren kommen wird“. Demgemäß widersprüchlich endet dieser Bericht:

„Ich habe den Beitrag unseres GD [Generaldirektors] auf dem 3. Plenum³⁷⁰ ansehen wollen, aber nachdem ich feststellte, daß es nur um die Fragen der Hochtechnologie und CAD/CAM ging, habe ich die Zeitung wieder zugeschlagen. Da wird über große Dinge geredet, und auf der Arbeit kann man nicht mal einen Holzhammer bekommen.“³⁷¹

Ende 1986 traten auf höchster politischer Ebene ernsthafte Differenzen zwischen der DDR und der UdSSR³⁷² über die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder zutage. Im Zusammenhang mit dem von Honecker an Gorbatschow übergebenen und auf der 39. Tagung der Paritätischen Regierungskommission behandelten Grundsatzdokument, das die wichtigsten Aufgaben der „Zweiseitigen Zusammenarbeit“ im Rahmen des Komplexprogramms des RGW – insbesondere auf dem Gebiet der Mikroelektronik – beinhaltete, kam es zwischen Honecker und Antonow zu einer Kontroverse über die Bildung „gemeinsamer Betriebe“. Während Antonow eine Reihe von Unzulänglichkeiten wie beispielsweise das Fehlen gemeinsamer Betriebe und die nicht ausreichende Qualität der Erzeugnisse kritisierte, übte sich Honecker in Zynismus und Weltfremdheit:

„In westlichen Zeitungen kann man z. B. im Zusammenhang mit dem SDI-Programm lesen, daß den Amerikanern so ein Betrieb fehlen würde wie Carl Zeiss Jena. Bei uns ist die Qualität bereits im Plan festgelegt. Genosse Kolesnikow und Genosse Biermann kennen bestens die entscheidenden Fragen der Optoelektronik, der Foto-Lithografie und der Höchstintegrität bei den Schaltkreisen. [...] Wenn Sie morgen in Dresden sind, können Sie sich bei Planeta Radebeul eine Maschine anschauen, die eine Arbeitsproduktivitätssteigerung von 600 % ermöglicht. Wir stellen also nicht die Frage der Produktivitätssteigerung um jährlich 6–8 %, sondern [...] von 200–800 %.“³⁷³

369 Siehe S. 25 dieser Arbeit.

370 3. Tagung des ZK der SED am 20./21.11.1986.

371 OD Zeiss Jena vom 23.12.1986: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

372 Über den Zerfall des Ostblocks, den Dissenz der SED zu Glasnost und Perestroika sowie die Moskauer Deutschlandpolitik vgl. Dietrich Staritz: Geschichte der DDR, Frankfurt/M. 1996, S. 342–346; sowie insbesondere die ideologiegeschichtlich und wirtschaftspolitisch aufschlußreiche Studie von Walter Süß: Größere Eigenständigkeit im Dienste des Status quo – Die DDR und ihre Blockführungsmacht, in: Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.): Die DDR in der Ära Honecker – Politik-Kultur-Gesellschaft, Opladen 1988, S. 186–213.

373 Gerhard Schürer: Gedächtnisniederschrift über das Gespräch des Genossen Erich Honecker mit Genossen A. K. Antonow am 15. Dezember 1986; BStU, ZA, HA XVIII 5970, Bl. 1–15, hier 4.

Nur widerwillig bekannte Honecker sich für die Schaffung gemeinsamer Betriebe³⁷⁴:

„Was ist das überhaupt? Wo soll das hingehen? Die Frage ist doch, was kommt heraus, was ist das Ziel? Damit kein Irrtum entsteht: Ich bin dafür, daß wir [...] mit den vier ausgewählten Betrieben anfangen.

[...]

Wir haben mit der Wismut seit Jahrzehnten einen gemeinsamen Betrieb und trotz viel Streit um die Rentabilität zahlen wir bis heute 1 Milliarde Mark zu. Betriebe ohne Gewinn darf man nicht zulassen. Zusammengefaßt: Wir sind also für die vier Betriebe.“³⁷⁵

4.4. 1987: Die Stornierung

Das Jahr 1987 begann mit einem Paukenschlag. Das Politbüro des ZK der SED bestätigte eine von der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Wissenschaft und Technik eingereichte Vorlage zu „Maßnahmen zur Profilierung des KCZ“, konkret die Einstellung des Objektes 016. Dazu heißt es: „Die dadurch frei werdenden Kräfte und Mittel sind zur Durchführung des Beschlusses des Politbüros vom 11. Februar 1986 [...] einzusetzen“.³⁷⁶ Einmal mehr eine optimistische Formulierung für eine Fehlinvestition. Die Beschlußgrundlagen zur Profilierung des Kombines Carl Zeiss Jena wurden anhand der vorangegangenen ZK-Beschlüsse referiert, wobei die geplante „Erweiterung des Forschungs- und Entwicklungspotentials des Kombines VEB Carl Zeiss Jena im Zeitraum 1984 bis 1990 um 2.780 Kader“³⁷⁷ bestätigt wurde. Die Gründe für die Einstellung des Projektes waren komplexer Art, sie bezogen sich auf wissenschaftliche, technologische, handelspolitische und ökonomische Aspekte, nicht zuletzt aber auf die Arbeitskräftesituation:

„Unter Nutzung der verfügbaren Möglichkeiten, insbesondere der vorrangigen Bereitstellung von Hoch- und Fachschulabsolventen im Rahmen der Volkswirtschaft, der möglichen Umsetzung von geeigneten Kadern im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik, sowie der vollen Nutzung der territorialen Bedingungen, kann unter Beachtung der Geheimhaltungsbestimmungen für militärische Erzeugnisse im Zeitraum bis 1990 für das Kombinat Zeiss eine Erhöhung des wissen-

374 Über die wirtschaftspolitischen Hintergründe (wie Weltmarkt- und Innovationsfähigkeit) der sowjetischen Interessen in bezug auf „direkte Wirtschaftsbeziehungen“ und „gemeinsame Betriebe“ siehe A. Nekipelow: Direktbeziehungen im Rahmen des RGW, in: *So-wjetwissenschaft* 41 (1988) 2, S. 156–162; sowie J. Schirjajew: Die neue Strategie der Zusammenarbeit der RGW-Länder, in: *Gesellschaftswissenschaften* 55 (1988) 3, S. 8–28.

375 Gedächtnisniederschrift, Bl. 7f., (Anm. 373).

376 Vorlage für das Politbüro vom 16.1.1987 zur Profilierung des Kombines VEB Carl Zeiss Jena, Bl. 1–13, hier 3, (Anm. 88).

377 Ebenda, Bl. 7.

schaftlich-technischen Potentials um etwa 2.200 Kader erreicht werden, das sind 600 weniger als beschlossen.“³⁷⁸

Noch deutlicher ist die folgende Aussage:

„Die Arbeit [...] kann nicht in der erforderlichen Breite und Tiefe gewährleistet werden, weil die Arbeitskräfteprobleme nach Umfang und Tempo nicht lösbar sind. Gegenüber den für diese Aufgabe beschlossenen 550 Arbeitskräften fehlen im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena bereits heute 270 geeignete und verpflichtbare Arbeitskräfte.“³⁷⁹

Die Auswirkungen für die Profilierung des Kombinates Carl Zeiss Jena wurden, darin war man geübt, positiv interpretiert:³⁸⁰ Die Leistungszielstellung würde beibehalten werden, die Weiterführung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Infrarottechnik und die Erarbeitung eines langfristigen Stufenplanes seien beschlossen. Die bis 1992 „freizulenkenden und zuzuführenden Kader“ sollten für Aufgabengebiete wie zum Beispiel Mikrolithografie eingesetzt und der Anteil an selbstproduzierten Technologischen Spezialausrüstungen erhöht werden.³⁸¹ Der von Generaloberst Rudi Mittig bestätigte 1. Maßnahmeplan zur Sicherung des Beschlusses „Höchstintegration“³⁸² vom 26. Februar 1987 legte im einzelnen die Schwerpunktaufgaben für die Zuständigkeitsbereiche der MfS-Bezirksverwaltungen Dresden (Zentrum für Mikroelektronik Dresden) und Gera (Forschungszentren des Standortes Jena) fest. Bezogen auf den Dresdener Kombinatbetrieb wurde als erster Punkt die materiell-technische und personelle Absicherung für die einzelnen Aufgaben genannt, für den Jenaer Bereich die „Sicherung der gestellten Leistungsziele bei den geplanten Erweiterungsvorhaben der Forschungs- und Entwicklungskapazität“ sowie die Zuführung von 1.300 Arbeitskräften bis 1990.³⁸³

Die monatliche Berichterstattung der Objektdienststelle Zeiss Jena für Januar 1987 resümiert das Jahr des XI. Parteitages mit den Worten von Generaldirektor Biermann „als das Jahr der höchsten Planerfüllung“, seine Aussagen sollen aber nicht besonders glaubhaft geklungen haben. Ein Kollege vertrat zum Beispiel die Auffassung, daß man sich den Fragen des Geheimnisschutzes und der Sicherheit stelle, nicht aber den eigentlichen Problemen. Das Leistungsverhalten sei gehemmt, die Einstellung, die Motivation und das Zugehörigkeitsgefühl zum Zeissbetrieb seien weit entfernt von einer positiven Bewertung. Auch die „Sonderverpflichtung“ stand wieder in der Kritik.

378 Ebenda, Bl. 8.

379 Ebenda, Bl. 11.

380 Nahezu überschwänglich feierte Walter Florath in einer Wirtschaftsanalyse unter dem Titel „Der wesentliche Unterschied“ die Erfolge der DDR auf dem Gebiet der Mikroelektronik, indem er die Prognosen „bürgerlicher Ökonomen“ zu widerlegen glaubte: „Das hatte die Presse des Monopolkapitals nicht erwartet“ resümierte er in: Die Weltbühne vom 24.2. 1987, S. 225–228, hier 226.

381 Vorlage für das Politbüro vom 6.2.1986, Bl. 12f., (Anm. 87).

382 Siehe Tabelle 4, S. 54 dieser Arbeit.

383 1. Maßnahmeplan zur politisch-operativen Sicherung vom 26.2.1987, Bl. 56 und 58, (Anm. 45).

Lei-ter und Genossen mit NSW-Kontakten seien mit Konsumgütern ausgerüstet, „die für unsere Bürger eine Besonderheit darstellen“. Man sei bestrebt, die Westkontakte nicht abreißen zu lassen und der Meldepflicht möglichst auszuweichen. Da in letzterer Zeit Reisen in dringenden Familienangelegenheiten in einer größeren Anzahl genehmigt worden waren, schöpften die Beschäftigten vermehrt Hoffnung.³⁸⁴

Die personalpolitische Steuerung des Einsatzes von Beschäftigten ging indes in der gewohnten Art und Weise weiter: „Gemeinsam mit dem IMS ‘Ralf Weber’“ wurde beim Fachdirektor „erreicht, daß die Ablösung des Hauptbuchhalters“³⁸⁵ durchgesetzt werden konnte. Ähnlich lauteten viele „Erfolgsmeldungen“. Allein für die Jenaer Glaswerke rechnete die Objektdienststelle vier Personalumbesetzungen auf der 1. Leitungsebene ab, die sie „durch operative Einflußnahme über leitende Schlüsselpositionen“ realisierte. Die Erfolgsbilanz lautete im einzelnen: ab 1. Januar 1987 ein neuer stellvertretender Betriebsdirektor für die Spezielle Produktion, ab 1. Januar 1987 ein neuer Forschungsdirektor, ab 1. Januar 1987 ein neuer Betriebsteilleiter in Schleiz, ab 1. Januar 1987 ein neuer Fachdirektor M³⁸⁶. Übergangslos wurde erwähnt, daß sich die Zahl der Anträge auf Übersiedlung weiter erhöht habe.³⁸⁷

Anfang 1987 lief im Zusammenhang mit der „Umsetzung der Beschlüsse zur Hochtechnologie/Mikroelektronik“ im Forschungszentrum eine Umgestaltung von betrieblichen Strukturen an, die die Erzeugnisgruppe „Lith“ betraf. Die zu schaffende Fachdirektion sollte um 300 Arbeitskräfte verstärkt werden.

„Bisher [sei es aber] noch nicht einmal gelungen [...], 30 Arbeitskräfte für eine Schwerpunktaufgabe durch Abzug aus anderen Forschungsbereichen zu gewinnen. 10 Arbeitskräfte mußten dagegen aus sicherheitspolitischen Erwägungen aus dem Bereich herausgelöst werden. Auf Grund der fehlenden Kader sowie nicht gesicherter Bereitstellung bestimmter Baueinheiten und Rechentechnik (überwiegend aus dem NSW) traf die Leitung des Forschungsbereiches Mikroelektronik die Entscheidung, die Entwicklung der Elektronenstrahlbelichtungsanlage ZBA 22 in der bisher geplanten Form auszusetzen, [...] und die Forderungen an die zu erreichenden Parameter wesentlich niedriger anzusetzen. Damit wird die Einsetzbarkeit dieser Anlage für die Herstellung von Speicherschaltkreisen im 4-M[ega]bit-Niveau in den neunziger Jahren zweifelhaft.“³⁸⁸

Der Februarbericht³⁸⁹ der Objektdienststelle Zeiss Jena zeigte für den For-

384 OD Zeiss Jena vom 26.1.1987: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

385 Ebenda.

386 Fachdirektor Materialökonomie.

387 Referat 2 der OD Zeiss Jena vom 19.1.1987: „Operative Effektivitätsanalyse zur IM/GMS-Arbeit (20.12.1986–16.1.1987)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

388 Abt. XVIII der BV Gera, Oberstleutnant Erler, an HA XVIII/AKG vom 12.2.1987: „Einschätzung zur Entwicklung der politisch-operativen Lage für den Berichtszeitraum Januar 1987 (1/87)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

389 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 24.2.1987: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

schungsbereich W ein Stimmungsbild, das von Konzeptions- und Entscheidungslosigkeit geprägt war. So wurde beklagt, daß die permanenten Strukturänderungen die Probleme nicht lösen, sie bestenfalls neu ordnen können. Eine Analyse der Antragshäufigkeit bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten habe eine Steigerung auf 250 Prozent gegenüber 1985 (jeweils

II. Halbjahr) ergeben und das MfS veranlaßt, einen „strengeren Maßstab bereits in den Betrieben“ zu fordern. Den Mitarbeitern in „Schlüsselpositionen“ wurden nochmals die Kriterien erläutert, die für die Ablehnung solcher Reiseanträge heranzuziehen seien.³⁹⁰ Das Arbeitskräftedefizit im Kombinatbetrieb ZMD, bezogen auf den Stand der Entwicklung der Basistechnologie für den 1-Megabit-Speicher, wird wie folgt ausgewiesen:³⁹¹

Tabelle 8: Arbeitskräftepotential für die Entwicklung des 1-Megabit-Speicher im Zentrum für Mikroelektronik Dresden, Stand 1987

Entwicklungsbereich	Soll	Ist
Verfahrensentwicklung	208	136
Entwurfs- und Meßtechnik	80	53
Pilotproduktion	271	10

Ferner heißt es:

„Innerhalb des Forschungszentrums W zeichnet sich gegenwärtig ab, daß in Umsetzung der sicherheitspolitischen Maßnahmen die Leitung bisher nicht in der Lage ist, die herausgelösten wissenschaftlich-technischen Kräfte durch Zuführung geeigneter Kader aus anderen Bereichen [...] zu kompensieren. Damit kann es zu ernsthaften Erscheinungen des Zeitverzuges bei der Sicherung der Planmäßigkeit der F/E-Zielstellungen kommen.“³⁹²

Auch die erwarteten positiven Folgen aus zahlreichen Beschlüssen und Plankorrekturen, zum Beispiel die Rekrutierung von Personal aus der Umprofilierung des Objektes 016 für die Forschung und Entwicklung im Bereich der Mikroelektronik, blieben aus und kämen laut Auskunft des inoffiziellen Mitarbeiters in Schlüsselposition, Professor Klaus Mütze alias IM „Michael“³⁹³, erst Ende 1987 zum Tragen.³⁹⁴

390 Referat 2 der OD Zeiss Jena o. D.: „Operative Effektivitätsanalyse zur IM/GMS-Arbeit, 2/87“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

391 OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ am 24.3.1987 an Major Winkler vom 13.4.1987; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

392 Ebenda.

393 Inoffizieller Mitarbeiter „Michael“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss XV 1890/77, Teil I, Bd. 1 und Teil II, Bd. 1–2. Von 1976 bis 1986 Forschungsdirektor und von 1986 bis 1989 stellvertretender Generaldirektor/Mikroelektronik.

394 Auf Grundlage einer Entscheidung des Generaldirektors „zur personellen Zusammenführung der F/E-Kapazitäten für die Höchstintegration im KB-U“; siehe Information zum Stand der Realisierung der Höchstintegration vom 20.7.1987 (Anm. 89).

Eine plastische Darstellung der Gesamtsituation³⁹⁵, in der deutlich wurde, daß sogar ganze Erzeugnisgruppen ohne Bearbeiterkollektive waren, lieferte der IMS „Dehnert“, die im Anhang abgedruckt ist.³⁹⁶ Der hauptamtliche Führungs-IM „Anker“ berichtete im April vom Fehlen einer einheitlichen Verfahrensweise bei der Genehmigung von Besuchsreisen in dringenden Familienangelegenheiten. Sie sei aus Gründen der Sonderstellung des Forschungszentrums und wegen des hohen Geheimnisschutzniveaus aber notwendig, um die Antragsflut zurückzudrängen. Nach seiner Einschätzung seien die sogenannten „Unbedenklichkeitserklärungen“ der zuständigen staatlichen Leiter eher von Wohlwollen gegenüber den Antragstellern als von sicherheitspolitischen Überlegungen geprägt: „Eine politisch-ideologische Einflußnahme erfolgt nur zögernd“, stellte er fest. Die ursprüngliche Position, nach der nur in dringenden Fällen eine Ausnahme gemacht werden solle, sei verlassen worden. Es heißt in diesem Zusammenhang:

„Hauptsächlich im kleinen Kreis aber auch zunehmend offen werden erfolgreiche Antragstellungen ‘ausgewertet’ und der ‘Mut’ gefaßt, es selbst auch einmal zu probieren, denn ‘es passiert ja keinem etwas’, ‘es hat keine Auswirkungen auf den Arbeitsplatz’. Beachtung finden da insbesondere ‘Fälle’, in denen wissenschaftl[iche] Mitarbeiter fahren können [...] mit relativ hohem Kenntnisstand, bzw. solche Fälle, die nach erster Ablehnung über Beschwerdeverfahren erfolgreich gestaltet werden konnten. [...] Die Quellen [...] sind der Überzeugung, daß hier die besonderen Interessen des FZ [Forschungszentrums] nicht berücksichtigt wurden. Der ‘Erfolg’ dieser Aktion ist, daß viele Genossen [...] sich jetzt nicht mehr gegen eine Antragstellung positionieren. Um diesem Prozeß entgegenzuwirken, wurde in Zusammenarbeit mit der Quelle ‘Weerth’ seit 2 Monaten eine Regelung durchgesetzt [...], die die staatlichen Leiter verpflichtet, bei Antragsteller DFA [Reisen in dringenden Familienangelegenheiten] sofort das politische Gespräch mit dem Antragsteller zu führen und kurz zu protokollieren. Ebenfalls die Gespräche bei Ablehnung, vor der Reise und nach der Einreise.“³⁹⁷

Die Mitte 1987 durchgeführte Plandiskussion für 1988 fiel in eine Zeit struktureller, innovativer und informationeller Probleme im Forschungszentrum, so daß sie von den Mitarbeitern nur noch als politische Demonstration, nicht aber als betriebswirtschaftliches Steuerungsinstrument verstanden werden konnte.

395 Eine Mischung sich überlappender Probleme dürfte überhaupt ein Merkmal der operativen Arbeit auf der Linie der HA XVIII gewesen sein. Vgl. hierzu das vielfältige Arbeitsspektrum des Leiters dieser HA, Generalmajor Kleine, anhand seiner Tagebuchnotizen 1982 bis 1989; BStU, ZA, HA XVIII 132a, 132b und 132c.

396 Siehe Dokument 11, S. 230f.

397 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 30.4.1987: „Einschätzung der Situation im Forschungszentrum zu Antragstellern auf Reisen in dringenden Familienangelegenheiten (DFA)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

Hat es, so wurde gefragt, „überhaupt Zweck, jetzt eine Plandiskussion durchzuführen, wenn die Problematik mit der Geheimhaltung nicht geklärt ist und wir in Zukunft nicht wissen, wer an welchem Arbeitsplatz noch arbeiten kann. [...] In diesem Zusammenhang weisen die Quellen darauf hin, daß nach wie vor die Bereitschaft zum Abbruch von NSW-Kontakten immer geringer wird.“³⁹⁸

Der Zusammenhang von überzogener Sicherheitspolitik und Arbeitskräftemangel ist also ausdrücklich gesehen worden. Die inoffiziellen Mitarbeiter verwiesen in diesem Zusammenhang auf eine „blöde Geschichte“, weil „einmal die Arbeitskräftesituation angespannt ist und extensive Erweiterungen kaum zu erwarten sind und sich die Kollektive dann letztlich doch zu den Planaufgaben bekennen und dann danach Arbeitskräfte abgezogen werden oder vorher genannte Bedingungen nicht eingehalten werden, die Planaufgaben aber bleiben.“³⁹⁹

Zwischen dem Minister für Elektroindustrie der UdSSR, Kolesnikow, und dem Generaldirektor des Kombines Carl Zeiss Jena, Biermann, fanden vom 20. bis 21. Mai in Moskau und vom 29. Juni bis 4. Juli in Jena Beratungen statt. Es erfolgten Verabredungen zur arbeitsteiligen Entwicklung des 1- und 4-Megabit-Speichers. Unter dem Tenor eines allgemeinen Optimismus berichtete der inoffizielle Mitarbeiter „Michael“ lediglich von diversen kleineren Beschränkungen. Seine Schlußbemerkung macht auf eine DDR-typische Grundhaltung aufmerksam: „Mit der GD [Generaldirektor]-Entscheidung zur personellen Zusammenführung der F/E-Kapazitäten für die Höchstintegration im KB [Kombinatsbetrieb]-U wurden erste wesentliche Voraussetzungen im KCZ geschaffen.“⁴⁰⁰

Wie oft aber waren schon die „ersten“ Voraussetzungen geschaffen worden! Diese stereotype Wendung ist Bestandteil vieler staatlicher und MfS-Berichte. Vielleicht liefert dieses Phänomen eine Bestätigung der Popper'schen These von der „ideologischen Falle“, nach der der Glaube an die gesetzmäßig ablaufende Zukunft in der kommunistischen Ideologie des Marxismus verwurzelt ist⁴⁰¹. Ein solcher Zweckoptimismus vertrug keine Reflexion der ökonomischen Lage, keinen Blick zurück, zumal wenn er durch eigene Involvierung verstellt war.

Die operative Lageeinschätzung für das Forschungszentrum W wies indes eine erhebliche Zunahme von Besuchsreisen in den Westen aus. Diese Entwicklung war auch in anderen Institutionen der Wissenschaft und Technik (z. B. Akademie der Wissenschaften) zu beobachten. Ein Bericht weist im Vergleich des ersten Halbjahres 1987 zum zweiten Halbjahr 1986 eine Steigerung in der Antragstellung auf 226 Prozent (absolut von 58 auf 131) und in

398 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 25.6.1987: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

399 Ebenda.

400 Information zum Stand der Realisierung der Höchstintegration vom 20.7.1987 (Anm. 89).

401 Vgl. Karl Raimund Popper: Gedanken über den Kollaps des Kommunismus, in: Alles Leben ist Problemlösen, München 1994, S. 297–318, hier 305.

der Zahl der Genehmigungen gar auf 350 Prozent (absolut von 20 auf 70) aus.⁴⁰² Von den 131 Antragstellern waren 14 Mitglieder der SED (6 Ablehnungen, 8 Genehmigungen); alle waren Dienstgeheimnisträger, einer staatlicher Leiter. Es mag an zwei plausiblen Gründen gelegen haben, daß die Parteigenossen und staatlichen Leiter unterrepräsentiert waren. Einmal war deren ideologischer Gehorsam ausgeprägter. Zum anderen dürften gerade einige von ihnen in Form von Dienstreisen zu Fachtagungen und Vertragsverhandlungen in den Genuß von Reisen gekommen sein. 14 Ablehnungen wurden von der Volkspolizei, 47 vom Kombinat Carl Zeiss Jena autorisiert.⁴⁰³ Das MfS faßte hinsichtlich der Zunahme der Besuchsreisetätigkeit schlußfolgernd zusammen, daß sie die Feindtätigkeit begünstige und an die sicherheitspolitische Bewertung und Differenzierung des Personals höhere Anforderungen stelle. Von den staatlichen Leitern würden die Grundlagen zur „Herbeiführung von Entscheidungen über die Genehmigung oder Ablehnung“ nur ungenügend beachtet und zunehmend zugunsten der Kollegen entschieden. Einspruch komme, wenn überhaupt, nur durch die Abteilung Sicherheit des Forschungszentrums, also von der „eigenen Zweigstelle“. Zur Entscheidungsfindung in den sensiblen Bereichen der Hochtechnologie wurde festgestellt, daß ein „generelles Ablehnen der DFA nicht mehr aufrechterhalten werden“ könne.⁴⁰⁴

Die erheblichen Personalprobleme dürften im Zusammenhang mit den ständigen Umstrukturierungen noch an Schärfe gewonnen haben. Sie gingen stets einher mit Personalverschiebungen und erreichten zuletzt eine immer höhere Frequenz. Stopfte man auf diese Weise ein Loch, durfte man gewiß sein, daß sich anderenorts ein neues auftat. Der Abzug von Personal aus dem Bereich des wissenschaftlichen Gerätebaus war Inhalt einer „Quelleninformation“ aus dem Herbst 1987, die ausdrücklich das Gesamtbild Zeiss nachzeichnete. Der Inoffizielle Mitarbeiter zog, die Frage der Motivationsarmut⁴⁰⁵ der Entscheidungsträger reflektierend, ein ernüchterndes Fazit: „Das System Zeiss, so wie es bekannt ist, ist verbraucht und fängt an, sich selbst zu zerstören“.⁴⁰⁶

Die Situation im Forschungszentrum wie auch in den meisten anderen Teilen des Kombinates hatte sich im Verlaufe des Jahres nicht positiv verändert. Die Unzufriedenheit war im Wachsen begriffen. Zwei Momente sind es,

402 Referat 1 der OD Zeiss Jena, Leutnant Kaufmann, vom 17.7.1987: „Operative Einschätzung zur Lage im Forschungszentrum (W) des KCZ in bezug auf besuchsweise Ausreisen in das NSW“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

403 Ebenda. Vom Verfasser leicht korrigierte Statistik. Die Namenslisten verdeutlichen eine soziale Verschiebung: nur ein staatlicher Leiter, kein Wissenschaftler unter den Antragstellern. Die sicherheitspolitischen Interessen des Kombinates und die „spezifischen Interessen“ des MfS wurden über IM in Schlüsselpositionen der Abt. Sicherheit abgestimmt.

404 Ebenda.

405 Nicht zuletzt wegen der vielen Umstrukturierungen und der Planungsunsicherheit.

406 IME „Engelhardt“ zur Situation des Kombinates Carl Zeiss Jena vom 22.9.1987 (Anm. 62).

die im Zuge der Umstrukturierungen sichtbar wurden: ein Verharren der Direktorenschaft in einem Zustand der Schönfärberei à la „Neues Deutschland“ und devote Passivität gegenüber Generaldirektor Biermann aus Furcht vor dessen Sanktionen. Resignative Reaktionen gerade unter Leistungsträgern blieben nicht aus: „Löst mich doch ab von meiner Funktion“.⁴⁰⁷

Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Haltung auch als Reaktion auf die Stornierung des Speziellen Vorhabens 016 gewertet werden muß. Mannigfache Umstrukturierungen mit hohem politischen Nachdruck und mit großem materiellen, technischen und personellen Aufwand brachten letztlich instabile Verhältnisse. Es mußten zwangsläufig Motivationsprobleme bei den betroffenen Mitarbeitern auftreten, zumal die wahren Gründe für solcherart Umstrukturierungen im dunkeln blieben. In den hochsensiblen Bereichen von Wissenschaft und Entwicklung der DDR war letzteres durchaus üblich und entsprach der herrschenden Sicherheitsdoktrin.

Die fehlende Kontinuität in der Wissenschaftspolitik und im betriebswirtschaftlichen Ablauf von Entwicklung und Produktion (Innovationsprozeß) wurde zudem durch das Ausbleiben von Erfolgserlebnissen negativ verstärkt. Diese Faktoren fanden jedoch in den analytischen Arbeiten des MfS keine Berücksichtigung, ebensowenig die gesellschaftskritischen Erfahrungen, die inoffiziell erarbeitet und akribisch gesammelt wurden. Beide Horizonte, der gesellschaftliche Erfahrungs- und Wahrnehmungsbereich sowie die innerbetrieblichen Sachstände, brachte das MfS nicht in Zusammenhang. Das ist durchaus mit dem eigenen Selbstverständnis, Schild und Schwert der Partei zu sein, in Einklang zu bringen.⁴⁰⁸ Die inoffiziell „erarbeiteten“ gesellschaftskritischen Äußerungen der Beschäftigten blieben folgerichtig isoliert:

„Ich verstehe die Informationspolitik der DDR nicht. Für mich strahlt es ein Minderwertigkeitsgefühl aus, wenn ein Auftritt von Honecker in Bonn so sehr als Erfolg herausgestellt wird. Vor 25 Jahren haben wir gelernt, daß der Kapitalismus nicht entwicklungsfähig ist. Heute sehe ich, daß der Sozialismus nicht entwicklungsfähig ist. [...] Meine Erfahrungen mit etablierter Bürokratie, z. B. in unserem Forschungszentrum, ist so, daß sie einmal angeschafft, weiter existieren wird.“⁴⁰⁹

Diese Äußerung eines Zeissianers war Konsens der meisten DDR-Bürger jener Zeit. Sie ist insofern bemerkenswert, als sie aus einer Eliteeinrichtung der Wissenschaft und Volkswirtschaft der DDR stammt, wo die technischen Bedingungen noch am ehesten erträglich waren. Die alltägliche Lüge mußte hier, da permanent landauf, landab von den Medien und der SED Erfolgs-

407 OD Zeiss Jena vom 26.10.1987: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

408 Es sei hier durchaus nicht nur am Rande vermerkt, daß analytisches Denken und vor allem Urteilsfähigkeit nicht genuiner Bestandteil der Bildungspolitik der DDR waren, mithin nicht gelehrt, geübt und vor allem in der gesellschaftlichen Praxis nicht gelebt wurde.

409 OD Zeiss Jena vom 26.10.1987: „Monatsbericht Oktober 1987“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

meldungen verkauft wurden, besonders kraß erfahren werden. Auch inoffizielle Mitarbeiter in Schlüsselpositionen lieferten dem MfS und der Partei entscheidende Argumente für ihre Propaganda. Etwa wenn der inoffizielle Mitarbeiter „Michael“ dem MfS berichtete, „daß sie [die DDR] in der Lage sei“, höchstintegrierte Bauelemente herzustellen. So sein Fazit aus Anlaß der Herstellung der ersten Muster des 256-Kilobit-Speicherschaltkreises Ende Oktober 1987. Im Unterschied zur Berichterstattung in den Medien legte er aber eine Liste der für die Produktion solcher Chips fehlenden Geräte bei, die alleamt unter Embargo standen. Damit wurde die getroffene Generalaussage trefflich konterkariert.⁴¹⁰

Um diese fehlenden Geräte und Technologien zu beschaffen, war es notwendig, relativ viele staatliche Leiter und Spezialisten in die Beschaffungsaktivitäten einzubeziehen: als Verhandlungsführer, als Analytiker, als Softwarespezialisten etc. Diesen Mitarbeitern, häufig inoffizielle Mitarbeiter und NSW-Reisekader in einer Person (sogenannte „NSW-RK-IM“), widmete das MfS besondere Aufmerksamkeit. Die Nichtrückkehr von Personen mit Wissen über Beschaffungsaktivitäten von Westreisen galt als Schlag gegen die Legendierungsbemühungen und damit gegen die Kadersicherheit überhaupt. Dies war eine aus mehreren Gründen berechnete Furcht: Der technologische Stand hinkte dem Weltstand hoffnungslos hinterher (Gefahr der Widerlegung des behaupteten Vorzuges sozialistischer Wissenschaftspolitik); zu großen Teilen waren die Forschungs- und Entwicklungsaufgaben von eminenter Bedeutung für die Militärtechnik des Ostblocks (Gefährdung der militärischen Sicherheit); weite Bereiche der Technologie waren nur mit Hilfe von illegal beschaffter Hard- und Software halbwegs machbar (Gefährdung der Lieferanten, besonders jener, die „unter strengstem Embargo“ stehende Geräte und Verfahren beschafften).

Die 1987 erfolgte Flucht eines Wissenschaftlers und staatlichen Leiters in Schlüsselposition illustriert diesen Zusammenhang.

Es heißt hierzu resümierend, „daß Prof. [A] umfassende Einblicke im ZMD [Zentrum für Mikroelektronik Dresden] [...] hatte [...]. Prof. [A] besitzt umfangreiche Kenntnisse darüber, was und in welchem Umfang die Sicherheitsorgane der DDR [an] diesbezügliche[r] Embargo-Technik aus der BRD organisiert haben. Er war teilweise bei Verhandlungen, die das MfS mit NSW-Partnern zwecks Beschaffung führte, anwesend. (Z. B. war er in die Beschaffung des [...] Entwurfssystems für höchstintegrierte Schaltkreise vollständig einbezogen.) Dieses Software-Paket wurde nach Eintreffen in der DDR durch das ZKI⁴¹¹ ‘entschärft’. [Ferner] besitzt er umfangreiche Kenntnisse zum Entwurfssystem VLSI⁴¹². Er war dort der theoretische Kopf und [...] kennt weiter die Zielstellungen zur 32-Bit-Rechentechnik-

410 Information zum Stand der Realisierung der Höchstintegration vom 20.7.1987 (Anm.89).

411 Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse der Akademie der Wissenschaften.

412 Very Large Scale Integration (sehr hohe Integrationsdichte); Integrationsgrad bei monolithischen Halbleiterschaltungen von 10^4 – 10^5 Transistorfunktionen pro Chip.

Entwicklung in der DDR. (Durch den Fakt, daß wir diese Rechentechnik 1:1 kopiert haben.) Er kennt alle Personen bzw. einen Großteil der Personen, die diese Technik unter Umgehung der Embargomaßnahmen beschafft haben. Damit sind diese Personen bei weiteren NSW-Reisen stark gefährdet. [Die Flucht] wird nach Meinung der Quelle als ein schwerer Schlag gegen die politischen und ökonomischen Interessen der DDR bei der Erlangung von Weltstandspositionen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit auf dem Gebiet der Mikroelektronik und Rechentechnik eingeschätzt.“⁴¹³

Eine neue Qualität im Diskussions- und Meinungsgeschehen des Forschungszentrums W konstatierte die Novemberberichterstattung der Objektdienststelle.

Seit einem viertel Jahr sei sichtbar, „daß die massierte Kritik von Leitern, Genossen, Funktionären geübt wird, und die zum Ausdruck bringen, daß sie sich in der gegenwärtigen komplizierten ideologischen und ökonomischen Situation allein gelassen fühlen und die sich aus Sorge und Unsicherheit über unsere weitere Entwicklung in der DDR insgesamt und speziell im FZ offener als in der Vergangenheit äußern, im Kreis ihnen bekannter Genossen, in der Parteigruppe oder im Leitungskollektiv. Die aber in der Regel keine Polemik damit entfachen wollen.“⁴¹⁴

Des weiteren bringt der Bericht die Folgen der Profilierungs- und Umstrukturierungsprozesse, wie Leitungsdefizite und sich verschärfende Perspektivlosigkeit, auf den Punkt: „Im Prinzip macht hier jeder, was er will“ und, bezogen auf die Kommunikation in der 1. Leitungsebene des Forschungszentrums W: „Es ist sinnlos, darüber nur ein Wort zu verlieren“. Alles in allem die bekannte Auflistung der Klagen: Die „Umstrukturierung der Forschung bringt allein gar nichts, es müssen auch die entsprechenden Produktionsstrukturen [...] nachgezogen werden“; die Personalentwicklung sei schlecht, denn „unsere Spitzenkräfte liegen in der Altersstruktur dort, wo in der BRD über Vorruhestandsregelung gesprochen wird!“⁴¹⁵

Die Umsetzung des am 1. März 1987 in Kraft getretenen Beschlusses „über die Grundsätze zum Schutz der Staatsgeheimnisse der DDR“⁴¹⁶ machte sich allmählich im Kombinatgeschehen bemerkbar, hatte aber unscharfe Konturen:

„Hinsichtlich der Verbesserung des Geheimnisschutzes gab es am 14.12.87 eine Anleitung der Leiter ab Abteilungsleiter aufwärts und der VDNachweisbeauftragten [...]. Nach Meinung der Quelle ‘Dold’ ging es hier nur um organisatorische und an vielen Stellen noch nicht einmal [um] durchdachte Maßnahmen [...]. Eine Motivation zur Umsetzung wurde also

413 Referat 1 der OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 6.11.1987: „Information zu Prof. [A]“ am 23.10.1987; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Siehe Dokument 14, S. 239f.

414 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 26.11.1987: „Monatsbericht November 1987“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

415 Ebenda.

416 Vgl. S. 43f. dieser Arbeit.

nicht vermittelt. Positiv wurde dabei [...] die Zurücknahme der persönlichen Meldepflicht von NSW-Kontakten [aufgenommen]: ‘Da haben wir weniger Arbeit.’ Unverständnis [herrscht] über den Appell, dienstliches Schriftgut mit einer Postausgangsnummer zu versehen, um die Vernichtung und die Weitergabe nachweisen zu können. Damit würde sich der Bürokratismus noch vergrößern, und zum anderen ist es so dem einzelnen selbst überlassen und keiner weiß, wie ernst das Ganze gemeint ist. Bezeichnet sei auch, daß in dieser Veranstaltung genannte Termine bereits durch andere Weisungen wieder überholt [waren]. So richtig klar, was da auf uns zukommt, ist man sich aber nicht.⁴¹⁷

Das mag ein Indiz dafür sein, daß selbst klare Vorgaben des Geheimnisschutzes auf dem von Sicherheitsvorschriften belagerten und von Parteigenossen bewachten Wege nur noch verwässert ankommen konnten.

4.5. 1988: Die Übergabe

Der Januarbericht des MfS konstatierte „keine zufriedenstellende Lage im Verantwortungsbereich zu Jahresbeginn 1988“ und sich verbreitenden Pessimismus wegen nicht erfolgter zugesagter Arbeitskräftezuführungen.⁴¹⁸ Die Objektdienststelle Zeiss Jena erwartete in diesem Jahr für das Kombinat eine „hohe Dynamik“, weil 70 Prozent der ursprünglich zum Objekt 016 gehörenden Aufgaben dem Mikroelektronikprogramm, sprich Höchstintegration, zugeordnet werden sollten. Unter diesem Gesichtspunkt standen die Jahresarbeitspläne der Mitarbeiter der Objektdienststelle, die die notwendigen Aufgaben zur sogenannten „politisch-operativen Grundlagenarbeit“ enthielten. Dazu zählten standardmäßig die Schaffung von personellen Übersichten, die Sicherung der NSW-Kader, die Dislozierung⁴¹⁹ der inoffiziellen Basis, eine Analyse über bedeutende Spitzengeheimnisträger und die politisch-operative Arbeit in der „Wer ist wer?“-Aufklärung. Darüber hinaus galt es, die Geheimnisträgerkennzeichnungen neu zu erarbeiten. Das geschah in Umsetzung des Ministerratsbeschlusses zum Schutz der Staatsgeheimnisse sowie in Zusammenarbeit mit staatlichen Leitern und inoffiziellen Mitarbeitern in Schlüsselpositionen. Unter dem Titel „Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion (PID)“⁴²⁰ sollten komplexe Aussagen zu „Trägern und Ver-

417 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 26.12.1987: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

418 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 29.1.1988: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

419 Im militärischen Sprachgebrauch: Standortverteilung und -veränderung. Technischer Begriff des MfS, der nicht nur die passive Bestandsaufnahme der jeweils aktuellen Verteilung von inoffiziellen Mitarbeitern bezeichnete, sondern darüber hinaus qualitative Merkmale der „IM-Verortung“, nicht zuletzt für künftige Maßnahmen, beinhaltete.

420 Unter Politisch-ideologischer Diversion verstand das MfS eine „gegen den realen Sozialismus gerichtete Subversion des Feindes“, die in einem „langfristig angelegten,

Verbreitern der PID über das Stimmungs- und Reaktionsgeschehen“ gewonnen werden. Schwerpunkte bildeten hierzu die „Friedens-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, [die] Wirtschaftspolitik der SED, [die] Sozial-, Versorgungs- und Preispolitik, [die] Dialogpolitik der SED, [die] Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, [die] sozialistische Demokratie, [die] Kommunal- und Informationspolitik [und die] innenpolitische Entwicklung der SU“.⁴²¹

Welche konkreten Aufgaben für die einzelnen Referate gestellt waren, soll anhand des Referates 3, unter anderem zuständig für die Sicherung des Außenhandelsbetriebes, exemplarisch gezeigt werden. Sicherheitsüberprüfungen zu einer bestimmten Person konnten folgendes beinhalten:

„Klärung der konspirativen BRD-Verbindungen seiner Ehefrau, die postalische Kontakte über eine Deckadresse unterhält. [...] im Prozeß der einzuleitenden Sicherheitsüberprüfung zu dem NSW-Reisekader-Kandidaten [A] sind die inoffiziellen Hinweise eines möglichen illegalen Verlassens der DDR eindeutig zu klären. Die IM ‘Peter Sorge’ und ‘Martin Koch’ sind zielgerichtet und abgestimmt einzusetzen. Die durchzuführende Sicherheitsüberprüfung zu dem NSW-[Reisekader]-Kandidaten und ehemaligen ‘äABO-Kader’ [äußere Absatz- und Bezugsorgane] [...] ist zu nutzen, um ihn zu kontaktieren mit dem Ziel, ihn als IM mit folgender Einsatzrichtung zu gewinnen: op[erative] Kontrolle möglicher Rückverbindungen oder anderweitiger Handlungen durch die OV-Person ‘Spieler’⁴²²; op. Kontrolle und Einflußnahme bei der Zurückdrängung erkannter Hemmnisse im Importbereich NSW [...]; op. Kontrolle der Importgeschäfte mit dem NSW; Nutzung seiner Möglichkeiten bei der Ehrlichkeitsüberprüfung des IM ‘Christine’; operative Nutzung seiner ehemaligen und noch vorhandenen Verbindungen zur GG [Gemischten Gesellschaft] London.“⁴²³

In der Zielstellung des Referates zur Arbeit „unter den Antragstellern“ heißt es in einem konkreten Fall, daß Einfluß genommen werden solle auf die Zurücknahme des Antrags und daß „provokatorische oder öffentlichkeitswirksame Handlungen“ zu unterbinden seien.⁴²⁴ Die Berufungen und Ablösungen des Außenhandelspersonals seien durch inoffizielle Mitarbeiter und „Schlüsselpositionen“ im Außenhandelsbetrieb unter operative Kontrolle zu bringen. Nicht geeignete Personen sollten aus diesem Kreis „entfernt“ werden. Und unter dem Aspekt der Durchsetzung des oben erwähnten Ministerratsbeschlusses vom 15. Januar 1987 sollten der inoffizielle Mitarbeiter „Rainer“

mehrstufigen Prozeß“ die „Zersetzung des sozialistischen Bewußtseins“ zum Inhalt hatte. Vgl. Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 303f.

421 „Jahresarbeitsplan 1988“, o. D., GVS 0050-429/87; BStU, ASt Gera, VSH OD Zeiss 003023, Bl. 7.

422 Rückverbindungen sind Verbindungen zu Personen, die die DDR verlassen hatten. OV-Person heißt die Person, über die ein Operativer Vorgang angelegt wurde.

423 Referat 3 der OD Zeiss Jena vom 9.12.1987: „Jahresarbeitsplan des Referates 3 für 1988“, BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

424 Ebenda.

und der zuständige Sicherheitsbeauftragte bei der operativen Kontrolle einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang heißt es im Jahresplan weiter, daß „der Um- und Neubewertungsprozeß der Staats- und Dienstgeheimnisse [...] ständig im Zusammenwirken mit dem MfS abzusichern [und] zu realisierende geheimnisschutzspezifische Aufgaben [...] mit den staatlichen Kräften durchzusetzen [seien]; mit dem FIM-Netz ‘Finke’, den IM ‘Rainer’, ‘Ritter’, GMS ‘Schwalbe’ und anderen Schlüsselpositionen [...] ist die Ordnungsmäßigkeit in der Kaderarbeit unter operativer Kontrolle zu halten, wobei die Arbeit, Auswahl und Bestätigung von Reisekadern und Auslandskadern einen Schwerpunkt darstellen. Vorkommnisse oder anderweitige sicherheitspolitische Probleme sind umgehend zur Verhinderung volkswirtschaftlicher Schäden oder Hemmnisse aufzudecken und geeignete Maßnahmen zur Zurückdrängung einzuleiten.“⁴²⁵

Die Gespräche zur Umsetzung der Beschlüsse des Geheimnisschutzes wurden mit den entsprechenden „Schlüsselpositionen in den Kombinatbetrieben“ bereits im Herbst 1987 geführt.⁴²⁶

Zu Beginn des Jahres 1988 registrierte die Objektdienststelle wieder einen Antrag eines Leitungskaders auf Übersiedlung. Das Kollektiv des Betroffenen habe das, wie auch schon in früheren Fällen, „gelassen zur Kenntnis genommen und den Schritt der Kollegen in keiner Weise verurteilt“, wußte ein inoffizieller Mitarbeiter zu berichten.⁴²⁷ Es scheint sich erfüllt zu haben, was sich bereits 1987 andeutete und vom MfS befürchtet wurde: fehlende politisch-ideologische Einflußnahme der staatlichen Leiter. Fanden sich immer weniger Leiter, die dem platten Optimismus nicht mehr huldigen wollten? Waren sie der Hochtechnologiepolitik bei Carl Zeiss Jena überdrüssig? Die erstaunlich hohe Konsistenz der hierzu überlieferten Berichte und „Stimmungsbilder“ spricht dafür.

In dieses Bild paßt auch, daß die Reisetätigkeit in dringenden Familienangelegenheiten immer weiter anstieg. Mit „Selbstverständlichkeit und Konsequenz wird jede sich bietende Möglichkeit gesucht und genutzt“, heißt es in einem Bericht zu „Reisen in die BRD“. Das MfS beklagte das Fehlen eines strengen Regimeverhältnisses für die Antragsbearbeitung im Kombinat. Mittlerweile sei eine solche „Routine eingezogen“, daß selbst ein „leitender Kader mit Verpflichtungsgrad“ reisen durfte, was von den Beschäftigten als Indiz einer Lockerung angesehen werde. Ohne das Einverständnis des MfS ließ sich doch keine Ausnahmeregelung durchsetzen! Warum versagte hier die Regimeregelung? Kein Wort hierzu, aber Klagen, daß es „keinerlei Hinweis [gebe], daß sich die Partei mit den aus diesen Reisen resultierenden

425 Ebenda.

426 Referat 2 der OD Zeiss Jena vom 30.9.1987: „Tätigkeitsbericht Monat September 1987“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Vgl. auch S. 109f. dieser Arbeit.

427 Monatliche Berichterstattung vom 29.1.1988 (Anm. 418).

ideologischen Problemen“ befasse.⁴²⁸ Parallel zu dieser Entwicklung nahm die Berichterstattung über sich häufende Aktivitäten von Übersiedlungersuchenden zu.⁴²⁹ Alles in allem wurden hier bereits Momente deutlich, die im Sommer und Herbst 1989 dominant werden sollten: eine Vielzahl sich überlagernder Probleme, eine schlechte „Chemie“ zwischen Parteiführung und MfS-Mitarbeitern und vor allem eine schwindende Furcht der Beschäftigten vor staatlichen Sanktionen. Die Kritik an den betrieblichen und gesellschaftlichen Verhältnissen nahm immer deutlichere Formen an.

In einer Rede zur Entwicklung und Profilierung des Kombinates Carl Zeiss Jena vor ausgewählter Belegschaft betonte Generaldirektor Biermann am 25. April 1988, daß die Anzahl der Arbeitskräfte um mehr als 2.000 zurückgehen werde und bis Mitte der neunziger Jahre keinerlei Arbeitskräftezuwachs zu erwarten sei.⁴³⁰ Die explizite Kenntnis der künftigen Entwicklung von Carl Zeiss Jena blieb offensichtlich auf diesen kleinen Kreis von Personen beschränkt. Zum einen erhielten die entsprechenden MfS-Aufzeichnungen einen GVS-Vermerk, zum anderen fanden sich im betreffenden Monatsbericht (Mai) keine Reaktionen auf diese Rede. Es heißt in diesem Zusammenhang lediglich, daß in einer Parteigruppenversammlung ein Genosse gesagt habe, daß das „nicht für die Massen bestimmt“ sei.⁴³¹

In einem Bericht zum Thema „Stand und Probleme der Lösung von Aufgaben auf dem Gebiet der Höchstintegration“ heißt es, daß „begrenztetes Kräftepotential, Zersplitterung und wiederholte Umgruppierung der Kräfte sowie nicht genügend zielstrebige und konsequente Leitungstätigkeit [...] in der Vergangenheit die Leistungsfähigkeit und Arbeitsmoral“ der Forscher und Entwickler beeinträchtigt hätten.⁴³² Die Gründe werden hier wie folgt genannt: ideologischer und persönlicher Einfluß der Genossen unzureichend; wissenschaftlich-technische Risiken führten zum Abbruch von Themen ebenso wie das Fehlen von Kräften oder die Nichterfüllung von Planaufgaben; ungenügende Leitungstätigkeit. Hoffnung (!) bestehe hinsichtlich der Bildung der neuen Fachdirektion UA, wobei die „noch nicht abgeschlossene“ räumliche Konzentration „wesentliche Fortschritte“ auf dem Gebiet der Entwicklung von Technologischen Spezialausrüstungen für die Mikroelektronik (TSA-ME) erwarten lasse:

428 OD Zeiss Jena vom 21.4.1988: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

429 Vgl. hierzu Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/10), 1995, insbesondere S. 34f. und Anhang.

430 Handschriftliche Aufzeichnungen eines MfS-Mitarbeiters vom 16.5.1988: „Auszüge zu den Ausführungen des GD/KCZ zur Entwicklung und Profilierung des KCZ von 1991–95 (Rede vom 25.4.88)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

431 Monatliche Berichterstattung vom 30.5.1988 (Anm. 60).

432 OD Zeiss Jena, Oberstleutnant Teller, vom 6.6.1988: „Stand und Probleme der Lösung von Aufgaben auf dem Gebiet der Höchstintegration im Kombinat VEB Carl Zeiss“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

„Kader der LVO-Bereiche des KB [Kombinatsbetriebes]-U, die zu UA [einem Bereich des Betriebes] umgesetzt wurden, lassen ebenso wie die ehemaligen Kollektive der TSA-ME-Entwicklung aus dem KB-W zunehmendes Engagement für ihre neue Arbeit erkennen.“⁴³³

Hoffnung bestehe auch, weil in die Bildung der neuen Fachdirektion (FD)

UA „eine bedeutende Anzahl von Genossen [!] aus dem KB-U“ einbezogen würde. Der Leistungszuwachs könne sich aber erst nach einem Jahr einstellen, weil die neu eingegliederten Mitarbeiter wegen der Kompliziertheit der Arbeiten eine längere Einarbeitungszeit benötigten. Kurz: Es herrscht wieder Optimismus. Gefördert wurde die langfristige und zielstrebige Gewinnung von „Nachwuchskadern“ im Zusammenwirken mit Universitäten und Hochschulen.⁴³⁴ So gesehen mutet es nicht seltsam an, daß das MfS zur Erklärung der miserablen Situation in Forschung und Entwicklung stets die gleiche Methode anwandte, nämlich die Personalisierung der vorhandenen objektiven Schwachpunkte. Alles in allem eine perspektivisch verengte Analysepraxis des MfS, die allerdings in der Berichterstattung der SED ihr Vorbild hatte.⁴³⁵

Aktuell plagten sich die Zeiss-Verantwortlichen mit anderen Sorgen, nur nicht mit wissenschaftsorganisatorischen oder -theoretischen Fragen. Neben fehlenden Technologischen Spezialausrüstungen und Software für den Schaltkreisentwurf galt die Sorge der Verantwortlichen vermehrt dem Mangel an wissenschaftlich-technischem Personal, das über die notwendige Ausbildung und Erfahrung verfügte. Wie sehr die Probleme miteinander verweben waren, illustriert die Schilderung des Leiters der Objektdienststelle:

„Allein die Entwicklung des Implanters⁴³⁶ erfordert schätzungsweise den Einsatz von 200 VbE⁴³⁷ F/E-Personal über einen Zeitraum von mindestens vier Jahren. Zur Verkürzung der Entwicklungszeiten strebt das KCZ eine Kooperation mit der Fa. Leybold/Hanau zur Beschaffung von Baugruppen und Know-how des NSW unter Umgehung von Embargobestimmungen an. Hierbei besteht jedoch grundsätzlich das Risiko des unvermittelten Kontaktabbruchs seitens Leybold unter dem Einfluß feindlicher Kräfte sowie der Übermittlung nur eines eingeschränkten Wissenstandes. Diesem Risiko will das KCZ mit der parallelen Entwicklung eines eigenen Implanters [...] begegnen. Hierbei ist vorgesehen, Arbeitsergebnisse der HV A zu nutzen, woraus sich hohe Anforderungen an den Geheimnisschutz ergeben.“⁴³⁸

433 Ebenda.

434 Ebenda.

435 So berichtete Kurt Hager auf der 6. Tagung des ZK der SED vom 9.–10.6.1988 von der Notwendigkeit erhöhter Leitungsqualität, auch daß Honecker angewiesen habe, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern und nicht zuletzt von der „Wirksammachung“ der Produktivkraft Wissenschaft, wobei einmal mehr das Kombinat Carl Zeiss Jena lobend erwähnt wurde, in: Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED, Berlin 1988, S. 38f.

436 Z. B. zur Ionenimplantation, hierbei werden Störstellen (Ionen) in den Halbleiter „eingepflanzt“.

437 Vollbeschäftigteneinheit (Anm. 367).

438 Aufgaben auf dem Gebiet der Höchstintegration vom 6.6.1988 (Anm. 432). Vgl. Dokument 15, S. 241–244, hier 244.

Der Stand der Grundlagenarbeit zur Höchstintegration wurde vom MfS Mitte 1988 optimistisch eingeschätzt. Trotz „Personenbewegungen“ schein die Umstrukturierung zu greifen, die Pilotproduktion (!) des 256-Kilobit-Speicherschaltkreises sei avisiert, nicht zu übersehen seien allerdings Defizite auf gerätetechnischem Gebiet.⁴³⁹ Allerdings sehe man wegen notwendiger illegaler Technologieimporte umfangreiche Angriffspunkte für „gegnerische Störaktivitäten“. Vor allem deswegen, weil die von Beschäftigten des Kombinatbetriebs U geführten NSW-Kontakte „in zunehmendem Maße offen aufrechterhalten“ würden. Von den formalen und obligatorischen Sicherheitsüberprüfungen einmal abgesehen, erfolgte die ständige Sicherung des Personals auf Basis der jeweiligen betrieblichen Position und der damit zusammenhängenden Attraktivität für gegnerische Geheimdienste sowie des Verhältnisses zum MfS. Inoffizielle Mitarbeiter in Schlüsselposition und gegebenenfalls mit „Feindverbindung“ bedurften einer besonderen „Betreuung“, die sich in einer ganzen Reihe von Fällen zu einem echten Vertrauensverhältnis entwickelt haben mochte.

Die operativen Vorgänge zeigen, daß die Maßnahmen der „politisch-operativen Grundprozesse“ zu möglichem Feindverhalten und anderen Verdachtsmomenten keine a-priori-Verurteilung beinhalteten. Im Vergleich zu den fünfziger Jahren ist das eine Nuancierung im Verfahren, nicht aber in Ziel und Methode. Die politisch motivierte Denunziation oder der bloße Verdacht auf feindliches Verhalten fiel nicht mehr mit der ad hoc „beschlossenen“ Entfernung der betreffenden Person zusammen, wie beispielsweise im Umfeld der Aktion „Lupe“.⁴⁴⁰ Die „moderne“, differenzierende Herangehensweise kannte – zum Beispiel im Falle des OAM⁴⁴¹ „Doktor“ – auch andere Varianten:

„Dieses OAM wird zur OPK qualifiziert mit der Zielstellung, die Person [A] als Leiter [einer Abteilung des Kombinatbetriebs U] vor Feindangriffen zu schützen. [A] wurde bereits kontaktiert, und es wird versucht, ein Vertrauensverhältnis herzustellen. Gleichzeitig wird [A] genutzt, um Ergebnisse im Sinne des II. Qualitätskriteriums zu realisieren.“⁴⁴²

So trug auch das MfS der herrschenden Personalknappheit Rechnung.

Die Monatsberichte für August und September 1988 belegen, daß in Äußerungen der Belegschaften der Forschungszentren W und U eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation der DDR zum Ausdruck kam. Es mag aufgrund der großen Zahl „hetzerischer Äußerungen“ zwingend gewesen sein, die Kadersicherung immer mehr auf die bürokratische Abarbeitung der Sicherheitsüberprüfungen und Kaderbestätigungen sowie auf die vorrangige Sicherung der Geheimnisträger zu beschränken. Es sei allerdings angemerkt, daß es in der Verfolgung „feindlich-negativer Äuße-

439 OD Zeiss Jena, Oberstleutnant Teller, vom 7.6.1988: „Bericht zum Stand der Grundlagenarbeit im KB-U“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

440 Vgl. S. 68 dieser Arbeit.

441 Operatives Ausgangsmaterial.

442 Stand der Grundlagenarbeit vom 7.6.1988 (Anm. 439).

rungen“ Unterschiede gab. „Hetze“ im unmittelbaren Arbeitsbereich konnte schon wegen ihrer großen Zahl nicht verfolgt werden, wurde sie aber in der Öffentlichkeit bemerkt, zog sie weiterhin Ermittlungsverfahren mit und ohne Haft nach sich.

Eine Vielzahl von negativen Äußerungen wurde immer dann „erarbeitet“, wenn große Ereignisse in der Innenpolitik der DDR von den Beschäftigten kommentiert wurden. Ein solches Ereignis war gewiß die Übergabe des 1-Megabit-Speichers an Erich Honecker am 12. September 1988.⁴⁴³ 14 inoffizielle Mitarbeiter aus den Forschungszentren W und U trugen für diesen Monat ein Meinungsbild zusammen:

„Da wußte man zu berichten, daß der auf der Leipziger Herbstmesse ausgestellte Wartburg mehrfach demoliert, die Scheiben eingeschlagen und mit faulem Obst beworfen worden war. [...] Brüskiert und verärgert reagierte man, als vom Standpersonal gesagt wurde: ‘Was wollt ihr denn, ihr braucht doch den Wartburg nicht zu kaufen, den verkaufen wir im Ausland.’ [...] ‘Das ist das erste Mal, daß wir in aller Öffentlichkeit zugeben, daß unser Gerede vom fortschrittlichen Industrieland, Technologiehöchstand usw. alles nur Lüge ist.’ [...] ‘Da den DDR-Bürgern aber derzeit keine andere Wahl bleibt beim Kauf hochwertiger Konsumgüter, geht die Erhöhung der Preise zur Last der eigenen Bevölkerung. [...] Was unsere Waren wirklich wert sind, das zeigen die Schleuderpreise auf den westlichen Märkten, zu denen wir unsere Waren verkaufen.’ [...] ‘Also, was sollte denn das Gequatsche auf der Konferenz⁴⁴⁴ neulich, da erzählt der Heini einen Mist, das jeder Ökonomie widerspricht, schwafelt was von Kosten für Bildung usw. und die klatschen auch noch dazu. Über soviel unwissenschaftliche Agitation hätte letzten Endes betretenes Schweigen herrschen müssen.’ [...] ‘Ich glaube, wenn das so weitergeht, kollabiert unsere Wirtschaft genau so wie in Polen... Wenn wir nicht von der BRD die Transi-pauschale hätten, sähe es noch schlimmer aus.’ [...] ‘Sicher ist das eine große Leistung [der 1-Megabit-Speicher], aber wenn der Honecker sagt, das sei ein Beweis der Überlegenheit des Sozialismus, dann bin ich doch der Meinung, daß nur der überlegen ist, der das Tempo bestimmt und zuerst da ist.’ [...] ‘Die Leistung wird anerkannt, aber immer wieder darauf hingewiesen, daß wir bisher Milliarden investiert haben, aber noch nicht eine Mark wieder hereinbekommen haben.’ [...] ‘Der Rother⁴⁴⁵ lernt nichts, das ist diese alte Garde, die nicht rechts oder links blickt und aus dem Laufe der Geschichte nichts lernt. Solche Leute müssen ganz einfach weg, da hat der Gorbatschow Recht. Nur rumschreien und Leute beschuldigen, ohne nach den realen Ursachen zu fahnden, kann jeder.’ [...] Nach wie vor

443 Siehe S. 27 dieser Arbeit.

444 Bestarbeiterkonferenz.

445 Parteisekretär der Industriekreisleitung. Angespielt wird hier auf eine angebliche Beschimpfung der Beschäftigten des Forschungszentrums W durch Wolfgang Rother. Danach sollten sie sich an den Leistungen des Kombinatbetriebes ZMD ein Beispiel nehmen.

gibt es unter vielen Genossen eine Unsicherheit, [...] die man wie folgt zusammenfassen könnte: Das Vertrauen in die Wirtschaftskraft sinkt, die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung sei gegenwärtig nicht zu erkennen; in der Versorgungslage hat sich in den letzten 13 Jahren nichts verändert; die Informationspolitik ist unreal und wird immer unglaubwürdiger; die übergeordnete Leitung kann uns keine Antworten geben, verlangt aber, daß sich jeder Genosse den Fragen stellen soll. [...] 'Das mit dem 1-M[ega]bit-Speicher, wird erzählt, ist auch nur Schwindel, die haben sich einen von Siemens besorgt, um etwas zum vorzeigen zu haben'⁴⁴⁶. [...] Es ist langsam bezeichnend, daß, wenn sich zwei Genossen treffen, daß negative Erlebnisse ausgetauscht werden.⁴⁴⁷

Wie die tatsächliche Qualität des 1-Megabit-Speichers zu bewerten war, geht indirekt aus Berichten des Inoffiziellen Mitarbeiters „Michael“ aus den Monaten September bis Dezember 1988 hervor. Die Rede ist dort von noch nicht behobenen physikalischen Defekten, die eine volle Funktionsfähigkeit nicht zuließen und die Produktion der Schaltkreise in größerer Stückzahl gefährdeten. Etwa 65 Prozent aller technologischen Schritte würden zwar beherrscht, 35 Prozent hingegen aber nur unter Laborbedingungen „improvisiert“⁴⁴⁸ – ein Offenbarungseid sondergleichen. Zum 256-Kilobit-Speicherschaltkreis heißt es in einem anderen Bericht von „Michael“, daß gegenwärtig 20 Lose⁴⁴⁹ in Bearbeitung seien und es sich erst erweisen müsse, wie hoch die Gutasbeute sein werde, wobei die Erwartungen bei ein bis fünf Prozent lägen. Für die Massenproduktion fehlten aber zudem zahlreiche Geräte, sogenannte Technologische Spezialanlagen. Was die Eigenentwicklung einiger Typen angehe, komme dies in den „nächsten 5–6 Jahren nicht in Betracht“.⁴⁵⁰ Zum Sicherungsauftrag, daran sei hier nochmals erinnert, gehörte es, das Bekanntwerden solcher negativen Kenntnisse zu verhindern.

Die Arbeitskräftediskussion im Forschungszentrum lebte Ende des Jahres erneut auf. Insgesamt seien 500 Mitarbeiter zu UA (Kombinatsbetrieb U) „gegangen“, darüber hinaus sei dort die Planstelle des Gruppenleiters gestrichen worden. Diese Art der Arbeitskräfteeinsparung wurde von der Be-

446 Meinungsäußerung eines Parteisekretärs. Was den Schwindel betrifft: Der Verfasser kann aus seinen Kenntnissen heraus diese Vermutung, die auch David Gill und Ulrich Schröter in: Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991, S. 84 vertreten, nicht bestätigen. Das Kopieren/Beschaffen von Soft- und Hardware bedeutet nicht, daß der Honecker gezeigte Chip ein Siemensprodukt gewesen sein muß. Zeiss hatte durchaus eigene Chips.

447 OD Zeiss Jena vom 30.9.1988: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

448 Die Prognose für die im Oktober beginnende Produktion orientierte auf eine Gutasbeute von nicht über 1 Prozent, in: Referat 1 der OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ vom 2.9.1988; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Weitere Angaben hierzu in: Referat 1 der OD Zeiss Jena, Bericht – am 23.12.1988 – des IM „Michael“ an Major Winkler vom 27.12.1988; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

449 Auflagenmenge von Losen mit je einer bestimmten Anzahl von Wafern bzw. Chips.

450 Referat 1 der OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 16.11.1988: „Hinweise zum Stand der Realisierung und Inbetriebnahme der ZVE 1 im ZMD“ gegeben am 28.10.1988; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

legschaft mit dem Hinweis scharf kritisiert, daß die von den Gruppenleitern bisher ausgeführten Aufgaben dennoch blieben.⁴⁵¹

Im Kombinatbetrieb D hatte sich die Lage zugespitzt. Die Planerfüllung zu Speziellen Objekten der Panzermodernisierung könne nicht realisiert werden und negative Auswirkungen auf die Kollektive seien erheblich, heißt es. Die Kritik der Kollektive wachse, ebenso die Lohneinbußen und die Zahl der Einsätze an Sonn- und Feiertagen. Auch diskutierte die Belegschaft „immer offener über Planmanipulationen“ und weigere sich, daran teilzunehmen, monierte fehlende Arbeit in der Arbeitszeit wegen nicht vorhandener Geräte und Materialien.⁴⁵² Ein Kollege brachte die Stimmungslage auf folgenden Nenner:

„Das Gerede über Plan und Arbeits- und Lebensbedingungen hier interessiert mich nicht mehr. [...] Jahr für Jahr erzählen die hier, daß sich was ändert. Jedes Jahr heißt es, das ist das letzte Mal, dann hört die Hektik auf, oder die versprechen uns neue Maschinen. [...] Immer wieder tauchen irgendwelche Leute auf, die von uns wissen wollen, was verändert werden muß. Wir erzählen unsere Probleme, aber du hörst nie wieder etwas von denen. Jetzt sagen wir, daß wir keine Zeit mehr haben und lassen sie einfach stehen. Ich mache meine Arbeit, alles andere ist mir scheißegal!“⁴⁵³

Auffallend ist die Symmetrie der Stimmungslage und der Schlußfolgerungen, sowohl in verschiedenen Betrieben des Kombinates wie auch auf verschiedenen betrieblichen Ebenen. In einer Information der MfS-Bezirksverwaltung Gera vom 13. Dezember wurde die Lage im Kombinatbetrieb D besonders kritisch bewertet. Im Zusammenhang mit diversen Problemen habe man in Kooperation mit der Fachdirektion Inspektion und Sicherheit „in ausgewählten Schwerpunktbereichen tiefgründige Kontrollen und Befragungen“ mit dem Ziel durchgeführt, die Ursachen für die Mißstände aufzudecken. Zu verzeichnen waren neben den obligaten Planrückständen und Qualitätsproblemen deutlich vermehrt Parteiaustritte, die Kündigung eines APO-Sekretärs, Eingaben und verschiedene Verweigerungshandlungen. Die Gründe für die Parteiaustritte wurden wie folgt benannt: „[...] die allgemeine politische Situation in der DDR, die ungenügende Informationspolitik durch die Massenmedien, Mängel und Mißstände in der Versorgung der Bevölkerung [und das] Betriebsklima (z. B. schlechtes Arbeitsklima und schlechte Arbeitsorganisation).“⁴⁵⁴

Die Ursachen und ihnen zugrundeliegende Argumente „mache[n] deutlich, daß insbesondere hauptamtliche Betriebsfunktionäre zu wenig vor Ort in den Kollektiven politisch-ideologisch“ arbeiteten. Sie gingen den Auseinander-

451 OD Zeiss Jena, zusammenfassender Bericht des HFIM „Anker“ vom 31.10.1988: „Monatliche Berichterstattung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

452 Abt. XVIII/5 der BV Gera, Hauptmann Schwalbe, vom 4.11.1988: „Information zur Lage im KB-D“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material. Vgl. Dokument 12, S. 232–236 und Dokument 16, S. 245–248.

453 Information zur Lage im KB-D vom 4.11.1988.

454 BV Gera, Oberst Dangrieß, vom 13.12.1988: „Information über die Lage im Kombinatbetrieb D des VEB Kombinat Carl Zeiss Jena“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

setzungen aus dem Weg. Der Anlaß dieser „Tiefenkontrolle“ war, daß die Militärabnahme Erzeugnisse wegen Fehlerhaftigkeit zurückgewiesen hatte. Laut MfS-Bericht war die handwerkliche Einstellung der Beschäftigten am Prüfstand mangelhaft. So sei beispielsweise von den „Beschuldigten“ auf noch viel „schlimmere Zustände“ verwiesen worden. Das Ermittlungsergebnis des MfS lautete – nicht überraschend –, daß die vom Staat geforderte Einheit von ideologischer Einstellung und fachlichem Einsatz nicht vorhanden war. Es „läßt klar erkennen, wie man zur Problematik der ‘definierten Produktionsbedingungen’ steht. [...] Es muß eindeutig festgestellt werden, daß es sich bei diesen [...] angeführten Verstößen gegen die ‘definierten Bedingungen’ um keine Randerscheinungen handelt.“⁴⁵⁵

Die verschiedenen Probleme führten „in ihrer Komplexität zu Unzufriedenheit, Gleichgültigkeit und Desinteresse“.⁴⁵⁶ In dieser zusammenfassenden Analyse der MfS-Bezirksverwaltung wurden folgende Gründe nicht genannt, obwohl inoffizielle Mitarbeiter Einschätzungen abgeliefert hatten, die zu solchen Einschätzungen hätten führen müssen: die Informations- und Kommunikationsbeschränkung, die Legendierung, die politisch orientierte Personalselektion, die Wissenschaftspolitik, die fehlende industrielle Kontinuität und der fehlende Markt. Einige inoffizielle Mitarbeiter wählten in ihrer Berichterstattung den Mittelweg einer Synthese von Zukunftsoptimismus und Kritik an fehlenden technischen Möglichkeiten. Sie nahmen gelegentlich die betreffenden Personen zumindest pauschal in Schutz,⁴⁵⁷ ohne aber Systemfehler zu benennen. „Michael“ beispielsweise sprach davon, daß die Probleme nicht subjektiv begründet seien und die Kollektive vielmehr gewissenhaft und „mit hohem persönlichen Einsatz“ arbeiteten, es aber diverse Fehlbestände an Geräten gebe.⁴⁵⁸

4.6. 1989: Der Zusammenbruch

Dem Jahresarbeitsplan der Objektdienststelle Zeiss Jena für 1989 ist zu entnehmen, daß sich am Aufgabenspektrum im Sicherheitsbereich des Kombinatens keine grundsätzlichen Veränderungen ergeben hatten. Die Sicherung der Schwerpunktbereiche in Forschung und Entwicklung von Erzeugnissen und Technologien der Speziellen Produktion und der Höchstintegration standen nach wie vor an erster Stelle des Maßnahmekatalogs. Die entsprechenden

455 Ebenda.

456 Ebenda.

457 Dies unterstützt nicht jene Auffassung, nach der IM in Bereichen der Volkswirtschaft vor allem „entpersonalisierte“ Sachaufgaben im Sinne einer „Störfreimachung“ zu lösen hatten, also „niemandem Schaden zufügten“.

458 OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 13.6.1988: „Einschätzung des gegenwärtigen Arbeitsstandes zur Herstellung von Speicherschaltkreisen im ZMD“ am 7.6.1988; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

Passagen lesen sich wie folgt: „Die Sicherung [...] der LVO-Produktion wird über Schlüsselpositionen und durch operativen Einfluß auf die Einhaltung der ‘definierten Bedingungen’ ausgerichtet.“ Breiten Raum nahmen Ausführungen in bezug auf die Antragsteller auf Übersiedlung ein:

„Die politisch-operative Arbeit im Bereich der Antragsteller konzentriert sich auf die offensive Einflußnahme zur Nichtstellung von Anträgen auf ständige Ausreise und zur Akzeptanz der staatlichen Entscheidung nach Ablehnung. Entsprechend der festgelegten Verantwortlichkeiten zur Führung der politisch-ideologischen Arbeit im Rückdrängungsprozeß unter Führung der SED sind der IKL/SED auswertbare Informationen aus der op[erativen] Arbeit regelmäßig auf festgelegten Informationsebenen zuzustellen. [...] Der Differenzierungsprozeß unter den Antragstellern ist konsequent weiterzuführen und zu vervollkommen. Dabei sind Personen herauszuarbeiten, von denen die größten Gefahren für die staatliche Sicherheit ausgehen. [...] Zur Beherrschung der Lage unter den Antragstellern sowie der zielgerichteten Erarbeitung von Informationen werden gemäß der Weisung des Leiters der OD weitere Kontaktpersonen unter Antragstellern geschaffen.“⁴⁵⁹

In dem Papier heißt es ferner, daß gegenwärtig elf OPK und OV zu „Einreichern auf Übersiedlung“ bearbeitet würden. Als Schwerpunktmaterialien wurden die OV „Mulde“ und „Schleifer“ sowie die OPK „Brücke“ genannt. Zum OV „Schleifer“ heißt es:

„In der bisherigen Bearbeitung der im OV erfaßten Personen wurden durch die Realisierung differenzierter operativer Maßnahmen (Inhaftierung, Übersiedlung, Disziplinierung) die operativen Zielstellungen zur Zerschlagung eines feindlichen Zusammenschlusses sowie der Verhinderung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten erfüllt.“⁴⁶⁰

In einer Information der MfS-Bezirksverwaltung Dresden an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Hans Modrow, zur Situation unter der Belegschaft des Zentrums Mikroelektronik Dresden wird eine destruktive Stimmungslage konstatiert:

„Für den VEB ZMD charakteristisch ist die Konzentration vieler und z. T. hochqualifizierter Wissenschaftskader, die vor allem in den Direktionsbereichen Verfahrensentwicklung, Erzeugnisentwicklung und Rechentechnik eingesetzt sind. Ein nicht geringer Anteil von ihnen wird in der Arbeit weniger durch politische Überzeugung und gesellschaftliche Interessen als vielmehr durch wissenschaftlichen Erkenntnisdrang oder persönliches Erfolgsstreben motiviert. Dieser Personenkreis ist besonders anfällig für gegnerische ideologische Einflüsse, was sich darin zeigt, daß er beeindruckt ist vom Entwicklungstempo der Mikroelektronik in westlichen Ländern und

459 OD Zeiss Jena der BV Gera vom 27.12.1988: „Schwerpunktaufgaben 1989 der Objektdienststelle Zeiss Jena“, GVS 0050-379/88; BStU, ASt Gera, OD Zeiss 003229, Bl. 1–84.

460 Ebenda, Bl. 31.

teilweise pessimistische Positionen zu den erreichten Ergebnissen und den strategischen Aufgaben seines Betriebes vertritt.“⁴⁶¹

Angesichts des Umstandes, daß das MfS Kenntnis von der tatsächlichen Lage gehabt hat, ist eine solche Berichterstattung verblüffend. Nur unter der Voraussetzung eines absoluten Gehorsams gegenüber der Parteiführung lassen sich die aufgeführten Argumente wie Negierung der Leistungsentwicklung zum 1-Megabit-Speicherschaltkreis, Herabwürdigung des Standes der Mikroelektronik und Angriffe auf die Informationspolitik der DDR „verstehen“. Der Bericht nennt weiterhin 98 Austritte aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, zwölf kollektive Eingaben, Mißmut über die Auswahl jener Personen, die ausgezeichnet wurden, Zweifel an der Fach- und Sachkenntnis der Kombinatleitung, Inkonsequenzen in der Durchsetzung der Geheimhaltungsbestimmungen u.a.m.

Alle diese Reaktionen waren die zwingende Folge einer seit 1985 „galoppierenden“ wissenschaftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Destruktion, deren Etappen und Merkmale das MfS zur Kenntnis nahm und durch eigenes Tun förderte. Noch im Januar 1989 propagierte Biermann öffentlich den Begriff „Spitzenkader“, kritisierte das Bildungssystem der DDR, sah aber positive Akzente in der kombinatseigenen Ausbildung. Ist ihm verborgen geblieben, daß gerade in seinem Kombinat die Destruktion vorhandener personeller Ressourcen um sich griff? Oder müssen wir bei ihm zwischen den Zeilen lesen: „Wenn ein Spitzenkader nach wenigen Jahren ‘verbraucht’ ist, haben wir versagt“.⁴⁶² Immerhin lagen dem MfS entsprechende Erkenntnisse vor, die auch Biermann gehabt haben könnte,⁴⁶³ wenn er nicht sogar selbst Zeuge entsprechender Debatten gewesen war, wie im Falle der im Ergebnis der oben beschriebenen Situation einberufenen Parteiaktivtagung am 1. März 1989.

Laut MfS soll diese im Zentrum für Mikroelektronik Dresden und im Beisein von Hans Modrow stattgefundene Tagung „konstruktiv-kritisch“ gewesen sein und die Beurteilung der Lage dem „derzeitigen politisch-ideologischen und ökonomischen Entwicklungsstand im Betrieb“ entsprochen haben. Grundtenor des zusammenfassenden MfS-Berichts vom 20. März 1989 ist die Feststellung, daß für die mangelhafte Situation Leitungsdefizite verantwortlich seien. Eine „Vielzahl der Genossen“ habe die „ohne Ansehen der Person“ geübte Kritik Biermanns bestätigt, die das „ungenügende [...] vertrauensvolle Zusammenwirken“ der Fachbereiche zum Inhalt hatte. Immerhin läßt der im Zuge einer „breiten Auswertung der Parteiaktivtagung sowohl in den Direktionsbereichen als auch in den Parteikollektiven“ verfaßte Bericht erkennen, daß sich die kontroversen Wogen noch nicht geglättet hatten: Die

461 BV Dresden an Modrow und Hoke vom 28.2.1989: „Information über die Situation im VEB Forschungszentrum Mikroelektronik Dresden (ZMD)“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

462 Wolfgang Biermann: Mikroelektronik in der Volkswirtschaft der DDR, in: Einheit 44 (1989) 1, S. 27–32, hier 31f.

463 Vgl. S. 98 dieser Arbeit.

auf der Parteiaktivtagung von Biermann bekanntgegebene Abberufung des Projektleiters für den 4-Megabit-Speicher, Professor Landgraf-Dietz, wurde als „Bauernopfer“ und der Diskussionsbeitrag des Projektleiters für den 4-Megabit-Speicher und Kandidaten des ZK der SED, Professor Junghans, als „Selbstbeweihräucherung“ bezeichnet.⁴⁶⁴

Nach Auffassung eines inoffiziellen Mitarbeiters sollte im Frühjahr 1989 die „neue Profilierung“⁴⁶⁵ bereits eine „entscheidende Orientierung“ – nicht zuletzt auch für das Zentrum für Mikroelektronik Dresden – gebracht haben. Dazu fand am 11. Mai 1989 eine Beratung der Arbeitsgruppe Mikroelektronik statt:

Die Kombinatbetriebe U und D sollten „sowohl forschungs- als auch produktionsseitig vollständig auf die Produktion von Elektronikmaschinen umgestellt werden. Im KB-U ist die Produktion von Kosmostechnik einzustellen. Der Export Spezielle Produktion wird auslaufen. LVO-Produktion erfolgt nur noch zur Bedarfsdeckung von Anforderungen des MdI, MfS, HV A. Zukünftige Hauptlinien für die KB-U und -D sind Entwicklung und Produktion von Implantern, Großfeldsteppern, Ätzen, Hochleistungsoptik. Dazu haben sich die U-Kollektive [...] neu zu profilieren.“⁴⁶⁶

Diese ständig neuen „Profilierungen“, besser Kehrtwendungen, war man aber in den Betrieben längst leid. Nicht nur aufgrund der Aufgabe des Projektes 016 galt intern die Zusammenarbeit mit der UdSSR auf dem Gebiet der Mikroelektronik als aussichtslos. Die bestehenden Vereinbarungen beider Länder würden von der UdSSR nicht mehr erfüllt und anerkannt werden. Auch eine Beratung auf Ministerebene (Kolesnikow vom Ministerium für Elektroindustrie der UdSSR und Meier vom Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik) sei ohne Ergebnis verlaufen. Ein entsprechender Bericht hierzu liest sich wie eine Rückbesinnung auf das traditionelle Profil Carl Zeiss Jena.⁴⁶⁷ Kennzeichnend für das Jahr 1989 war auch der Versuch der DDR, den NSW-Export von Technologiegeräten der Mikroelektronik zu forcieren, das heißt dem Kommerz verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken.

464 OD Zeiss Jena vom 20.3.1989: „Information über Reaktionen von Beschäftigten des VEB Forschungszentrum Mikroelektronik Dresden im Ergebnis der am 1. März 1989 stattgefundenen Parteiaktivtagung“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material; „Diskussionsbeitrag des Generaldirektors, Gen. Prof. Dr. Dr. h. c. Biermann, zur Parteiaktivtagung im ZMD am 1.3.1989“, ohne Angabe der Institution und des Datums; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

465 Am 14.2.1989 legte das Politbüro neue Grundprämissen „der Profilierung der speziellen Kapazitäten des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena“ fest, in: „Grundsätze der Profilierung“, mit Bestätigungsvermerk des Generaldirektors vom 24.3.1989; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

466 Referat AI der OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 20.5.1989: „Bestimmung neuer Profillinien im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena“ gegeben am 12.5.1989; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

467 Referat AI der OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 20.5.1989: „Stand der Verhandlungen mit der UdSSR zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet Mikroelektronik“ am 18.5.1989; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

Hierzu gab es mehrere hochkarätig besetzte Beratungen, an denen Staatssekretär Karl Nendel teilnahm. Ein Konfliktpunkt war dabei die Problematik der Sicherheitsbedingungen. Es mußte einerseits die LVO-Nomenklatur für entsprechende Teile der „Elektronikfabriken“ geändert werden, andererseits waren einige Geräte nicht verkäuflich, da sie Produkte illegalen Importes darstellten, zum Beispiel Technologische Spezialausrüstungen.⁴⁶⁸

Auf der Grundlage des Politbürobeschlusses vom 14. Februar 1989 wurde eine Profilierung des Kombimates Carl Zeiss Jena beschlossen, die, nach den Ausführungen des Inoffiziellen Mitarbeiters „Michael“ von folgenden Prämissen ausging: Das Zentrum für Mikroelektronik Dresden sollte die generelle Aufgabe der Herstellung mikroelektronischer Schaltkreise der Typen 256-KDRAM, 1-MDRAM und ASICs⁴⁶⁹ erhalten; der Kombinatbetrieb D sollte den Übergang von der militärischen zur zivilen Produktion (statt Panzerzubehör nun Elektronikmaschinen) vollziehen; das Forschungszentrum U sollte weiterhin Entwicklungsarbeiten für Technologische Spezialausrüstungen durchführen; und der Kombinatbetrieb G mußte wesentliche „Einschränkung bezüglich des Programms ‘Lith’“ hinnehmen. Darüber hinaus werde die DDR keine Technologischen Spezialausrüstungen mehr aus dem kapitalistischen Ausland bekommen (offenbar griffen die Embargobestimmungen immer besser⁴⁷⁰), die UdSSR habe zudem vereinbarte Lieferungen storniert, und andererseits könne die DDR „innerhalb der nächsten zwei Jahre einige wesentliche Technologische Spezialausrüstungen nicht entwickeln und produzieren“.⁴⁷¹ Das Fiasko war vollendet.

Kein Wunder also, wenn das Betriebsklima unaufhaltsam erodierte. Rücktrittsabsichten staatlicher Leiter häuften sich:

„In diesem Zusammenhang hat der Versuch des BD [Betriebsdirektor], Prof. [A], die Leitung des Betriebes abzugeben, zu einer erheblichen Verunsicherung im Kollektiv geführt. Zwischenzeitlich wurde der Quelle auch bekannt, daß sich weitere Leitungskader [...] um eine neue Tätigkeit bemühen. Diesen Versuchen wurde durch die Kombinateleitung entschieden entgegengetreten.“⁴⁷²

468 OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 10.7.1989: „Bewertung von Grundbedingungen zum Anlagenexport Elektronikfabriken“ gegeben am 4.7.1989; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

469 Anwenderspezifische Schaltkreise.

470 In den DDR-Medien wurde dies permanent bestritten, wobei häufig auf entsprechende Argumente aus der westdeutschen Wirtschaftspublizistik zurückgegriffen wurde, die die Embargopolitik der USA kritisierten. So, wenn von unzulässigen Übergriffen auf die Souveränität der USA-Verbündeten die Rede war und der eigene Zugriff auf den Know-how-Transfer gefährdet schien. Vgl. Walter Florath: Embargo – Fehlinspektion, in: Die Weltbühne vom 29.9.1987, S. 1217–1220, hier 1218f. Vgl. auch Buthmann: Die Abteilungen 5 und 8 der HA XVIII (in Vorbereitung).

471 OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 22.6.1989: „Information zur weiteren Profilierung von KB des KCZ“ am 19.6.1989; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

472 OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 13.7.1989: „Situation im VEB ZMD hinsichtlich Realisierung der Planaufgaben zur Bauelemente-Produktion“

Oberstleutnant Teller nahm die ideologische Situation (im Kombinatbetrieb U) ins Visier seiner Kritik. Danach seien die Genossen zu ruhig. Um „möglicherweise falsche Standpunkte“ zu vermeiden, hielten sie sich aufgrund der Differenziertheit in der Entwicklung der sozialistischen Welt in Parteiversammlungen zurück. Man vermisse insbesondere eine ausreichende Informationsaktivität der Partei, klagten sie. Die Einsatzbereitschaft der „Genossen Kämpfer“ im Kampfgruppenbataillon „Emil Wölk“ sei durch eine unklare Haltung gekennzeichnet, vor allem „bezüglich von Einsätzen zur Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung und Ruhe gegenüber negativ-feindlichen Personenkreisen aus der Jenaer Bevölkerung, die schon 1988 mit öffentlichen Aktionen in Erscheinung getreten waren“.⁴⁷³ Alles in allem ein deutliches Wetterleuchten des nahenden Herbstes.

Auch im Kombinatbetrieb D nichts Neues: Unkontinuierliche Planerfüllung bei allen wichtigen Erzeugnisgruppen wurde ebenso moniert wie die konzeptionslose Führungs- und Leitungstätigkeit der Betriebsleitung. In „breiten Kreisen der Belegschaft“ sei ein negatives Stimmungs- und Meinungsbild zu verzeichnen. Dazu häuften sich Verstöße gegen die „definierten Produktionsbedingungen“ und gegen die Arbeitsdisziplin.⁴⁷⁴ Auch nahmen Fluktuationsabsichten, Parteiaustritte und Arbeitsbummelei deutlich zu. Das Qualifikationsniveau der Beschäftigten ließ offensichtlich zu wünschen übrig. So würde nichtqualifiziertes Personal eingesetzt, obwohl in diesen Bereichen der Speziellen Produktion gerade gut ausgebildetes und erfahrenes „Kaderpersonal“ gebraucht würde. Das MfS übte sich in Selbstherrlichkeit mit der Feststellung: „Obwohl durch unser Organ ca. 1.300 Werktätige des KB-D bestätigt sind, erfolgen ständig Neueinreichungen mit der Bemerkung: ‘Wir brauchen qualifizierte Leute’“.⁴⁷⁵ Ob Oberstleutnant Teller begriffen haben mag, daß mit dieser Forderung die Personalpolitik unter den Prämissen der Sicherheitspolitik implizit kritisiert wurde?⁴⁷⁶

Eine Statistik⁴⁷⁷ für den Zeitraum August 1969 bis August 1989 ruft noch einmal eine wesentliche Aufgabe des MfS zur Kadersicherung in Erinnerung. Danach hatten die für das Kombinat Zeiss Jena zuständigen Dienststellen insgesamt 890 NSW-Reisekader zu sichern, wovon auf die Objektdienststelle Zeiss Jena für ihren Jenaer Verantwortungsbereich 645 Personen entfielen. Zu dieser Zeit unterhielt das Kombinat im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet 7 Gemischte Gesellschaften und 18 Technisch-Kommerzielle Büros, in denen sich 52 „erstdelegierte Kader“ der äußeren Absatz- und Bezugsorgane

gegeben am 4.7.1989; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

473 OD Zeiss Jena, Oberstleutnant Teller, vom 12.6.1989: „Information zur Ökonomie der Forschung und Produktion im JGW“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

474 Siehe Dokument 16, S. 245–248.

475 Ebenda, S. 248.

476 Vgl. hierzu die Ausführungen zum Jahr 1986, insbesondere S. 86–88 dieser Arbeit.

477 Abt. XVIII der BV Gera und OD Zeiss Jena vom 1.9.1989: „Analyse zu gegnerischen Angriffen auf die Außenwirtschaftsbeziehungen des Kombines VEB Carl Zeiss Jena im Zeitraum 1969 bis August 1989“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

befanden. Im genannten Zeitraum verließen 17 Personen dieser Kategorie die DDR (9 NSW-Reisekader, 8 Auslandskader). Das MfS arbeitete folgende Motive heraus: feindliche Einstellung „durch mögliche geheimdienstliche Beeinflussung“ (3 Fälle), „übersteigerte materielle Interessiertheit“ (8), „moralisches Fehlverhalten“ (1), „nach eigener Bewertung fehlende berufliche Perspektive“ (3) sowie „persönliche Probleme“ (2).⁴⁷⁸ In zwei Fällen waren die Rückführungsversuche des MfS erfolgreich. Durch sie gewann das MfS Kenntnisse über Vorgehensweisen und Interessenkomplexe der „imperialistischen Geheimdienste“. Diese Interessen waren weitestgehend mit den Sicherungsaufgaben im Rahmen der Wahrung der Staatsgeheimnisse und der Kaderversicherung identisch. Genannt wurden unter anderem: Strategien der forschungspolitischen Profile des Kombinates, Strukturen und Perspektiven des Außenhandels sowie Informationen über das Leitungspersonal des Kombinates. In bezug auf die „Angriffe der Konkurrenzunternehmen“ des Kombinates Zeiss Jena fanden sich Schwerpunkte wie die „Abwerbung von Spezialisten“, die „politische Einflußnahme auf staatliche Stellen und Unternehmen“, der „Kampf um gültige Warenzeichen“, die Beeinflussung von „Forschung und Entwicklung im Rahmen von Kooperationsgeschäften“ sowie Versuche der „Korruption und Abschöpfung von Mitarbeitern des Kombinates“.⁴⁷⁹ Die „Angriffe der feindlichen Geheimdienste“ auf die Außenwirtschaftsbeziehungen im Bereich der Mikroelektronik wurden nach den Erkenntnissen des MfS wie folgt realisiert: Über die Durchsetzung der Embargomaßnahmen in Form einer „Einflußnahme auf westliche Unternehmen“, die „Teilnahmebeschränkungen für DDR-Vertreter bei Fachveranstaltungen“ sowie die „gezielte Ausforschung“ des Entwicklungsstandes der Mikroelektronik.⁴⁸⁰

Das MfS zog im Zusammenhang mit der „Qualifizierung der politisch-operativen Grundlagenarbeit“ folgende Schlußfolgerungen: konzentrierter und abgestimmter Einsatz inoffizieller Mitarbeiter zur Klärung der Frage „Wer ist wer?“, die Durchführung „gezielter Werbungen ausgewählter NSW-Reisekader und Auslandskader vor ihrem ersten Einsatz“ sowie die Prüfung der Notwendigkeit von „operativen Nachkontrollen“ bei Auslandskadern, die in Schwerpunktbereichen des Kombinates eingesetzt werden sollten. Darüber hinaus sei zu prüfen gewesen: der „generelle Einsatz von operativ-technischen Maßnahmen⁴⁸¹ [...] sofort nach Beendigung“ des Auslandseinsatzes, die „Kontaktierung aller nicht in die inoffizielle Arbeit des MfS einbezogenen Auslandskader“ sowie aller neu zu bestätigenden NSW-Reisekader vor Antritt ihrer ersten Dienstreise. Letzteres diene der Schaffung von Vertrauensverhältnissen und der Gewinnung von „Lageinformationen“ sowie der

478 Ebenda.

479 Ebenda.

480 Ebenda.

481 Beispielsweise Abhörenanlagen in der Wohnung des Überprüften.

Fortsetzung der Dossier-Arbeit⁴⁸² zu „ausgewählten Konkurrenzunternehmen und Kooperationspartnern“ im „Operationsgebiet“.

Für die Sicherung des Außenhandelsbetriebes, speziell im Bereich der Mikroelektronik, sah das MfS den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern in allen relevanten Organisationseinheiten vor, um so „mögliche ökonomische und personelle Negativerscheinungen“ rechtzeitig erkennen zu können. Als Schwerpunkte galten der „zielgerichtete Einsatz“ aller verfügbaren Quellen des MfS, um Anbieterfirmen zum Zwecke der „Umgehung von Embargomaßnahmen“ aufzuklären sowie die Prüfung „zielgerichteter Werbungen“ in diesen Firmen selbst.⁴⁸³

Bis in den Frühherbst 1989 hinein hat es keine grundsätzlichen Modifikationen in den wichtigsten Aufgabenbereichen des MfS gegeben. Die verengte Perspektive des MfS auf „feindliche Handlungen“, gleich ob diese von außen oder von innen stimuliert schienen, ließ in der Analytik keinen Spielraum für das Erkennen systematischer Fehler in der Volkswirtschaftsplanung der SED und keine Handlungsmaximen gegen inkompetentes Verhalten der Parteimenklatura zu.

Noch Ende August teilte der Inoffizielle Mitarbeiter „Michael“ seinem Führungsoffizier den unaufhaltsamen Gang in der Mikroelektronikentwicklung mit: Die Entwicklung bis zum 4-Megabit-Speicherschaltkreis würde weitergeführt werden.⁴⁸⁴ Ende Oktober 1989 unterhielt sich „Michael“ mit seinem Führungsoffizier über die Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR. Auffällig ist, daß Schwierigkeiten offenbar kaum noch reflektiert worden sind. Aus den internationalen Trends in der Mikroelektronikanwendung leitete er die notwendigen strategischen Konzeptionen des Kombines VEB Carl Zeiss Jena ab:

„1. Eine Marktkonzeption/Strategie, mit der wir unsere Erzeugnisse des Elektronikaschinenbaus international bekannt machen und auf den Markt überführen. [...] 2. Entwicklung von Forschungskonzeptionen, die sichern, daß KCZ Jena Elektronikaschinen auf den Markt bringt, die in der Mikroelektronikproduktion gebraucht werden, d. h. Entwicklung und Produktion von Elektronikaschinen, die im Technologieniveau 7 und 8 eingesetzt werden können“.⁴⁸⁵

482 Die Art und Weise der „Dossier-Arbeit“ war definitiv geregelt; vgl. OD Zeiss Jena, Major Klaus-Dieter Natrott, vom 30.3.1989: „Aufbau der Dossier-Arbeit auf der OD Zeiss“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

483 Analyse zu gegnerischen Angriffen vom 1.9.1989 (Anm. 477).

484 Abt. XVIII der BV Gera an Lagegruppe OES vom 12.11.1989: „Tagesbericht zur Lage“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

485 Referat AI der OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler vom 30.10.1989: „Einschätzung von grundsätzlichen Bedingungen für die weitere Entwicklung bzw. Ausbau der mikroelektronischen Industrie in der DDR“ am 23.10.1989; BStU, ASt Gera, VSH OD Zeiss 000017, Bl. 7–9.

Epilog

Das Kombinat Carl Zeiss Jena meldete laut einem Tagesbericht des MfS vom 12. November 1989 eine komplizierte Lage. Zahlreiche Bürger hätten das Land verlassen, darunter sei besonders der Verlust von Spezialisten zu beklagen. Auch Biermann habe vor, Jena zu verlassen. „Konstruktive Vorschläge“ wurden gleich mitgeliefert: Es sei dringend erforderlich, „ausländische Arbeitskräfte zum Einsatz zu bringen“, und der Verwaltungsapparat müsse drastisch reduziert werden.⁴⁸⁶ Ein inoffizieller Mitarbeiter prophezeite in bezug auf die Abberufung Günter Mittags, „daß es schwerwiegende Entscheidungen“ gegen die Mikroelektronikentwicklung der DDR geben wird. Zur Zeit sei „kein Vorhaben durch die zuständigen Ministerien [...] bestätigt.“⁴⁸⁷

Im Abschlußbericht zum Sicherungskomplex „Heide“ notierte der verantwortliche Leiter im Bereich Grundlagenforschung, Major Günther Büttner (Hauptabteilung XVIII/5), am 29. November 1989, daß die im Maßnahmenplan vom 20. April 1986 festgelegten Sicherungsaufgaben „als abgeschlossen und beendet zu betrachten“ seien. Interessierten Partnern könnten Endprodukte, so sie aus den noch verbliebenen Aufgaben resultierten, „ohne Einschränkungen verkauft“ werden. Ferner hielt er fest:

„Die am 1.5.1988 durch das MWT [Ministerium für Wissenschaft und Technik] neu erlassenen Verfahrensweisen zur Durchsetzung von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz, die die Voraussetzung für staatliche Sicherungskonzeptionen gaben, werden vom MWT mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt [...]. Durch das MWT wurde darauf orientiert, daß die verantwortlichen Generaldirektoren in Eigenverantwortung die Geheimhaltung der Aufgaben des bisherigen Staatsplankomplexes neu bestimmen.“⁴⁸⁸

Was Wissenschaftlern und Entwicklungsingenieuren in den betreffenden Betrieben sowie in der Akademie der Wissenschaften jahrelang die Arbeit zunehmend erschwerte und schließlich unmöglich machte – die Doktrin einer allgegenwärtigen Sicherungspolitik – brach mit diesem Datum jäh zusammen.

486 Siehe Dokument 17, S. 249–251, hier 250f.

487 OD Zeiss Jena, Bericht des IM „Michael“ an Major Winkler am 19.10.1989: „Einschätzung zur Lage/Erstreaktionen“; BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material.

488 HA XVIII/5 vom 29.11.1989: „Abschlußbericht zum Komplex ‘Heide’ – Staatsplanthema Z.06.36“; BStU, ZA, HA XVIII 1994, Bl. 134f. Vgl. Buthmann: Die Abteilungen 5 und 8 der HA XVIII (in Vorbereitung).

5. Resümee

Die Frage nach der Durchsetzung der Kaderversicherung im Bereich des Kombinates Carl Zeiss Jena hat zwingend den Blick auf die wahre Entwicklung und Bedeutung der Hochtechnologie Mikroelektronik in der DDR gelenkt. So wurde deutlich, daß es keine kontinuierliche Entwicklung der Mikroelektronik gegeben hat und daß unter dem Deckmantel dieser Hochtechnologie in nicht unerheblichem Maße militärische Forschung, Entwicklung und Produktion betrieben worden ist.

In der Folge zahlreicher und nicht selten streng geheimer Unternehmungen des Kombinates kam es immer häufiger zu Umstrukturierungen und Profilierungen. Es wäre eine Aufgabe für eine soziologische Studie, das Selbstverständnis des Zeissianers im Lichte dieser Brüche zu analysieren. Fest steht, daß Carl Zeiss Jena nie ein Unternehmen wie jedes andere war:⁴⁸⁹ Die Zeiss-Tradition der „Goldenen Hände“, Sozialverträge, eine beachtlich feste Statuskonsistenz der Belegschaft, Erfindergeist, Innovationskraft, immer aber auch Begehrlichkeiten durch die jeweils herrschenden politischen Mächte, frühere Weltmarktfähigkeit sowie hohe Gewinne oder Verluste seien genannt. Eine Vielzahl von Brüchen und Verwerfungen im Wirtschafts- und Sozialkörper des Kombinates führte nach und nach in eine Krise, die sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zuspitzte.

Freilich lassen sich ernst zu nehmende kritische Stimmen bezogen auf wichtige Konstituenten der Hochtechnologieentwicklung schon seit den frühen achtziger Jahren nachweisen. Auffällig aber ist der Umstand, daß im Verlaufe der achtziger Jahre solche Auffassungen immer intensiver und deutlicher artikuliert wurden sowie zunehmend die gesamte Hierarchie des Kombinates erfaßten, vielleicht mit Ausnahme des Generaldirektors Wolfgang Biermann. Er kapitulierte erst im Spätherbst 1989. Nie wurde begriffen, was symptomatisch weil systembedingt für die DDR war, wie wichtig der „sub-jektive Faktor Mensch“ für die auf Hochtechnologie orientierte Volkswirtschaft war. Der Sicherheitsdoktrin folgend war dieser Faktor lediglich ein ideologischer Topos der DDR-Propaganda; der „Kader“ war, speziell dem MfS, eine austauschbare „Beschäftigteneinheit“. Das Kombinat benötigte aber nicht nur austauschbare Arbeitskräfte zur Erfüllung seiner gigantischen Projekte, sondern erfahrene, hochqualifizierte und kreative Mitarbeiter. Das hat das MfS per Selbstverfaßtheit nicht erkennen können; es offenbarte hierin seinen „blinden Fleck“ als eine Fehlwahrnehmung erster Ordnung.

Ein Vergleich einschlägiger Materialien wie etwa die der Staatlichen Plan-

489 Vgl. dagegen „Zeiss ist ein Unternehmen wie jedes andere“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.3.1995, S. 19.

kommission, des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik oder des Ministeriums für Wissenschaft und Technik hinsichtlich der Potenzen und Bedürfnisse der Volkswirtschaft mit denen der Abteilung I⁴⁹⁰ des Ministeriums für Wissenschaft und Technik oder des MfS zeigt Ignoranz der staatlichen Ebenen gegenüber den tatsächlich vorhandenen Erkenntnissen.⁴⁹¹ Das ist nicht unerheblich, da bis Anfang 1989 mehr als 14 Milliarden Mark⁴⁹² für die Mikroelektronik buchstäblich in den Sand gesetzt wurden, weil nennenswerte Erlöse weitestgehend ausblieben. Diese Wahrnehmungsverweigerung gegenüber den Bedingungen, Möglichkeiten und Resultaten der DDR-Volkswirtschaft resultierte nicht primär aus Willkür oder Verantwortungslosigkeit, sondern war eine Folge übergeordneter Interessen, die wesentlich aus der (militärischen) Hegemonialpolitik der UdSSR abgeleitet waren. Zum anderen waren die altersschwachen und erstarrten Mechanismen des Zentralismus und Nomenklaturkadersystems sowie die innovationsfeindliche Natur der sozialistischen Planwirtschaft für Fehleinschätzungen verantwortlich.

Diese Nicht-zur-Kennntnisnahme der Wirklichkeit durch Partei und Regierung besaß ein auffallendes Pendant auf der Ebene des MfS: Hier fiel die Verdrängung noch fundamentaler und ausgeprägter aus, da der Staatssicherheitsdienst in den entscheidenden personellen Schaltzentralen „wachsam“ und vor allem handelnd vertreten war und sein Ohr in allen relevanten Bereichen von Wissenschaft, Entwicklung und Produktion hatte. Die inoffiziellen und die Monatsberichte zeigen deutlich, wie zutreffend und oftmals ganzheitlich die Beschäftigten ihre und die DDR-Situation gesehen haben. Hierzu sammelte das MfS akribisch unerschöpfliche Mengen empirischen Materials, ohne jedoch einen ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzen befördert zu haben. Dagegen hat das MfS den sicherheitspolitischen Nutzen immer abzurechnen gewußt, ohne auf die damit zusammenhängenden nachteiligen Implikationen für die Volkswirtschaft hinzuweisen. Der tschekistische und elitäre Glaube an Sieg und Überlegenheit des Kommunismus war derart dominant, daß jede Abweichung von der erdachten Wirklichkeit als ein Werk des bösen und immer allgegenwärtigen Feindes erscheinen mußte.

Seit den ersten Tagen der DDR galt es, diesen Feind zu erkennen, aufzuspüren und zu liquidieren. Die Formen und Methoden hierzu wandelten sich im Prinzip nur wenig. Mißstände wurden prinzipiell vom Ansatz „politisch-

490 Abt. Sicherheit. Diese Abt. erarbeitete u. a. auch Analysen und Sachstandsberichte für das Politbüro.

491 So plante das Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik noch im August 1989 die Produktion des 4-Megabit-Speicherschaltkreises; MEE, Felix Meier: Vorschläge zur weiteren Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik in der DDR im Zeitraum 1990 bis 1995 vom 11.8.1989; BStU, ZA, HA XVIII 563, Bl. 82–91.

492 Vgl. Biermann: Mikroelektronik in der Volkswirtschaft, S. 28. Auch in dem Schürer-Papier an Erich Honecker vom 29.4.1989 zu „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989“ sind ca. 15 Mrd. Mark für 1986–1990 angegeben. Danach sind in dieser Summe 2,5–3 Mrd. Valutamark enthalten gewesen. Die Aufwendungen für die Einführung der CAD/CAM- und Rechentechnik betragen zusätzlich ca. 10 Mrd. Mark. In: Ministerrat der DDR, Vorsitzender der SPK, Gerhard Schürer, an Erich Honecker (Brief vom 26.4.1989); BStU, ZA, Bereich Mittag Nr. 148, S. 251–264, hier 252.

operativer Grundprozesse“ her personifiziert, Sachgründe dagegen in aller Regel (zunächst) ausgeschlossen. Da der Feind traditionell in Gestalt des „verführten“ DDR-Bürgers und insbesondere in wichtigen Bereichen der Volkswirtschaft auftrat, galt diesem konsequenterweise die ungeteilte Aufmerksamkeit des MfS. Traditionell waren das die Bereiche der Kombinat- und Betriebsleitungen, der Speziellen Forschung, Entwicklung und Produktion sowie des Außenhandels. Mit den spezifischen Erfordernissen der modernen wissenschaftlich-technologischen Entwicklung auf dem Gebiet der Mikroelektronik wurden zunehmend breitere Kreise des Personals in zu sichernde Bereiche integriert. Etwa 1985 war dem MfS klar, daß die alten Prinzipien der Kadernsicherung den neuen Bedingungen angepaßt werden mußten. Sie verlangten eine flexible, auf Legendierung und Beschränkung der Information orientierte Sicherungspolitik sowie eine aktivere Mitwirkung staatlicher Organe und Leiter. Gleichzeitig mußten Tausende Beschäftigte für die verschiedenen Einsatzaufgaben überprüft, bestätigt und schließlich „gesichert“ werden. Wie ein Brennpunkt all dieser Aufgaben und Bedingungen erscheint in diesem Sinne Carl Zeiss Jena als das Kombinat der Schlüsseltechnologie Mikroelektronik.

Die eingangs formulierten Fragen nach Platz, Grundlagen, Phänomenologie und Bedeutung der Kadernsicherung lassen sich abschließend in sechs Thesen beantworten:

1. These: Die Kadernsicherung war ein genuin politisches Verfahren, das auf Rechtsnormen beruhte und primär mit operativen Mitteln und Methoden realisiert wurde.

Die Vorschriften und Regelungen über den Geheimnisschutz offenbarten das Selbstverständnis der Staatssicherheit. Sie verdeutlichen die staatlicherseits veranlaßte konkrete Mitwirkung praktisch in allen Phasen des Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsprozesses, soweit Fragen der Sicherheitspolitik inbegriffen waren. Die Kadernsicherung war eine auf operativen Methoden aufbauende und unter politisch-ideologischen Prämissen stehende Arbeitsaufgabe des MfS.

2. These: Die Bedeutung und der Grad der Kadernsicherung resultierten daraus, inwiefern dem Gegenstand, der Sache oder der Person ein Schutzbedürfnis im Sinne der aktuell herrschenden Sicherheitsdoktrin zufiel.

Der Zusammenhang von sach- und personenbezogener Sicherung ist nachweisbar. In Abhängigkeit von der Sicherheitsrelevanz gegebener volkswirtschaftlicher und Forschungsobjekte wurden die geltenden Rechtsvorschriften des Geheimnisschutzes auf das Personal angewandt. Bei der Festlegung der sicherheitspolitischen Relevanz eines Objektes, einer Sache oder Person bediente sich das MfS des sogenannten Schwerpunktprinzips. Die „operativen Grundprozesse“, die Sicherungsmaßnahmen sowie der inoffizielle und hauptamtliche MfS-Mitarbeitereinsatz wurden danach ausgerichtet.

Insgesamt ergibt sich ein Bild, das deutliche Konturen einer dezidiert gewollten und primär nicht willkürlichen Verortung des MfS innerhalb wissenschaftlicher und industrieller Organisationsstrukturen der Volkswirtschaft der

DDR erkennen läßt. Die spezifischen kaderpolitischen Aufgaben des MfS erhielten somit eine prägende Dimension. Einer sogenannten „Zwei-Welten-Theorie“, bestehend aus einer mehr oder weniger scharfen Trennung von SED und MfS, kann aufgrund der ausgewiesenen Verflechtung beider Institutionen keine Relevanz zubilligt werden, nicht faktisch und schon gar nicht normativ. Im Gegenteil, das MfS war bei der Durchsetzung der Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik stets Organ der Partei, oder konkreter: des ZK der SED. Die Kadersicherung als ein Mittel zur „Störfreimachung“ der Produktion und zur Disziplinierung des Personals erwies sich aufgrund ihrer einseitigen und verzerrten Perspektive als verfehlt.

3. These: Die Kadersicherung wurde vor allem über den zielgerichteten und konkret bestimmten Einsatz inoffizieller Mitarbeiter realisiert. Insbesondere die Aufgaben der inoffiziellen Mitarbeiter in Schlüsselpositionen waren universell und spezifisch sowie sach- und personenbezogen.

Der inoffizielle Mitarbeiter in Schlüsselposition lieferte nicht nur Informationen über sicherheitsrelevante Personen. Er setzte auch als staatlicher Leiter kaderpolitische Forderungen um, reichte Personen zur Sicherheitsüberprüfung ein, nahm Umbesetzungen vor oder half bei der Realisierung wissenschaftspolitischer sowie betriebswirtschaftlicher Vorhaben. Nur in wenigen Fällen waren seine Aufträge auf rein fachliche, wissenschaftspolitische und -organisatorische Aufgaben beschränkt. Insofern umfaßte seine inoffizielle Arbeit organisatorische, analytische, informationelle und edukative Aspekte. Hieraus wird primär die aktuelle Verteidigungsstrategie vieler ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter verständlich: Sie haben ihren Verantwortungsbereich gegen den „Feind“ sichern wollen. Oftmals waren sie tschekistisch übers Maß und wurden vom Führungsoffizier als „linksradikal“ eingeschätzt. Für den Auslandseinsatz waren diese wenig geeignet, hier bediente sich das MfS gern „weltoffener“ inoffizieller Mitarbeiter. Ihnen oblag die Durchsetzung handelswirtschaftlicher und sogenannter Beschaffungsaufgaben sowie die Informationslieferung zu Auslandsfirmen und den im „Blickfeld“ des MfS stehenden Personen (Dossier-Arbeit). Die Aufgaben zur Kadersicherung erstreckten sich in solchen Fällen primär auf die normativ geregelte Sicherung der Reisekader. Allerdings erfolgte auch hier eine spezifisch – über Personen definierte – sachbezogene Sicherung, insbesondere in Fällen des immateriellen und materiellen Importes ausgewählter Embargogüter. Der sogenannte „Wald- und Wiesen-IM“, der inoffizielle Mitarbeiter für Sicherheit (IMS), lieferte dem MfS vor allem Informationen über Stimmungen, Meinungen und Kontakte.

4. These: Über das Konstrukt „definierte Bedingungen“ versuchte das MfS, Kenntnisse über konkrete Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsabläufe zu bekommen, um Defekte und Störgrößen personalisieren zu können. Dies führte zu immer mehr Mißtrauen und Apathie.

Die Einhaltungspflicht gegenüber den sogenannten „definierten Bedingungen“ bietet den Schlüssel zum Verständnis für eine theoretische Konstruktion, nach der die positive fachliche Eignung und Arbeit eines Beschäftigten mit dessen politisch-ideologischer Überzeugtheit im Sinne der sozialistischen

Moral notwendig zusammenfallen sollte. Vom Grundsatz her galten daher Havarien und Mängel als subjektiv bedingt und waren durch die Schaffung „politisch-ideologischer Klarheit in den Köpfen“ prinzipiell behebbar. Oberflächlich betrachtet mögen „definierte Bedingungen“ ein gängiges und notwendiges Erfordernis der ordnungsgemäßen Forschung, Entwicklung und Produktion auf den Gebieten der Hochtechnologien, insbesondere von Raumfahrt und Militärtechnik, gewesen sein.⁴⁹³ Das trifft aber nur unter dem Gesichtspunkt eines direkt auf den Gegenstand selbst bezogenen Sicherheitsverständnisses zu. Die generelle Übertragung der politisch-ideologisch motivierten „definierter Bedingungen“ auf weite Bereiche der Hochtechnologien trug letztlich dazu bei, die tatsächlichen Mängel unterzubewerten und nicht mehr hinreichend zu erkennen. Da diese „Kontrolle“ – von Partei, Betriebsführung und MfS aus gesehen – ein Disziplinierungsinstrument darstellte, wuchs mehr und mehr Mißtrauen und schließlich Apathie unter den Beschäftigten. So wurde die eingeforderte (positive) Risikobereitschaft in Forschung und Entwicklung notwendig und nachhaltig unterbunden.⁴⁹⁴ Letztlich erzeugten die „definierten Bedingungen“ Mißtrauen, beförderten Mut- und Risikolosigkeit in Forschung und Entwicklung und führten schließlich – ceteris paribus – in eine Stagnation. Es sollte nicht verwundern, daß das MfS so die „Feinde“ schuf, die es suchte.

5. These: Die Kadersicherung als Selektionsverfahren führte zu einer tendenziellen Ausdünnung des vorhandenen kreativen, risikobereiten oder „nur“ fachlich guten Personals.

Die fachliche Güte des Personals spielte bei dessen Evaluation durch das MfS keine praktische Rolle. Allein die politische Haltung zur DDR und die Frage nach bestehenden oder möglichen NSW-Kontakten besaß Bedeutung. Soweit sich die Kadersicherung auf Sicherheitsüberprüfungen zur Einstellung von Personen, auf Wiederholungsüberprüfungen sowie operative Maßnahmen (operative Materialien, Personenkontrollen und Vorgänge) bezog, war es ein Verfahren der Personalselektion. Sofern die überprüfte Person dem Prüfraster nicht entsprach, blieb manch talentiertem Universitätsabsolventen, Wissenschaftler oder fleißigem Produktionsarbeiter das Tor zur modernen Forschung, Entwicklung und Produktion von Beginn an verschlossen. Andere wurden „herausgelöst“, auch wenn nur ein formaler Nachweis eines geringen verwandtschaftlichen oder potentiell möglichen „NSW-Kontaktes“ erbracht wurde.

493 Dieser Eindruck wurde in der öffentlichen Diskussion permanent erzeugt, wenn pauschal von der Notwendigkeit „fehlerfreier Arbeit“ in Forschung und Entwicklung gesprochen wurde; vgl. Biermann: Mikroelektronik in der Volkswirtschaft, S. 29.

494 Das hat völlig zutreffend Fred Klinger beschrieben: „Für das Personal der Forschungs- und Entwicklungsbereiche, wissenschaftlicher Institutionen u. ä. hat diese Tendenz zur Eliminierung des Risikos [...] nachhaltige motivationale Folgen. Denn gerade in dieser Beschäftigtengruppe ist das Bedürfnis nach Identifikation mit der Arbeit und nach selbständigen Leistungen [...] besonders ausgeprägt.“ In: Klinger: Die Krise des Fortschritts in der DDR, S. 13.

6. These: Über die Kadersicherung wurde die Informationspolitik im Sinne der herrschenden Sicherheitsdoktrin durchgesetzt. Hier erfolgte die Steuerung der Informationsflüsse nach spezifisch sicherheitspolitischen Kriterien.

Über die Kadersicherung kontrollierte das MfS die offizielle und inoffizielle Kommunikationsstruktur der entsprechenden betrieblichen Einheiten. Ein wesentliches Kriterium der Kadersicherung war die Durchsetzung der Informationspolitik. Letztlich bestimmte das MfS, wer welche fachlichen oder anderen Informationen wie und wann zu erhalten hatte.

6. Verzeichnis der Dokumente

6.1. Grundsatzdokumente zur Kadersicherung und zur Sicherung der Volkswirtschaft in den achtziger Jahren

<i>Nr.</i>	<i>Titel des Dokuments</i>	<i>Seite</i>
1	Dienstanweisung Nr. 1/82 des MfS zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR (30. März 1982)	136
2	Beschluß des Ministerrates der DDR zu Maßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes und von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik vom 23. November 1982. Zum Titel gehörig: Der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 10. November 1982 über Maßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes und von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik	163
3	Richtlinie des MfS Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen (17. November 1982)	174

6.2. Dokumente zur „politisch-operativen Bearbeitung“ von Carl Zeiss Jena

<i>Nr.</i>	<i>Titel des Dokuments</i>	<i>Seite</i>
4	Vorlage für das Politbüro der SED: Komplexe Konzeption zur weiteren Entwicklung des Forschungs-, Produktions- und Exportprofils einschließlich der Entwicklung der Speziellen Produktion bis 1985 und für den Zeitraum 1986 bis 1990 des Kombinates Carl Zeiss Jena (7. April 1983)	201
5	Rede zu den Aufgaben der Linie XVIII im Bezirk Gera (1984)	208
6	Information der Auswertungs- und Kontrollgruppe der BV Gera über Reaktionen von Angehörigen des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena zu Problemen der Planerfüllung 1983/84, der angewendeten Praxis der Planabrechnung sowie zur ökonomischen Situation des Kombinates (4. Juli 1984)	210

7	Berichterstattung der OD Zeiss Jena zur politisch-operativen Lage im Schwerpunktbereich „Mikroelektronik“ (15. Juli 1985)	214
8	Sicherheitskonzeption des Kombinates Carl Zeiss Jena zur Gewährleistung der Sicherheitsanforderungen bei der Vorbereitung, Realisierung und Nutzung von Hochtechnologien im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena (SK-HT) (10. Januar 1986)	218
9	Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und die politisch-operative Arbeit der Objektdienststelle Zeiss Jena zur Sicherung ihres Verantwortungsbereiches (19. Oktober 1986)	220
10	Berichterstattung der OD Zeiss Jena über bewährte Mittel und Methoden des Zusammenwirkens mit staatlichen Leitern zur Erarbeitung offizieller Informationen für die politisch-operative Sicherung der festgelegten politisch-operativen Schwerpunktbereiche, zur Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung und Disziplin und als Grundlage für den qualifizierten Einsatz der IM/GMS (27. Februar 1987)	226
11	Information der Abteilung XVIII der BV Gera zur Situation zum Staatsauftrag Höchstintegration (22. April 1987)	230
12	Bericht der BV Gera zu den Ergebnissen der durchgeführten Sicherheitskontrolle im Kombinatbetrieb D Gera des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena am 14. April 1987 (23. April 1987)	232
13	Information der Abteilung XVIII/1 der BV Gera zur Situation im Kombinat Carl Zeiss Jena (22. September 1987)	237
14	Information des Referates 1 der Objektdienststelle Zeiss zu Prof. [A] (6. November 1987)	239
15	Bericht der OD Zeiss Jena zu Stand und Probleme der Lösung von Aufgaben auf dem Gebiet der Höchstintegration im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena (6. Juni 1988)	241
16	Information der Abteilung XVIII/5 der BV Gera zur Lage im Kombinatbetrieb D (22. September 1989)	245
17	Tagesbericht der Abteilung XVIII der BV Gera zur Lage: Information zu Ergebnissen einer Auswertung des Generaldirektors des Kombinates Carl Zeiss Jena, Genossen Biermann, vor der Kombinatleitung zu wesentlichen Momenten der ZK-Tagung (12. November 1989)	249
		135

30. März 1982

Dienstanweisung Nr. 1/82 des MfS zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR⁴⁹⁵

Im Mittelpunkt der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR steht die Durchsetzung der im Programm der SED beschlossenen langfristigen Wirtschaftsstrategie, der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Der Schutz der Volkswirtschaft der DDR und die Gewährleistung ihrer allseitigen störungsfreien Entwicklung erfordern die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit aller Dienstseinheiten des MfS.

Das Ziel der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR besteht in der Vorbeugung, rechtzeitigen Aufdeckung, konsequenten Bekämpfung und Verhinderung aller subversiven Angriffe, in der vorbeugenden Verhinderung von Störungen und Schäden im Reproduktionsprozeß sowie in der Unterstützung der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe zur Gewährleistung einer hohen inneren Stabilität in allen volkswirtschaftlichen Bereichen, Zweigen, Wirtschaftseinheiten und -prozessen.

Zur Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit und deren einheitlicher Führung und Leitung zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR weise ich an:

1. Geltungsbereich

Diese Dienstanweisung regelt die politisch-operative Ziel- und Aufgabenstellung sowie die Verantwortlichkeit der Hauptabteilung XVIII und der Bezirksverwaltungen einschließlich Kreisdienststellen/Objektdienststellen zur Sicherung der zum Verantwortungsbereich gehörenden volkswirtschaftlichen Objekte und Prozesse.

Sie dient der einheitlichen Orientierung, Führung und Leitung der zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft eingesetzten operativen Kräfte und Mittel.

Von besonderer Bedeutung für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft sind die zentralgeleiteten Kombinate als die grundlegenden wirtschaftlichen Struktureinheiten, die bezirksgeleiteten Kombinate und die mit der weiteren Entwicklung der Kombinate verbundenen ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse.

⁴⁹⁵ BStU, ZA, DSt 102836. – Vermerk: VVS MfS 0008-19/82, Ex.-Nr. 69, 53 Blatt. – Handschriftlich gezeichnet auf Blatt 53: Mielke, Armeegeneral.

Für die Durchsetzung der in dieser Dienstanweisung gestellten Aufgaben und getroffenen Festlegungen sind
der Leiter der HA XVIII
die Leiter der BV und die
ihnen unterstellten Leiter der Abteilungen XVIII und der KD/OD
entsprechend ihrer Zuständigkeit verantwortlich.

2. Sicherheitspolitische Erfordernisse zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft

2.1. Erkenntnisse zum gegnerischen Vorgehen

Der Gegner unternimmt große Anstrengungen, um die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei zu durchkreuzen und ein stabiles Wachstum der Volkswirtschaft der DDR zu verhindern.

Das Vorgehen des Gegners ist charakterisiert durch:

- die Intensivierung der Spionage, der landesverräterischen Nachrichtenübermittlung bzw. Agententätigkeit, die Inspirierung zur unbefugten Offenbarung bzw. zur unbefugten Erlangung wirtschaftlicher Geheimnisse und zum Geheimnisverrat;
- massiven Einsatz von Kräften, Mitteln und Methoden der politisch-ideologischen Diversion, Intensivierung der Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit sowie durch Versuche der Inspiration und Organisation politischer Untergrundtätigkeit, einschließlich der Verbreitung revisionistischer und reformistischer Konzeptionen und der Versuche ihrer Verwirklichung;
- die Vorbereitung und Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels, des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Inspirierung rechtswidriger Ersuchen auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;
- zunehmende Aktivitäten der Sabotage und Diversion sowie Inspirierung zur Wirtschaftskriminalität, zu Manipulationen und zur Verletzung anderer Rechtsnormen;
- die Anwendung von Störmaßnahmen gegen den Bereich der materiellen Produktion, gegen Vorhaben von Wissenschaft und Technik, die Außenwirtschaft und die sozialistische ökonomische Integration, durch intensive Bestrebungen zur Schaffung personeller Stützpunkte in der Volkswirtschaft, insbesondere in den zentralen staatlichen, wirtschafts- und wissenschaftsleitenden Einrichtungen.

2.2. Sicherheitspolitische Erfordernisse

Ausgehend von der Aufgabenstellung für die Volkswirtschaft der DDR und dem strategischen Vorgehen des Gegners, seinen aggressiven Plänen, Absichten und Maßnahmen, angewandten Mitteln und Methoden sowie eingesetzten Kräften, ergeben sich zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft folgende sicherheitspolitische Erfordernisse:

2.2.1. Durch weitere Qualifizierung des Einsatzes der operativen Kräfte und Mittel sind die Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners umfassend aufzuklären und wirksam zu verhindern.

Aufzuklären sind insbesondere:

- die konkreten Angriffsrichtungen des Gegners;
- die Pläne, Absichten und Maßnahmen der imperialistischen Geheimdienste sowie anderer Zentren, Institutionen, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte des staatsmonopolistischen Systems, die gegen die Volkswirtschaft der DDR wirksam werden;
- Personen, auf die sich der Gegner stützt;
- die vom Gegner angewandten Mittel und Methoden.

2.2.2. Die für die Entwicklung der Volkswirtschaft entscheidenden Bereiche und Zweige bzw. die Realisierung entsprechender Aufgabenstellungen sind besonders zu schützen. Das betrifft vor allem die

- Wissenschaft und Technik als entscheidender gesellschaftlicher Bereich zur Veränderung des Kräfteverhältnisses, insbesondere die Verwirklichung der Staatsaufträge und Staatsplanthemen, die für den Leistungsanstieg entscheidend sind;
- Energieanwendung und -bereitstellung auf der Grundlage der einheimischen Braunkohle, einer weitgehenden Ausschöpfung von Sekundärenergiereserven und zunehmender Nutzung der Kernenergie, bei höchster Effektivität der Ausrüstungen zur Kohlegewinnung und der Anlagen zur Energiewandlung;
- Nutzung und höchstmögliche Veredlung der zur Verfügung stehenden Rohstoffe, Erkundung und Erschließung neuer einheimischer Rohstoffquellen sowie maximale Wiederverwendung von Sekundärrohstoffen und Abprodukten;
- Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik als Schlüsseltechnologie in volkswirtschaftlicher Breite zur Erhöhung der Produktivität durch Automatisierung von Arbeits- und Informationsprozessen sowie zur Senkung des Rohstoff- und Materialverbrauchs;
- Entwicklung und effektiver Einsatz hochveredelter chemischer und metallurgischer Werkstoffe und silikatischer Rohstoffe sowie Einführung materialsparender Technologien und Konstruktionen;

- Steigerung der Produktivität und Erhöhung des qualitativen Niveaus volkswirtschaftlich wichtiger Maschinen, Geräte und Anlagen für die Rationalisierung und den devisenrentablen Export;
- Agrarproduktion zur Gewährleistung einer stabilen Versorgung der Bevölkerung und der Industrie, entscheidende Maßnahmen zur Durchsetzung des Natur- und Umweltschutzes;
- Materiell-technische Sicherstellung der Landesverteidigung und die Erfüllung der Verpflichtungen der DDR im Rahmen des Warschauer Vertrages, besonders
 - spezielle Sondervorhaben für zentrale Führungsorgane,
 - der B-Bereich,
 - die militärische Produktion in Industriekombinaten,
 - die spezielle Produktion,
 - die SDAG Wismut,
 - das Militärbauwesen für die GSSD, die NVA und die Schutz- und Sicherheitsorgane,
 - der Spezialhandel;
- Schwerpunktaufgaben der Außenwirtschaft zur
 - langfristigen Sicherung der Rohstoffversorgung der Volkswirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung,
 - vollen Durchsetzung der Hauptaufgaben der sozialistischen ökonomischen Integration,
 - Gewährleistung einer stabilen Zahlungsbilanz.

2.2.3. Die Qualifizierung der zentralen staatlichen Leitung, Planung und Bilanzierung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sowie die einheitliche Leitung der Reproduktionsprozesse von Industriezweigen durch Kombinate erfordert die einheitliche, straffe Leitung der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft.

Die Einheit von zentraler staatlicher Leitung und Planung der Volkswirtschaft und Eigenverantwortlichkeit der Kombinate für ihren Reproduktionsprozeß bedingt die Federführung der HA XVIII für die einheitliche, straffe politisch-operative Sicherung der Kombinate und der zugehörigen Betriebe und Einrichtungen bei voller Wahrung der Verantwortlichkeit der Leiter der BV, Abteilungen XVIII und KD/OD.

2.2.4. Die Bekämpfung des Feindes hat zielgerichtet durch die Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge, vorrangig in den politisch-operativen Schwerpunktbereichen und konzentriert auf die Organisatoren der gegen die Volkswirtschaft der DDR gerichteten Tätigkeit und die Zielgruppen des Gegners, zu erfolgen.

Das erfordert die Qualifizierung der Arbeit mit IM und GMS sowie die qualitative Erweiterung der inoffiziellen Basis zur operativen Bearbeitung bzw. Kontrolle der operativ bedeutsamen Personen in diesen Bereichen.

Die inoffiziellen Kräfte, Mittel und Methoden sind in Verbindung mit der

Nutzung der offiziellen Möglichkeiten wirksamer auf die Klärung der Frage „Wer ist wer?“ auszurichten.

2.2.5. Die Gewährleistung einer hohen inneren Stabilität erfordert die vorbeugende Verhinderung und Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und der politischen Untergrundtätigkeit sowie ihrer Auswirkungen, insbesondere auf die Arbeiterklasse, auf wirtschaftsleitende und wissenschaftlich-technische Kader.

Im Zusammenhang mit der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft geht es vor allem um

- die wirksame Bekämpfung aller Angriffe gegen die führende Rolle der Partei und aller Versuche zur Störung des Vertrauensverhältnisses der Arbeiterklasse zur Partei,
- die Bekämpfung revisionistischer und reformistischer Theorien zur Politischen Ökonomie des Sozialismus,
- die Zurückdrängung der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit,
- die Sicherung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, insbesondere bei Hoch- und Fachschulkadern, Spezialisten und Facharbeitern durch vorbeugende Verhinderung von Straftaten gemäß §§ 105 und 213 StGB und rechtswidrigen Übersiedlungersuchen,
- die Beseitigung begünstigender Bedingungen für Arbeitskonflikte und die Beseitigung von Faktoren, die negativen Einfluß auf die innere Stabilität in den Objekten der Volkswirtschaft und auf die Realisierung der volkswirtschaftlichen Aufgaben haben.

2.2.6. Der Leistungsanstieg in der Volkswirtschaft ist durch politisch-operative Maßnahmen insbesondere schadensabwendenden Charakters wirksam zu unterstützen.

Die schadensabwendende Arbeit hat ständiger Bestandteil der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung zu sein.

Die schadensabwendende Arbeit ist zu konzentrieren auf die

- Aufklärung und Verhinderung aller Erscheinungsformen der gegnerischen Störtätigkeit gegen die Volkswirtschaft, insbesondere in den Außenwirtschaftsbeziehungen zu nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;
- Aufdeckung und Beseitigung begünstigender Bedingungen für Gesetzesverletzungen und die Verletzung anderer Rechtsnormen;
- Gewährleistung eines umfassenden Geheimnisschutzes;
- allseitige Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung sowie des vorbeugenden Brand- und Arbeitsschutzes in den Objekten der Volkswirtschaft.

Zur schadensabwendenden Arbeit sind alle spezifischen Kräfte und Mittel des MfS zu nutzen. Unter strikter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung ist ein enges politisch-operatives Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften zu gewährleisten.

2.2.7. Zur Erreichung des notwendigen hohen Leistungszuwachses sind die effektivitäts- und leistungsfördernden Maßnahmen in der Volkswirtschaft der DDR aktiv zu unterstützen. Erkenntnisse und Ergebnisse aus der politisch-operativen Arbeit, insbesondere aus der Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge und der Arbeit mit IM und GMS sind unter dem Gesichtspunkt der politisch-operativen Einflußnahme und Unterstützung durch das MfS bei der Lösung der ökonomischen Aufgaben zu analysieren und auf ihre volkswirtschaftliche Verwertbarkeit zu überprüfen.

3. Hauptaufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR

3.1. Aufklärung gegnerischer Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Kräfte, Mittel und Methoden

3.1.1. Durch den Einsatz der operativen Kräfte und Mittel sind die gegen die Volkswirtschaft gerichteten Pläne, Absichten und Maßnahmen rechtzeitig zu erkennen, die gegnerischen Kräfte und die von ihnen angewandten Mittel und Methoden aufzuklären und ihr Wirksamwerden vorbeugend zu verhindern.

Das erfordert:

- die Aufklärung von imperialistischen Geheimdiensten sowie anderen Zentren, Institutionen, Organisationen, Einrichtungen und Kräften des staatsmonopolistischen Systems, die als Inspiratoren und Organisatoren der subversiven Angriffe in Erscheinung treten;
- die konkrete Feststellung der vom Gegner angewandten Mittel und Methoden;
- die Analyse der erkannten feindlichen Angriffe hinsichtlich ihrer Zielrichtung auf Personen, Personengruppen, Bereiche und Prozesse in der Volkswirtschaft der DDR;
- die Erarbeitung von Versionen über zu erwartende bzw. zu vermutende feindliche Angriffe und die Aufklärung potentieller und bisher nicht erkannter feindlicher Kräfte.

Die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft ist auf die Bekämpfung aller Formen der Feindtätigkeit, die sich gegen die Volkswirtschaft der DDR richten, auszurichten.

Dabei ist das Hauptaugenmerk auf die Aufdeckung des Zusammenwirkens äußerer und innerer feindlicher Kräfte zu legen. Die politisch-operative Arbeit im und nach dem Operationsgebiet hat den sicherheitspolitischen Erfordernissen zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft Rechnung zu tragen. Sie ist vorrangig durch die Entwicklung und Bearbeitung von Operativen Vorgängen, die Durchführung von OPK und durch die Arbeit mit IMB zu realisieren.

Die zentrale Koordinierung der politisch-operativen Arbeit im und nach dem Operationsgebiet zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft,

insbesondere mit dem Leiter der Hauptverwaltung A und den Leitern anderer zuständiger Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen, hat durch den Leiter der HA XVIII zu erfolgen.

3.1.2. Die Leiter der BV haben auf der Grundlage von Eröffnungsberichten, Bearbeitungskonzeptionen und Abschlußberichten die Eröffnung, Bearbeitung bzw. den Abschluß Operativer Vorgänge und die Durchführung von OPK mit dem Leiter der HA XVIII abzustimmen bei:

- Personen aus dem Operationsgebiet, die im Verdacht stehen, unter Ausnutzung bestehender wirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer und kommerzieller Beziehungen, eine gegen die Volkswirtschaft der DDR gerichtete Tätigkeit zu planen, zu organisieren oder durchzuführen;
- Bürgern der DDR in leitenden oder entscheidungsbefugten Funktionen, die im Verdacht stehen, insbesondere unter Ausnutzung der Außenwirtschaftsbeziehungen feindliche Handlungen gegen die Volkswirtschaft der DDR zu begehen;
- dem vorgesehenen Abschluß von Operativen Vorgängen und OPK gegen vorgenannte Personen aus dem Operationsgebiet mittels Werbung oder Kontaktierung.

Vorschläge zum Abschluß dieser Operativen Vorgänge und OPK durch Einleitung von Ermittlungsverfahren sind mir oder meinem zuständigen Stellvertreter zur Bestätigung vorzulegen.

Die Leiter der BV haben die Einsatz- und Entwicklungskonzeptionen für IMB zur Arbeit im und nach dem Operationsgebiet im Rahmen der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft mit dem Leiter der HA XVIII abzustimmen.

Die Entwicklung von IMB ist in Plandokumenten, Sicherungskonzeptionen sowie Einsatz- und Entwicklungskonzeptionen für IM langfristig festzulegen. Als Basis für die Entwicklung von IMB sind insbesondere zu nutzen:

- Auslands- und Reiskader aus der Volkswirtschaft der DDR;
- Zielpersonen des Gegners in den Objekten der Volkswirtschaft der DDR;
- die aus kommerziellen und wissenschaftlich-technischen Gründen in die DDR einreisenden Personen aus dem Operationsgebiet.

Beim Einsatz von IM als Auslandskader im Operationsgebiet gelten die Festlegungen meiner Dienstanweisung Nr. 4/75 zur Abstimmung des Einsatzes mit der HV A bzw. zur Übergabe dieser IM an die HV A.

3.1.3. Durch die analytische Arbeit unter Auswertung der Erkenntnisse aus der Bearbeitung Operativer Vorgänge, des Informationsaufkommens aus der Arbeit mit IM und GMS, anderer operativer Materialien und Hinweise, Publikationen, Berichterstattungen der Auslands- und Reiskader und anderer Informationen ist zu gewährleisten:

- die ständige Präzisierung des Feindbildes;
- die Erarbeitung erforderlicher Grundlagen für die Herausarbeitung neuer politisch-operativer Schwerpunktbereiche, die durch Feindangriffe beson-

ders gefährdet sind, insbesondere solcher Objekte und Prozesse, die von wirtschaftsstrategischer Bedeutung sind.

In die analytische Tätigkeit sind die Erkenntnisse der Dienstseinheiten der Linie IX über die vom Gegner angewandten Mittel und Methoden aus der Untersuchung von Straftaten gegen die Volkswirtschaft einzubeziehen. Der Leiter der HA XVIII hat die zentrale Auswertung der gewonnenen Erkenntnisse zu gewährleisten und zu sichern, daß diese in seinen Planorientierungen, bei der Abstimmung von Einsatz- und Entwicklungs- sowie Bearbeitungskonzeptionen und in Verbindung mit der ständigen Einschätzung der politisch-operativen Lage zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft genutzt werden.

3.2. Aufdeckung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen gegen die Volkswirtschaft

3.2.1. Die Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge ist entsprechend meiner Richtlinie Nr. 1/76 mit dem Ziel, einen hohen sicherheitspolitischen und schadensabwendenden Effekt zu erreichen, vorrangig auf solche Personen zu konzentrieren, bei denen der Verdacht der Begehung von Straftaten, wie

Wirtschafts- und Militärspionage,
Sabotage,
Diversions,
staatsfeindlicher Menschenhandel,

besteht bzw. entsprechende Hinweise auf strafrechtlich relevante Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Diversion und der wirtschaftlichen Störtätigkeit vorliegen.

Zur umfassenden politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft sind weiterhin Personen in Operativen Vorgängen zu bearbeiten, bei denen der Verdacht besteht, daß ihre Handlungen erhebliche Schäden in der Volkswirtschaft verursachen bzw. daß sich hinter diesen Handlungen staatsfeindliche Aktivitäten verbergen.

Die Leiter der BV haben zu gewährleisten, daß in allen Fällen, in denen Personen, die der Nomenklatur der zentralen Parteiorgane oder Ministerien angehören, durch die Organe der DVP bzw. der Zollverwaltung der DDR bearbeitet werden, von diesen Organen die erforderliche Abstimmung mit den zuständigen operativen Dienstseinheiten ihrer BV erfolgt. Der Leiter der HA XVIII ist über die Bearbeitung solcher Personen zu informieren.

3.2.2. In Durchsetzung meiner Richtlinie Nr. 1/76 ist die weitere Qualifizierung der Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge konsequent auf nachfolgende Aufgaben zu konzentrieren:

- zielstrebige Bekämpfung des Feindes;
- Aufdeckung und Entlarvung der Inspiratoren, Organisatoren und Hinter-

- männer, von denen feindliche Handlungen gegen die Volkswirtschaft ausgehen;
- Gewährleistung einer hohen Objektivität in der Beweisführung durch die rechtzeitige Zusammenarbeit mit den Diensteinheiten der Linie IX;
 - Einleitung schadensabwendender sowie effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen;
 - Herausarbeitung von politisch-operativen und rechtlichen Voraussetzungen zur Erlangung von Wiedergutmachungsleistungen;
 - Organisation des politisch-operativen Zusammenwirkens mit anderen Organen entsprechend der Bearbeitungsrichtung des jeweiligen Operativen Vorganges.

Die Untersuchungsergebnisse zu begangenen Straftaten sind unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung mit den zuständigen Leitern der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen in Abstimmung mit den Diensteinheiten der Linie IX auszuwerten, um die Wiederholbarkeit solcher Straftaten zu verhindern und die volle Durchsetzung des sozialistischen Rechts zu gewährleisten sowie zur Erhöhung der Wachsamkeit und zur Schaffung günstigerer Voraussetzungen für die Stärkung der operativen Basis beizutragen.

Im Prozeß der Bearbeitung Operativer Vorgänge sind Lösungswege zu suchen, die einen höchstmöglichen gesellschaftlichen und politisch-operativen Nutzen während der Bearbeitung und vor allem beim Vorgangsabschluß sichern. Damit sind wesentliche Voraussetzungen für die Gewährleistung der inneren Sicherheit und Stabilität im Verantwortungsbereich auch mit operativen Mitteln zu schaffen.

Entscheidungen über das Anlegen von Zentralen Operativen Vorgängen und Teilvorgängen sowie über die Verantwortlichkeit für die Führung von Zentralen Operativen Vorgängen und Teilvorgängen sind gemäß den Festlegungen in meiner Richtlinie Nr. 1/76, Ziffer 1.8.2., herbeizuführen.

3.2.3. Entsprechend meiner Richtlinie Nr. 1/81 ist zu gewährleisten, daß die Durchführung von OPK

- vorrangig in den politisch-operativen Schwerpunktbereichen erfolgt,
- auf der Grundlage solcher operativ bedeutsamen Anhaltspunkte vorgenommen wird, die der Durchsetzung der unter Ziffer 2. dieser Dienstweisung genannten sicherheitspolitischen Erfordernisse dienen,
- stärker für die Entwicklung Operativer Vorgänge und
- entsprechend den Möglichkeiten zur Erweiterung der inoffiziellen Basis genutzt wird.

Die operative Personenkontrolle ist insbesondere auf Personen in neuralgischen Bereichen in den Objekten der Volkswirtschaft, auf Zielgruppen des Gegners, besonders in entscheidungsvorbereitenden Bereichen, auf entscheidungsbefugte Personen, auf Auslands- und Reisekader und auf Geheimnisträger zu konzentrieren.

Es sind gleichzeitig politisch-operative Maßnahmen gegen solche feindlichen

Kräfte einzuleiten, die einen staatsfeindlichen oder kriminellen Mißbrauch der genannten Personenkreise beabsichtigen.

Der Leiter der HA XVIII hat zu sichern, daß

- operativ bedeutsame Informationen aus der politisch-operativen Sicherung der zentralen Objekte und operativ bedeutsame Anhaltspunkte, die Personen in Verantwortungsbereichen der Volkswirtschaft betreffen und deren Klärung durch OPK notwendig ist, den zuständigen operativen Dienststellen zur Bearbeitung übermittelt werden;
- ausgewählte OPK in Abstimmung mit den Leitern der BV durch die HA XVIII gemeinsam mit den Abteilungen XVIII der BV bzw. den KD/OD realisiert werden.

3.3. Gewährleistung einer hohen inneren Stabilität unter allen Lagebedingungen

3.3.1. Bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft sind die vorbeugende Aufklärung und politisch-operative Sicherung operativ bedeutsamer Personen und Personengruppen planmäßig und unter Einbeziehung aller operativen Kräfte und Mittel im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich zu organisieren.

Diese Maßnahmen sind insbesondere auszurichten auf:

- Personen mit einer feindlich-negativen Einstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR bzw. Personen, die durch die politisch-ideologische Diversion des Gegners Schwankungen unterliegen sowie andere Personen mit operativ relevanten Merkmalen;
- Personen, die über private oder dienstliche Kontakte mit Personen aus nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin verfügen und in ihrer politischen und charakterlichen Haltung nicht die Gewähr bieten, daß sie feindlichen Kontaktversuchen entgegentreten und damit zur potentiellen Basis für die Schaffung personeller Stützpunkte gehören;
- einreisende Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, insbesondere Angehörige von Konzernen, Firmen, Einrichtungen und Institutionen des staatsmonopolistischen Systems sowie andere Personen, die intensive dienstliche oder private Kontakte zu DDR-Bürgern unterhalten;
- kriminell gefährdete Personen und Haftentlassene;
- Personen, die mit rechtswidrigen Ersuchen auf Übersiedlung bzw. Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR in Erscheinung treten;
- in die DDR aufgenommene und wieder aufgenommene Personen gemäß meiner Dienstanweisung Nr. 1/79.

Zur Klärung der Frage „Wer ist wer?“ sind über die Festlegungen unter den Ziffern 3.1. und 3.2. dieser Dienstanweisung hinaus zu nutzen:

- Sicherheitsüberprüfungen zu ausgewählten Personen entsprechend den von mir erlassenen dienstlichen Bestimmungen und Weisungen;
- alle anderen politisch-operativen Prozesse, Kräfte, Mittel und Methoden

zur politisch-operativen Aufklärung von Personen, über die operativ bedeutsame Informationen vorliegen.

Im Ergebnis dieser Maßnahmen sind Entscheidungen über die weitere operative Bearbeitung in Operativen Vorgängen bzw. die Durchführung von OPK zu treffen oder zu entscheiden, daß diese Personen als potentielle Gefahrenquellen aus verantwortlichen Funktionen herauszulösen sind.

3.3.2. Die politisch-operative Sicherung ausländischer Werkträger, die auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen bzw. kommerzieller Vereinbarungen zeitweilig in der Volkswirtschaft eingesetzt sind, hat mit dem Ziel zu erfolgen, das Wirksamwerden feindlich-negativer Kräfte aus diesen Personenkreisen und die Einwirkung feindlich negativer Kräfte auf die ausländischen Arbeitskräfte vorbeugend zu verhindern.

Das erfordert insbesondere

- die sorgfältige politisch-operative Aufklärung der mit der Ausbildung und Betreuung der ausländischen Werkträger beauftragten Personen und Gewinnung geeigneter IM und GMS unter diesem Personenkreis;
- das politisch-operative Zusammenwirken mit der DVP und den anderen zuständigen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften zur Durchsetzung der Sicherheitserfordernisse im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich;
- die ständige Analyse der Stimmungslage unter den ausländischen Arbeitskräften;
- die Verhinderung des Zusammenschlusses feindlich-negativer Kräfte durch entsprechende politisch-operative bzw. staatliche Maßnahmen.

3.3.3. Die politisch-operative Sicherung volkswirtschaftlicher Bereiche, in denen Strafgefangene zur produktiven Arbeit eingesetzt sind, hat in enger Zusammenarbeit mit den Dienststeinheiten der Linie VII und den KD zu erfolgen, in deren Verantwortungsbereich die Strafvollzugseinrichtungen liegen. Grundlage der Zusammenarbeit bilden die in meiner Dienstanweisung Nr. 2/75 getroffenen Regelungen.

3.3.4. Die vorbeugende Verhinderung von Konflikten, aus denen Gefahrensituationen für die innere Stabilität entstehen können, wie

- Androhung von Arbeitsniederlegungen,
 - ungerechtfertigte Lohnforderungen bzw. Rechtsverletzungen bei der Festlegung und Durchsetzung lohnpolitischer Maßnahmen,
 - Probleme der Bevölkerungsversorgung,
- erfordert die kurzfristige Aufdeckung und Beseitigung ihrer Ursachen.

Dazu sind insbesondere

- eine ständige, aktuelle Einschätzung der inneren Lage und die Festlegung der notwendigen Maßnahmen zu ihrer Stabilisierung und
- das vertrauensvolle politisch-operative Zusammenwirken mit den zustän-

digen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen, insbesondere mit der DVP und den Sicherheitsaktivitäten der Kombinate und Betriebe sowie den gesellschaftlichen Organisationen und Kräften zu gewährleisten.

3.4. Vorbeugende und schadensabwendende Arbeit, aktive Unterstützung der effektivitäts- und leistungsfördernden Maßnahmen in der Volkswirtschaft

3.4.1. Die vorbeugende, schadensabwendende Arbeit ist zu konzentrieren

- auf die Verhinderung
 - der gegnerischen Störtätigkeit,
 - der Schaffung von personellen Stützpunkten in den Objekten der Volkswirtschaft,
 - von Verletzungen des Geheimnisschutzes,
 - von Bränden, Explosionen und Havarien sowie anderen Störungen bzw. Gefährdungen der Betriebs-, Anlagen- und Produktionssicherheit,
 - ökonomischer Schäden;
- auf die Aufdeckung
 - subjektiver Mängel und Schwächen in der Leitungstätigkeit sowie der Nichteinhaltung bzw. der unzureichenden Durchsetzung der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung,
 - von Planmanipulationen und Falschmeldungen;
- auf die Gewährleistung
 - des äußeren Objektschutzes,
 - von Sicherheit und Ordnung in den Objekten,
 - des Schutzes der Bewaffnung und Ausrüstung der Kampfgruppen und der Formationen der Zivilverteidigung.

3.4.2. Zur Unterstützung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen in der Volkswirtschaft sind die vorhandenen operativen Kräfte und Mittel zu konzentrieren auf

- die rechtzeitige Erarbeitung und Bereitstellung aussagefähiger Informationen zu Zielstellungen, Strategien und Taktiken von Konzernen, Firmen, Einrichtungen und Personen aus dem Operationsgebiet, die gegenüber der DDR durchgesetzt werden sollen und Offzialisierung intern beschaffter Unterlagen (z. B. Preisvergleiche, Kredit-, Liefer- und Leistungsbedingungen) mit dem Ziel, Übervorteilungen der DDR bei der Realisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit nichtsozialistischen Staaten und Westberlin auszuschließen, Diskriminierungen zu beseitigen und Embargomaßnahmen zu unterlaufen;
- die Verwertung politisch-operativer Erkenntnisse zur Einflußnahme auf

- die volle Nutzung rechtlicher, vertraglicher und politisch-operativer Möglichkeiten zur Erlangung von Wiedergutmachungsleistungen;
- die Nutzung politisch-operativer Möglichkeiten für die Erschließung zusätzlicher effektiver Exportmöglichkeiten, die Verhinderung ungerechtfertigter Importe aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und die Zurückdrängung der Abhängigkeit von Lieferungen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;
- die umfassende Prüfung und volle Ausschöpfung der Möglichkeiten für die Erlangung, Überprüfung und Bereitstellung bedeutsamer wissenschaftlich-technischer Informationen in Abstimmung mit der HV A.

3.4.3. Die Gewinnung von Informationen zur Schadensabwendung sowie zur Unterstützung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen in der Volkswirtschaft ist zu konzentrieren auf die leistungsbestimmenden Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft. Dazu sind erforderlich:

- die zielgerichtete Erziehung und Qualifizierung der IM und GMS unter umfassender Ermittlung und Beurteilung ihrer Möglichkeiten zur Beseitigung von Gefahrenzuständen bzw. zur Nutzung spezifischer politisch-operativer Möglichkeiten zur Unterstützung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen in der Volkswirtschaft;
- die ständige Auswertung der Ergebnisse der Bearbeitung von Operativen Vorgängen und der Durchführung von OPK mit dem Ziel der unverzüglichen gesellschaftlichen Verwertung gesicherter und bewiesener Erkenntnisse;
- das planmäßige und koordinierte Zusammenwirken mit staatlichen und gesellschaftlichen Kontroll- und Überwachungsorganen (Komitee der Arbeiter- und Bauerninspektion, Staatliche Finanzrevision, Staatliche Bilanzinspektion, Staatliches Amt für Technische Überwachung u. a.);
- die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten, die sich aus dem Informationsaufkommen anderer Dienstseinheiten unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung zur Unterstützung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen in der Volkswirtschaft ergeben.

3.4.4. Bei der Organisation und Durchführung der politisch-operativen Arbeit zur Schadensabwendung und Unterstützung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen ist zu gewährleisten, daß

- nur allseitig überprüfte Informationen zur Durchsetzung entsprechender Maßnahmen genutzt werden;
- die Auftragserteilung und Instruierung der IM und GMS in jedem Falle auf der Grundlage überprüfter Informationen vorgenommen werden;
- kein Mißbrauch der Autorität des MfS durch Eingriffe in die Verantwortung und Kompetenzen von staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben, Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen erfolgt;
- alle politisch-operativen Aktivitäten zur Schadensabwendung und Effektiv-

vitäterhöhung gegenüber Objekten im jeweiligen Zuständigkeitsbereich auf den erforderlichen Leiterentscheidungen beruhen.

Die Nutzung der durch die politisch-operative Arbeit gewonnenen Erkenntnisse zur Durchsetzung schadensabwendender Maßnahmen sowie zur Unterstützung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen hat hauptsächlich zu erfolgen durch

- die Informationstätigkeit gegenüber verantwortlichen Partei- und Staatsfunktionären im jeweiligen Verantwortungsbereich. Bei der Erarbeitung derartiger Informationen und vor ihrer Weitergabe haben die verantwortlichen Leiter zu sichern, daß grundsätzliche, die Prozesse der Leitung, Planung und Durchführung volkswirtschaftlicher Aufgaben betreffende Sachverhalte unter territorialen und zentralen volkswirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten umfassend überprüft und eingeschätzt werden.

Die Wahrung gesamtvolkswirtschaftlicher Interessen erfordert, Informationen, die über den Verantwortungsbereich hinaus von Bedeutung sind bzw. Zuständigkeiten anderer Dienstseinheiten berühren, durch Abstimmung zwischen den Leitern der BV und dem Leiter der HA XVIII zu überprüfen;

- den offensiven Einsatz von IM und GMS, insbesondere solcher in Schlüsselpositionen, zur Beseitigung schadensverursachender und schadensbegünstigender Bedingungen sowie zur Durchsetzung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen;
- das vertrauensvolle politisch-operative Zusammenwirken mit den zuständigen Ministern, Generaldirektoren, Direktoren und Leitern sowie mit anderen Verantwortlichen der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen;
- die ständige Gewährleistung eines engen politisch-operativen Zusammenwirkens mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen entsprechend den dienstlichen Bestimmungen und Weisungen;
- den zielgerichteten Einsatz der Sicherheitsbeauftragten. Dieser kann sowohl erfolgen durch exakte Vorgaben für deren Arbeitsplanung als auch durch die Erteilung von Einzelaufträgen zur Prüfung spezifischer Sachverhalte.

Alle zur Schadensabwendung sowie zur Effektivitäts- und Leistungsförderung einzuleitenden Maßnahmen sind unter unbedingter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung durchzuführen.

3.4.5. Entsprechend der Bedeutung der Schadensabwendung und der Durchführung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen als wesentliche Bestandteile der politisch-operativen Arbeit ist durch die verantwortlichen Leiter zu sichern, daß auf diesem Gebiet erzielte, praxiswirksame Resultate nachweis- und abrechenbar erfaßt werden. Dazu gehören u. a.:

- die Einsparung finanzieller und materieller Fonds;
- die Bewertung des verhinderten Schadens;

- der Abbau bzw. die Beseitigung von Gefahrenzuständen im materiellen und personellen Bereich.

Der Leiter der HA XVIII hat in diesem Zusammenhang Erfahrungen der HA XVIII und der BV zusammenzufassen und auf ihrer Grundlage einheitliche und die Vergleichbarkeit der erzielten Ergebnisse sichernde Kriterien vorzugeben.

3.5. Gewährleistung der ständigen aktuellen Einschätzung der politisch-operativen Lage

Die Ziel- und Aufgabenstellung zum umfassenden Schutz der Volkswirtschaft erfordert die ständige aktuelle Einschätzung der politisch-operativen Lage.

3.5.1. Die Einschätzung der politisch-operativen Lage hat zu erfassen:

- Objekte, Bereiche, Personenkreise und Personen, die auf Grund ihrer Bedeutung für die Realisierung ökonomischer, wissenschaftlich-technischer, militärischer und anderer gesellschaftlicher Aufgaben politisch-operativ zu sichern sind; mögliche Gefahrenpunkte und die bei der politisch-operativen Sicherung zu beachtenden besonderen Bedingungen;
- Angriffe, eingesetzte Kräfte, Mittel und Methoden imperialistischer Geheimdienste sowie anderer Zentren, Institutionen, Organisationen, Einrichtungen und Kräfte des staatsmonopolistischen Systems;
- Erkenntnisse über Erscheinungsformen der ökonomischen Störtätigkeit, der politisch-ideologischen Diversion und der politischen Untergrundtätigkeit sowie andere Angriffe zum Nachteil der Volkswirtschaft der DDR und deren begünstigende Bedingungen;
- Erkenntnisse über Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen, einschließlich dem Brand-, Havarie- und Störgeschehen, die eine stabile Entwicklung der Volkswirtschaft beeinträchtigen oder beeinträchtigen können bzw. die der Realisierung der ökonomischen Ziel- und Aufgabenstellung der Partei- und Staatsführung entgegenstehen; insbesondere operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen sowie Angriffe des Gegners auf operativ bedeutsame Personengruppen und Personen in den festgelegten politisch-operativen Schwerpunktbereichen und Schwerpunkten;
- Erkenntnisse über Erscheinungsformen der Verletzung sozial- und lohnpolitischer Grundsätze der Politik der Partei- und Staatsführung, Mängel in der Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung, der Nichteinhaltung der Bestimmungen des Brand-, Havarie- und Arbeitsschutzes und des subjektiven Fehlverhaltens verantwortlicher Wirtschaftskader;
- Erkenntnisse zur politisch-operativen Lage unter den in Kombinat und Betrieben beschäftigten ausländischen Werktätigen;
- die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und deren Leitung zur

Sicherung der Volkswirtschaft im jeweiligen Verantwortungsbereich bei der Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung der Feindtätigkeit, feindlich-negativer Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen sowie bei der vorbeugenden schadensabwendenden Arbeit und der Unterstützung effektivitäts- und leistungsfördernder Maßnahmen in der Volkswirtschaft. Der Leiter der HA XVIII, die Leiter der Abteilungen XVIII der BV und die Leiter der KD/OD sind verantwortlich für die Einschätzung der politisch-operativen Lage in ihren Verantwortungsbereichen.

3.5.2. Auf der Grundlage der Einschätzung der politisch-operativen Lage ist zu gewährleisten:

- die Herausarbeitung von grundsätzlichen Erkenntnissen für die Planung und Leitung der politisch-operativen Arbeit sowie für die Vorbereitung und Herbeiführung von Leiterentscheidungen, Weisungen und Orientierungen zur Profilierung der politisch-operativen Arbeit;
- die Herausarbeitung, Bestimmung bzw. Präzisierung von politisch-operativen Schwerpunktbereichen und Schwerpunkten und der schwerpunktbezogene Einsatz der Kräfte und Mittel im Verantwortungsbereich;
- das rechtzeitige Erkennen von Veränderungen der Angriffsrichtungen des Feindes auf die Volkswirtschaft der DDR, seiner Kräfte, Mittel und Methoden;
- die ständige Auskunftsfähigkeit über die Situation in der Volkswirtschaft, insbesondere zu wesentlichen Faktoren, die die Entwicklung beeinträchtigen können;
- die rechtzeitige Informierung leitender Partei- und Staatsfunktionäre über die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Verantwortung bedeutsamen Erkenntnisse und Probleme.

3.5.3. Entsprechend der unterschiedlichen Leitungsebene und Verantwortlichkeit sind darüber hinaus spezifische Aufgaben zur Lageeinschätzung zu lösen.

Leiter der HA XVIII

- die politische, politisch-ideologische und politisch-operative Lage in den zentralen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen im Verantwortungsbereich und in den zentralen Organen der Gewerkschaften;
- die Wirksamkeit der politisch-operativen Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten bei der Sicherung der Schwerpunktaufgaben der sozialistischen ökonomischen Integration.

Leiter der Abteilungen XVIII der BV

Leiter der KD/OD

- sicherheitspolitische Konsequenzen aus der Erfüllung der ökonomischen Aufgaben im Verantwortungsbereich;
- die innere Stabilität in den Kombinat- und Betrieben, die politisch-operative Lage unter den Zielgruppen des Gegners und die Wirkungen

- kommerzieller, wissenschaftlich-technischer, touristischer, privater u. a. Kontakte und Verbindungen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;
- Handlungen von Personen aus dem Operationsgebiet, die Kontakte und Verbindungen zu den im Verantwortungsbereich befindlichen Objekten der Volkswirtschaft unterhalten.

Operative Mitarbeiter, die mit der politisch-operativen Sicherung zentralgeleiteter Kombinate beauftragt sind

- Sicherheitspolitische und volkswirtschaftlich bedeutsame Probleme der Entwicklung des Kombinates und Konsequenzen aus dem Stand der Wahrnehmung der Verantwortung des Kombinates im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, besonders auf den Gebieten
 - Wissenschaft und Technik,
 - Außenwirtschaft und sozialistische ökonomische Integration,
 - materielle Sicherstellung der Landesverteidigung,
 - Investitionen und sozialistische Rationalisierung;
- Stand und Ergebnisse der Klärung der Frage „Wer ist wer?“ als eine Grundlage für die Bestimmung der politisch-operativen Ziel- und Aufgabenstellung der politisch-operativen Bearbeitung von Personen, der politisch-operativen Arbeit unter operativ bedeutsamen Personengruppen, für die Erweiterung der operativen Basis und für Entscheidungen im Zusammenhang mit
 - Nomenklaturkadern,
 - Geheimnisträgern,
 - Auslands- und Reisekadern,
 - wissenschaftlich-technischen Führungskadern;
- Erscheinungsformen der ökonomischen Störtätigkeit und der Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit, die sich gegen das Kombinat richten;
- Verletzungen des sozialistischen Rechts und der Sicherheit und Ordnung im Kombinat sowie bestehende oder sich entwickelnde begünstigende Bedingungen für das Wirken feindlich-negativer Kräfte.

4. Verantwortlichkeit für die Leitung und Planung der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft

4.1. Verantwortlichkeiten

4.1.1. Der Leiter der HA XVIII ist verantwortlich für die einheitliche Gestaltung der politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der Volkswirtschaft. Er hat in Durchsetzung der Federführung der HA XVIII bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft zu gewährleisten:

- die ständige Einschätzung der politisch-operativen Lage in der Volkswirtschaft und die Auskunftsbereitschaft über aktuelle Erscheinungen der politisch-operativen Lage von zentraler sicherheitspolitischer Bedeutung;

- die Erarbeitung der grundsätzlichen politisch-operativen Ziel- und Aufgabenstellungen zur Sicherung der Volkswirtschaft;
- die Erarbeitung grundsätzlicher Orientierungen zur weiteren Entwicklung und Qualifizierung der operativen Prozesse, Kräfte, Mittel und Methoden zur Sicherung der Volkswirtschaft;
- die Erarbeitung zentraler Orientierungen zur Herausarbeitung, Bestimmung und Präzisierung von politisch-operativen Schwerpunktbereichen und Schwerpunkten;
- die Erarbeitung grundsätzlicher Regelungen über die Zusammenarbeit der operativen Dienstseinheiten entsprechend der Zuständigkeit bei der komplexen politisch-operativen Sicherung operativ bedeutsamer Vorhaben, Bereiche, Objekte und Prozesse der Volkswirtschaft in Sicherungs- und Bearbeitungskonzeptionen sowie Koordinierungsvereinbarungen mit Dienstseinheiten anderer Linien;
- die Organisation einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen operativen Dienstseinheiten bei der vorbeugenden politisch-operativen Sicherung bedeutsamer Investitionsvorhaben und Aufgaben der Landesverteidigung;
- die Gewährleistung der linienspezifischen Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten über die Abteilung X.

Der Leiter der HA XVIII hat die politisch-operative Sicherung der zentralen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe der Industrie, des Bauwesens, der Wissenschaft und Technik, der Außenwirtschaft, der Finanzen, der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, des Handels und der Versorgung, der Wasserwirtschaft und des Umweltschutzes und zentraler Organe der Gewerkschaften zu gewährleisten.

Er hat die Zusammenarbeit mit dem Leiter der HV A, den Leitern der HA und selbständigen Abteilungen zu organisieren.

Zur Durchsetzung zentraler sicherheitspolitischer Erfordernisse zur Sicherung der Volkswirtschaft hat der Leiter der HA XVIII

- das Anlegen, die Bearbeitung und den Abschluß von Operativen Vorgängen mit zentraler sicherheitspolitischer Bedeutung auf dem Gebiet der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft zu unterstützen und zu koordinieren;
- auf die Entscheidungen zur Realisierung von OPK über Nomenklaturkader der zentralen Parteiorgane und der Ministerien Einfluß zu nehmen;
- die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet, insbesondere die Arbeit mit IMB, die Werbung von Personen aus dem Operationsgebiet und die Bearbeitung von Personen aus dem Operationsgebiet in Operativen Vorgängen zu unterstützen und zu koordinieren.

Er hat in diesem Zusammenhang

- die Leiter der BV bei ihren Entscheidungen zu beraten;
- die zur Verhinderung einer Gefährdung der staatlichen Sicherheit und zur Durchsetzung anderer zentraler politischer und politisch-operativer Inter-

essen durch mich oder meinen zuständigen Stellvertreter zu treffenden Entscheidungen rechtzeitig und qualifiziert vorzubereiten.

Der Leiter der HA XVIII hat die Planung und Durchführung der politisch-operativen Arbeit der Leiter der BV, der Abteilungen XVIII der BV und der KD/OD zu unterstützen durch:

- die Herausgabe der Planorientierungen für die längerfristige und die Jahresplanung an die Leiter der BV;
- Rückinformationen zur ständigen Aktualisierung und Vervollkommnung des Feindbildes;
- Informationen über operativ bedeutsame Aufgabenstellungen und Vorhaben, neuralgische Punkte und Entwicklungsprobleme, die sich aus Entscheidungen zentraler staatlicher und wirtschaftsleitender Organe ergeben und die die politisch-operativen Aufgaben zur Sicherung der Volkswirtschaft in den Bezirken und Kreisen beeinflussen;
- den Einsatz von spezialisierten bzw. besonders sachkundigen operativen Kräften der HA XVIII insbesondere zur Bearbeitung Operativer Vorgänge, zur Vorkommnisuntersuchung und zur Durchführung operativer Aktionen in den Verantwortungsbereichen der BV und KD/OD.

4.1.2. Die Leiter der BV haben die zuverlässige Erfüllung der Hauptaufgaben der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft in den im Territorium der Bezirke vorhandenen Wirtschaftsbereichen und -einheiten, den entsprechenden staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen und den Organen der Gewerkschaft zu gewährleisten.

Sie haben

- die Einschätzung der politisch-operativen Lage auf diesem Gebiet im Rahmen ihrer Gesamteinschätzung der politisch-operativen Lage in ihren Verantwortungsbereichen ständig zu vervollkommen;
- die zentralen Vorgaben und Orientierungen zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft über die Leiter der Abteilungen XVIII und der KD/OD in der politisch-operativen Arbeit durchzusetzen;
- das Schwerpunktprinzip bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft im Verantwortungsbereich entsprechend den zentralen Vorgaben und Orientierungen sowie den Erfordernissen der politisch-operativen Sicherung des Gesamtverantwortungsbereiches durchzusetzen;
- die Unterstützung der HA XVIII bei der koordinierten Lösung zentraler Aufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft zu gewährleisten;
- die politisch-operative Sicherung der in ihren Verantwortungsbereichen liegenden zentralgeleiteten Kombinate durch die Abteilungen XVIII zu gewährleisten.

Bei vorliegender Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit kann eine andere Zuordnung erfolgen.

- die Verantwortlichkeit für die politisch-operative Sicherung der bezirksgeleiteten Kombinate durch die Abteilungen XVIII oder die territorial zuständigen KD festzulegen.

4.1.3. Die Leiter der Abteilungen XVIII der BV haben auf der Grundlage der dienstlichen Bestimmungen und Weisungen sowie der Planvorgaben der Leiter der BV und der Planorientierungen des Leiters der HA XVIII die politisch-operative Arbeit zur Sicherung der Volkswirtschaft in ihren Verantwortungsbereichen zu leiten, zu planen und zu organisieren.

Sie haben zu gewährleisten

- die ständige Einschätzung der politisch-operativen Lage in ihren Verantwortungsbereichen und die Auskunftsbereitschaft über operativ bedeutsame Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen von zentraler und bezirklicher sicherheitspolitischer Bedeutung;
- die Organisation der Zusammenarbeit mit der HA XVIII, anderen Diensteinheiten der BV und Diensteinheiten anderer BV im Rahmen der Kombinatssicherung auf der Grundlage dieser Dienstanweisung und gemäß den Weisungen der Leiter der BV.

Die Leiter der Abteilungen XVIII der BV haben weiterhin mit den operativen Kräften und Mitteln ihrer Diensteinheiten und durch die Organisation der erforderlichen Zusammenarbeit mit anderen operativen Diensteinheiten die politisch-operative Sicherung

- der Kombinate entsprechend der von den Leitern der BV festgelegten operativen Verantwortlichkeit;
- der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe und anderer Einrichtungen zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik in ihren Verantwortungsbereichen sowie der Organe der Gewerkschaften;
- politisch und volkswirtschaftlich besonders bedeutsamer Prozesse und Vorhaben entsprechend den Planvorgaben der Leiter der BV

zu gewährleisten.

Die Leiter der Abteilungen XVIII der BV haben die politisch-operative Arbeit der KD/OD zur Sicherung der Volkswirtschaft zu unterstützen durch

- die Anleitung und Hilfe mit eigenen operativen Kräften bei der Umsetzung zentraler und bezirklicher Vorgaben und Orientierungen zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft, insbesondere zur Sicherung politisch-operativer Schwerpunktbereiche und Bearbeitung politisch-operativer Schwerpunkte und spezieller auf der Grundlage von Sicherungs- und Bearbeitungskonzeptionen zu sichernder volkswirtschaftlicher Prozesse und Vorhaben;
- die zielgerichtete Auswertung der ihnen von der HA XVIII übergebenen und durch die eigene politisch-operative Arbeit und Lageeinschätzung erarbeiteten Informationen bzw. gewonnenen Erkenntnisse, die die Leiter der KD/OD zur Einschätzung der politisch-operativen Lage sowie zur Bestimmung und Lösung der politisch-operativen Aufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft benötigen;

- den Einsatz von spezialisierten Kräften der Abteilungen XVIII zur Bearbeitung Operativer Vorgänge und zur Vorkommnisuntersuchung in den Verantwortungsbereichen der KD/OD.

4.1.4. Die Leiter der KD/OD haben die zuverlässige Erfüllung der Hauptaufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft in den in ihren Verantwortungsbereichen vorhandenen Wirtschaftsbereichen und -einheiten, den entsprechenden staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen und Organen der Gewerkschaft zu gewährleisten, soweit nicht durch mich, meinen zuständigen Stellvertreter oder den Leiter der BV eine andere operative Verantwortlichkeit festgelegt wurde.

Sie haben

- die Einschätzung der politisch-operativen Lage auf diesem Gebiet im Rahmen der Gesamteinschätzung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich ständig zu vervollkommen und über deren aktuelle Entwicklung auskunftsbereit zu sein;
- das Schwerpunktprinzip bei der politisch-operativen Sicherung der Objekte der Volkswirtschaft im Verantwortungsbereich entsprechend den vorgenannten Vorgaben und Orientierungen und den Erfordernissen zur Sicherung des Gesamtverantwortungsbereiches durchzusetzen;
- die Zusammenarbeit zur komplexen politisch-operativen Sicherung der Kombinate, für deren Kombinatiatsleitung die KD/OD gemäß Entscheidung der Leiter der BV operativ verantwortlich sind, mit den für die politisch-operative Sicherung der Kombinatiatsbetriebe zuständigen operativen Dienst-einheiten zu organisieren;
- die Zusammenarbeit gemäß den Festlegungen dieser Dienstanweisung mit der HA XVIII, den Abteilungen XVIII der BV bzw. den OD zu organisieren, wenn diese für die Sicherung von Objekten im Verantwortungsbereich zuständig sind.

4.2. Verantwortlichkeit und Aufgaben für die politisch-operative Sicherung der zentralgeleiteten Kombinate

Die Leiter der für die politisch-operative Sicherung der Kombinatiatsleitung zuständigen Dienst-einheiten haben die komplexe Sicherung des Kombinales durch die Zusammenarbeit aller für die politisch-operative Sicherung der Kombinatiatsbetriebe zuständigen operativen Dienst-einheiten zu gewährleisten.

4.2.1. Die zentrale Stellung der Kombinate im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, der steigende volkswirtschaftliche Verflechtungsgrad und die hohe Eigenverantwortlichkeit der Kombinate für die Entwicklung der qualitativen Wachstumsfaktoren, besonders der Wissenschaft und Technik und der Außenwirtschaft, stellen höhere Anforderungen an die zur politisch-operativen Sicherung der Kombinate eingesetzten operativen Mitarbeiter.

Die für die Sicherung der zentralgeleiteten Kombinate verantwortlichen Leiter haben zu gewährleisten, daß

- durch die qualifizierte politisch-operative Sicherung der Leitung des Kombinates und des Stammbetriebes die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zur Lösung der gestellten Aufgaben zwischen den an der politisch-operativen Sicherung des Kombinates beteiligten Diensteinheiten geschaffen werden;
- die unter den Ziffern 3.5.1., 4.3.1. und 4.4. dieser Dienstanweisung gestellten Aufgaben für die kombinarsverantwortlichen operativen Mitarbeiter im Mittelpunkt ihrer Leitungstätigkeit stehen.

Die kombinarsverantwortlichen operativen Mitarbeiter haben auf der Grundlage der durch die zuständigen Leiter bestätigten Sicherungskonzeptionen und anderen Plandokumente zur Realisierung der gestellten und arbeitsteilig zu lösenden Aufgaben mit den operativen Mitarbeitern, die Kombinarsbetriebe sichern, direkt zusammenzuarbeiten.

- die kombinarsverantwortlichen operativen Mitarbeiter entsprechend den in dieser Dienstanweisung getroffenen Festlegungen ihre politisch-operativen Aufgaben in Zusammenarbeit mit den Abteilungen XVIII der BV und der zuständigen Fachabteilung der HA XVIII durchführen.

4.2.2. Die Informationsbeziehungen zwischen den an der politisch-operativen Sicherung eines zentralgeleiteten Kombinates beteiligten Diensteinheiten sind in Abhängigkeit von der konkreten Kombinarsstruktur in den Sicherungskonzeptionen festzulegen.

4.2.3. Die zentralgeleiteten Kombinate sind vorrangig zu sichern. Die Leiter der BV haben den notwendigen Kräfteinsatz festzulegen sowohl für die politisch-operative Sicherung der Kombinarsleitungen und der Stammbetriebe als auch für die Kombinarsbetriebe von besonderer Bedeutung, bei denen sich die Kombinarsleitung in einem anderen territorialen Verantwortungsbereich befindet.

Die Sicherungskonzeptionen sind durch die an der politisch-operativen Sicherung des Kombinates beteiligten Leiter der Diensteinheiten zu erarbeiten. Der Leiter der Diensteinheit, der für die politisch-operative Sicherung des Kombinates verantwortlich ist, hat sie dem Leiter der BV und dem Leiter der HA XVIII zur Bestätigung vorzulegen.

Über die politisch-operative Sicherung der bezirksgeleiteten Kombinate ist durch die Leiter der BV in eigener Zuständigkeit zu entscheiden. Sie haben, ausgehend von den politisch-operativen Schwerpunktbereichen und politisch-operativen Schwerpunkten die grundsätzliche politisch-operative Ziel- und Aufgabenstellung vorzugeben, den Kräfteinsatz festzulegen und die Zusammenarbeit der beteiligten Diensteinheiten zu regeln.

4.3. Schaffung der kadermäßigen Voraussetzungen

Die Schaffung kadermäßiger Voraussetzungen ist entsprechend der 1. Durchführungsbestimmung zu meiner Richtlinie Nr. 1/80 für die Planung der Kaderarbeit in mit den Leitern der Kaderorgane abgestimmten Kaderprogrammen und -plänen bzw. in längerfristigen Konzeptionen zur Kaderarbeit durch den Leiter der HA XVIII, die Leiter der BV, die Leiter der Abteilungen XVIII und die Leiter der KD/OD weitsichtig festzulegen und zu gewährleisten.

4.3.1. Entsprechend der Bedeutung der zentralgeleiteten Kombinate im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß sind für ihre politisch-operative Sicherung erfahrene und qualifizierte mittlere leitende Kader und operative Mitarbeiter einzusetzen.

Die qualifizierte Sicherung der zentralgeleiteten Kombinate erfordert eine stabile Kaderbesetzung. Die Auswahl, der Einsatz und die Versetzung dieser Angehörigen bedürfen der Zustimmung der Leiter der BV. Die Versetzung von kombinatsverantwortlichen Mitarbeitern darf nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen.

Es ist zu gewährleisten, daß diese ausgewählten Kader ausschließlich für die politisch-operative Sicherung der Kombinate eingesetzt werden.

4.3.2. Der Einsatz der Kader in den Verantwortungsbereichen hat auf der Grundlage der Orientierungen des Leiters der HA XVIII und der Vorgaben der Leiter der BV zu erfolgen.

Zur Sicherung ausgewählter Schwerpunktkombinate sind Operativgruppen zu bilden. Die Bildung von Operativgruppen bedarf der Zustimmung durch meinen zuständigen Stellvertreter und den Leiter der HA Kader und Schulung.

4.3.3. In der HA XVIII und den Abteilungen XVIII der BV ist die Aus- und Weiterbildung von operativen Mitarbeitern mit Spezialkenntnissen fortzusetzen. Dazu sind durch die Leiter der operativen Dienstseinheiten, gemeinsam mit den Leitern der Kaderorgane, die notwendigen Maßnahmen zu gewährleisten.

Operative Mitarbeiter mit Spezialkenntnissen sind vor allem herauszubilden und einzusetzen zur

- Untersuchung von Bränden, Havarien und anderen Störungen;
- politisch-operativen Sicherung der Energiewirtschaft im Territorium;
- sachbezogenen Anwendung des Wirtschaftsrechts;
- Leitung von bzw. Mitarbeit in Spezialkommissionen;
- Analysierung und Einschätzung ökonomischer Zusammenhänge und Prozesse.

4.4. Planung der politisch-operativen Arbeit

Die Planung der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft hat gemäß meiner Richtlinie Nr. 1/80 zu erfolgen.

4.4.1. Grundlagen der Planung der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft sind insbesondere

- die Beschlüsse und andere Dokumente der Partei- und Staatsführung zur langfristigen Wirtschaftsstrategie, wie
 - Fünfjahrplan,
 - langfristige Abkommen und Zielprogramme zur Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration,
 - mehrjährige Staatsplanthemen des Planes Wissenschaft und Technik mit strategischer Bedeutung;
- die Beschlüsse und Direktiven der Partei- und Staatsführung über die Jahresvolkswirtschaftspläne und die Pläne der Volkswirtschaftszweige;
- die Beschlüsse, Direktiven und Weisungen zur einheitlichen Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses der Minister, Leiter anderer zentraler Staatsorgane, Generaldirektoren von Kombinat und Leiter von Betrieben und Einrichtungen der Volkswirtschaft;
- längerfristige Konzeptionen zur politisch-operativen Arbeit auf bestimmten Teilgebieten, wie Wissenschaft und Technik, Außenhandel, Sicherungskonzeptionen der Kombinate;
- spezielle Analysen über Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste gegen die Volkswirtschaft, über Erscheinungsformen der ökonomischen Störtätigkeit, über die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Diversion in der Volkswirtschaft, über den Realisierungsstand der volkswirtschaftlichen Aufgaben sowie über die Wirksamkeit der vorbeugenden, schadensabwehenden Arbeit und Vorkommnisanalysen.

4.4.2. Die Planung der politisch-operativen Sicherung der Kombinate hat von der komplexen Erfassung des gesamten Reproduktionsprozesses des jeweiligen Kombinates auszugehen und die innere Verflechtung der zum Kombinat gehörenden Betriebe und Einrichtungen zu berücksichtigen. Die Planung ist vor allem auf die Hauptaufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft, gemäß Ziffer 3. dieser Dienstanweisung, und die zu ihrer Realisierung erforderliche Entwicklung und Qualifizierung der operativen Prozesse, Kräfte, Mittel und Methoden auszurichten.

4.4.3. Sicherungskonzeptionen sind entsprechend der Richtlinie Nr. 1/80, Ziffer 4.1. zu erarbeiten:

- zu Kombinat, Betrieben, Institutionen und Einrichtungen, um eine Zusammenführung, Einordnung und Realisierung wesentlicher Prozesse der politisch-operativen Sicherung zu erreichen. Sie haben vorrangig zu erfassen:

- entscheidende Bereiche und Prozesse zur Durchsetzung der Wirtschaftsstrategie,
- wissenschaftlich-technische und technologische Vorhaben zur Leistungsentwicklung,
- außenwirtschaftliche Vorhaben auf dem Gebiet des Ex- und Imports zur Erreichung einer hohen Rentabilität,
- Personengruppen entsprechend Ziffer 3.3. dieser Dienstabweisung,
- die politisch-operative Sicherung zentral geplanter sowie in der Verantwortung der Kombinate liegender nationaler und internationaler wissenschaftlich-technischer Tagungen, Veranstaltungen und Messen;
- zu ausgewählten Aufgaben und Prozessen der Wirtschaftsstrategie mit zentraler sicherheitspolitischer Bedeutung, wie
 - bedeutende Staatsaufträge auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik, die entscheidend die Leistungsentwicklung der Volkswirtschaft beeinflussen,
 - bedeutende Außenwirtschaftsaktivitäten und die internationale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit,
 - bedeutende Entwicklungs-, Investitions- und Produktionsvorhaben;
- zu Vorhaben für die materielle Sicherstellung der Landesverteidigung, insbesondere zu solchen, die mit der UdSSR zu realisieren sind.

Sicherungskonzeptionen im Sinne dieser Festlegungen sind von den für die politisch-operative Sicherung der Kombinate, der ausgewählten Aufgaben und Prozesse der Wirtschaftsstrategie, der Vorhaben der materiellen Sicherstellung der Landesverteidigung verantwortlichen Dienststeinheiten auf Weisung des zuständigen Leiters der BV nach Abstimmung mit dem Leiter der HA XVIII auszuarbeiten. Sie sind jeweils vom Leiter der BV und vom Leiter der HA XVIII zu bestätigen.

4.4.4. Die hohe Dynamik der Entwicklung der Volkswirtschaft und der ständig steigende Verflechtungsgrad ihrer Zweige und Bereiche erfordert, daß zur qualifizierten inhaltlichen Ausgestaltung der Jahrespläne und anderer Plandokumente rechtzeitig Konsultationen und Abstimmungen zwischen den Leitern der beteiligten Dienststeinheiten erfolgen.

Der Leiter der HA XVIII hat zu sichern, daß die Leiter der Fachabteilungen der HA XVIII ständige Arbeitskontakte zur Vorbereitung und Durchführung der Planung der politisch-operativen Arbeit mit den Leitern der Abteilungen XVIII der BV wahrnehmen. Die Leiter der BV haben zu gewährleisten, daß die Leiter der Abteilungen XVIII gleiche Arbeitskontakte zu den Leitern der Dienststeinheiten wahrnehmen, die mit der Sicherung von Objekten der Volkswirtschaft beauftragt sind.

5. Schlußbestimmungen

5.1. Durch meinen zuständigen Stellvertreter sind zu dieser Dienstanweisung Durchführungsbestimmungen

- zu den Aufgaben, Rechten und Pflichten der kombinatsverantwortlichen operativen Mitarbeiter,
 - zum Einsatz und Wirksamwerden der Sicherheitsbeauftragten,
 - zu Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung der Objekte und Einrichtungen der Volkswirtschaft zur Gewährleistung der Landesverteidigung,
 - zur Qualifizierung der vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung von Bränden, Havarien und anderen Störungen in der Volkswirtschaft der DDR,
 - zur politisch-operativen Sicherung in der Volkswirtschaft der DDR eingesetzter ausländischer Werkträger,
 - zur politisch-operativen Sicherung der Auswertung und Nutzung politisch-operativ beschaffter wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in der Volkswirtschaft
- zu erlassen.

5.2. Zur Erfüllung der in dieser Dienstanweisung enthaltenen Gesamtaufgabenstellung zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft können zwischen dem Leiter der HA XVIII und den Leitern anderer Dienstseinheiten Koordinierungsvereinbarungen abgeschlossen werden.

5.3. Die Grundsätze dieser Dienstanweisung sind über den festgelegten Geltungsbereich hinaus durch die anderen zuständigen Dienstseinheiten bei der politisch-operativen Sicherung in ihrem Zuständigkeitsbereich liegender Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft anzuwenden und durchzusetzen.

5.4. Diese Dienstanweisung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Gleichzeitig treten die Richtlinie Nr. 1/69 „zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik“, VVS MfS 008/537/69 und die dazu erlassenen

- 1. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/69 – Organisierung der politisch-operativen Arbeit in den Operativgruppen und Objektdienststellen, VVS MfS 008/538/69;
- 2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/69 – Organisierung der politisch-operativen Arbeit mit dem System der Sicherheitsbeauftragten, VVS MfS 008/539/69;
- Ergänzung zur 2. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/69 – VVS MfS 008/720/74;
- 3. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/69 – Organisierung der politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der speziellen Produktion – VVS MfS 008/540/69;

- 4. Durchführungsbestimmung zur Richtlinie 1/69 zur Organisation der politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenhang mit den Außenwirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zur BRD und Westberlin, VVS MfS 008/685/70;
- Anlage 1 zur Richtlinie 1/69 vom 25.8.1969, VVS MfS 008/730/69;
- Anlage 2 zur Richtlinie 1/69, VVS MfS 008/731/69;
- Anlage 3 zur Richtlinie 1/69, VVS MfS 008/732/69
außer Kraft.

Sie sind bis zum 25.5.1982 an das BdL/Dokumentenverwaltung zurückzusenden.

23. November 1982

Beschluß des Ministerrates der DDR zu Maßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes und von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik⁴⁹⁶

Anlage

Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 10. November 1982

Maßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes und von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik

1. Den „Maßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes und von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik“ wird zugestimmt (Anlage).
2. Auf der Grundlage der bestehenden Rechtsvorschriften haben die Minister, die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und die Generaldirektoren der Kombinate sowie die Leiter wissenschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Einrichtungen die „Maßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes und von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik“ in ihren Verantwortungsbereichen durchzusetzen.

Vermerk:

Für die Auswertung des Beschlusses und die Durchsetzung der festgelegten Maßnahmen können für den dafür bestimmten Personenkreis aus der VVS Teilauszüge gefertigt und als VD eingestuft werden.

Der Nachweis ist entsprechend § 28 Anlage 6 der Anordnung zum Schutz der Staatsgeheimnisse durch die VS-Hauptstelle zu führen.

⁴⁹⁶ BStU, ZA, HA XVIII/5, Bündel 494, unerschlossenes Material. Zum Titel gehörig: Der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 10.11.1982 über Maßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes und von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik gilt gleichzeitig als Beschluß des Präsidiums des Ministerrates (Anlage). – Vermerk: VVS B 2 - 1050/82, 746. Ausführung, 16 Blatt. – Gezeichnet auf Blatt 1: W. Stoph. Für die Richtigkeit: handschriftlich gezeichnet (unleserlich), Sekretariat des Ministerrates. Verteiler: Mitglieder des Ministerrates, Leiter anderer zentraler Staatsorgane, Vorsitzende der Räte der Bezirke, Generaldirektoren der Kombinate und VVB, Direktoren der Bezirksgeleiteten Kombinate.

Maßnahmen zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes und von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik

Die Verschärfung der internationalen politischen und ökonomischen Auseinandersetzung durch die Konfrontations-, Hochrüstungs- und Boykottpolitik der aggressivsten Kreise des Imperialismus sowie die durch Wissenschaft und Technik zu erreichenden Leistungs- und Effektivitätsziele in der Volkswirtschaft zur Verwirklichung der ökonomischen Strategie der 80er Jahre stellen hohe Ansprüche an die Sicherung des Geheimnisschutzes auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik. Es gilt vor allem,

- die maximale ökonomische Verwertung der Ergebnisse aus Wissenschaft und Technik zu unterstützen und abzusichern und
- zu verhindern, daß dem Gegner neue wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Erkenntnisse vorzeitig bekannt bzw. Informationen über Forschungsrichtungen, -vorhaben und -ergebnisse sowie über Entwicklungsprobleme zugänglich werden, die ihn in die Lage versetzen, die Entwicklung zu stören und zu behindern.

Die Gewährleistung des Geheimnisschutzes sowie von Ordnung und Sicherheit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik hat auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften zu erfolgen. Insbesondere sind die für Wissenschaft und Technik spezifischen Rechtsvorschriften (Auswahl der wichtigsten zentralen Rechtsvorschriften siehe Anlage) konsequent anzuwenden.

Geltungsbereich

Diese Maßnahmen gelten für staatliche und wirtschaftsleitende Organe, Kombinate und Betriebe sowie für wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Einrichtungen.

Sie sind zur Gewährleistung des Geheimnisschutzes sowie von Ordnung und Sicherheit auf die Aufgaben der mathematisch-naturwissenschaftlichen Forschung, der Pläne Wissenschaft und Technik, insbesondere des Staatsplanes Wissenschaft und Technik, auf wissenschaftlich-technische Aufgabenstellungen und Ergebnisse der Neuerertätigkeit, auf sonstige Ergebnisse aus Wissenschaft und Technik, auf Arbeiten im Rahmen der MMM-Bewegung und auf Informationen auf Messen und anderen wissenschaftlich-technischen Veranstaltungen im In- und Ausland anzuwenden.

1. Verantwortung der staatlichen Leiter

Durch die Minister, die Leiter der anderen zentralen Staatsorgane, die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, die Generaldirektoren der Kombinate und andere Leiter von Einrichtungen sind die erforderlichen Festlegungen zur Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz bei der Planung und Durchführung der Aufgaben von Wissenschaft und Technik zu treffen.

Dazu gehören insbesondere

- die Festlegung des Geheimhaltungsgrades der Aufgabenstellung, einschließlich der Zeitdauer seiner Gültigkeit,
- die Auswahl, der Einsatz und die politisch-ideologische Erziehung der Kader, vor allem der Geheimnisträger,
- die Festlegung von Entscheidungskompetenzen für die Vermittlung von Erkenntnissen an dritte Personen,
- die Bestimmung des Personenkreises, der Kenntnisse über die Bearbeitung der wissenschaftlich-technischen Aufgabe und deren Ergebnisse erlangen darf, einschließlich der Teilnehmer an Beratungen und Verteidigungen,
- die Festlegung der Mittel und Methoden des Schutzes und Schaffung der materiell-technischen Bedingungen zur Gewährleistung der Geheimhaltung,
- die lückenlose und durchgängige Gewährleistung des Geheimnisschutzes in allen am Vorhaben beteiligten Betrieben und Einrichtungen (Kooperationsbeziehungen),
- Maßnahmen zum Schutz der Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik im Zusammenhang mit dem Austausch von Spezialisten, anderen persönlichen Arbeitskontakten und Delegationsbesuchen,
- Aufnahme von Regelungen und Sanktionen zum Geheimnisschutz in Verträgen,
- die Erarbeitung von Sicherungskonzeptionen und ihre Verwirklichung zum allseitigen äußeren und inneren Schutz der Dienststellen, Betriebe und Einrichtungen,
- Festlegung über den Einsatz von Sicherungskräften, technischen Sicherungsmaßnahmen sowie Kontroll- und Diensthabenden-Systeme.

Die Einhaltung der getroffenen Festlegungen ist regelmäßig, insbesondere im Zusammenhang mit Verteidigungen, durch die verantwortlichen Leiter zu kontrollieren. Ihre Aktualität und Wirksamkeit ist ständig zu überprüfen. Die Festlegungen und deren Begründungen sind zu dokumentieren.

Bei Verletzungen der Rechtsvorschriften und getroffenen Festlegungen sind unverzüglich disziplinarische oder weitergehende Maßnahmen entsprechend den Rechtsvorschriften einzuleiten.

2. Sicherung der Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik

Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik, insbesondere Staatsaufträge und andere komplexe Aufgaben, sind durchgängig zu sichern. Für Aufgaben, die dem Geheimhaltungsgrad GVS oder VVS (Staatsgeheimnis) unterliegen, sind Sicherungskonzeptionen auszuarbeiten und durch die verantwortlichen Leiter zu bestätigen. Die Sicherungskonzeption ist von dem für die Aufgabe verantwortlichen Leiter in Abstimmung mit den Leitern der beteiligten anderen Bereiche auszuarbeiten.

Die Sicherungskonzeption enthält folgende Schwerpunkte:

- Sicherungsgegenstand und Geltungsbereich (eigener Verantwortungsbereich und beteiligte Kooperationspartner).
- Nomenklaturen (spezifische Bereichs- und Themennomenklaturen) zur Einstufung von Aufgaben, Ergebnissen und Informationen darüber in Geheimhaltungsgrade (GVS, VVS, VD).
- Entscheidung über die Informationsbeziehungen in Abhängigkeit von der Verantwortung für die zu lösenden Aufgaben.
- Arbeit mit den Geheimnisträgern (Anforderungen, Auswahl, Überprüfung, Einsatz, Belehrung, Verantwortung).
- Festlegungen zu den Mitteln und Methoden und Verfahren der Geheimhaltung (Aufspaltung in Teilarbeiten mit unterschiedlichem Schutzerfordernis, Möglichkeiten der Tarnung, Verwendung von Codeschlüsseln, Einrichtung von Sperrbereichen usw.).
- Festlegungen zum Informationsaustausch bei der Zusammenarbeit im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration
 - Partnereinrichtung
 - Aufgabenstellung für die Zusammenarbeit
 - berechtigter Personenkreis.
- Durchführung von Kontrollen zur Einhaltung der Sicherungskonzeption und Auswertung der Kontrollergebnisse.

3. Bestimmung und Einstufung von Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik als Staats- und Dienstgeheimnisse

Die Festlegung des Geheimhaltungsgrades von Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik ist bei der Erarbeitung der Zielstellungen, spätestens jedoch in Vorbereitung der Eröffnungsverteidigung des Pflichtenheftes, zu treffen.

Bei der Bestimmung und Einstufung als Staats- oder Dienstgeheimnis sind folgende Kriterien zugrunde zu legen:

- Politische und ökonomische Zielstellung der Aufgabe (Einführung neuer Verfahren, Technologien, Spitzenleistungen für Exporterzeugnisse und NSW-Importablösungen).
- Sicherung der politischen und ökonomischen Interessen unseres Staates im Ausland unter besonderer Beachtung der Konkurrenzsituation und der Bedürfnisse der Außenmärkte.
- Schutz der Ergebnisse in Vorbereitung und Durchführung der schutzrechtlichen Sicherung sowie des Know-hows.
- Sicherung der politischen und ökonomischen Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft und junger Nationalstaaten.
- Sicherung der politischen und ökonomischen Interessen der DDR in den Beziehungen mit kapitalistischen Partnern sowie staatlichen und nicht-staatlichen internationalen Organisationen.
- Schutz von Informationen, die gegen die DDR zu Störmaßnahmen (Ab-

- hängigkeiten, Engpässen u. a.) mißbraucht werden bzw. die zu Verkaufsverlusten führen können (z. B. Qualitätsfragen, Erprobungen).
- Schutz des Kenntnisstandes der DDR über Entwicklungsrichtungen und technische Lösungen der Konkurrenz.
 - Schutz der Ergebnisse aus Aufgaben zur Landesverteidigung und inneren Sicherheit.

Die Bestimmung und Einstufung von Staatsgeheimnissen (GVS/VVS) für Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik ist in Abstimmung mit dem zuständigen staatlichen Organ zu treffen.

Die Einheit von außenwirtschaftlichen, außenpolitischen und wissenschaftlich-technischen Interessen ist dabei zu beachten. Es sind nur die Aufgaben, Themen oder Probleme als Geheimnis einzustufen, bei denen ein echtes Schutzerfordernis besteht. Die Einstufung hat differenziert nach Gegenstand und Geheimhaltungsgrad zu erfolgen. Bei der Festlegung von Geheimhaltungsgraden ist gleichzeitig der Termin oder das Ereignis der Aufhebung der Geheimhaltung oder Abstufung des Geheimhaltungsgrades bzw. einer erneuten Prüfung festzulegen.

Der Minister für Wissenschaft und Technik hat das Recht, die Bestimmung und Einstufung von Staats- und Dienstgeheimnissen für Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik vorzunehmen.

4. Auswahl und Einsatz der Kader für die Arbeit an Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik

Es ist konsequent nur den Wissenschaftlern und anderen Kadern Verantwortung und Entscheidungsbefugnis zu übertragen, die für die Lösung der Aufgaben die erforderliche politische Zuverlässigkeit und die fachliche Eignung besitzen. Durch ständige politisch-ideologische Arbeit ist der Wille und die Bereitschaft zur Lösung der Aufgaben und zum Schutz der wissenschaftlich-technischen Ergebnisse in den F/E-Kollektiven zu erhöhen.

Der Kreis der Mitarbeiter, die über geheimzuhaltende Unterlagen und Kenntnisse verfügen (Geheimnisträger), ist auf das unbedingt Erforderliche zu begrenzen. Ihre Auswahl und ihr Einsatz hat auf der Grundlage der Geheimnisträger-Nomenklaturen sowie der politisch-fachlichen und charakterlichen Eignung der Kader zu erfolgen.

Dabei ist von folgenden Grundbedingungen auszugehen:

- Befähigung und Eignung zur Lösung der Aufgabe und die Bereitschaft zu hohen Leistungen.
- Verbundenheit der Kader zur DDR, zur Sowjetunion und zur sozialistischen Staatengemeinschaft sowie zur gesellschaftlichen Arbeit.
- Zuverlässigkeit, Wachsamkeit, Verschwiegenheit, Ehrlichkeit und Disziplin bei der Lösung der Aufgaben.
- Bereitschaft des Kaders, bestehende private Kontakte und Beziehungen zu Bürgern im NSW und Berlin (West) erforderlichenfalls systematisch abzubauen bzw. einzustellen.

- Einstellung zur Einhaltung des sozialistischen Rechts, der Ordnung und Sicherheit und insbesondere des Geheimnisschutzes.

Die staatlichen Leiter sind verpflichtet,

- regelmäßige Belehrungen und Schulungen zur Festigung des sozialistischen Bewußtseins, zur Erhöhung der Wachsamkeit und Durchsetzung von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz mit allen verpflichteten Geheimnisträgern durchzuführen,
- auf solche negativen Eigenschaften und Erscheinungen wie Schwatzaftigkeit, naive Mitteilbarkeit, Sorglosigkeit, übersteigertes Geltungsbedürfnis, egoistische und karrieristische Haltungen, ungefestigter Geheimhaltungswille, Unterschätzung des Gegners, Negierung rechtlicher Normative erzieherisch wirksam zu reagieren.

Bei den Kadern ist die Einsicht und Bereitschaft zu schaffen, zur Wahrung der staatlichen Interessen die an sie gestellten Anforderungen einzuhalten und auch bestimmte persönliche Einschränkungen zu akzeptieren und – wenn notwendig – auf individuelle Wünsche zu verzichten (z. B. außerdienstliche Kontakte, Teilnahme an internationalen Veranstaltungen, Reisen ins NSW, Veröffentlichungen).

5. Dienstreisen, Studienaufenthalte sowie dienstliche Beziehungen mit Personen und Institutionen in anderen Staaten

Durch konsequente Leitungstätigkeit ist zu gewährleisten, daß im Zusammenhang mit Dienstreisen, Studienaufenthalten und dienstlichen Beziehungen mit Personen und Institutionen in anderen Staaten geheimzuhaltende Informationen über wissenschaftlich-technische Aufgaben und deren Ergebnisse nicht weitergegeben werden. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen sind streng durchzusetzen. Die Handhabung ist zu kontrollieren. Vor allem sind folgende Prinzipien zu verwirklichen:

- In den Reisedirektiven sind exakte Festlegungen zu treffen, in welchem Umfang über wissenschaftlich-technische Ergebnisse oder über Forschungsrichtungen Informationen weitergegeben werden dürfen.
- Der Inhalt von wissenschaftlichen und sonstigen Vorträgen, Vorlesungen und Diskussionsbeiträgen ist vor Antritt der Reise oder vor Übergabe der Texte an den Veranstalter im Rahmen der Festlegungen über Kompetenzen zur Genehmigung von Reisedirektiven zu bestätigen.
- Vor Antritt einer Dienstreise oder eines Studienaufenthaltes sind die getroffenen Festlegungen und die aus dem Anliegen der Dienstreise sowie den Kenntnissen der Reisekader sich ergebenden besonderen Geheimhaltungserfordernisse im Rahmen der durchzuführenden Belehrungen gründlich zu erläutern.
- In allen anderen Fällen von Kontakten mit Personen und Institutionen anderer Staaten sind die Festlegungen für die Durchführung von Dienstreisen entsprechend anzuwenden. Jeglicher Austausch nicht veröffentlichter wissenschaftlich-technischer Ergebnisse und die Bekanntgabe solcher Ergeb-

nisse bedarf der Genehmigung des zuständigen Leiters. Es ist außerdem zu sichern, daß die bei Studienaufenthalten gewonnenen Erkenntnisse nicht vorzeitig weitergegeben werden.

6. Kooperation mit anderen Staaten, insbesondere kapitalistischen Industrieländern

Hohe Anforderungen an den Schutz wissenschaftlich-technischer Ergebnisse gegen unbefugten Zugriff sind in denjenigen Betrieben und Einrichtungen durchzusetzen, die Kooperationsbeziehungen mit Partnern in anderen, insbesondere nichtsozialistischen Staaten, unterhalten. Durch eine straffe Ordnung bei der Durchsetzung der Rechtsvorschriften über den Schutz von Staats- und Dienstgeheimnissen und auf dem Gebiet von Ordnung und Sicherheit ist zu gewährleisten, daß Informationen über wissenschaftlich-technische Arbeiten und Ergebnisse nur in dem Maße an den Kooperationspartner übermittelt werden, wie dies auf Grund vertraglicher Verpflichtungen zwingend notwendig ist. Dazu sind insbesondere festzulegen:

- Der Personenkreis, der befugt ist, Informationen über wissenschaftlich-technische Arbeiten und Ergebnisse zu geben;
- der Personenkreis, der an Aufgaben arbeitet, die Gegenstand der Kooperation sind;
- Maßnahmen zur Gewährleistung einer ständigen Übersicht des Leiters des Betriebes oder der Einrichtung über neue wissenschaftlich-technische Ergebnisse aus der Kooperation;
- Maßnahmen zur Geheimhaltung von wissenschaftlich-technischen Arbeiten und Ergebnissen gegenüber dem Kooperationspartner, die nicht Gegenstand der Kooperation sind;
- Maßnahmen zum exakten Nachweis über die an den Kooperationspartner vermittelten Informationen;
- die Ergebnisse, die auf keinen Fall dem Kooperationspartner übergeben werden dürfen.

7. Schutzrechte

Im Rahmen der Festlegungen über die Geheimhaltung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse ist für schutzfähige wissenschaftlich-technische Resultate der Zeitpunkt der Aufhebung der Geheimhaltung und ihrer Veröffentlichung zu bestimmen. Dabei ist von folgendem auszugehen:

- Bis zur Offenlegung der Patentschrift sind schutzfähige wissenschaftlich-technische Ergebnisse in der Regel geheimzuhalten.
- In jedem einzelnen Fall ist zu prüfen, ob die Erfindung geeignet ist, die Verteidigungsbereitschaft oder innere Sicherheit der DDR unmittelbar oder mittelbar zu sichern oder zu erhöhen, oder ob sie andere besondere staatliche Interessen betrifft. Ist das der Fall, dann ist die Erfindung als

Geheimnis zu behandeln und entsprechend den Rechtsvorschriften als Geheimpatent anzumelden.

- In jedem Fall ist zu gewährleisten, daß bei Patentanmeldungen keine Produktionserfahrungen sowie wissenschaftlich-technische Ergebnisse mit dem Charakter von Know-how bekanntgegeben werden.
- Für Verfahren, deren Anwendung am Erzeugnis nicht erkennbar ist, sind grundsätzlich Geheimpatente anzumelden.
- Auf dem Gebiet der Mikrobiologie sind die besonderen Orientierungen des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen zur Geheimhaltung zu beachten.
- Schutzrechtliche Aktivitäten von der Patentrecherche bis zur Anmeldung müssen in Übereinstimmung stehen mit der Gesamtkonzeption zur Geheimhaltung der wissenschaftlich-technischen Aufgabe.
- Bei der Durchführung von Schutzrechtshandlungen gegenüber anderen Staaten ist konsequent zu gewährleisten, daß nur die Informationen weitergegeben werden, die zur Durchsetzung der schutzrechtlichen Zielstellungen notwendig sind.

8. Lizenzen, Geschäftsanbahnungen, Messen und Ausstellungen

Wissenschaftlich-technische Ergebnisse sind grundsätzlich schutzrechtlich zu sichern, bevor sie im Rahmen von Lizenzverhandlungen und Geschäftsanbahnungen, auf Messen und Ausstellungen bekanntgemacht werden. Nicht geschütztes technisches Wissen zu technologischen Erkenntnissen, Produktionserfahrungen und Know-how sowie zu Mustern, Proben und anderen Ausstellungsgegenständen ist durch die Art und den Umfang der Vorführungen, Auskunftserteilungen und Geschäftsgespräche vor einem vorzeitigen Bekanntwerden abzusichern. Dazu sind die erforderlichen konkreten Festlegungen vor Beginn von Lizenzverhandlungen, Geschäftsanbahnungen, Messen und Ausstellungen zu treffen.

Entsprechend ist bei der Werbung, bei geschäftlichem Schriftwechsel sowie bei der Gestaltung von Prospekten und Katalogen zu verfahren.

Dienstliches Schriftgut – auch ohne Geheimhaltungsgrad – ist vor Unbefugten zu schützen und nur mit Genehmigung des zuständigen Leiters zu übergeben.

9. Arbeit mit kapitalistischen Prüforganisationen und -beauftragten

Die verantwortlichen Leiter haben bei Prüf- und Kontrollhandlungen durch staatliche, staatlich autorisierte Prüf- und Überwachungseinrichtungen, private Organisationen aus kapitalistischen Industrieländern sowie Prüfbeauftragte kapitalistischer Exportkunden die erforderlichen Festlegungen zum Schutz geheimzuhaltender Informationen über wissenschaftlich-technische Arbeiten und deren Ergebnisse zu treffen:

- Festlegung der für die Betreuung der Beauftragten kapitalistischer Organisationen verantwortlichen Kader, insbesondere durch die staatlichen Leiter der TKO.

- Festlegung der Bereiche, in denen die Prüf- und Überwachungshandlungen durchgeführt werden.
- Festlegung von Betriebsbereichen, die von Beauftragten aus dem NSW nicht betreten werden dürfen. Dazu gehören grundsätzlich die Bereiche der Forschung und Entwicklung.
- Auswahl und Einsatz der Kader (staatliche Leiter der TKO), die für Prüf- und Kontrollhandlungen bzw. Verhandlungen in kapitalistischen Betrieben vorgesehen sind, nach den Maßstäben, die für Reisekader gelten.

10. Öffentlichkeitsarbeit und Informationsdienste

An die Veröffentlichung von Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik und von deren Ergebnissen ist ein strenger Maßstab anzulegen. Das gilt auch für Betriebszeitungen.

Dabei ist besonders zu beachten, daß nicht nur die Einstufung als Staats- oder Dienstgeheimnis maßgebend ist, sondern auch andere Kriterien, wie Marktstrategien und andere außenwirtschaftliche Erfordernisse.

Die Freigabe zur Veröffentlichung bedarf der Genehmigung und muß nachweisbar sein.

Aufgaben und Ergebnisse des Staatsplanes Wissenschaft und Technik bedürfen zu ihrer Veröffentlichung der Genehmigung des zuständigen staatlichen Organs.

Veröffentlichungen von geheimzuhaltenden wissenschaftlich-technischen Aufgaben und Ergebnissen sind verboten.

Redaktionen und Lektorate haben vor Veröffentlichung den Freigabenachweis zu fordern.

Bei Vorträgen, Vorlesungen oder einem anderen Auftreten auf wissenschaftlichen oder anderen Veranstaltungen und bei Erfahrungsaustauschen im In- und Ausland ist entsprechend zu verfahren.

Beim Betrieb von Informationsdiensten und Datenbanken, einschließlich der Informationsfonds und Rechercheleistungen sowie daraus resultierenden Publikationen, insbesondere über nicht buchhändlerische, interne Literaturquellen und beim Transport von Datenträgern ist der Schutz der Daten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und speziell getroffenen Regelungen zu gewährleisten.

Für den internationalen Schriftaustausch sowie den Leihverkehr der Bibliotheken und Informationseinrichtungen ist zur Übergabe an das Ausland ausschließlich veröffentlichte Literatur ohne Vertraulichkeitsgrad zugelassen. Die Mitwirkung in internationalen Informationsdiensten darf nur solche Leistungen und Quellen einschließen, die keiner Geheimhaltungspflicht unterliegen oder gesondert genehmigt sind.

Bei Ehrungen und Würdigungen sowie Begründungen im Zusammenhang mit wissenschaftlich-technischen Ergebnissen sind die vorgesehenen Aussagen auf Geheimhaltungserfordernisse zu überprüfen.

Ausgewählte Rechtsvorschriften

Beschluß über die Ordnung zur Sicherung von Staatsgeheimnissen bei der Vorbereitung und Durchführung der internationalen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (ZZ-Ordnung) vom 27.4.1967	VVS
Beschluß über die Richtlinie zur weiteren Vervollkommnung des Geheimnisschutzes in den Staats- und Wirtschaftsorganen vom 15.10.1969	VVS
Anordnung zum Schutz der Dienstgeheimnisse vom 6.12.1971, GBl. Sonderdruck 717	
Beschluß des Ministerrates und Festlegungen zur Arbeit mit den Geheimnisträgern vom 18.4.1973	GVS-p
Anordnung zur Bereitstellung von Informationen über wissenschaftlich-technische Ergebnisse vom 20.6.1979 GBl. Teil I, Nr. 19, S. 164	
Anordnung zum Schutz von Staatsgeheimnissen vom 20.8.1974	VVS
Beschluß über Grundsätze zur Gewährleistung und Vervollkommnung von Sicherheit und Ordnung bei Besuchen und Besichtigungen in den Staatsorganen, wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben und Einrichtungen vom 16.12.1976	VVS
Ordnung für die internationale wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der DDR mit den sozialistischen Ländern (IZ-Ordnung) vom 29.9.1977	VD
Ordnung für die Vorbereitung, den Abschluß und die Realisierung von Verträgen über die Spezialisierung und Kooperation in Forschung und Produktion mit den sozialistischen Ländern – Ordnung über die internationale Kooperation – vom 14.10.1982	VD

Anordnung zu den Grundsätzen über das Verhalten von dienstlich
im Ausland weilenden Bürgern der DDR
vom 18.10.1979

VVS

Beschluß über Maßnahmen zur Sicherung des Geheimnisschutzes
für Exponate der „Messe der Meister von morgen“ sowie der Lei-
stungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler
vom 13.8.1981

VD

Anordnung über das Antragsverfahren für Luftaufnahmen
vom 6.10.1981, GBl. Teil I, Nr. 33, S. 381

Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten
Organe – Lieferverordnung (LVO)
vom 15.10.1981, GBl. Teil I, Nr. 31, S. 357

Verordnung über das Pflichtenheft für Aufgaben der Forschung
und Entwicklung – Pflichtenheft-Verordnung –
vom 17.12.1981, GBl. Teil I, Nr. 1 (1982)

Beschluß über den Schutz und die Sicherung von Dienststellen der
Staatsorgane sowie den Schutz und die Sicherung der Kombinate,
volkseigenen Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften ein-
schließlich ihrer Objekte und Anlagen
vom 13.1.1982

VVS

17. November 1982

Richtlinie des MfS Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen⁴⁹⁷

Gliederung

Präambel

1. Die politisch-operative Zielstellung von Sicherheitsüberprüfungen
2. Die Einleitung von Sicherheitsüberprüfungen
3. Die Herausarbeitung und Bestimmung der sicherheitspolitischen Anforderungen an die jeweils zu überprüfende Person und die Festlegung des Informationsbedarfs
 - 3.1. Grundlegende sicherheitspolitische Anforderungen, die bei allen Sicherheitsüberprüfungen zu stellen sind
 - 3.2. Spezifische sicherheitspolitische Anforderungen, die bei allen Sicherheitsüberprüfungen vorrangig zu stellen sind
 - 3.2.1. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die in sicherheitspolitischen bedeutsamen staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen tätig werden sollen und damit bedeutsame Entscheidungsbefugnisse bzw. Einflußmöglichkeiten auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche übertragen bekommen
 - 3.2.2. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen bei denen aus unterschiedlichen Gründen Reisen nach nichtsozialistischen Staaten, nach anderen politisch-operativ interessierenden Staaten oder nach Westberlin beabsichtigt sind, die eine Erlaubnis bzw. Genehmigung zum Aufenthalt im Schutzstreifen an der Staatsgrenze zur BRD und in besonders gefährdeten Bereichen des Grenzgebietes zu Westberlin bzw. zum Befahren der Seegewässer außerhalb der Grenzzonen der DDR erhalten oder die eine Tätigkeit ausführen sollen, die objektiv Möglichkeiten zum widerrechtlichen Passieren der Staatsgrenze bietet (z. B. mit Luft- und Wasserfahrzeugen)
 - 3.2.3. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, denen Staatsgeheimnisse oder andere geheimzuhaltende Informationen oder Gegenstände anvertraut werden sollen

⁴⁹⁷ BStU, ZA, DSt 102900. – Vermerk: GVS MfS 0008-14/82, 41 Blatt. – Handschriftlich gezeichnet auf Blatt 41: Mielke, Armeegeneral.

- 3.2.4. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die in Bereichen mit hohen Sicherheitserfordernissen zum Einsatz kommen sollen, denen im Zusammenhang mit dem Umgang mit Waffen, Sprengmitteln, Giften u. a. gefährlichen Stoffen Erlaubnisse oder Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung bedeutsame Aufgaben übertragen werden sollen
- 3.2.5. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, denen in anderen Schutz- und Sicherheitsorganen sicherheitspolitisch bedeutsame Aufgaben übertragen werden sollen
- 3.2.6. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die die DDR auf dem Gebiet des Leistungssports international vertreten und repräsentieren sollen
- 3.3. Weitere Kriterien, die bei der Herausarbeitung und Bestimmung der konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen im jeweiligen Einzelfall zu berücksichtigen sind
- 4. Verantwortlichkeit für die Einleitung und Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen sowie für das Treffen der Entscheidung
 - 4.1. Verantwortlichkeit für die Einleitung von Sicherheitsüberprüfungen
 - 4.2. Verantwortlichkeit für die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen
 - 4.3. Verantwortlichkeit für die Entscheidung
- 5. Die Erarbeitung, Zusammenführung und Einschätzung erforderlicher Informationen für die zu treffende Entscheidung
 - 5.1. Die Speicherüberprüfung
 - 5.2. Die Nutzung der von anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen erarbeiteten Überprüfungsergebnisse
 - 5.3. Der Einsatz der IM und GMS
 - 5.4. Die Nutzung anderer operativer Kräfte, Mittel und Methoden sowie offizieller Möglichkeiten
 - 5.4.1. Operative Ermittlungen
 - 5.4.2. Die Nutzung offizieller Möglichkeiten
- 6. Die im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung zu treffende Entscheidung
- 7. Wiederholungsüberprüfungen
- 8. Das politisch-operative Zusammenwirken mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen

- 8.1. Die Erhöhung der Verantwortung der anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen bei der Auswahl und Überprüfung von Personen, denen sicherheitspolitisch bedeutsame Aufgaben, Funktionen, Befugnisse und Vollmachten übertragen bzw. Erlaubnisse und Genehmigungen erteilt werden sollen
- 8.2. Die Durchsetzung der im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung getroffenen Entscheidung
9. Die Speicherung und Nutzung der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen
 - 9.1. Die Speicherung der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen
 - 9.2. Die Nutzung der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen
10. Schlußbestimmungen

Die weitere erfolgreiche Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR vollzieht sich unter den Bedingungen harter Klassenausinandersetzungen mit dem Imperialismus.

Eine Grundvoraussetzung für die ständige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit ist, daß nur zuverlässige Personen in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen der DDR im In- und Ausland eingesetzt werden bzw. sicherheitspolitisch bedeutsame Erlaubnisse und Genehmigungen insbesondere für Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin nur an solche Personen erteilt werden, die diese nicht mißbrauchen und dem Gegner keine Ansatzpunkte für subversive Aktivitäten bieten.

Für die Auswahl, die Überprüfung und den Einsatz der Personen bzw. die Erteilung der Erlaubnisse und Genehmigungen tragen die Leiter staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie die zuständigen Funktionäre der gesellschaftlichen Organisationen eine hohe politische Verantwortung.

Das MfS hat – ohne diese Verantwortung einzuschränken – durch den zielgerichteten Einsatz der erforderlichen operativen Kräfte und Mittel, durch die Zusammenführung im MfS gespeicherter Informationen und durch die Auswertung der von anderen Organen und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen erarbeiteten Überprüfungsergebnisse die Überprüfung der sicherheitspolitischen Eignung der Personen (Sicherheitsüberprüfungen) vorzunehmen. Damit ist entsprechend den konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen die Frage „Wer ist wer?“ zu klären, um sicherheitspolitisch richtige Entscheidungen für oder gegen den vorgesehenen Einsatz bzw. die Erteilung einer Erlaubnis oder Genehmigung treffen zu können.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen ist auf den Einsatz bzw. die Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung durch die zuständigen staatlichen Leiter und Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen durch Zustimmung bzw. Nichtzustimmung Einfluß zu nehmen.

Die im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfungen zu treffenden Entscheidungen tragen einen zutiefst politischen Charakter und können zugleich weitgehende Auswirkungen auf die persönliche Entwicklung und die Realisierung persönlicher Interessen der überprüften Personen haben. Dabei ist mit hohem politischen Verantwortungsbewußtsein zu prüfen, ob die sozialistische Gesellschaft der betreffenden Person das für den vorgesehenen Einsatz bzw. für die zu erteilende Erlaubnis oder Genehmigung erforderliche Vertrauen entgegenbringen kann oder ob aus anderen sicherheitspolitischen Gründen zum Schutz der Person und zur Verhinderung anderer Gefahren eine ablehnende Entscheidung erforderlich ist.

Die Entscheidungen sind immer im Interesse der erfolgreichen Durchsetzung der Politik der Partei- und Staatsführung zu treffen.

Sicherheitsüberprüfungen sind ein wichtiger Bestandteil der politisch-operativen Arbeit der operativen Dienstseinheiten des MfS und planmäßig, in abgestimmter Zusammenarbeit der Dienstseinheiten und im engen politisch-

operativen Zusammenwirken mit den anderen zuständigen Organen und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen durchzuführen.

Die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen sind zugleich für die Einschätzung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich und die Lösung anderer politisch-operativer Aufgaben zu nutzen.

Die weitere Durchsetzung der offensiven Politik der Partei- und Staatsführung unter den Bedingungen der Verschärfung des internationalen Klassenkampfes und der verstärkten subversiven Angriffe des Gegners erfordert bei weiterhin steigender Anzahl die Erhöhung der Qualität der Sicherheitsüberprüfungen durch alle operativen Dienstleistungen.

Damit ist in allen Verantwortungsbereichen ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit und zur konsequenten Durchsetzung der Politik der Partei- und Staatsführung zu leisten.

1. Die politisch-operative Zielstellung von Sicherheitsüberprüfungen

Sicherheitsüberprüfungen sind durchzuführen zu Personen, denen sicherheitspolitisch bedeutsame Aufgaben, Funktionen, Befugnisse und Vollmachten übertragen bzw. denen sicherheitspolitisch bedeutsame Erlaubnisse und Genehmigungen erteilt werden sollen.

Sicherheitsüberprüfungen sind politisch-operative Überprüfungsmaßnahmen des MfS.

Durch den zielgerichteten Einsatz der operativen Kräfte und Mittel sowie die Auswertung gespeicherter und von anderen staatlichen Organen und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen erarbeiteter Informationen sind alle erforderlichen Informationen zu der zu überprüfenden Person, zu ihrem Umgangskreis und ihren Verbindungen zu erarbeiten bzw. zusammenzuführen, die eine Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung gemäß den an sie zu stellenden sicherheitspolitischen Anforderungen ermöglichen.

Zum Abschluß jeder Sicherheitsüberprüfung ist die Entscheidung zu treffen, ob dem vorgesehenen Einsatz bzw. der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung zugestimmt werden kann.

Die politisch-operative Zielstellung der Sicherheitsüberprüfungen besteht darin,

- zu gewährleisten, daß sicherheitspolitisch bedeutsame Aufgaben, Funktionen, Befugnisse und Vollmachten bzw. Erlaubnisse und Genehmigungen nur solchen Personen übertragen bzw. erteilt werden, die den sicherheitspolitischen Anforderungen unter den jeweiligen Lagebedingungen gerecht werden,
- vorbeugend zu verhindern, daß durch ein Eindringen des Gegners bzw. feindlich-negativer und anderer sicherheitspolitisch ungeeigneter Personen in sicherheitspolitisch bedeutsame Positionen und Bereiche politische, ideologische und materielle Schäden und Gefahren entstehen können.

Die politisch-operative Zielstellung ist in Abhängigkeit von der jeweils zu übertragenden Aufgabe, Funktion, Befugnis, Vollmacht bzw. zu erteilenden Erlaubnis oder Genehmigung, dem vorgesehenen Einsatzbereich sowie den sich dadurch objektiv ergebenden Möglichkeiten des Mißbrauchs zu präzisieren.

Ausgehend vom jeweiligen Grund der Einleitung sind Sicherheitsüberprüfungen auf solche politisch-operativen Erfordernisse zu konzentrieren, wie auf die vorbeugende Verhinderung

- des Mißbrauchs staatlicher oder gesellschaftlicher Funktionen,
- des ungesetzlichen Verlassens der DDR,
- des Verrates, der unbefugten Offenbarung und des fahrlässigen Umgangs mit Staatsgeheimnissen u. a. geheimzuhaltenden Informationen und Gegenständen,
- von Gefahren für die Sicherheit und Ordnung vor allem in Bereichen mit hohen Sicherheitserfordernissen und beim Umgang mit Waffen und Sprengmitteln sowie mit Giften u. a. gefährlichen Stoffen,
- des Eindringens feindlich-negativer bzw. ungeeigneter Personen in andere Schutz- und Sicherheitsorgane sowie in andere gesellschaftliche Bereiche mit hohen Sicherheitserfordernissen.

2. Die Einleitung von Sicherheitsüberprüfungen

Sicherheitsüberprüfungen sind einzuleiten, wenn

- durch staatliche Anordnungen das jeweilige staatliche oder wirtschaftsleitende Organ, das Kombinat, der Betrieb, die Einrichtung oder die gesellschaftliche Organisation verpflichtet ist bzw. durch Vereinbarung mit der zuständigen Dienst Einheit des MfS festgelegt wurde, für den vorgesehenen Einsatz von Personen die Zustimmung des MfS einzuholen,
- im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Einsatz oder der zu erteilenden Erlaubnis bzw. Genehmigung gemäß einer dienstlichen Bestimmung oder Weisung im MfS die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen festgelegt ist,
- aufgrund spezifischer sicherheitspolitischer Erfordernisse durch den Leiter der operativen Dienst Einheit die Entscheidung zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen getroffen wurde.

Die zu überprüfenden Personen können durch staatliche Leiter oder Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen ausgewählt und vorgeschlagen werden, durch Bewerbung für die entsprechende Tätigkeit oder durch Antragstellung auf eine bestimmte Erlaubnis bzw. Genehmigung sowie durch die politisch-operative Sicherung des Verantwortungsbereiches bekannt werden.

3. Die Herausarbeitung und Bestimmung der sicherheitspolitischen Anforderungen an die jeweils zu überprüfende Person und die Festlegung des Informationsbedarfs

Als Voraussetzung für das differenzierte und zielgerichtete Erarbeiten der erforderlichen Informationen sind, ausgehend von der jeweils zu übertragenden sicherheitspolitisch bedeutsamen Aufgabe, Funktion, Befugnis, Vollmacht bzw. zu erteilenden Erlaubnis oder Genehmigung, dem vorgesehenen Einsatzbereich und den jeweiligen Lagebedingungen, gemäß den Festlegungen unter den Ziffern 3.1. bis 3.3., die an die zu überprüfende Person zu stellenden konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen verantwortungsbewußt herauszuarbeiten und der sich daraus ergebende Informationsbedarf festzulegen.

Hierbei sind besonders zu beachten:

- grundlegende sicherheitspolitische Anforderungen, die bei allen Sicherheitsüberprüfungen zu stellen sind,
- spezifische sicherheitspolitische Anforderungen, die bei bestimmten Sicherheitsüberprüfungen vorrangig zu stellen sind,
- weitere Kriterien, die im jeweiligen Einzelfall zu berücksichtigen sind.

3.1. Grundlegende sicherheitspolitische Anforderungen, die bei allen Sicherheitsüberprüfungen zu stellen sind

In Übereinstimmung mit der politisch-operativen Zielstellung der Sicherheitsüberprüfungen sind an alle zu überprüfenden Personen folgende grundlegende sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen:

- positive oder zumindest loyale Einstellung zum sozialistischen Staat und zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR;
- ablehnende Einstellung gegenüber feindlichen und anderen negativen Aktivitäten, Erscheinungen und Einflüssen;
- strikte Einhaltung des sozialistischen Rechts;
- keine Verhaltens- und Lebensweisen, die dem Gegner als Ansatzpunkte für Kontaktaufnahmen und subversive Aktivitäten dienen könnten;
- keine engen Kontakte und Verbindungen zu Personen, die eine feindlich-negative Einstellung haben.

Wird unabhängig vom Grund der Einleitung eine zu überprüfende Person diesen grundlegenden sicherheitspolitischen Anforderungen nicht gerecht, ist keine Zustimmung zu erteilen. Eine weitere Prüfung der sicherheitspolitischen Eignung ist nicht erforderlich. Die Einleitung erforderlicher politisch-operativer Maßnahmen ist zu prüfen.

3.2. Spezifische sicherheitspolitische Anforderungen, die bei bestimmten Sicherheitsüberprüfungen vorrangig zu stellen sind

Im Zusammenhang mit den für alle Sicherheitsüberprüfungen geltenden grundlegenden sicherheitspolitischen Anforderungen sind weitere spezifische sicherheitspolitische Anforderungen zu beachten, von deren Erfüllung die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit in besonderem Maße beeinflusst wird. Diese ergeben sich aus der zu übertragenden Aufgabe bzw. zu erteilenden Erlaubnis oder Genehmigung, dem vorgesehenen Einsatzbereich und den sich daraus objektiv ergebenden Möglichkeiten des Mißbrauchs.

Die unter den Ziffern 3.2.1. bis 3.2.6. gestellten spezifischen sicherheitspolitischen Anforderungen können im jeweiligen Fall in unterschiedlicher Kombination für eine Sicherheitsüberprüfung zutreffen und sind entsprechend zu berücksichtigen.

3.2.1. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die in sicherheitspolitisch bedeutsamen staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen tätig werden sollen und damit bedeutsame Entscheidungsbefugnisse bzw. Einflußmöglichkeiten auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche übertragen bekommen

An die zu überprüfenden Personen sind vorrangig folgende sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen:

- durch Auftreten, Verhalten und erbrachte Leistungen besonders in Bewährungssituationen nachgewiesene politische Zuverlässigkeit,
- Bereitschaft und Fähigkeit zur konsequenten Durchsetzung der Politik der Partei- und Staatsführung,
- konsequentes und unduldsames Verhalten gegenüber Rechtsverletzungen und sie begünstigende Bedingungen, politische Wachsamkeit gegenüber feindlich-negativen Aktivitäten, gegnerischen Kontaktversuchen und Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Diversion,
- vorbildliches und moralisch sauberes Verhalten im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich,
- kaderpolitische Eignung gemäß der vorgesehenen Funktion.

Dem vorgesehenen Einsatz von Personen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, ist nicht zuzustimmen.

3.2.2. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, bei denen aus unterschiedlichen Gründen Reisen nach nichtsozialistischen Staaten, nach anderen politisch-operativ interessierenden Staaten oder nach Westberlin beabsichtigt sind, die eine Erlaubnis bzw. Genehmigung zum Aufenthalt im Schutzstreifen an der Staatsgrenze zur BRD und in besonders gefährdeten Bereichen des Grenzgebietes zu Westberlin bzw. zum Befahren der Seegewässer außerhalb der Grenzzonen der DDR erhalten oder die eine Tätigkeit ausführen sollen, die objektiv Möglichkeiten zum widerrechtlichen Passieren der Staatsgrenze bietet (z. B. mit Luft- und Wasserfahrzeugen)

An die zu überprüfenden Personen sind unter Beachtung der stark differenzierten sicherheitspolitischen Bedeutsamkeit und der objektiven Möglichkeiten des Mißbrauchs vorrangig folgende sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen:

- Bindung an die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, Wertschätzung der sozialen Sicherheit, grundsätzliche Übereinstimmung persönlicher und gesellschaftlicher Interessen, Übereinstimmung von Wort und Tat,
- Bindung an die Familie, an Verwandte und Freunde, an die berufliche Tätigkeit und das Arbeitskollektiv;
- Persönlichkeitsmerkmale, die den Schluß zulassen, daß feindlich-negativen Beeinflussungs-, Korruptions- und Mißbrauchsversuchen widerstanden wird;
- Persönlichkeitseigenschaften, die erwarten lassen, daß zu verwandtschaftlichen u. a. privaten Verbindungen nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin eine gefestigte positive Einstellung als Bürger der DDR eingenommen wird. (Dabei beachten: mögliche Einflüsse von Personen, die ungesetzlich oder durch Übersiedlung die DDR verlassen haben, mögliche berufliche Entwicklungs- und Verdienstmöglichkeiten bei Nichtrückkehrer, Erlangen von Erbschaften u. a. Vermögenswerten im Ausland.)
- Bindung an vorhandene materielle Werte, wie Wohnungseinrichtungen, Fahrzeuge, Wochenendgrundstücke, Ersparnisse u. a. Vermögenswerte;
- Bindung an ideelle Werte, wie gesellschaftliche Auszeichnungen und Anerkennungen, berufliche und familiäre Traditionen, Heimatverbundenheit u. dgl.

Dem vorgesehenen Einsatz bzw. der Erteilung der vorgesehenen Erlaubnis oder Genehmigung ist bei Personen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sowie bei Feststellung von Hinweisen auf Absichten zum ungesetzlichen Verlassen der DDR bzw. auf Übersiedlungsabsichten und bei Vorliegen von Konfliktsituationen nicht zuzustimmen.

Dem Einsatz als Reise- oder Auslandskader (einschließlich Ehepartner) ist nur zuzustimmen, wenn bei den betreffenden Personen eine hohe politische Zuverlässigkeit vorliegt und ein würdiges Vertreten der DDR im Ausland erwartet werden kann.

Der Erteilung von Erlaubnissen bzw. Genehmigungen zum Aufenthalt

- im Grenzgebiet zur BRD außerhalb des Schutzstreifens,
- im Grenzgebiet zu Westberlin außerhalb der besonders gefährdeten Bereiche sowie
- zur Lösung volkswirtschaftlicher Aufgaben in festgelegten Bereichen außerhalb des Grenzgebietes zu Westberlin, in denen besondere Sicherheitsanforderungen vorliegen,

ist nicht zuzustimmen, wenn Hinweise auf Absichten zum ungesetzlichen Verlassen der DDR oder auf Übersiedlungsabsichten vorliegen, bzw. wenn von der betreffenden Person feindlich-negative Handlungen oder andere Gefahren für die Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet ausgehen können.

3.2.3. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, denen Staatsgeheimnisse oder andere geheimzuhaltende Informationen oder Gegenstände anvertraut werden sollen

An die zu überprüfenden Personen sind unter Berücksichtigung des vorgesehenen Geheimhaltungsgrades bzw. der konkreten Bedeutung der geheimzuhaltenden Informationen und Gegenstände vorrangig folgende sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen:

- gefestigte positive Einstellung zum sozialistischen Staat und zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR;
- Einsicht und Bereitschaft zur unbedingten Wahrung von Staatsgeheimnissen u. a. geheimzuhaltenden Informationen gegenüber unbefugten Personen;
- Wachsamkeit gegenüber allen Versuchen unberechtigter Personen, Kenntnis über Staatsgeheimnisse oder andere geheimzuhaltende Informationen oder Gegenstände zu erlangen;
- Verschwiegenheit über anvertraute Informationen und interne Angelegenheiten im beruflichen und privaten Bereich;
- Standhaftigkeit gegenüber Versuchen der Korruption u. a. Methoden einer feindlich-negativen Einflußnahme;
- disziplinierter und pflichtbewußter Umgang mit dienstlichen Unterlagen u. a. Materialien;
- Bereitschaft zum Verzicht bzw. zur Meldung und zum Abbruch privater Verbindungen und Kontakte nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie Bereitschaft zum Verzicht auf private Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, differenziert gemäß den dafür geltenden Rechtsvorschriften, einschließlich durch im Haushalt lebende Angehörige.

Dem vorgesehenen Einsatz von Personen als Geheimnisträger, die diesen sicherheitspolitischen Anforderungen nicht gerecht werden oder bei denen Persönlichkeitseigenschaften, wie übersteigertes Geltungsbedürfnis, Schwatzhaftigkeit, Prahlucht, Oberflächlichkeit oder leichtfertiges Handeln festgestellt werden, ist nicht zuzustimmen.

3.2.4. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die in Bereichen mit hohen Sicherheitserfordernissen zum Einsatz kommen sollen, denen im Zusammenhang mit dem Umgang mit Waffen, Sprengmitteln, Giften u. a. gefährlichen Stoffen Erlaubnisse oder Genehmigungen erteilt oder denen andere zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung bedeutsame Aufgaben übertragen werden sollen

An die zu überprüfenden Personen sind vorrangig folgende sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen:

- positive Einstellung zur Durchsetzung des sozialistischen Rechts und Bereitschaft zur ständigen Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung;
- konsequentes und unduldsames Auftreten gegenüber Rechtsverletzungen;

- besondere Ausprägung solcher Persönlichkeitseigenschaften, wie Diszipliniertheit, Zuverlässigkeit, Gewissenhaftigkeit und Pflichtbewußtsein bzw. einer solchen Einstellung, die ein leichtfertiges Handeln, z. B. beim Umgang mit Waffen und Sprengmitteln sowie mit Giften u. a. gefährlichen Stoffen, weitgehend ausschließt;
- vorbildliche Erfüllung beruflicher Pflichten u. a. übertragener Aufgaben über einen längeren Zeitraum.

Dem vorgesehenen Einsatz bzw. der Erteilung der vorgesehenen Erlaubnis oder Genehmigung ist bei Personen, die diesen Anforderungen nicht gerecht werden, sowie bei Feststellung von Hinweisen auf Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit bei der Wahrnehmung übertragener Pflichten nicht zuzustimmen.

3.2.5. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, denen in anderen Schutz- und Sicherheitsorganen sicherheitspolitisch bedeutsame Aufgaben übertragen werden sollen

An die zu überprüfenden Personen sind vorrangig folgende sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen:

- eine gefestigte positive Einstellung zum sozialistischen Staat und zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR;
- die Bereitschaft, die sozialistische Staatsmacht und die gesellschaftliche Entwicklung gegen alle feindlichen Angriffe zuverlässig zu schützen;
- eine positive Einstellung zur Sowjetunion und zu den anderen Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie zur Militär- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages;
- die positive Einstellung zur militärischen Disziplin und die Bereitschaft zur konsequenten Erfüllung übertragener Pflichten und Aufgaben sowie erteilter Befehle und Weisungen;
- die Bereitschaft zur konsequenten Bekämpfung von Rechtsverletzungen sowie die vorbildliche Einhaltung des sozialistischen Rechts;
- die Bereitschaft zum Verzicht auf alle Verbindungen und Kontakte zu Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin.

Steht der vorgesehene Einsatz in einem Schutz- und Sicherheitsorgan im engen Zusammenhang mit der Sicherung der Staatsgrenze, mit dem Einsatz in den Grenzgebieten, mit dem Dienst auf Luft- und Wasserfahrzeugen, mit der Wahrung wichtiger militärischer Geheimnisse oder mit der Sicherung von Waffen, Munition, Kampfstoffen und militärischem Gerät, sind an die zu überprüfenden Personen zugleich die unter den Ziffern 3.2.2. bis 3.2.4. festgelegten spezifischen sicherheitspolitischen Anforderungen zu stellen.

Werden zu überprüfende Personen diesen sicherheitspolitischen Anforderungen nicht gerecht, ist dem vorgesehenen Einsatz nicht zuzustimmen.

3.2.6. Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die die DDR auf dem Gebiet des Leistungssports international vertreten und repräsentieren sollen

An die zu überprüfenden Personen sind unter Beachtung der Festlegungen in der Dienstanweisung Nr. 4/71 vorrangig folgende sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen:

- Bereitschaft, auf Versuche feindlich-negativer Beeinflussung sowie der Verleitung zum Verrat an der DDR ablehnend zu reagieren und das Vorhandensein einer festen Bindung an die DDR gemäß den Festlegungen unter der Ziffer 3.2.2. bei der Berücksichtigung der sich aus den Tendenzen der Kommerzialisierung des Leistungssportes in nichtsozialistischen Staaten ergebenden materiellen Angebote, differenziert entsprechend der Sportart, sportliche Perspektive, mögliche Profi-Verträge;
- Bereitschaft zur Wahrung geheimzuhaltender Informationen über Mittel und Methoden der Ausbildung von Leistungssportlern, die Entwicklung der Sportmedizin und der Sportwissenschaft;
- Bereitschaft zum Erzielen sportlicher Höchstleistungen bzw. zur Entwicklung und Erziehung leistungsfähiger Sportler im Interesse der Erhöhung des internationalen Ansehens der DDR;
- Bereitschaft, durch diszipliniertes, bescheidenes und prinzipienfestes Auftreten im Ausland sowie durch sportlich faires Verhalten die DDR würdig zu vertreten;
- Unterordnung persönlicher Interessen und Bedürfnisse unter die sportliche Zielstellung und die gesellschaftlichen Interessen.

Dem Einsatz in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin von Personen, die diesen sicherheitspolitischen Anforderungen nicht gerecht werden, insbesondere wenn Hinweise vorliegen, daß sie materiellen Angeboten bzw. Korruptionsversuchen feindlich-negativer Kräfte nicht widerstehen könnten, ist nicht zuzustimmen.

3.3. Weitere Kriterien, die bei der Herausarbeitung und Bestimmung der konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen im jeweiligen Einzelfall zu berücksichtigen sind

Ausgehend von der jeweils zu übertragenden sicherheitspolitisch bedeutsamen Aufgabe, Funktion, Befugnis, Vollmacht bzw. zu erteilenden Erlaubnis oder Genehmigung, dem vorgesehenen Einsatzbereich und den jeweiligen Lagebedingungen sind unter Berücksichtigung der grundlegenden sowie der bei bestimmten Sicherheitsüberprüfungen vorrangig zu stellenden spezifischen sicherheitspolitischen Anforderungen in jedem Einzelfall die konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen und der dementsprechende Informationsbedarf herauszuarbeiten.

Dabei sind folgende Kriterien zu beachten:

- Die konkrete sicherheitspolitische Bedeutsamkeit des vorgesehenen Ein-

satzes, der zu lösenden Aufgaben bzw. der zu erteilenden Erlaubnis oder Genehmigung. Aus der objektiven Einschätzung der auch innerhalb bestimmter Sicherheitsüberprüfungen stark differenzierten sicherheitspolitischen Bedeutsamkeit sind die an die jeweilige Person zu stellenden konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen und Maßstäbe für ihre Durchsetzung abzuleiten.

- Das gegenwärtige und zu erwartende Interesse des Gegners an der Person sowie die objektiven Möglichkeiten des Gegners zu ihrer Beeinflussung und zu deren Mißbrauch.

Aus dieser Einschätzung ist abzuleiten, welchen sicherheitspolitischen Anforderungen die jeweilige Person besonders entsprechen muß, damit gegen sie gerichtete feindlich-negative Aktivitäten unwirksam bleiben.

- Mögliche politische, ideologische und materielle Schäden bzw. Gefahren für die DDR, die als Folge des Fehlverhaltens der zu überprüfenden Personen eintreten könnten.

Hierbei sind erforderliche sicherheitspolitische Anforderungen zur vorbeugenden Verhinderung, insbesondere schwerwiegender Schäden, abzuleiten bzw. zu präzisieren.

- Die aktuellen und zu erwartenden Bedingungen, die auf die zu überprüfende Person beim vorgesehenen Einsatz bzw. im Falle der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung einwirken und das Verhalten beeinflussen können.

Hierbei sind einzubeziehen:

- Bedingungen, die sich im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Einsatz- bzw. Aufenthaltsort bzw. -land ergeben,
- Charakter und Dauer des Einsatzes bzw. des Aufenthaltes sowie Wirksamwerden als Einzelperson oder mit Ehepartner bzw. als Angehöriger eines Kollektivs oder einer Delegation,
- Einflußmöglichkeiten feindlich-negativer und positiver Kräfte,
- Möglichkeiten zu feindlich-negativen u. a. rechtswidrigen Handlungen,
- Möglichkeiten der Kontrolle sowie des Verhinderns feindlich-negativer u. a. rechtswidriger Handlungen durch operative Kräfte des MfS oder positive Kräfte anderer Organe.
- In der Vergangenheit bzw. gegenwärtig vorhandene offizielle oder inoffizielle Beziehungen der zu überprüfenden Person zum MfS bzw. zu anderen Schutz- und Sicherheitsorganen. Hierbei sind besonders die gezeigte Bereitschaft zur Unterstützung, die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, die erbrachten Leistungen und mögliche Gefahren für die Sicherheit der Person, vor allem bei Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, zu berücksichtigen.

Weiter ist herauszuarbeiten, welche Angehörigen und sonstigen Verbindungen der zu überprüfenden Person gemäß den Festlegungen in anderen dienstlichen Bestimmungen oder auf Grund von sicherheitspolitischen Erfordernissen im Einzelfall in die Sicherheitsüberprüfung einzubeziehen sind und welche weiteren Probleme (z. B. kaderpolitische Erfordernisse) bei der zu treffenden Entscheidung beachtet werden müssen.

4. Verantwortlichkeit für die Einleitung und Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen sowie für das Treffen der Entscheidung

4.1. Verantwortlichkeit für die Einleitung von Sicherheitsüberprüfungen

Verantwortlich für das Einleiten von Sicherheitsüberprüfungen ist der Leiter der Dienst Einheit, die für die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen, denen die Übertragung sicherheitspolitisch bedeutsamer Aufgaben, Funktionen, Befugnisse oder Vollmachten bzw. die Erteilung sicherheitspolitisch bedeutsamer Erlaubnisse oder Genehmigungen obliegt, zuständig ist.

Ist die zu überprüfende Person für eine andere Dienst Einheit aktiv erfaßt oder arbeitet bzw. wohnt diese im Verantwortungsbereich einer anderen Dienst Einheit, hat der Leiter der für die Einleitung der Sicherheitsüberprüfung verantwortlichen Dienst Einheit gemäß Ziffer 4.2. den Leitern dieser Dienst Einheiten die zur Durchführung der Sicherheitsüberprüfung bzw. die zur Realisierung von notwendigen Überprüfungsmaßnahmen erforderlichen Informationen zu übermitteln:

- Personalien, Arbeitsstelle und gegenwärtige Tätigkeit der zu überprüfenden Personen,
- Gründe für das Einleiten der Sicherheitsüberprüfung,
- sicherheitspolitische Anforderungen, die sich aus Besonderheiten des vorgesehenen Einsatzes bzw. der zu erteilenden Erlaubnis oder Genehmigung ergeben und nicht durch die durchführende oder einbezogene Dienst Einheit selbständig abgeleitet werden können,
- Hinweise auf bereits vorliegende Informationen als eine Grundlage für gezielte Überprüfungsmaßnahmen und zur Vermeidung von Doppelarbeit,
- Hinweise auf weitere Dienst Einheiten, die bereits in die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung einbezogen wurden,
- Form und Termin für die Übersendung der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung.

4.2. Verantwortlichkeit für die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen

Für die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen zu aktiv erfaßten Personen ist die Dienst Einheit verantwortlich, für die die Person aktiv erfaßt ist, soweit andere dienstliche Bestimmungen keine anderen Festlegungen enthalten bzw. keine anderen Vereinbarungen zwischen den Dienst Einheiten getroffen wurden.

Wenn andere Festlegungen bestehen bzw. andere Vereinbarungen getroffen wurden, hat die Dienst Einheit, für die eine aktive Erfassung besteht, zu gewährleisten, daß die bei ihr vorhandenen und für die Sicherheitsüberprüfung erforderlichen Informationen der durchführenden Dienst Einheit zur Kenntnis

gelangen und festzulegen, welche Überprüfungsmaßnahmen durchgeführt bzw. nicht durchgeführt werden können.

Für die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen zu Personen, die nicht aktiv erfaßt sind, ist die objektmäßig bzw. territorial zuständige Dienstseinheit verantwortlich.

Die Verantwortlichkeit für die Durchführung umfaßt die Erarbeitung aller für die zu treffende Entscheidung notwendigen Informationen zu der zu überprüfenden Person und – soweit erforderlich – zu deren Angehörigen und Verbindungen.

Der Leiter der für die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung verantwortlichen Dienstseinheit ist, wenn Überprüfungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich anderer operativer Dienstseinheiten durchzuführen sind, berechtigt, diese Dienstseinheiten zu ersuchen, gemäß ihrer Zuständigkeit die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen bzw. Stellungnahmen einzuholen (z. B. bei Kaderorganen von Schutz- und Sicherheitsorganen, bei denen Angehörige der zu überprüfenden Person tätig sind). Dazu sind die konkrete Aufgabenstellung, Hinweise auf bereits vorliegende Informationen, der Informationsbedarf und die Terminvorgabe zu übermitteln.

4.3. Verantwortlichkeit für die Entscheidung

Grundsätzlich hat der Leiter der für das Einleiten der Sicherheitsüberprüfung verantwortlichen Dienstseinheit die Entscheidung über die Zustimmung oder Nichtzustimmung für den vorgesehenen Einsatz bzw. die zu erteilende Erlaubnis oder Genehmigung zu treffen, sofern andere dienstliche Bestimmungen und Weisungen keine anderen Festlegungen enthalten.

Die in die Sicherheitsüberprüfung einbezogenen Dienstseinheiten haben festgestellte Ausschließungsgründe bzw. von ihnen erarbeitete, für die Entscheidung wesentliche Gesichtspunkte der für die Durchführung verantwortlichen Dienstseinheit zu übermitteln.

Die für die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung verantwortliche Dienstseinheit hat alle Überprüfungsergebnisse und für die Entscheidung wesentlichen Gesichtspunkte zusammenzufassen. Der Leiter hat die für die Entscheidung bedeutsamen Überprüfungsergebnisse mit seinem Entscheidungsvorschlag der einleitenden Dienstseinheit zu übermitteln. Erarbeitete Hinweise auf unmittelbar drohende Gefahren wie Vorbereitungshandlungen zum ungesetzlichen Verlassen u. a. politisch-operativ bedeutsame Feststellungen sind der einleitenden Dienstseinheit sofort mitzuteilen.

5. Die Erarbeitung, Zusammenführung und Einschätzung erforderlicher Informationen für die zu treffende Entscheidung

Ausgehend von den jeweils konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen sind die für eine objektive Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung erforderlichen Informationen zu erarbeiten bzw. zusammenzuführen. Dazu sind alle Möglichkeiten zu nutzen und die gespeicherten Informationen auszuwerten.

Die erforderlichen Informationen sind zielstrebig durch den Einsatz aller operativen Kräfte und Mittel, vorrangig durch den zielgerichteten personenbezogenen Einsatz der IM und GMS in den Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereichen, zu erarbeiten.

Zur Gewährleistung des rationellen und differenzierten Einsatzes der operativen Kräfte und Mittel sowie zur Vermeidung von Doppelarbeit ist gewissenhaft zu prüfen, welche der von den anderen staatlichen Organen und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen in Wahrnehmung ihrer Verantwortung zur Durchsetzung der entsprechenden Rechtsvorschriften erarbeiteten Hinweise zur Klärung der Frage „Wer ist wer?“ genutzt werden können.

Werden bei Sicherheitsüberprüfungen Fakten festgestellt, die gemäß dieser Richtlinie, anderen dienstlichen Bestimmungen und Weisungen oder staatlichen Regelungen als Ausschließungsgründe gelten, ist eine ablehnende Entscheidung zu treffen.

5.1. Die Speicherüberprüfung

Personen, zu denen Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt werden und einzubeziehende Angehörige und Verbindungen sind grundsätzlich zu überprüfen:

- in der Abteilung XII des MfS gemäß Dienstanweisung Nr. 2/81,
- in der VSH-Kartei der einleitenden, durchführenden und einbezogenen Dienst Einheit,
- im Reisedatenspeicher der Hauptabteilung VI gemäß der Ordnung Nr. 4/80
- in den Speichern der Abteilungen M und Abteilungen PZF.

Zur Zusammenführung und Auswertung weiterer erforderlicher gespeicherter Informationen entsprechend dem festgelegten Informationsbedarf sind differenziert und zielgerichtet weitere Speicher des MfS gemäß der Ordnung Nr. 9/80 sowie Speicher der DVP, der Zollverwaltung der DDR und weiterer Organe und Einrichtungen, wie die Karteien der Ämter für Arbeit, zu nutzen.

Die Überprüfung der betreffenden Personen in den zentralen Speichern hat durch die einleitende Dienst Einheit zu erfolgen. Die Ergebnisse sind – soweit das zutrifft und erforderlich ist – an die durchführende bzw. an die einbezogene Dienst Einheit zu übermitteln. Werden der durchführenden bzw. einbezogenen Dienst Einheit weitere Personen bekannt, die in die Sicherheitsüberprüfung einzubeziehen sind, hat diese die Überprüfung zu veranlassen.

5.2. Die Nutzung der von anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen erarbeiteten Überprüfungsergebnisse

Von den Leitern der für die Einleitung der Sicherheitsüberprüfungen zuständigen operativen Dienststellen ist auf die für den Einsatz der Personen bzw. für die Erteilung der Erlaubnisse bzw. Genehmigungen verantwortlichen staatlichen Organe und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen Einfluß zu nehmen, daß deren Überprüfungsergebnisse zur Begründung des vorgesehenen Einsatzes, der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung vollständig in schriftlicher Form übergeben werden.

Diese Informationen sind kritisch auf Wahrheitsgehalt, Aktualität und Vollständigkeit zu prüfen, bei Notwendigkeit durch das jeweilige Organ vervollständigen zu lassen und – soweit das zutrifft – der durchführenden Dienststelle zu übergeben.

Ausgehend von dieser Einschätzung und den Ergebnissen der Speicherüberprüfung ist festzulegen, welche Maßnahmen zur Überprüfung der vorliegenden und zur Beschaffung weiterer erforderlicher Informationen gemäß den konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen einzuleiten sind.

Die weitere Nutzung offizieller Möglichkeiten dieser oder anderer Organe oder Einrichtungen bzw. gesellschaftlicher Organisationen hat gemäß den Festlegungen unter den Ziffern 5.4.2. und 8. zu erfolgen.

5.3. Der Einsatz der IM und GMS

Der zielgerichtete und personenbezogene Einsatz der IM und GMS ist auf die Erarbeitung solcher Informationen zu konzentrieren, die nicht offiziell bzw. nur mit konspirativen Kräften, Mitteln und Methoden beschafft werden können.

Die IM und GMS sind zielgerichtet zu beauftragen und personenbezogen einzusetzen, insbesondere zur

- Erarbeitung von Informationen zu Verhaltensweisen und Äußerungen im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich, die begründete Schlüsse auf Motive für Bewerbungen und Anträge, auf politisch-ideologische Einstellungen und auf andere operativ bedeutsame Persönlichkeitseigenschaften zulassen,
- Erarbeitung von Informationen zu politisch-operativ bedeutsamen Persönlichkeitsmerkmalen und Verhaltensweisen, die durch den Gegner als Ansatzpunkte für subversive Aktivitäten mißbraucht werden können,
- Feststellung von operativ bedeutsamen Kontakten und Verbindungen sowie zur Aufklärung ihres Charakters,
- Überprüfung der offiziell erarbeiteten Informationen und Klärung auftretender Widersprüche bei den erarbeiteten bzw. zusammengeführten Informationen zur Gewährleistung wahrheitsgemäßer Aussagen.

Die Leiter der operativen Dienststellen haben zu gewährleisten, daß dafür die IM und GMS allseitig genutzt und insbesondere die zum Einsatz gebracht

werden, die auf Grund ihrer bestehenden oder relativ kurzfristig herstellbaren Kontakte zu den zu überprüfenden Personen in der Lage sind, die erforderlichen Informationen zu erarbeiten.

Ausgehend von ihren konkreten Möglichkeiten sind auch zielgerichtet IM in Schlüsselpositionen zum Einsatz zu bringen.

5.4. Die Nutzung anderer operativer Kräfte, Mittel und Methoden sowie offizieller Möglichkeiten

Zur Realisierung der Sicherheitsüberprüfungen sind auch die anderen dem MfS zur Verfügung stehenden operativen Kräfte, Mittel und Methoden zielgerichtet, entsprechend den Erfordernissen einzusetzen bzw. zu nutzen.

Über den Einsatz bzw. die Anwendung spezieller operativer Kräfte, Mittel und Methoden haben die gemäß meinen dienstlichen Bestimmungen dazu befugten Leiter zu entscheiden.

5.4.1. Operative Ermittlungen

Zur Gewinnung der erforderlichen Informationen aus dem Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich der zu überprüfenden Personen, ihrer Angehörigen und Verbindungen sind in Abhängigkeit von der Nutzung anderer Möglichkeiten operative Ermittlungen durchzuführen.

Den mit der Durchführung beauftragten Mitarbeitern bzw. Diensteinheiten sind konkrete Vorgaben und Hinweise auf bereits vorhandene Informationen zu übermitteln, insbesondere

- der konkrete Informationsbedarf gemäß den erforderlichen sicherheitspolitischen Anforderungen sowie
- Ausgangsinformationen, die eine qualifizierte Durchführung der operativen Ermittlungen unter Einhaltung der Konspiration ermöglichen.

Bei Notwendigkeit sind mit den ermittlungsführenden Diensteinheiten Absprachen zu führen.

5.4.2. Die Nutzung offizieller Möglichkeiten

Offizielle Möglichkeiten sind entsprechend den konkreten politisch-operativen Erfordernissen zu nutzen.

Das sind insbesondere:

- weitere Möglichkeiten der DVP sowie der anderen Organe des MdI, die sich vorrangig ergeben aus
 - der Arbeit mit den inoffiziellen Kräften des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei,
 - den Ergebnissen der operativen bzw. staatlichen Kontrolle gemäß der Dienstvorschrift Nr. 031/80 (Personenkontrollvorschrift) des Ministers des Innern und Chefs der DVP,

- den Arbeitsergebnissen und Tätigkeiten der ABV, einschließlich ihrer freiwilligen Helfer,
- den Ergebnissen der Tätigkeit der Dienstzweige Paß- und Meldewesen, der Schutzpolizei (Erlaubniswesen) usw.;
- Möglichkeiten der Zollverwaltung der DDR, Ergebnisse der zolldienstlichen Arbeit und Erkenntnisse aus der Bearbeitung von Zoll- und Devisenstraftaten;
- die Möglichkeiten der Abteilungen Innere Angelegenheiten der Räte der Kreise/Städte;
- die Möglichkeiten der Ämter für Arbeit;
- die Möglichkeiten der Leiter der unterschiedlichen Leitungsebenen der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie der Funktionäre und zuverlässigen Kräfte gesellschaftlicher Organisationen.

Die Zweckmäßigkeit der Nutzung offizieller Kräfte und Möglichkeiten ist verantwortungsbewußt zu prüfen. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß das Zusammenwirken nur mit überprüften und zuverlässigen Personen erfolgt.

6. Die im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung zu treffende Entscheidung

Zum Abschluß jeder Sicherheitsüberprüfung ist nach Einschätzung der zu überprüfenden Person auf der Grundlage der erarbeiteten und zusammengeführten Informationen die Entscheidung zu treffen, ob durch das MfS dem vorgesehenen Einsatz bzw. der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung aus sicherheitspolitischen Gründen zugestimmt werden kann.

Diese Entscheidung ist in jedem Einzelfall im Interesse der

- konsequenten Durchsetzung der Politik der Partei- und Staatsführung,
 - Gewährung der staatlichen Sicherheit,
 - Durchsetzung objektiver Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung,
 - vorbeugenden Verhinderung von politischen, ideologischen und materiellen Schäden
- zu treffen.

Als Voraussetzung für eine begründete Entscheidung sind zu prüfen:

- Ergebnisse der Speicherüberprüfungen;
- Vollständigkeit, Wahrheitsgehalt und Aktualität der erforderlichen Informationen gemäß dem festgelegten Informationsbedarf;
- Vollständigkeit der von anderen operativen Dienstseinheiten angeforderten Überprüfungsergebnisse.

Die erarbeiteten und zusammengeführten Informationen sind sorgfältig zu analysieren, zueinander in Beziehung zu setzen und einzuschätzen.

Die Einschätzung der zu überprüfenden Person hat entsprechend den konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen zu erfolgen.

Besonders zu beachtende Punkte, wie zweifelhafte Verbindungen, sicherheitspolitisch negativ zu wertende Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensweisen, unklare familiäre Verhältnisse, Konfliktsituationen und dgl. sind herauszuarbeiten, Widersprüche festzustellen und – wenn erforderlich – durch weitere Maßnahmen zu klären.

Bei der Einschätzung der überprüften Person ist verantwortungsbewußt zu beurteilen, wie sie sich im Falle ihres Einsatzes bzw. bei Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung unter den zu erwartenden Bedingungen verhalten könnte und ob sie damit den konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen gerecht wird.

Es ist sorgfältig zu prüfen, ob einzelne festgestellte negative Persönlichkeitsmerkmale u. a. zu beachtende Punkte durch positive Persönlichkeitsmerkmale u. a. Fakten kompensiert werden oder ernstzunehmende Risiken beinhalten.

Bei sehr geringen oder nicht vorhandenen Möglichkeiten der Auswahl von Personen für die Lösung erforderlicher Aufgaben, z. B. wenn Betriebe erforderliche Aufgaben in Objekten bewaffneter Organe zu lösen haben und dafür nicht genügend zuverlässige Spezialisten zur Verfügung stehen oder bei vorgesehenen Auslandsreisen von Spezialisten, die nicht durch andere Personen ersetzt werden können, oder von Personen, die wichtige Mitglieder von Delegationen, Ensembles oder Mannschaften sind, ist die Vertretbarkeit bestimmter Risiken mit den negativen Folgen im Falle der Ablehnung abzuwägen. Dabei ist gleichzeitig zu prüfen, ob durch politisch-operative Maßnahmen abzusehende Risiken vermindert werden können.

Nach Abwägung aller zu beachtenden Punkte und möglichen Risiken ist eine eindeutige Entscheidung zu treffen, ob dem vorgesehenen Einsatz bzw. der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung zugestimmt werden kann oder nicht. Bei komplizierten Entscheidungen von hoher politisch-operativer Bedeutsamkeit ist die Zustimmung des übergeordneten Leiters einzuholen.

Die Entscheidung bzw. der Entscheidungsvorschlag ist mit hohem politischem Verantwortungsbewußtsein zu treffen bzw. zu unterbreiten. Der entscheidungsbefugte Leiter hat für die Entscheidung bzw. den Entscheidungsvorschlag die volle Verantwortung zu übernehmen. Die festgelegten Verantwortlichkeiten für die politisch-operative Sicherung der betreffenden Personen bleiben davon unberührt.

Die Entscheidung ist zu dokumentieren. Dabei sind die in anderen dienstlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Formen zu beachten.

Die getroffene Entscheidung ist – soweit das zutrifft – dem anfragenden staatlichen oder wirtschaftsleitenden Organ, Kombinat, Betrieb, der Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation ohne Angabe von Gründen – soweit es sich nicht um offiziell bekannte Ausschließungsgründe handelt – mündlich mitzuteilen. Eine schriftliche Bestätigung hat nur zu erfolgen, wenn das in anderen dienstlichen Bestimmungen bzw. staatlichen Regelungen festgelegt wurde. Es ist zu sichern, daß die Entscheidung nur zuverlässigen Personen mitgeteilt wird, die vom staatlichen Leiter bzw. verantwortlichen

Funktionär der gesellschaftlichen Organisation beauftragt sind und über den Umgang mit derartigen Informationen belehrt wurden.

Zur Gewährleistung der Geheimhaltung und Konspiration sind, soweit erforderlich, dem zuständigen staatlichen Organ bzw. der gesellschaftlichen Organisation für das Gespräch mit der zu überprüfenden Person geeignete Legenden bzw. Argumente zu übermitteln, so daß bei der betreffenden Person keine Vermutung einer Mitwirkung des MfS an der Entscheidung aufkommen kann.

Im Zusammenhang mit der für das anfragende staatliche Organ bzw. die gesellschaftliche Organisation eindeutigen Entscheidung sind – soweit erforderlich – weitere personenbezogene politisch-operative Maßnahmen festzulegen und einzuleiten.

Im Falle der Zustimmung ist die Notwendigkeit des Einleitens spezifischer politisch-operativer Kontrollmaßnahmen, der politisch-operativen Sicherung durch den Einsatz von IM, der weiteren Aufklärung unklarer Verbindungen, der terminlichen Festlegung einer Wiederholungsüberprüfung oder anderer Maßnahmen zu prüfen.

Bei Nichtzustimmung ist zu prüfen, ob Maßnahmen einzuleiten sind zur

- politisch-operativen Bearbeitung bzw. operativen Kontrolle der überprüften Person, durch Anlegen eines Operativen Vorganges bzw. Einleiten der OPK bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß den Richtlinien Nr. 1/76 bzw. 1/81,
- vorbeugenden Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten, wenn den Umständen entsprechend die Person von dem zuständigen Organ einen ablehnenden Bescheid erhält,
- Herauslösung der Person aus einer bereits innegehabten Position bzw. Veränderung ihrer bereits bekannter Entwicklungsmöglichkeiten.

7. Wiederholungsüberprüfungen

Die operativen Dienstseinheiten haben die Personen, denen mit Zustimmung des MfS sicherheitspolitisch bedeutsame Aufgaben, Funktionen, Befugnisse und Vollmachten übertragen bzw. Erlaubnisse und Genehmigungen erteilt wurden, weiterhin entsprechend den politisch-operativen Erfordernissen differenziert in die Klärung der Frage „Wer ist wer?“ einzubeziehen.

Unter Berücksichtigung der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Persönlichkeit und des Umgangskreises, der veränderlichen Pläne, Absichten, Mittel und Methoden des Gegners und der politisch-operativen Lage ist die aktuelle Kenntnis darüber zu sichern, ob die überprüften Personen weiterhin den sicherheitspolitischen Anforderungen gerecht werden.

Mit dieser Zielstellung sind neben anderen politisch-operativen Maßnahmen – soweit erforderlich – Wiederholungsüberprüfungen von den objektmäßig bzw. territorial zuständigen Dienstseinheiten durchzuführen.

Wiederholungsüberprüfungen sind durchzuführen:

- gemäß den Festlegungen in anderen dienstlichen Bestimmungen und Weisungen,
- gemäß der vom entscheidungsbefugten Leiter bei der Erstüberprüfung bzw. bei der letzten Wiederholungsüberprüfung getroffenen terminlichen Festlegung,
- bei Feststellung von operativ bedeutsamen Hinweisen über veränderte Einstellungen und Verhaltensweisen, über das Zustandekommen zweifelhafter Verbindungen und Kontakte, über Konflikte und Veränderungen im familiären Bereich und im Umgangskreis sowie
- bei erneutem Einsatz, bei Veränderungen der Einsatzbedingungen, der politisch-operativen Lage und sich ergebenden weiteren Sicherheitserfordernissen.

Wiederholungsüberprüfungen sind auf die Prüfung möglicher Unsicherheitsfaktoren zu konzentrieren. Die Ergebnisse der Erstüberprüfung sowie zurückliegender Wiederholungsüberprüfungen und andere Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit sind zu berücksichtigen. Widersprüche und andere zu beachtende Punkte sind herauszuarbeiten und zu klären.

Zum Abschluß der Wiederholungsüberprüfungen ist die eindeutige Entscheidung zu treffen, ob dem weiteren oder erneuten Einsatz der Person bzw. der Aufrechterhaltung oder Neuerteilung der Erlaubnis oder Genehmigung zugestimmt werden kann und welche weiteren politisch-operativen Maßnahmen erforderlich sind. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Festlegung einer erneuten Wiederholungsüberprüfung erforderlich ist.

Kann auf Grund sich entwickelnder Unsicherheitsfaktoren diese Zustimmung nicht gegeben werden, sind im politisch-operativen Zusammenwirken mit den zuständigen Organen das Herauslösen der überprüften Person aus der sicherheitspolitisch bedeutsamen Tätigkeit – beim Einsatz im Ausland auch die Rückführung in die DDR – sowie die erforderlichen politisch-operativen Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten zu verlassen.

8. Das politisch-operative Zusammenwirken mit anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen

Durch die Leiter der operativen Dienstseinheiten ist zu gewährleisten, daß das politisch-operative Zusammenwirken mit den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen nur über solche Kräfte erfolgt, die überprüft und zuverlässig sind.

Durch das politisch-operative Zusammenwirken ist Einfluß darauf zu nehmen, daß die Eigenverantwortung der staatlichen Leiter und Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen entsprechend den staatlichen Regelungen zur

Auswahl, zur Eignungsüberprüfung sowie zum Einsatz von Personen, an die sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen sind, zielgerichtet erhöht und alle ihnen dazu zur Verfügung stehenden Möglichkeiten umfassend genutzt werden.

Das sicherheitspolitische Denken und Handeln der staatlichen Leiter und zuständigen Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen ist so zu beeinflussen, daß sie die durch das MfS getroffenen Entscheidungen akzeptieren, sich mit diesen gegenüber den überprüften Personen identifizieren und sie als ihre eigenen Entscheidungen ausgeben.

- 8.1. Die Erhöhung der Verantwortung der anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen bei der Auswahl und Überprüfung von Personen, denen sicherheitspolitisch bedeutsame Aufgaben, Funktionen, Befugnisse und Vollmachten übertragen bzw. Erlaubnisse und Genehmigungen erteilt werden sollen

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben durch das politisch-operative Zusammenwirken darauf Einfluß zu nehmen, daß die staatlichen Leiter und Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen

- durch eine zielstrebige Kaderarbeit Voraussetzungen schaffen, daß für den Einsatz in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen bzw. Bereichen geeignete Personen zur Verfügung stehen,
- bei der Herstellung solcher Arbeitsrechtsverhältnisse, die perspektivisch mit dem Einsatz in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen bzw. Bereichen verbunden sind sowie bei derartigen Delegationen zum Studium bzw. bei Immatrikulationen die sicherheitspolitischen Erfordernisse beachten,
- ständig rechtzeitig darüber informieren, wie viele und möglichst welche Personen langfristig für einen Einsatz in bestimmten sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen bzw. Bereichen vorgesehen sind bzw. bestimmte Erlaubnisse oder Genehmigungen erhalten sollen, um die Sicherheitsüberprüfungen planmäßig in die politisch-operative Aufgabenstellung der Dienstseinheit einordnen zu können,
- bereits bei der Auswahl der Personen mit der zuständigen Dienstseinheit des MfS eine Vorabstimmung herbeiführen, um möglichst sicherheitspolitisch geeignete Personen festzulegen, Sicherheitsüberprüfungen zu ungeeigneten Personen zu vermeiden und um andere politisch-operative Interessen realisieren zu können,
- Personen, die entsprechend der eigenen Überprüfung des jeweiligen Organs oder der Einrichtung bzw. der gesellschaftlichen Organisation zum Einsatz gebracht werden bzw. die Erlaubnis oder Genehmigung erteilt bekommen sollen, der zuständigen Dienstseinheit rechtzeitig mitgeteilt und alle erforderlichen Unterlagen auf den aktuellen Stand gebracht und übergeben werden, damit die erforderlichen Sicherheitsüberprüfungen planmäßig erfolgen können,

- alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Auswahl, Überprüfung und Beurteilung der sicherheitspolitischen Eignung der Personen nutzen,
- gewährleisten, daß die durch sie vorgeschlagenen Personen vor der Zustimmung durch das MfS keine Kenntnis von ihrem vorgesehenen Einsatz erhalten, soweit die Bewerbung bzw. Beantragung nicht durch sie selbst erfolgte.

8.2. Die Durchsetzung der im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfungen getroffenen Entscheidung

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben durch politisch-operative Einflußnahme zu sichern, daß die staatlichen Leiter und Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen beim Einsatz von Personen in sicherheitspolitisch bedeutsamen Funktionen bzw. bei der Erteilung entsprechender Genehmigungen oder Erlaubnisse von der Entscheidung ausgehen, die durch das MfS im Ergebnis der durchgeführten Sicherheitsüberprüfung getroffen wurde.

Zur Erreichung dieses Zieles sind alle Möglichkeiten des politisch-operativen Zusammenwirkens zu nutzen.

Durch die zuständige operative Dienstseinheit ist zu sichern, daß bei Zustimmung des MfS die Leiter der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie die zuständigen Funktionäre der gesellschaftlichen Organisationen

- die überprüften Personen nur mit den Aufgaben betrauen bzw. nur die Erlaubnisse und Genehmigungen erteilen, deren sicherheitspolitische Anforderungen Gegenstand der Überprüfung waren,
- konsequent ihrer Verantwortung für die mit dem Einsatz, der erteilten Erlaubnis oder Genehmigung verbundenen Maßnahmen zur Kontrolle, Qualifizierung und Entwicklung nachkommen,
- über alle sicherheitspolitisch bedeutsamen Hinweise zu den bestätigten Personen, wie operativ bedeutsame Veränderungen, Vorkommnisse, sich herausbildende Unsicherheitsfaktoren u. a., die zuständige Dienstseinheit des MfS informieren.

Wird im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung festgestellt, daß eine überprüfte Person sicherheitspolitisch nicht geeignet ist, hat der Leiter der zuständigen Dienstseinheit durch politisch-operative Einflußnahme zu sichern, daß

- die Übermittlung der Nichtzustimmung so erfolgt, daß die Leiter der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie die zuständigen Funktionäre der gesellschaftlichen Organisationen keine Rückschlüsse auf eingesetzte operative Kräfte, Mittel und Methoden des MfS ziehen können,
- soweit erforderlich, die Mitteilung der Entscheidung durch das jeweilige Organ, die Einrichtung bzw. gesellschaftliche Organisation als ihre Entscheidung erfolgt und die betreffenden Personen keine Überprüfungsverfahren des MfS erkennen können,

- bei entsprechenden Erfordernissen mit den anderen Organen, Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen solche Maßnahmen festgelegt werden, die ein rechtzeitiges Erkennen und Verhindern feindlich-negativer Aktivitäten der betreffenden Personen auf Grund der erteilten Ablehnung ermöglichen,
- Personen, die sich bereits in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen befinden bzw. derartige Erlaubnisse und Genehmigungen erhalten haben, herausgelöst oder umgesetzt bzw. ihnen die Erlaubnisse und Genehmigungen entzogen werden.

Erfolgt durch die staatlichen Leiter bzw. die zuständigen Funktionäre entgegen der Entscheidung des MfS der vorgesehene Einsatz bzw. die Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung, hat der Leiter der zuständigen Dienstseinheit seinen übergeordneten Leiter zu informieren und weitere erforderliche Maßnahmen vorzuschlagen.

Das politisch-operative Zusammenwirken der Dienstseinheiten des MfS mit den Organen des MdI bei der Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen hat auf der Grundlage der dafür geltenden dienstlichen Bestimmungen im MfS und der mit dem MfS abgestimmten Bestimmungen des MdI bzw. der getroffenen Vereinbarungen zu erfolgen.

9. Die Speicherung und Nutzung der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen

9.1. Die Speicherung der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen

Grundlage für die Speicherung der bei Sicherheitsüberprüfungen erarbeiteten Informationen sind die Erfassung der überprüften Personen und die für das jeweilige Erfassungsverhältnis zur Speicherform getroffenen Festlegungen.

Alle Personen, zu denen Sicherheitsüberprüfungen eingeleitet bzw. die in Sicherheitsüberprüfungen einbezogen werden, sind in der VSH-Kartei der einleitenden, durchführenden und einbezogenen Dienstseinheit zu erfassen, damit auch später festgestellte operativ bedeutsame Hinweise der einleitenden Dienstseinheit übermittelt werden können.

Bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen sind die überprüften Personen aktiv in der Abteilung XII zu erfassen. Dabei sind die Möglichkeiten der aktiven Erfassung gemäß der „Ordnung über die Erfassung von Personen in der Abteilung XII auf der Grundlage von Sicherungsvorgängen“ zu nutzen.

Die bei den Sicherheitsüberprüfungen erarbeiteten Ergebnisse sind bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen gemäß den weiteren Festlegungen in der „Dienstweisung Nr. 1/80 über Grundsätze der Aufbereitung, der Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Dienstseinheiten des MfS“ zu speichern.

Die zu den nicht aktiv erfaßten Personen erarbeiteten Ergebnisse sind in der Zentralen Materialablage der jeweiligen Dienstseinheit zu speichern oder,

wenn das Material nicht mehr benötigt wird, in der Abteilung XII gemäß der 3. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 2/81 zu archivieren.

9.2. Die Nutzung der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen

Die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen sind zur politisch-operativen Durchdringung und politisch-operativen Sicherung des Verantwortungsbereiches, zur aktuellen Einschätzung der politisch-operativen Lage und damit zur ständigen Klärung der Frage „Wer ist wer?“ zu nutzen.

Erarbeitete Informationen und Hinweise sind insbesondere für die Lösung solcher politisch-operativen Aufgaben zu nutzen, wie die

- Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge,
- Einleitung und Durchführung von OPK,
- Einleitung politisch-operativer Maßnahmen zur Sicherung der überprüften Personen,
- Feststellung geeigneter Personen zur Gewinnung als IM und GMS,
- Auswahl erforderlicher offizieller Kontakte,
- Suche und Auswahl von Kadern für das MfS,
- ständige Qualifizierung der vorbeugenden und schadensverhütenden politisch-operativen Arbeit,
- Organisierung des politisch-operativen Zusammenwirkens mit anderen Organen und Einrichtungen sowie
- Erarbeitung aussagefähiger Informationen und Einschätzungen an leitende Partei- und Staatsfunktionäre.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben periodisch den Umfang und die qualitäts- und termingerechte Durchführung der Sicherheitsüberprüfungen kritisch einzuschätzen. Gute Ergebnisse sind zu würdigen, erkannte Mängel und Schwächen herauszuarbeiten, Ursachen für Fehlentscheidungen festzustellen und konkrete Schlußfolgerungen festzulegen.

10. Schlußbestimmungen

Diese Richtlinie enthält Festlegungen zu Grundfragen der Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen. In Abhängigkeit vom jeweiligen Grund der Einleitung einer Sicherheitsüberprüfung sind weitere Festlegungen in anderen dienstlichen Bestimmungen und Weisungen zu beachten.

Das sind insbesondere Festlegungen über

- weitere spezifische sicherheitspolitische Anforderungen und den Informationsbedarf,
- einzubeziehende Angehörige der zu überprüfenden Personen,
- weitere konkrete Ausschließungsgründe,
- Verantwortlichkeiten und Zusammenarbeit der Dienstseinheiten,
- Entscheidungsbefugnisse,
- Einspruchsrechte und Formen ihrer Wahrnehmung,

- Realisierungs- und Einspruchsfristen,
- die Durchführung von Wiederholungsüberprüfungen sowie
- inhaltliche und formelle Anforderungen an die Aufbereitung und Übergabe der Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfungen.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß alle operativen Mitarbeiter, die Aufgaben im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen wahrzunehmen haben, mit dem Inhalt dieser Richtlinie vertraut gemacht und die getroffenen Festlegungen konsequent durchgesetzt werden.

7. April 1983

Vorlage für das Politbüro der SED: Komplexe Konzeption zur weiteren Entwicklung des Forschungs-, Produktions- und Exportprofils einschließlich der Entwicklung der Speziellen Produktion bis 1985 und für den Zeitraum 1986 bis 1990 des Kombines VEB Carl Zeiss Jena [Auszug]⁴⁹⁸

Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena ist als Zentrum des wissenschaftlichen Gerätebaues für die intensiv erweiterte Reproduktion der Volkswirtschaft der DDR, für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung sowie zur Erhöhung des Exportes an hochveredelten Erzeugnissen in das SW und NSW weiterzuentwickeln und zugleich der Anteil militärischer Produktion zu erhöhen.

Die Lösung dieser Aufgaben erfordert, unter Nutzung der im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena bereits gewonnenen positiven Erfahrungen, konsequent die intensiv erweiterte Reproduktion weiter durchzusetzen, insbesondere die Effektivität der verfügbaren wissenschaftlich-technischen und Produktionskapazitäten weiter bedeutend zu erhöhen.

Die *Anforderungen zur Versorgung der Volkswirtschaft* mit Erzeugnissen des wissenschaftlichen Gerätebaues nehmen im Zusammenhang mit der konsequenten Durchsetzung der intensiv erweiterten Reproduktion und der Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Produktion in allen Zweigen der Volkswirtschaft qualitativ und quantitativ erheblich zu. Daraus ergeben sich erhöhte Forderungen, insbesondere auf den Gebieten mikrolithographische Ausrüstungen für die Halbleiterindustrie, Objektive für hochwertige Konsumgüter, Sehhilfen für die Bevölkerung, Magnetbandspeicher für ESER-Anlagen⁴⁹⁹, Wälzschraubtriebe, Analysenmeßtechnik, geometrische Fertigungsmeßtechnik, Mikroskope, Laserbearbeitung und Stoffumwandlung, Zulieferungen für Industrieroboter, Bild- und Lichtleitkabel.

Der *Export* des Kombines muß entsprechend der prinzipiellen Orientierung auf die Erhöhung des Anteils von Erzeugnissen mit hohem Veredelungsgrad und einem den internationalen Anforderungen entsprechenden wissenschaftlich-technischen Niveau, gesteigert werden. Das gilt um so mehr, da die Exportertragskennziffern der Erzeugnisse des Kombines im NSW gegenwärtig 0,63 und im SW 1,29 betragen und damit im NSW-Export über dem Durchschnitt des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik liegen und weiter

498 SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/2568. – Vermerk: Gerhard Schürer, GVS B 120-1352/83, ZK 02 Tgb.-Nr. 207, 32 Blatt. – Handschriftlicher Vermerk: behandelt P. 18-15 vom 24.5.1983 (das ist das Datum des Politbürobeschlusses).

499 Einheitliches System der elektronischen Rechentechnik.

erhöht werden müssen. Entsprechend den bisherigen Berechnungen der Staatlichen Plankommission muß der Export wie folgt entwickelt werden:

	Ist 1982	1985	1990
Export SW; (Mio. M/VGW [Valutagegenwert])	1.422	1.550	2.850*
darunter UdSSR; (Mio. M/VGW)	878	990	2.255*
Export NSW; (Mio. VM [Valutamark])	126	260	330

Die Erreichung dieser Zielstellungen erfordert größte Anstrengungen des Kombines, da die staatlichen Auflagen des NSW-Exportes 1981 und 1982 nicht erfüllt wurden und die Erfüllung des NSW-Exportplanes 1983 nicht gesichert ist.

Der Generaldirektor des Kombines VEB Carl Zeiss Jena hält für das Jahr 1985 einen NSW-Export in Höhe von etwa 220 Mio. VM für erreichbar. Entscheidungen dazu werden mit den Jahresplänen getroffen.

Im SW-Export kommt es vor allem darauf an, die erheblich steigenden Anforderungen der UdSSR auf dem Gebiet der fotolithographischen Geräte für die Mikroelektronik zu erfüllen, den Bedarf der sozialistischen Länder bei Erzeugnissen des wissenschaftlichen Gerätebaues besser zu decken und den Anteil der militärischen Erzeugnisse wesentlich zu erhöhen.

Die *militärischen Grundanforderungen* für den Zeitraum bis 1990, einschließlich der durch die DDR gegenüber der UdSSR und anderen Mitgliedsländern des Warschauer Vertrages eingegangenen Verpflichtungen, stellen hohe Ansprüche an die wissenschaftlich-technischen und Produktionsleistungen des Kombines VEB Carl Zeiss Jena.

Ausgehend von den militärischen Grundanforderungen werden für die neue Entwicklung und Produktion der Militärtechnik als Hauptrichtungen

- die Lasertechnik und deren Anwendung,
 - die Optoelektronik im Infrarot- bis Submillimeter-Wellenbereich und
 - die Bildverarbeitungstechnik/Lenkverfahren
- vorgesehen.

Auf dieser Grundlage wird vorgeschlagen:

1. Die Geräte und Erzeugnisse der militärischen Technik, die mit dem gegenwärtig verfügbaren wissenschaftlich-technischen Potential technisch und technologisch beherrscht werden, sind in den Plan einzuordnen und termingemäß zu realisieren. [...] Zur effektiven Nutzung der speziell geschaffenen Kapazitäten wird vorgesehen, den Zielsuchkopf für die Luft-Luft-Rakete K 13 M mit jährlich 2.500 Stück in die UdSSR weiterhin zu exportieren.

* Einschließlich der vorgeschlagenen Erhöhung bei militärischen Erzeugnissen.

Die Produktionskapazitäten für das Zielfernrohr mit Laserentfernungsmesser für den Kampfpanzer T-72 sind unter Beachtung des Auftrages für die Produktion der Feuerleitanlage „Wolna“ für die Modernisierung des Kampfpanzers T-55 A und durch Erweiterung der Vorfertigungskapazitäten (1987/1988) effektiver zu nutzen mit dem Ziel, durch eine entscheidende Kostensenkung Voraussetzungen für einen rentablen Export in die UdSSR in Höhe von jährlich ca. 500 St[ück] zu schaffen. [...]

2. Ausgehend vom Regierungsabkommen mit der UdSSR zum militärischen Schiffbau wird die Entwicklung und die Produktionsaufnahme des optischen Zielsuchkopfes für die Seezielrakete Projekt 152 ab 1989 vorgesehen. [...]

Die im Dezember 1982 durchgeführte Spezialistenkonsultation in der UdSSR hat ergeben, daß das Projekt 152 völlig neue technisch-technologische Anforderungen stellt.

Während die Entwicklung und die Produktionsüberleitung des Zielsuchkopfes für die Luft-Luft-Rakete K 13 M und des Zielfernrohres mit Laserentfernungsmesser für den Kampfpanzer T-72 ohne neue Basistechnologien möglich waren, weil wichtige Bauelemente und Materialien dafür im Rahmen des Lizenzvertrages aus der UdSSR importiert werden, ist die eigenständige Entwicklung des optischen Zielsuchkopfes für die Seezielrakete in der DDR mit einer großen Anzahl prinzipiell neuer Basistechnologien, Werkstoffe und Verfahren verbunden.

Insbesondere sind das:

- optische Medien im Infrarot-Bereich
- spezielle Technologien für Festkörperlaser
- hochintegrierte Schaltkreise zur Meßdatenverarbeitung
- optoelektronische Sensoren [...]
- optische Kristalle
- Sensoren zur Nachtsichtfähigkeit und Wärmebildverarbeitung
- Elemente der miniaturisierten Leistungselektronik.

Durch diese neuen Basistechnologien sind zugleich entscheidende Voraussetzungen für die weitere Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus, der Effektivität der Produktion und der Exportfähigkeit der Erzeugnisse des wissenschaftlichen Gerätebaues in den 90er Jahren zu schaffen. [...]

3. Die Entwicklung und Produktion folgender weiterer Aufgaben, die in den militärischen Grundanforderungen enthalten sind, ist zu sichern:
 - Laserfeuerleitanlage „Wolna“ für die Modernisierung des Kampfpanzers T-55 A [...],
 - Blendschutz gegen den Lichtblitz der Kernwaffe,
 - modulares System von Zieltrainingsgeräten,
 - Feuerleitsystem mit Wärmebildtechnik [...].
- [...]

Gegenüber der bisher für das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena vorgesehenen Entwicklung der Produktion von 3.256 Mio. M 1983 auf etwa 5.000 Mio. M 1990 (das entspricht einer durchschnittlich jährlichen Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität von 6,4 %) erhöht sich die Produktion durch die Maßnahmen der komplexen Konzeption im Jahre 1990 auf etwa 5.900 Mio. M.

Damit beträgt der Zuwachs der Neuproduktion im Jahre 1990 900 Mio. M und nach voller Inbetriebnahme im Jahre 1992 1.800 Mio. M.

Der Anteil der militärischen Produktion an der Gesamtproduktion des Kombines erhöht sich von gegenwärtig 15,7 % auf etwa 28 % im Jahre 1990 und auf mehr als 30 % in den folgenden Jahren.

Die hohen Anforderungen an das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, insbesondere auf dem Gebiet der militärischen Technik, können durch eine ausschließlich intensiv erweiterte Reproduktion nicht erfüllt werden.

1. Die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten des Kombines VEB Carl Zeiss Jena sind in den Jahren 1984 und 1985 um 850 Beschäftigte, 1986 und 1987 um weitere 630 Beschäftigte zu erweitern.

Die Zuführung von Hoch- und Fachschulkadern ist wie folgt zu realisieren:

- 1.080 Hoch- und Fachschulkader durch die jährliche Zuführung von 270 Absolventen in der Zeit von 1984 bis 1987,
- 200 Kader durch Umsetzung aus Betrieben des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik,
- 200 Kader durch Umsetzung aus anderen Industriebereichen.

Zur Ansiedlung dieser Kader in Jena sind entsprechende territoriale Voraussetzungen zu schaffen, insbesondere durch Bereitstellung von Wohnungen.

2. Zur Sicherung des Forschungsvorlaufes, insbesondere auf den Gebieten Lasertechnik, Mikro-Kryo-Technik, Dünne Schichten, optische Medien für ausgewählte Spektralbereiche, Sinterwerkstoffe, sind Kapazitäten der Akademie der Wissenschaften und des Hoch- und Fachschulwesens einzubeziehen.

3. Der Aufwand in der Forschung und Entwicklung für die vorzubereitende militärische Produktion beträgt nach ersten Berechnungen 800 bis 900 Mio. M.

Die Finanzierung ist bis 1990 aus dem Staatshaushalt vorzunehmen und der Rückfluß nach 1990 mit der Produktion und dem Absatz zu gewährleisten.

4. Es ist zu sichern, daß die Ergebnisse aus der Erforschung und Entwicklung neuer Technologien für die Erhöhung des wissenschaftlich-technischen

Niveaus und der Effektivität der Produktion insbesondere auf folgenden Gebieten voll wirksam gemacht werden:

Wissenschaftlicher Gerätebau, Automatisierungstechnik, insbesondere Robotertechnik, Rechentechnik, metrische Optik (Kosmostechnik), Sicherungs- und Kontrolltechnik, optoelektronische Konsumgüter, Aufklärung und Ortung von Objekten, Lichtleiter-Nachrichtenübertragung, Meßtechnik, Medizintechnik.

5. Es ist anzustreben, in größerem Umfang Lizenzen für neue Technologien und Komponenten aus der UdSSR zur Gewährleistung eines raschen Anlaufes der Arbeiten und zur Verkürzung der Einarbeitung und Erfahrungssammlung zu erhalten und die direkte Zusammenarbeit mit den Ministerien der UdSSR
 - für Verteidigungsindustrie
 - für Elektronische Industrie [und]
 - für Radioindustriezu organisieren.
6. Zur Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Erweiterung des Forschungs- und Entwicklungspotentials im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena sind Investitionen in den Jahren 1984/85 in Höhe von 33,2 Mio. M, darunter 16,2 Mio. M Bauanteil und in den Jahren 1986/1989 in Höhe von 159 Mio. M, darunter 44 Mio. M Bauanteil, zu realisieren.
Zur Sicherung der Kooperationsleistungen für die Forschung und Entwicklung und Produktion innerhalb des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena sind im Zeitraum 1986 bis 1989 Investitionen im Umfang von 800 Mio. M zu realisieren. [...]
7. Zur Sicherung einer einheitlichen Leitung des Gesamtvorhabens in der Forschung und Entwicklung und zur Sicherung einer hohen Qualität bei der Überleitung in die Produktion unter Beachtung der Sicherheitsanforderungen sind die Kapazitäten des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena für die Produktion entscheidender Baugruppen sowie für Montage und Prüfung in Jena in den Jahren 1987 bis 1991 um 2.000 Arbeitskräfte zu erweitern.
Zur Sicherung der darüber hinaus erforderlichen Produktion sind Kapazitäten von Betrieben anderer Kombinate des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik und des Ministeriums für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau im Umfang von etwa 3.000 Arbeitskräften ab 1987 einzu beziehen. Das betrifft vor allem solche Betriebe, für deren gegenwärtiges Produktionsprofil Unsicherheiten im Absatz bestehen.
8. Zur Sicherung von speziellen Zulieferungen innerhalb des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik, vor allem von Erzeugnissen der Optoelektronik, der elektronischen Bauelementeindustrie u. a., ist das Forschungs- und Entwicklungs- und Produktionspotential durch Zuführung

von 1.400 Arbeitskräften ab 1987 und durch Realisierung von Investitionen in Höhe von 400 Mio. M zu erweitern.

9. Darüber hinaus sind Forschungs- und Entwicklungskräfte und Investitionsaufwendungen in den Kombinat der Industriezweige Chemische Industrie, Erzbergbau, Metallurgie und Kali sowie Glas/Keramik notwendig, deren Umfang noch zu untersuchen ist.

[...]

Vorteile der komplexen Konzeption zur Entwicklung des Kombines VEB Carl Zeiss Jena:

Mit den Erfahrungen und Kenntnissen des Forschungs-, Entwicklungs- und Arbeitskräftepotentials des Kombines VEB Carl Zeiss Jena im optischen Präzisionsgerätebau, einschließlich des Einsatzes modernster Elektronik auf diesem Gebiet, baut die DDR mit der Realisierung dieser Entwicklungslinie das erreichte wissenschaftlich-technische Niveau weiter aus. Damit wird die DDR in die Lage versetzt, mit dem optischen Präzisionsgerätebau modernste Militärtechnik für die Gebiete

- der Aufklärung des Gegners sowohl aus dem Kosmos als auch auf dem Gefechtsfeld
- der aktiven Nachtkampffähigkeit der Truppen
- der Erhöhung der Ersttreffer-Wahrscheinlichkeit in Zusammenarbeit mit der UdSSR zu entwickeln und zu produzieren.

Damit wird gleichzeitig die Basis geschaffen, über die Militärtechnik wissenschaftliche Erkenntnisse von hohem Niveau aus der UdSSR für die DDR multivalent nutzbar zu machen.

- Mit den Arbeiten zur Entwicklung, insbesondere des Zielsuchkopfes des Projektes 152, werden neue Basistechnologien erforscht, die in den nächsten Jahren ohnehin entwickelt werden müßten und die bei Gewährleistung der Geheimhaltung vielfältig genutzt werden können für die Erhöhung des Niveaus des wissenschaftlichen Gerätebaus, für Rationalisierungsmaßnahmen, für Konsumgüter und zur Erhöhung des Exportes.
- Die DDR entwickelt und produziert mit dem Zielsuchkopf des Projektes 152 einen gefechtswertbestimmenden Teil der Seezielrakete, die auf dem in der DDR ebenfalls zu entwickelnden und zu produzierenden Raketen-Artillerieschnellboot, Projekt 151, zum Einsatz kommt. Außerdem soll die Rakete auch auf weiteren Schiffen der Volksmarine sowie der anderen Staaten des Warschauer Vertrages eingesetzt und zur Standardwaffe der Seestreitkräfte entwickelt werden.

Damit wird eine ökonomische Produktionsstückzahl angestrebt. Dabei muß die Aufgabe gestellt werden, daß durch Kostenbeeinflussung und Preisgestaltung eine möglichst günstige Exportrentabilität erreicht wird.

Nachteile der komplexen Konzeption zur Entwicklung des Kombines VEB Carl Zeiss Jena:

- Die wissenschaftlich-technischen Aufwendungen sind so hoch, daß ohne eine wesentliche Einschränkung des gegenwärtigen Potentials für zivile Forschung und Entwicklung die Aufgaben nicht lösbar wären, so daß eine extensive Entwicklung vorgeschlagen werden muß.
Eine eventuelle Beschaffung von Technologien und Verfahren sowie von spezifischen Forschungsausrüstungen für dieses Gebiet von kapitalistischen Konzernen muß auf Grund der Embargobestimmungen ausgeschlossen werden.
 - Wegen der völlig neu zu erforschenden und zu entwickelnden Technologien ist bis 1990 ein bedeutender Forschungs- und Entwicklungsaufwand notwendig, während die Produktion im wesentlichen erst ab 1990 Nutzen bringen wird.
Deshalb muß als Ausnahme gegenüber den erst kürzlich gefaßten Beschlüssen über die weitere Qualifizierung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung vorgeschlagen werden, die Forschung und Entwicklung bis zur Aufnahme der Produktion weitgehend aus dem Staatshaushalt zu finanzieren.
- [...]

Diese Nachteile sind in der weiteren Arbeit durch die Lösung folgender Aufgaben einzuschränken:

- Teilergebnisse sofort militärisch zu nutzen und unter Beachtung der Geheimhaltung im zivilen Bereich anzuwenden [...].
- Forschungsergebnisse der Akademie der Wissenschaften auf wichtigen Teilgebieten sind durch eine noch engere Kooperation und Auftragsforschung zwischen der Akademie der Wissenschaften und dem Kombinat VEB Carl Zeiss Jena maximal zu nutzen mit dem Ziel, den Aufwand und die Entwicklungszeit zu verkürzen.
- Zur Reduzierung der Investitionsaufwendungen sind Kapazitäten des Industriebereiches Elektrotechnik und Elektronik dafür zu profilieren. Die Sicherheitsanforderungen sind dabei in jedem Fall zu garantieren. Das gilt prinzipiell auch für Zulieferungen außerhalb der Elektroindustrie.
- Zu schaffende Produktionskapazitäten sind abschnittsweise produktiv zu nutzen. Die Konzeption dazu ist mit der Erarbeitung der Investitionsdokumente zur Bestätigung vorzulegen.

[Anlagen⁵⁰⁰]

⁵⁰⁰ In 5 Anlagen sind die einzelnen Aufgaben spezifiziert (Produktionszeitraum und -volumen, Preise, Forschungs- und Entwicklungspotential etc.) und das Profil des Kombines VEB Carl Zeiss Jena dargestellt.

[1984]

Rede zu den Aufgaben der Linie XVIII im Bezirk Gera [Auszug]⁵⁰¹

Genosse Generalmajor! [...]
Genossen Offiziere!

Der Genosse Minister gab anlässlich seiner Dienstkonferenz am 12.9.1984 grundsätzliche Orientierungen und Aufgabenstellungen, die unsere weitere operative Arbeit zur Sicherung der Volkswirtschaft über das Jahr 1985 hinaus bestimmen.

Unsere Aufgabe auf Linie XVIII im Bezirk besteht vorrangig darin, Lösungswege zu erarbeiten, *wie* wir diese auf unseren konkreten Verantwortungsbereich umsetzen.

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen nochmals einige grundsätzliche Gedanken zur Lage in der Volkswirtschaft und den Aufgaben für 1985 äußern, weil sich daraus auch für die operative Abwehrarbeit wichtige Schwerpunktbereiche und Schwerpunkte ergeben.

Insgesamt wurden große Leistungen vollbracht, jedoch eine Reihe von Problemen nicht gelöst.

Zum Beispiel:

- Ungenügendes Tempo der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und deren ökonomische Verwertung → Weltstand → Überführung;
- Auf dem Gebiet des NSW-Exportes und der NSW-Importablösungen wurde noch kein grundlegender positiver Durchbruch erzielt (10,2 % des Exportes für Zinstilgung – war über 20 %);
- Ungenügende Investitionstätigkeit (17 % des Nationaleinkommens) → wichtige Objekte nicht in Angriff genommen bzw. nicht fertig;
- Die Bestände sind insgesamt stark angestiegen. →

Der Plan 1985 stellt deshalb noch höhere Anforderungen. [...]

Der Genosse Minister formulierte in seinem Referat 4 Schwerpunktaufgaben für die Linie XVIII. Ich nenne sie hier kurz und werde dann daraus abgeleitet die aus der Sicht der Leitung der Abteilung XVIII für unseren Bezirk notwendigen Schwerpunktbereiche/Schwerpunkte anführen:

501 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossener Bestand, 16 Blatt. – Dokument o. D. (vermutlich 1984) und Angabe des Autors (vermutlich der Leiter der Abt. XVIII der BV Gera, Erler). – Vermerk: mit handschriftlichen Zusätzen.

1. Aufklärung der Pläne und Absichten feindlicher Zentren zur Störung der Entwicklung der Volkswirtschaft → nur mit qual[ifizierten] IMB⁵⁰² möglich →
2. Entwicklung und Bearbeitung linienspezifischer OV
 1. (Spionage, Sabotage, Diversion
§§ 172, 245, 165 StGB – Hinweis auf Qualifizierung der Spionageabwehr, mehr Ideen, Zusammenarbeit!)
sowie Intensivierung und Erhöhung der Qualität der IM-Arbeit! →
3. Organisierung einer effektiven vorbeugenden, schadensabwendenden Arbeit [der] IM nach [dem] 2. Q[ualitäts]K[riterium]⁵⁰³! [...]
4. Erhöhung der Qualität bei der Beschaffung wissenschaftlich-technischer Unterlagen.

Auf Linie XVIII erfolgt seit mehreren Jahren in Vorbereitung der Jahresplanung eine konkrete Bestimmung der vorhandenen Schwerpunktbereiche/Schwerpunkte. Dies geschieht, wie ihr wißt, in enger kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den K[reis]D[ienststellen] und der O[bjekt]D[ienststelle] auf der Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse über vorgetragene Feindangriffe bzw. zu erwartende Angriffe sowie der jeweiligen volkswirtschaftlichen Schwerpunkte. [...]

1. Elektrotechnik/Elektronik

Dieser Industriezweig mit solch bedeutenden Kombinat wie VEB Carl Zeiss Jena und Keramische Werke Hermsdorf sowie den Betrieben Elektronik Gera und Röhrenwerk Rudolstadt nimmt eine zentrale Schlüsselstellung bei der weiteren Entwicklung unserer Volkswirtschaft ein. Aus diesem Grunde bilden die oben genannten Kombinate und Betriebe auch einen Angriffsschwerpunkt des Gegners insgesamt.

Daraus abgeleitet, ergeben sich folgende Schwerpunktbereiche/Schwerpunkte:

- Sicherung des Mikroelektronikprogramms mit dem Schwerpunkt der Entwicklung lithografischer Geräte [...]
- Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen sowie des Bereiches Forschung/Entwicklung des Kombinates Carl Zeiss Jena! [...]

502 IM der Abwehr mit Feindverbindung, Definition und Funktion in Richtlinie 1/79, in: Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, S. 316–318.

503 2. Qualitätskriterium aus Richtlinie 1/79 (Anm. 284).

4. Juli 1984

Information der Auswertungs- und Kontrollgruppe der
 BV Gera über Reaktionen von Angehörigen des Kombinates
 VEB Carl Zeiss Jena zu Problemen der Planerfüllung 1983/84,
 der angewendeten Praxis der Planabrechnung sowie
 zur ökonomischen Situation des Kombinates [Auszug]⁵⁰⁴

Nach vorliegenden Erkenntnissen hat der Gegner im Rahmen seines Wirtschaftskrieges gegen die sozialistischen Länder seine Angriffe gegen das Kombinat im Jahre 1984 stark erhöht und versucht, durch

- Unterlaufen der Außenhandelsaktivitäten des Kombinates,
 - Forcierung der Überwachung von Embargobestimmungen seitens staatlicher Einrichtungen westeuropäischer NATO-Länder,
 - Versuche der Korruption von Außenhandelskadern des Kombinates
- dem Kombinat VEB Carl Zeiss Jena ökonomischen Schaden größeren Ausmaßes zu verursachen.

Im Zusammenhang mit den o. g. Methoden verstärkt der Gegner seine ideologischen Angriffe mittels der politisch-ideologischen Diversion gegen die Angehörigen des Kombinates.

[...]

Eine Analysierung der Informationen zur Reaktion und zum Stimmungsbild der Beschäftigten des Kombinates aus dem Jahre 1983 und 1984 zeigt, daß es unter den Angehörigen aller Ebenen des Kombinates verstärkt Reaktionen und Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit der Planerfüllung und der angewendeten Praxis der Planabrechnung gab und diese sich auch 1984 fortsetzen.

Bereits mit dem Planablauf 1983 rechneten Leitungskader der 1. Ebene aller Kombinatbetriebe mit einer Nichterfüllung verschiedener Planpositionen des Planes 1983, insbesondere des NSW-Exportes.

[...]

Im Zusammenhang mit den von ihnen dabei festgestellten Schwierigkeiten in der Planerfüllung, des Zurückganges von Marktanteilen und aufgetretenen Qualitätsmängeln bei einem Teil der Erzeugnisse waren sie der Auffassung,

- „daß entscheidende Kennziffern des Plans 1983 nicht erfüllt werden können, daß die gestellten Planaufgaben des NSW-Exportes trotz einer Reduzierung von 246 Mio. auf 182 Mio. VM [Valutamark] und erhöhten Anstrengungen nicht zu realisieren sind,

504 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 8 Blatt. – Handschriftlicher Vermerk: Anlage 2, Gen. Oberstleutnant Seidel hat Material zur Kenntnis genommen. – Handschriftlich gezeichnet auf Blatt 8: Oberstleutnant Lehmann, Leiter der AKG.

- daß sich Anstrengungen zur Planerfüllung nicht lohnten, die Dinge nicht mehr zu packen sind, die Situation nicht zu verändern sei, da die im Kombinat herrschenden Bedingungen nicht mit den hohen Aufgaben/Anforderungen in Übereinstimmung stehen.“

Hinzu komme noch, daß im Kombinat allgemein bekannt sei, daß Planmanipulationen vorgenommen werden und es dem Kombinat immer schwerer falle, selbst die Kennziffer IWP⁵⁰⁵ ohne größere Manipulationen zu erfüllen und insbesondere im NSW-Export die Planmanipulation zu einer ständigen Methode der Verschleierung der tatsächlichen Lage wird.

[...]

In Kenntnis dieser Situation brachten viele Kombinatangehörige zum Ausdruck,

„daß es einen Widerspruch zwischen den ständigen Erfolgsmeldungen unserer Massenmedien und der tatsächlichen Lage im Kombinat gibt.“

Wissenschaftler und Werktätige des Kombinales bezeichneten „es als Betrug, daß trotz schwerwiegender F/E-Defekte⁵⁰⁶, permanenter Manipulation und Untererfüllung der Monatspläne und anderer Schwierigkeiten/Probleme der Plan als erfüllt abgerechnet wird.“

Diese ihre Aussage leiteten sie u. a. mit aus nachfolgend beispielhaft genannten Sachverhalten ab:

So beeinträchtigten die im Zusammenhang mit der Überleitung und Serienfertigung der Lith-Geräte auftretenden Probleme wie

- die Termin- und Qualitätsabweichungen durch Zulieferbetriebe
- und die unzureichende Produktionssteuerung beim Finalproduzenten die Planerfüllung erheblich.

Ausgehend davon wendete die staatliche Leitung des Finalproduzenten Manipulationsmethoden zur Verschleierung der Nichtplanerfüllung an.

Im Extremfall wurden bereits Abrechnungen von Leistungen vorgenommen, die tatsächlich erst 1984 bzw. 1985 erbracht werden können.

[...]

Mitte des Jahres 1983 kamen Leitungskader aller Ebenen des Kombinales zu folgender Einschätzung:

„Die ökonomische Situation des Kombinales weist weiterhin erhebliche Probleme in der Planerfüllung auf, insbesondere in der Kennziffer AWP⁵⁰⁷ betrage der Planrückstand ca. 120 Mio. M und den NSW-Exportplan erfülle das Kombinat am Jahresende voraussichtlich mit weniger als 50 %.“

Die Ursachen für die o. g. Situation sahen sie in

- „der nicht ausreichenden Kapazität bestimmter Produktionsbereiche und der ungenügenden Zulieferungen an Material“,
- „der fehlenden Fertigungsreife der Erzeugnisgruppe lithografische Geräte“,

505 Industrielle Warenproduktion.

506 Bereiche der Forschung und Entwicklung von Verfahren und Geräten mit ineffizienten Arbeitsergebnissen.

507 Abgesetzte Warenproduktion.

- „der unzureichenden Vertragsbindung mit dem NSW und der mangelhaften Übereinstimmung zwischen NSW-Exportverträgen und den Produktionsplänen“.

[...]

„Die Lage im Kombinat hat sich so entwickelt, daß selbst mit Manipulationen in Größenordnungen der unbefriedigende Zustand nicht verdeckt werden kann.“

Mitarbeiter des AHB [Außenhandelsbetriebes], des Forschungszentrums und von Exportbetrieben des Kombinates sehen die Ursachen für den unbefriedigenden NSW-Export folgendermaßen:

- „Die Hauptursache des Exportrückgangs bildet das Zurückbleiben des Kombinates gegenüber der Konkurrenz bei der Entwicklung und Produktion bedarfsgerechter Erzeugnisse. Folgende Zahlen belegen diese Tatsache:

Erzeugnisentwicklung 1983:

Von 48 abgeschlossenen Entwicklungen konnten 10 als Spitzenleistungen eingestuft werden, davon sind nur 5 Erzeugnisse NSW-exportfähig.

[...]

Zur Leipziger Frühjahrmesse 1983 konnten die Exportkaufleute für ca. 500 Mio. M Q-Erzeugnisse zum Verkauf anbieten.

Zur Leipziger Frühjahrmesse 1984 stehen nur für ca. 385 Mio. M 62 Erzeugnisse zur Verfügung.

Der Umsatz in den kapitalistischen Hauptländern ging von 50,8 Mio. VM 1982 auf 27,1 Mio. VM 1983 zurück.“

[...]

Leitungskader des Kombinates sind der Auffassung, daß der Generaldirektor nicht in der Lage und nicht ausreichend bereit sei, wirksame Entscheidungen zur Veränderung der Situation zu treffen. Sie verweisen darauf, daß Manipulationen zur Verschleierung ungenügender Leistungen weiter zu den Methoden der Leitungstätigkeit des Generaldirektors gehören.

Zur Vertuschung der Manipulationen wurde die Tätigkeit von Kontrollorganen eingeschränkt bzw. ausgeschaltet. Erarbeitete Hinweise über Verstöße gegen geltende Weisungen und Bestimmungen (Falschabrechnung der Kennziffern IWP und AWP, vorsätzlicher Versand von Ausschußerzeugnissen) wurden beispielhaft vom Leiter des KB-I anerkannt, jedoch keine Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnungsmäßigkeit eingeleitet.

Der Generaldirektor und teilweise der 1. Stellvertreter lehnten derartige Protokolle ab, zogen sie aus dem Verkehr oder verhinderten ihre Anfertigung.

Vom Generaldirektor wurden Inspektionsmitarbeiter zur Klärung untergeordneter Probleme auf Dienstreise geschickt, um sie von entscheidenden Beratungen zur Planerfüllung und -abrechnung fernzuhalten.

Mehrere Hauptbuchhalter zeigten sich enttäuscht von der Haltung der Staatlichen Finanzrevision Gera, weil dieses Organ seine Kontrollmöglichkeiten nicht ausschöpfte und wesentliche Controllergebnisse nicht dokumentiert wurden.

Daraus zogen die Hauptbuchhalter den Schluß, daß auch übergeordnete

staatliche Organe kein Interesse an einer wahrheitsgemäßen Einschätzung der Lage haben.

Aktivitäten der Parteiorgane zur Bekämpfung o. g. Erscheinungen der Manipulationen (z. B. die Parteistrafe gegen den Leiter des KB-M) finden nicht die Unterstützung des Generaldirektors.

Im Zusammenhang mit dieser Situation in der Planerfüllung, der Planmanipulation, den bestehenden Schwierigkeiten und Problemen kommt es bei Leitungskadern, Wissenschaftlern und Arbeitern zu Pessimismus, Gleichgültigkeit und zu Zweifeln an der Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik. [...]

Leitungskader der 1. Leitungsebene erwarten für 1984 noch schlechtere wirtschaftliche Ergebnisse als 1983: „da das Abrechnen kurzfristiger Erfolge in der Leitungstätigkeit des Generaldirektors Vorrang vor langfristig wirkenden Maßnahmen zur Leistungssteigerung besitze.“

Sie verweisen darauf: „daß der Generaldirektor über die damit verbundenen Manipulationen in immer größerem Umfang selbst entscheidet und teilweise direkt in die Belange der Betriebsleitungen eingreife.“

Die o. g. Leitungskader erklären zunehmend „Dienst nach Vorschrift“ leisten zu wollen, d. h. nur innerhalb des Rahmens jeweils konkreter Anweisungen des Generaldirektors tätig zu werden. [...]

Auf den ständig wachsenden Kreis der Kombinarsangehörigen, der Kenntnis von den o. g. Problemen/Erscheinungen erhält, wirkt sich diese Situation negativ aus. Das widerspiegelt sich u. a. darin, daß diese die Wirtschaftspolitik der Partei und die ökonomische Entwicklung in der DDR als perspektivlos einschätzen und in Begründungen der Ersuchen von Kombinarsangehörigen zur Übersiedlung in das NSA [nichtsozialistische Ausland].

[...]

Eine Veränderung der Situation im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena zur Erhöhung der Leistungskraft der Volkswirtschaft der DDR [...] erfordern in erster Linie auf der Grundlage des Politbürobeschlusses vom Juni 1983

– eine entschiedene Qualifizierung der Führungs- und Leitungstätigkeit [...],

[...]

– die Forschungs- und Entwicklungsstrategie, einschließlich der Marktbearbeitung entsprechend längerfristigen Erfordernissen zu gestalten und das umfangreiche Wissenschaftspotential ökonomisch wirksamer zur Geltung zu bringen [...].

15. Juli 1985

Berichterstattung der OD Zeiss Jena zur politisch-operativen Lage im Schwerpunktbereich „Mikroelektronik“ [Auszug]⁵⁰⁸

1. Einschätzung des Standes der Realisierung der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung

Der KB-G, Finalproduzent der technologischen Spezialausrüstungen zur Herstellung mikroelektronischer Schaltkreise, liefert jetzt zuverlässig funktionierende Geräte aus. Er ist hierbei jedoch noch wesentlich auf die Unterstützung durch Kräfte des Forschungszentrums angewiesen [...].

Sowjetischen Wissenschaftlern gelang es bereits, mittels der ZBA 20⁵⁰⁹

Bauelemente mit einem Funktionsumfang von 1 Megabit herzustellen. In der DDR ist dieses Niveau für die nächsten zwei Jahre noch nicht geplant. Das ZFTM [Zentrum für Forschung, Technologie und Mikroelektronik (Dresden)] strebt für 1986 die 64-k-byte-Technologie an.

Im Gegensatz zur Erfüllung der qualitativen Anforderungen an die lithografischen Geräte ist der KB-G in absehbarer Zeit nicht in der Lage, die in der STAL [Staatliche Planaufgabe] genannten Stückzahlen zu fertigen. Hier treten gegenwärtig die bedeutendsten Probleme der Realisierung des Regierungsabkommens Mikroelektronik auf. Leitungskader sprechen intern von einer katastrophalen Situation.

Es gelang dem KB-G zwar in den ersten vier Monaten dieses Jahres die aus 1984 übernommenen Schulden in Form abgerechneter aber nicht produzierter Geräte zu verringern, jedoch ist nach Quelleneinschätzungen mit einem erneuten Anwachsen nicht erfüllter Aufgaben zu rechnen. So „verkaufte“ der KB-G per 31.05.85 insgesamt acht Geräte der EG [Erzeugnisgruppe] „Lith“ an den zum selben Betrieb gehörenden Bereich „Generallieferant“. Zur Entschärfung der Situation reduzierte der Generaldirektor den Halbjahresplan des Betriebes zu Lasten des zweiten Halbjahres.

Die Probleme der Fertigung der EG [Erzeugnisgruppe] „Lith“ beruhen wesentlich auf

- der noch nicht verringerten Fehlbilanz von ca. 300 Arbeitskräften,
- einer ungenügenden Beherrschung der Produktionsprozesse im KB-G [...],
- nicht ausreichend effektiven Fertigungsverfahren und -mitteln.

[...]

508 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 8 Blatt. – Vermerk: handschriftlich hinzugefügt: AKG, Nummerndruck: 2760. – Handschriftlich gezeichnet auf Blatt 8: Major Teller, Leiter der OD Zeiss.

509 Elektronenstrahlbelichtungsanlage.

Aus den Bemühungen zum Feststellen und Erschließen von Produktivitätsreserven heraus hat sich unter den Angestellten der Führungs- und Querschnittsbereiche des KB-G die Überzeugung entwickelt, den Produktionsabteilungen mehr Unterstützung geben zu müssen. Sie zeigt sich in der wachsenden Teilnahme an Wochenendschichten und in der Bereitschaft zu längerfristigen Produktionseinsätzen. In den produzierenden Bereichen ist eine derartige Haltung nicht in gleichem Maße vorhanden.

So stößt der vorgesehene Übergang zur Dreifachschicht unter den Arbeitern der betreffenden Vorfertigungsabteilungen auf Ablehnung. Eines ihrer Hauptargumente bildet die hohe Ausfallquote der Maschinen. [...]

Zusammenfassend ist einzuschätzen, daß aufgrund des nur geringen Kapazitätswachses die ständig steigenden Forderungen an die EG „Lith“ im KB-G zu erheblichen Einschränkungen der Produktion in den übrigen Erzeugnisgruppen (Ausnahme: Spezielle Produktion) führen. Damit sind jedoch vielfältige Auswirkungen auf die Lösung bestimmter Forschungs-, Produktions- und Sozialvorhaben in den sozialistischen Staaten verbunden. Bereits jetzt befriedigt das Kombinat VEB CZ Jena nicht annähernd den Bedarf des RGW an Erzeugnissen des Wissenschaftlichen Gerätebaus. Das trifft z. B. auf die Ausstattung des Werkzeugmaschinenbaues der DDR mit technischen Feinmeßgeräten zu. Nach Quellenaussagen sind die Beziehungen zwischen CZ und WMW⁵¹⁰ teilweise auf die Stufe des direkten Warenaustausches (Maschine gegen Meßgeräte) herabgesunken.

Zur Weiterentwicklung der lithografischen Geräte hat die SU gegenüber dem Kombinat ihre Vorstellungen geäußert. Sie enthalten als Hauptziel eine entscheidende Verringerung des technologischen Vorsprungs der USA bis zum Jahre 1990. [...] Das Hauptanwendungsgebiet der mikroelektronischen Schaltkreise bildet aufgrund des Überlegenheitsstrebens der NATO die Militärtechnik.

Die gegenwärtig im Forschungszentrum geplanten Weiter- und Neuentwicklungen sehen höhere Genauigkeit und Produktivität der lithografischen Geräte [...] für die Herstellung immer komplizierterer Bauelemente vor. [...]

2. Erreichte Ergebnisse in der politisch-operativen Abwehrarbeit

2.1. OV/OPK/WiW [„Wer ist wer?“]-Aufklärung und Schaffung operativer Ausgangsmaterialien

Die OD Zeiss Jena konzentrierte die Arbeit zur operativen Durchdringung des SPB [Schwerpunktbereiches] „Mikroelektronik“ vorrangig auf die F/E⁵¹¹-Bereiche. [...] Sie erbrachte folgende Ergebnisse:

510 WMW: Werkzeugmaschinenwerk.

511 Bereiche der Forschung und Entwicklung von Verfahren und Geräten.

- Abschluß des OV „Wolf“ mit dem Nachweis von Straftaten gemäß § 213⁵¹² StGB. Die [A] erhielt eine Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten; der [B] wurde aus dem SPB herausgelöst. Damit ist der Informationsfluß zum Ehemann der [A] in die BRD unterbrochen. [...]
- Einstellung der OPK „Physik“ und „Späher“. Die in beiden Materialien bearbeiteten privaten Kontakte in die BRD sind nicht mit feindlichen Handlungen oder Pflichtverletzungen verbunden.
- Die zur Einleitung der OPK „Spezialist“ führende operativ bedeutsame Verbindung zu einem Bürger aus WB [Westberlin] besteht nicht mehr. [...]
- Einstellung der OPK „Kreisel“. Der Einsatz operativer Kräfte und Mittel führte nicht zur Bestätigung von Verdachtsmomenten des Mißbrauchs der privaten Kontakte des Ehepaares [C] in die BRD im gegnerischen Interesse.
- Die Mitarbeiter des SPB „Mikroelektronik“ im Forschungszentrum verfügen im Vergleich zu anderen Bereichen über eine hohe Anzahl privater Kontakte ins NSW. 33 Angehörige des Forschungszentrums unterhalten Beziehungen zu Verwandten und Bekannten nach Oberkochen/Aalen/Heidenheim und Mainz. [...]
- Die Auswertung von IM-Informationen und M-Dokumenten⁵¹³ erbrachte Hinweise auf die Aktivierung ihrer Rückverbindungen zu Angehörigen des SPB durch ehemalige DDR-Bürger.
Aus der Verdichtung der Informationen entstanden die OAM [D] und [E] sowie die OPK „Rose“. Die OPK-Person „Rose“ gehört einer intellektuellen Gruppierung mit negativem Charakter an. [...]
- Zu weiteren Personen [F und G] liegen offiziell auswertbare Informationen über Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit NSW-Beziehungen vor. Ihre Herauslösung aus dem SPB wird eingeleitet.

In den Produktionsbereichen des SPB war die Arbeit mit IM, GMS und mit Schlüsselpositionen vor allem auf die Einschätzung und tschekistische Beeinflussung der ökonomischen Lage ausgerichtet. Die bisher erreichten Ergebnisse trugen noch nicht zu einer spürbaren Verbesserung der operativen Lagebeherrschung bei.

[...]

2.3. Vorbeugende und schadensverhütende Arbeit

- Als bedeutsames Ergebnis schadensverhütender Arbeit ist der inzwischen auch gegenüber Brasilien offiziell bekanntgegebene Rücktritt vom Vertrag zur Lieferung lithografischer Geräte in dieses Land einzuschätzen. Dieser Schritt entspricht trotz möglicher Nachteile für die ökonomischen Bezie-

512 Ungesetzlicher Grenzübertritt, in: Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik – StGB –, Berlin 1968, S. 79.

513 Abt. M: Postkontrolle.

hungen zwischen der DDR und Brasilien den sicherheitspolitischen Interessen⁵¹⁴ des VEB CZ Jena und der DDR. [...]

- Vorbeugende Wirkungen sind von der auch durch die OD Zeiss Jena inhaltlich beeinflussten neuen Sicherheitskonzeption des Kombinates für die Durchführung der Aufgaben zur Entwicklung und Produktion lithografischer Geräte zu erwarten. [...]
- Die auf Anregung der OD Zeiss gebildete Kommission Sicherheit für die EG „Lith“ im KB-G übt spürbaren Einfluß auf die Erhöhung von Sicherheit und Ordnung in diesem Bereich aus.
[...]

3. Schlußfolgerungen für die Organisierung der weiteren politisch-operativen Abwehrarbeit

[...]

Neben der intensiven Bearbeitung ausgewählter Personen in OPK oder OAM ist die gezielte Informationsverdichtung zu dem gesamten im SPB tätigen Personenkreis fortzusetzen.

[...]

- Zur Erhöhung von Sicherheit und Ordnung [...] ist vorgesehen, im Zusammenwirken mit der staatlichen Leitung und ihren Funktionalorganen [...] Maßnahmen zur Zurückdrängung der Privatkontakte ins NSW einzuleiten. [...]

[...]

- Die auf der Grundlage der Sicherheitskonzeptionen des Kombinates eingeleitete Schaffung „definierter Bedingungen“ auf allen Stufen des Reproduktionsprozesses ist unter Einsatz der im SPB vorhandenen inoffiziellen Quellen (insbesondere in Schlüsselpositionen) zu unterstützen.

[...]

514 Danach hätte der Verkauf nach Brasilien es den gegnerischen Geheimdiensten erlaubt, Einblick in den technologischen Stand entsprechender Geräte der Mikroelektroniktechnologie nehmen zu können.

10. Januar 1986

Sicherheitskonzeption des Kombinates Carl Zeiss Jena zur Gewährleistung der Sicherheitsanforderungen bei der Vorbereitung, Realisierung und Nutzung von Hochtechnologien im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena vom 10. Januar 1986 (SK-HT) [Auszug]⁵¹⁵

1. Zielstellung

Die Erarbeitung und Nutzung von Hochtechnologien erfordert zur vollen Durchsetzung ihrer Wirksamkeit die Gewährleistung von besonderen Anforderungen an die Ordnung, Sicherheit und den Geheimnisschutz.

Die SK-HT [Sicherheitskonzeption-Hochtechnologie] dient dem Ziel, eine einheitliche sicherheitspolitische Arbeit bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung zur Entwicklung des Kombinates Carl Zeiss Jena zu einem Zentrum für Hochtechnologien zu organisieren. Sie ist verbindliche Arbeitsgrundlage zur Gewährleistung der Sicherheitserfordernisse für die in die Aufgabe eingewiesenen BD/FD [Betriebsdirektoren/Fachdirektoren] bzw. Beauftragten der Struktureinheiten und bedarf der Untersetzung in SK für den Verantwortungsbereich.

2. Grundlage

Grundlage bildet die Einweisung in die Sicherheitserfordernisse der Aufgabe durch das Ministerium für Wissenschaft und Technik, die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen, RSK-Profilierung⁵¹⁶ des MEE [Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik] (GVS B 153/I-72/84), die GD[Generaldirektor]-Ordnung – Grundsätze der Sicherheit – 090-0 sowie die ZSK [Zentrale Sicherheitskonzeption] des KCZ (GVS GR 4 - 247/83).

515 BStU, ZA, HA XVIII, Sekretariat 638, Bl. 40–46. – Vermerk: Persönlich! GVS/GR/4/2-23/86, 7 Blatt. – Handschriftlich gezeichnet auf Blatt 1: Meißner, Hauptabteilungsleiter Ordnung und Sicherheit; Gattnar, Stellvertreter des Generaldirektors. – Handschriftlich bestätigt: Prof. Dr. Dr. h. c. Biermann, Generaldirektor.

516 Auflösung nicht möglich.

3. Geltungsbereich

Die SK-HT besitzt Gültigkeit für das KCZ bei der komplexen Realisierung aller Teilaufgaben in seiner Funktion als Auftragnehmer/Nachauftragnehmer und Auftraggeber im Rahmen der dazu getroffenen staatlichen Entscheidungen und der staatlichen Auflagen.

4. Grundsätze der sicherheitspolitischen Arbeit

- Oberstes Prinzip bei Festlegung und Organisation der sicherheitspolitischen Arbeit ist die konsequente Durchsetzung des Grundsatzes im Geheimnisschutz – Jeder erhält nur die für die Lösung *seiner* Aufgabe erforderlichen Informationen – vom ersten Tag an und in allen Leitungs- und Bearbereitebenen.
- Die volkswirtschaftliche Gesamtzielstellung stellt besondere Forderungen an die Gewährleistung des Geheimnisschutzes, die von Unbefugten jedoch nicht als solche erkannt werden dürfen und deshalb eine sehr differenzierte Einbeziehung und Einweisung der Kader erfordern.
- Die sicherheitspolitische Arbeit ist so zu organisieren, daß die Gesamtaufgabe und deren daraus abgeleiteten besonderen Sicherheitserfordernisse gegenüber Unbefugten nicht offenbart bzw. durch sie erkannt werden.
- Befugt ist nur derjenige verpflichtete Partner, der vom übergeordneten Leiter aufgabenbezogen benannt wurde. Die Information über befugte Partner außerhalb des Kombirates erfolgt in der festgelegten Ordnung.
- Der Personenkreis mit komplexer Übersicht zu inhaltlichen Zielstellungen, Leitungslinien und Partnern inner- und außerhalb der DDR ist maximal einzuschränken.
- Beratungen, der Austausch von Informationen sowie schriftliche Berichterstattung sind auf das unbedingt erforderliche Mindestmaß zu reduzieren. Es besteht Protokoll- und Archivpflicht.
- Der wirksamste Geheimnisschutz ist durch eine rechtzeitige, glaubwürdige und durchgängig angewandte Legendierung zu erreichen und durchzusetzen.
- Die beschleunigte Entwicklung von Hochtechnologien erfordert die zwingende Zusammenarbeit mit der UdSSR, die auf der Grundlage der Entscheidung des G[eneral]D[irektor] durch ZZ⁵¹⁷-verpflichtete Kader in der festgelegten Ordnung erfolgt.

[...]

517 Zweiseitige Zusammenarbeit.

19. Oktober 1986

Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und die politisch-operative Arbeit der Objektdienststelle Zeiss Jena zur Sicherung ihres Verantwortungsbereiches [Auszug]⁵¹⁸

1. Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und seine Bedeutung

Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena gehört zu den größten Wirtschaftseinheiten unseres Landes. Entsprechend der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED und daraus abgeleiteter Festlegungen des Politbüros unserer Partei wird es zum Zentrum der Hochtechnologie ausgebaut. Für diese Zielstellung besitzt und erhält das Kombinat die erforderlichen Voraussetzungen.

Gegenwärtig sind in ihm 69.000 Arbeiter, Wissenschaftler und Angestellte tätig, von denen jeder vierte ein Hoch- oder Fachschulstudium absolviert hat. Fast ebenso viele Werkstätige sind Mitglieder der SED.

Zum Kombinat gehören insgesamt 24 Betriebe, darunter 3 Forschungszentren und ein Außenhandelsbetrieb, die sich auf ein Territorium zwischen Rathenow im Bezirk Potsdam und Eisfeld im Bezirk Suhl verteilen. Die meisten der Betriebe sind in Jena und Dresden konzentriert, der Sitz der Kombinatleitung befindet sich in Jena. Als Generaldirektor steht seit 1975 der Gen[osse] Prof. Dr. Dr. h. c. Biermann, Mitglied des Zentralkomitees der SED, an der Spitze des Kombinates. Der kleinste Betrieb hat eine Belegschaft von ca. 300 Personen, im größten Betrieb sind ungefähr 7.000 Personen beschäftigt. Einige der Betriebe besitzen noch kleinere Betriebsteile in weiteren Orten unseres Landes. Dazu kommen noch 37 Industrieläden und Kundendienststützpunkte im gesamten Land.

Zur Lösung von Vertriebs- und Kundendienstaufgaben unterhält das Kombinat in 40 Ländern der Erde eigene Vertretungen, in denen sich ständig etwa 200 Kombinatangehörige mit ihren Familien im Einsatz befinden. In weiteren 40 Ländern löst das Kombinat kommerzielle Aufgaben mit Hilfe ausländischer Vertreterorganisationen. Neben den nur im Inland tätigen Export- und Importarbeitern stehen dem Kombinat 2.400 Reisekader zur Verfügung, davon zwei Drittel für die Außenwirtschaftstätigkeit in den sozialistischen Ländern.

[...]

Die Erzeugnisse des Kombinates werden in der wissenschaftlichen Forschung, in der Volkswirtschaft, im Militär- und im Gesundheitswesen der

518 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 9 Blatt. – Vermerk: Objektdienststelle Zeiss, Nummerndruck: 3378. – Gezeichnet auf Blatt 9: Major Teller, Leiter der OD Zeiss.

DDR, der UdSSR und vieler anderer Staaten eingesetzt, und sie sind als Konsumgüter begehrt.

Größter Handelspartner des Kombinates ist die UdSSR. 1986 exportiert das Kombinat Waren im Werte von mehr als 1 Mrd. M dorthin. [...]

An der Spitze liegen jedoch Technologische Spezialausrüstungen für die Mikroelektronik mit einem Lieferumfang von 360 Mio. M. Die gemeinsame Entwicklung und Anwendung dieser Ausrüstungen zur Herstellung mikroelektronischer Schaltkreise sind Bestandteil des zwischen beiden Staaten abgeschlossenen „Regierungsabkommens Mikroelektronik“. [...]

Damit das Kombinat seine Aufgaben als ein Zentrum der Hochtechnologie verwirklichen kann, konzentriert es bedeutende Kräfte in drei Forschungszentren (für Mikroelektronik, für Militärtechnik, für den Wissenschaftlichen Gerätebau). Darüber hinaus erweitert und intensiviert es seine Forschungs-kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen des In- und Auslandes, in erster Linie mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Akademie der Wissenschaften der DDR, aber auch mit sowjetischen Instituten.

Gelingt es, die geplanten Aufgaben (z. B. Entwicklung von 1- und 4-Megabit-Speichern) im vorgesehenen Zeitraum zu lösen, dann trägt das Kombinat entscheidend dazu bei, die Intensivierung der Volkswirtschaften der DDR und der UdSSR voranzubringen und den technologischen Rückstand gegenüber den USA auf bestimmten Gebieten abzubauen.

2. Der Verantwortungsbereich der OD Zeiss Jena und seine wesentlichen Sicherheitsbedürfnisse

Den Verantwortungsbereich der OD Zeiss Jena bilden in erster Linie die in Jena ansässigen Bereiche und Betriebe des Kombinates. Das sind neben den kombinatsleitenden Bereichen 2 Forschungszentren, der Außenhandelsbetrieb und 8 Produktionsbetriebe. [...]

Aufgrund der Verantwortlichkeit für die Kombinatsleitung hat die OD Zeiss Jena auch die Sicherung aller außerhalb Jenas gelegenen Kombinatbereiche in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Diensteinheiten des MfS (z. B. Abt. XVIII der BV Gera und Dresden) zu gewährleisten. Gesichert werden müssen auch die Beziehungen des Kombinates zu seinen Kooperationspartnern.

Die grundlegenden Sicherheitsbedürfnisse des Kombinates bestehen

- in der Wahrung seiner Staats- und Dienstgeheimnisse,
- im störungsfreien und effektiven Verlauf der Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsprozesse
- und im Schutz der Kader des Kombinates vor dem Mißbrauch durch feindliche Kräfte.

Ausgehend von der Bedeutung bestimmter Aufgabenstellungen des Kombinates und der dagegen gerichteten feindlichen Angriffe hat die OD Zeiss Jena folgende Schwerpunktbereiche der politisch-operativen Arbeit festgelegt:

- Entwicklung und Produktion Technologischer Spezialausrüstungen für die Mikroelektronik ([im Forschungszentrum] W und Teile des KB-G)
 - Militärische Forschung, Entwicklung und Produktion (KB-U und Teile des KB-G)
 - Außenwirtschaftsbeziehungen zum NSW (AHB und Absatzbereiche der Exportbetriebe).
- [...]

3. Angriffe feindlicher Kräfte auf den Verantwortungsbereich der OD Zeiss Jena und deren Auswirkungen

Neben den Geheimdiensten der BRD und der USA werden unterschiedlichste, teilweise ebenfalls geheimdienstlich gesteuerte Kräfte aus kapitalistischen Staaten gegen das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena wirksam. [...]

In der Hauptsache sind Auslands- und Reisekader des Kombinates während ihres Aufenthaltes im NSW derartigen Angriffen ausgesetzt. Ergebnisse der operativen Arbeit (z. B. OV „Planet“, OV „Tourist“, OPK „Betrüger“, OPK „Trinker“) belegen, daß feindliche Kräfte materielle Formen der Bestechung nicht selten mit Erfolg anwenden, und damit die betreffenden Kombinatangehörigen zum Verstoß gegen Kombinatinteressen bewegen.

In mehreren Fällen ([A]/CIA, [B]/BND, [C]/BND) unterstützen Kombinatangehörige bewußt und planmäßig gegnerische Stellen.

Auch gegenwärtig liegen zu einzelnen Reisekadern des Kombinates Verdachtsmomente der Spionage für den BND (OPK „Stern“ und „Schleicher“) und der ökonomischen Störtätigkeit (OPK „Trinker“) vor. Andere Personen in bedeutsamen Funktionen verfügen über bedeutsame Kontakte zu NSW-Bürgern (z. B. OPK „Strahler“ und „Mutter“).

Informationsziele der feindlichen Kräfte sind nicht nur Ergebnisse der technischen und technologischen Forschung und Entwicklung des Kombinates, sondern häufiger noch der Stand der Umsetzung von Forschungsergebnissen in der Produktion, Probleme und Engpässe der Produktion, Kooperations- und Handelspartner des Kombinates im Ausland, aber auch subjektive Schwächen und Eigenarten von Kadern in bedeutsamen Funktionen. Dies wird belegt durch Erkenntnisse aus einem Gerichtsverfahren gegen den Spion des CIA [A]. [...] Bei [A] handelte es sich um eine Person, die selbst keinen unmittelbaren Zugriff zu Informationen hatte, die den o. g. Zielen entsprechen. Er war kein Staatsgeheimnisträger und kein Reisekader, so daß er aus abwehrmäßiger Sicht folgerichtig nicht unmittelbar in das Blickfeld des MfS geriet. [A] nutzte bestehende begünstigende Bedingungen auf dem Gebiet der Sicherheit, Ordnung und Geheimnisschutz aus, um mittels Abschöpfung die geheimdienstlichen Aufträge zu erfüllen. [...] Über NSW-Verwandte des [A] war der CIA bekannt, daß [A] die DDR ungesetzlich verlassen wollte. Diese Motivation nutzte die CIA zur Werbung des [A] anläßlich einer Privatreise nach Budapest [...].

Angriffsmöglichkeiten ergeben sich für feindliche Kräfte hauptsächlich aus dienstlichen und privaten Kontakten von Kombinatangehörigen zu NSW-Bürgern. So unternehmen Reisekader des Kombinates jährlich mehr als 1.000 Dienstreisen in das NSW. Einen großen Umfang weisen die privaten Kontakte in die BRD auf. Diese beruhen zu einem wesentlichen Teil auf der von Behörden der USA angewiesenen Verlagerung wesentlicher Teile der Forschungs- und Arbeitsunterlagen der Zeiss- und Schott-Werke im Jahre 1945 von Jena nach Oberkochen und Mainz. [...] In den Jahren 1945 – 1961 (13. August) verließen viele Facharbeiter und andere Fachkräfte die DDR und nahmen eine Tätigkeit im Zeiss-Werk in der BRD (offizieller Name in der DDR: Opton/Oberkochen) auf. So entstanden umfangreiche verwandtschaftliche Beziehungen zwischen Jena und dem Gebiet um Oberkochen. In jüngster Zeit wurden erneut Versuche der Fa. Opton festgestellt, Facharbeiter auf dem Gebiet der Hochleistungsoptik gezielt aus dem Kombinat in Jena abzuwerben (ÜSE oder UGÜ)⁵¹⁹. [...] Nicht unbedeutende Wirkungen erreichen feindliche Kräfte mit Hilfe der von den Massenmedien der BRD, insbesondere des Fernsehens und Rundfunks, betriebenen PID⁵²⁰ unter den Kombinatangehörigen. Diese kommen in erster Linie in den Antragsstellungen auf Übersiedlung zum Ausdruck, deren Zahl in Jena ca. 1 % der Einwohner beträgt⁵²¹. Mit jeder realisierten Übersiedlung steigt die Zahl der privaten Kontakte in die BRD weiter an. [...] Störungen des Reproduktionsprozesses im Kombinat ergeben sich zeitweilig auch aus Embargomaßnahmen, die im wesentlichen von den USA ausgehen.

4. Die politisch-operative Arbeit der OD Zeiss Jena zur Sicherung ihres Verantwortungsbereiches

Die OD Zeiss Jena leistet eine vor allem personenbezogene politisch-operative Arbeit zur Sicherung ihres Verantwortungsbereiches. Sie organisiert die Abwehrarbeit auf der Grundlage von Sicherungskonzeptionen für die politisch-operativen Schwerpunktbereiche. In ihnen sind die Sicherheitsbedürfnisse des jeweiligen Bereiches und die daraus abgeleiteten politisch-operativen Ziele und Hauptaufgaben enthalten. Sie bilden den Ausgangspunkt konkreter Arbeitspläne.

Das „Gegenstück“ zu den Sicherungskonzeptionen der OD Zeiss Jena bilden die Sicherheitskonzeptionen der einzelnen Kombinatbereiche. Sie entstehen unter Mitwirkung der Diensteinheit und dienen der Durchsetzung des Prinzips der Einheit von Ökonomie und Sicherheit.

Die OD Zeiss Jena verfügt über 49 Mitarbeiter, von denen 32 Mitarbeiter in den operativ arbeitenden Referaten sowie dem Referat „Auswertung und In-

519 Übersiedlungsersuchen und Ungesetzlicher Grenzübertritt.

520 Politisch-ideologische Diversion.

521 Jena hatte etwa 100.000 Einwohner.

formation“ tätig sind. 26 Mitarbeiter führen inoffizielle Quellen. Die Struktur der Dienst Einheit ist den Schwerpunkt- und Sicherungsbereichen entsprechend aufgebaut⁵²².

[...]

Die OD Zeiss Jena verfügt gegenwärtig über insgesamt 394 inoffizielle Quellen der verschiedenen Kategorien. Die wichtigsten mit derartigen Quellen zu lösenden Aufgaben bestehen in der Aufklärung von Personen, die im Verdacht feindlicher oder anderer die Interessen des Kombines bzw. des Staates beeinträchtigender Tätigkeit stehen. Zu diesen Quellen gehört die Mehrheit der Reisekader-IM. Sie werden von operativen Mitarbeitern geführt. Die Führung derjenigen Quellen, die hauptsächlich Informationen zur Lage im Verantwortungsbereich erarbeiten, realisieren HFIM⁵²³. Die Nutzung der vorhandenen Quellen erfolgt jedoch nicht nur im Rahmen ihrer festgelegten Einsatzrichtung. So erarbeiten die an OV/OPK eingesetzten Quellen auch Lageinformationen, und die Auftragserteilung und Instruierung der ins Operationsgebiet reisenden Quellen fordert von diesen, nicht nur abwehrmäßig tätig zu sein, sondern auch Informationen für die Linie „Aufklärung“ zu gewinnen.

Der wichtigste Teil der politisch-operativen Arbeit, das Aufspüren und Entlarven von Feinden im Verantwortungsbereich wird systematisch betrieben, obwohl hier „zufällig“ gewonnene Informationen ebenfalls Ausgangspunkt einer Bearbeitung bilden können.

Erster Arbeitsschritt sind Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die vom Kombinat für bestätigungspflichtige Funktionen (z. B. Auslands- oder Reisekader, Geheimnisträger, Betreuer) eingereicht werden.

Nach erfolgtem Einsatz des Kaders in der bestätigten Funktion findet eine weiterführende „Wer-ist-Wer“-Arbeit statt. Diese Arbeit dient der Schaffung operativen Ausgangsmaterials für die mögliche Bearbeitung der Person [...] zur Aufklärung der Ziele und Ursachen negativen Verhaltens in Form einer OPK bis hin zum OV. Bearbeitungsziel kann jedoch auch die Prüfung der Eignung und Bereitschaft der Person für die inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS sein.

Bedeutsame operative Materialien (z. B. OPK „Stern“) bearbeitet die OD Zeiss Jena gemeinsam mit anderen Dienst Einheiten (z. B. Abt. XVIII, HA XVIII/8, Abt. VIII und 26).

[...]

Enges Zusammenwirken erreicht die OD Zeiss Jena auf dem breiten Gebiet der vorbeugenden politisch-operativen Arbeit mit den Organen des Kombines und einzelner Kombinatebereiche. Das betrifft u. a.

- das Bestätigungsverfahren für Reisekader und andere bestätigungspflichtige Funktionen [...],

522 Die zu diesem Zeitpunkt gültige Organisationsstruktur siehe S. 38 dieser Arbeit.

523 Hauptamtliche Führungs-IM.

- den Geheimnisschutz, der im Kombinat ein bereits hohes organisatorisches und technisches Niveau erreicht hat. [...]
- die gemeinsame Arbeit zur vorbeugenden Verhinderung von Bränden, Havarien und Betriebsstörungen durch die Aufdeckung personeller und technischer Risikofaktoren [...].

Besondere Wirksamkeit erreicht die vorbeugende, schadensabwendende Arbeit der OD Zeiss Jena im allgemeinen durch die direkte Mitarbeit von Mitarbeitern der Dienst Einheit in den Kommissionen Sicherheit des Kombines und der Betriebe. Hier erfolgt die direkte Einflußnahme auf sicherheitspolitische Entscheidungen der staatlichen Leiter.

Hohe Wirksamkeit erreicht auch der Einsatz inoffizieller Quellen, die „Schlüsselpositionen“ im Kombinat oder einzelnen Bereichen einnehmen, und deren sicherheitspolitisches Niveau entscheidend beeinflussen können (2. Qualitätskriterium)⁵²⁴.

Eine spezifische Form vorbeugender Tätigkeit des MfS ist die Erarbeitung von Informationen für leitende Funktionäre der Partei, hier im Kombinat der Generaldirektor, Gen[osse] Prof. Dr. Dr. h. c. Biermann, und der 1. Sekretär der Industriekreisleitung der SED, Gen. Rother. In diesen sogenannten Parteiinformationen informiert die OD Zeiss Jena über bedeutsame Lageerscheinungen im Kombinat sowie über Reaktionen und Stimmungen der Kombinatangehörigen. Damit stellt sie den Genossen Ausgangshinweise für Leitungsentscheidungen und für die Gestaltung der politisch-ideologischen Arbeit zur Verfügung.

[...]

524 2. Qualitätskriterium der Richtlinie 1/79 (Anm. 284).

27. Februar 1987

Berichterstattung der OD Zeiss Jena über bewährte Mittel und Methoden des Zusammenwirkens mit staatlichen Leitern zur Erarbeitung offizieller Informationen für die politisch-operative Sicherung der festgelegten politisch-operativen Schwerpunktbereiche, zur Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung und Disziplin und als Grundlage für den qualifizierten Einsatz der IM/GMS [Auszug]⁵²⁵

2. Die Gestaltung des Zusammenwirkens der OD Zeiss Jena mit staatlichen Leitern im KCZ

2.1. Partner des Zusammenwirkens

Die OD Zeiss Jena wirkt in bedeutendem Umfang mit staatlichen Leitern der verschiedenen Ebenen, deren Funktionalorganen sowie mit gesellschaftlichen Funktionären des KCZ zusammen.

So führt der Leiter der Dienst Einheit regelmäßige Absprachen mit dem Generaldirektor und dem 1. Sekretär der IKL/SED. Seine Stellvertreter unterhalten arbeitsteilig ständige Kontakte zum Fachdirektor „Inspektion und Sicherheit“ des Kombinates sowie zum Kreisvorstand der IG Metall des FDGB. Auch zu den Stellvertretern des Generaldirektors sowie zu den übrigen Sekretären der IKL/SED bestehen direkte Kontakte seitens der Leitung der OD Zeiss Jena. Mit den Leitern der Kombinatbetriebe und zentralen Fachdirektionen sowie deren Funktionalorganen (z. B. SBA [Sicherheitsbeauftragte]) wirken die zuständigen Referatsleiter und operativen Mitarbeiter zusammen.

Weitere Partner des Zusammenwirkens sind:

- die Sekretäre der SED-GO [Grundorganisationen] in den Kombinatbereichen
- der Direktor der Betriebsschule, der Kommandeur des KG-Bat. [Kampfgruppen-Bataillon] „Emil Wölk“
- das Sekretariat der IKL/FDJ
- der Industriekreisvorstand der GST und der Leiter des GST-Flugplatzes Schöngleina
- einzelne Kombinatangehörige (ohne Leitungsfunktion), die spezifische sicherheitspolitische Aufgaben im Kombinat bearbeiten.

525 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 8 Blatt. – Vermerk: Nummerndruck: 3496. – Handschriftlich gezeichnet auf Blatt 8: Oberstleutnant Teller, Leiter der OD Zeiss.

Besonders enge Kontakte bestehen zu den Kader- und Sicherheitsbereichen des Kombinates und der Kombinatbetriebe. Hier haben sich zum Teil feste Arbeitsregeln auf der Grundlage gegenseitiger, abgestimmter Leitungsentscheidungen entwickelt.

Eine wichtige Form des Zusammenwirkens stellt auch die direkte Mitarbeit von Angehörigen der Dienst Einheit in Kommissionen und Arbeitsgruppen auf sicherheitspolitischem Gebiet dar (z. B. Kommission „Sicherheit“ des Generaldirektors oder AG „Antragssteller auf Übersiedlung“ des KCZ).

Zur Lösung ausgewählter Aufgaben organisiert die Dienst Einheit außerdem das Zusammenwirken mit Leitern der mittleren und unteren Ebenen; (z. B. in den Forschungszentren W und U) dieses kann zeitlich begrenzt sein.

Auf bestimmten Gebieten, z. B. Bearbeitung von ÜSE [Übersiedlungsersuchen], wurde die Basis des Zusammenwirkens durch die Mitarbeit weiterer, nicht zum KCZ gehörender Organe (VP, Abt. Inneres des Rates der Stadt) erweitert.

2.2. Mittel und Methoden des Zusammenwirkens

Die Darstellung von Mitteln, Methoden und Ergebnissen des Zusammenwirkens erfolgt als Aufzählung von Beispielen. Die Mehrheit der aufgezählten Mittel und Methoden wird von den Angehörigen der einzelnen Referate der OD Zeiss Jena in gleicher Weise zur Gestaltung des Zusammenwirkens mit Kräften aus ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich angewendet:

- Das Zusammenwirken der OD Zeiss Jena mit staatlichen Leitern zur politisch-operativen Sicherung der Aufgaben der Hochtechnologieentwicklung erfolgt gleichzeitig auf mehreren Ebenen.

Der Leiter der Dienst Einheit wirkt in der Arbeitsgruppe des Generaldirektors zur Profilierung des KCZ mit. Dadurch kann er Grundsatzentscheidungen unmittelbar beeinflussen. Ebenfalls Einfluß auf die Ausarbeitung von Weisungen des Generaldirektors (z. B. zu Sicherheitskonzeptionen) nimmt der Stellvertreter des Leiters der OD Zeiss Jena als Mitglied der Kommission „Sicherheit“ des Generaldirektors. Als Kontaktpartner des Fachdirektors „Inspektion und Sicherheit“ des KCZ fördert er außerdem die Umsetzung der Weisungen im Kombinat.

Die zuständigen Referatsleiter bzw. Mitarbeiter sind auch an deren Realisierung beteiligt, indem sie im direkten Kontakt mit Betriebsdirektoren oder in deren Kommissionen „Sicherheit“ beratend und kontrollierend wirksam werden. So z. B. bei der Ausarbeitung von Teilsicherheitskonzeptionen, bei der Vorbereitung kaderpolitischer Entscheidungen (Einsatz von Leitern in Schlüsselpositionen) oder bei der planmäßigen Kontrolle ausgewählter Betriebsbereiche (bedeutsame F/E- und Produktionsabteilungen, VS-Stellen, havariegefährdete Objekte). Die Kontrollen erfolgen gemeinsam mit verantwortlichen Leitern des Betriebes und des kontrollierten Bereiches. Ihre Ziele werden anhand von IM-Informationen über Verletzungen oder Gefährdungen der Sicherheit sowie auf der Grundlage

dienstlicher Vorgaben des MfS festgelegt. Bedeutsame Kontrollergebnisse über-mittelt die OD Zeiss Jena dem Generaldirektor und dem 1. Sekretär der IKL/SED in Form von Parteiinformationen.

Zu den Ergebnissen des obengenannten Zusammenwirkens gehört die Festlegung der Bestätigungspflicht aller an der Entwicklung von Hochtechnologien beteiligten Kombinatangehörigen durch die OD Zeiss Jena.

- Im Zusammenwirken mit dem Direktor „Organisation und Informationsverarbeitung“ des KCZ gewährleistete die OD Zeiss Jena die Festlegung und Durchsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen bezüglich des Importes von NSW-EDVA (Embargowaren) für die Lösung von CAD/CAM-Aufgaben, wie z. B. die Neutralisierung der importierten Hard- und Software. Es erfolgte auch die gemeinsame Suche und Auswahl eines hauptamtlichen Verantwortlichen für Sicherheitsfragen in diesem Bereich.
- Mittels konsequenter Forderungen nach Einhaltung der staatlichen Richtlinien und Weisungen sowie beharrlicher und aktueller Auswertung festgestellter Mängel durch die OD Zeiss Jena und verantwortungsbewußter Kader des KCZ über Jahre hinweg, erhöhte sich schrittweise das sicherheitspolitische Niveau der Vorauswahl, Bestätigung, Betreuung und Wiedereingliederung der Reise- und Auslandskader des AHB und anderer Kombinatbetriebe. Fachliche, charakterliche und kaderpolitische Merkmale der Kader werden zunehmend im Komplex bewertet.

[...]

- Neue Möglichkeiten des Zusammenwirkens ergeben sich aus der Schaffung der AG „Koordinierung“ im AHB, die in enger Abstimmung mit der Leitung des Betriebes und unter maßgeblicher Mitwirkung von IM in Schlüsselpositionen entstanden ist. Ihre Aufgabe besteht wesentlich in der Beschaffung handelspolitischer Informationen mittels Auswertung von Dokumenten (z. B. Reiseberichten) und Aussprachen mit den Reise- und Auslandskadern.

Die OD Zeiss Jena koordiniert die Tätigkeit der AG mit der Arbeit von IM/GMS und nutzt sie so für die Beschaffung von Informationen zu Angehörigen des KCZ sowie zu Personen und ausländischen Unternehmen, die mit dem KCZ kommerzielle Beziehungen unterhalten.

- Zur Durchsetzung eines höheren Sicherheitsniveaus im SPB [Schwerpunktbereich] „Mikroelektronik“ wirken die Leitungen des Forschungszentrums W und des KB-G bei der Einführung der Melde- und Antragspflicht für private NSW-Kontakte der Dienstgeheimnisträger (VD) der Erzeugnisgruppe „Lithografische Geräte“ mit der OD Zeiss Jena zusammen. Zu den bisher erreichten Ergebnissen gehören der von der OD Zeiss Jena angeregte Erfahrungsaustausch der Leitungen beider Betriebe sowie die Herausarbeitung derjenigen Personen, deren Einfluß weitere Fortschritte bei der Lösung der obengenannten Aufgabe im KB-G behindert.
- Während regelmäßig stattfindender Zusammenkünfte des zuständigen Referatsleiters mit dem Direktor des KB-U, findet ein Informationsaustausch zu Kaderproblemen sowie zu Erkenntnissen (insbesondere Mängeln) auf

dem Gebiet von Sicherheit/Geheimnisschutz, Ordnung und Disziplin statt. Außerdem berichtet der Betriebsdirektor über den jeweiligen Arbeitsstand der LVO⁵²⁶-Themen.

Treffen mit dem GO-Sekretär des KB-U nutzt der Referatsleiter zur Übergabe von Informationen über die politisch-ideologische Situation und politisch-bedeutsame Verhaltensweisen einzelner Betriebsangehöriger sowie zur Übernahme von Feststellungen und Erkenntnissen aus der politisch-ideologischen Arbeit der GO der SED. Wiederholt unterstützte der GO-Sekretär die OD Zeiss Jena bei der Suche nach Kaderkandidaten für das MfS.

[...]

- Bei der Bearbeitung und Zurückdrängung von ÜSE wirkt die OD Zeiss Jena in der AG „Antragsteller“ des KCZ eng mit den Kombinarsorganen zusammen.

[...]

- Eine bewährte Methode des Zusammenwirkens ist das jeweils mit dem betreffenden staatlichen Leiter abgestimmte Auftreten operativer Mitarbeiter oder Referatsleiter mit Beiträgen zu Sicherheitskonferenzen von Betrieben oder auch Schwerpunktabteilungen. Positive Wirkungen ruft auch die öffentliche Auswertung von Straftaten und anderen schwerwiegenden Gesetzesverstößen durch Mitarbeiter der Abt. IX im Kombinat hervor. Quellen der OD Zeiss Jena informierten wiederholt über sich daran anschließende, fruchtbringende Diskussionen innerhalb der in die Auswertung einbezogenen Kollektive.
- Zur Senkung des beiderseitigen Arbeitsaufwandes trägt die Vorauswahl von Kadern für bestätigungspflichtige Funktionen bei.

[...]

526 Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (vgl. Anm. 134).

22. April 1987

Information der Abteilung XVIII der BV Gera zur Situation zum Staatsauftrag Höchstintegration⁵²⁷

Der Staatsauftrag Höchstintegration, wie er seit Anfang 1986 im Forschungszentrum W unter Einbeziehung des ZFTM (jetzige Kombinatbetriebe ZMD und EMG [sic!]⁵²⁸) im Kombinat bearbeitet wird, hat sich längere Zeit als nicht bilanziert herausgestellt, insbesondere weil eine Reihe von Erzeugnislينien, die für die DDR im Rahmen des Regierungsabkommens Mikroelektronik spezialisiert worden sind, innerhalb des Kombinates nicht bearbeitet werden konnten. In dieser Hinsicht wurde bei der Planung 1986 und 1987 und darüber hinaus davon ausgegangen, daß es Zuführung an Kadern in Größenordnung 200–400 VbE⁵²⁹ innerhalb des Forschungszentrums W in den Jahren 86 bis 90 geben muß. Diese Kaderzuführung, ebenso wie die Frage der Zuordnung entsprechender neu zu errichtender Forschungseinrichtungen, konnten auch mit dem Planentwurf 1987 nicht definitiv eingeordnet werden, so daß seit diesem Zeitpunkt einige Staatsplanthemen de facto unplanmäßig laufen, ihre Unplanmäßigkeit zum damaligen Zeitpunkt dadurch verschleiert wurde, weil keine konkreten Staatsplantermine anlagen. Seit 9/86, wo meines Wissens nach einer Klausurberatung im Gästehaus des G[eneral]D[irektors] zur Vorbereitung von bestimmten Korrekturen bei Null-Objekten⁵³⁰, insbesondere konkret zu 016 vorbereitet worden sind, war es klar, daß die neuen Aufgaben des Staatsauftrages Höchstintegration nur gegen andere Null-Objekte, konkret gegen den Politbürobeschuß zu 016 gefahren werden konnten. Es wurde von den zuständigen Leitungen mehrfach dargestellt, daß die entsprechenden Entscheidungen in das Politbüro eingebracht sind und daß mit diesen Entscheidungen die Linie der weiteren Arbeit abgestimmt ist. Die Entscheidung zur zeitweiligen Einstellung der Arbeiten am Projekt 016 wurde meines Wissens vom Politbüro im Februar beschlossen. Seitdem stellt sich mir die Situation so dar, daß

1. im Rahmen des Staatsauftrages Höchstintegration, insbesondere zu den Arbeiten 1-Megabit- und 4-Megabit-Technologie eine große Anzahl offener Fragen sind, die dazu führen, daß eine Reihe von Erzeugnissen, ja gan-

527 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 2 Blatt. – Vermerk: ill-sei, Telefon 2113; Tonbandabschrift: Quelle IMS „Dehnert“, erhalten am 16.4.1987, Genosse Major Illert. – Gezeichnet „Dehnert“.

528 Vermutlich EMD (Elektromat Dresden); ZFTM: (VEB) Zentrum für Forschung, Technologie und Mikroelektronik (Dresden); ZMD: Zentrum Mikroelektronik Dresden.

529 Vollbeschäftigteneinheit (Anm. 367).

530 Vorhaben der Speziellen Forschung, Entwicklung und Produktion, z. B. das Objekt 016.

ze Erzeugnisgruppen noch ohne Bearbeiterkollektive sind. Daß weiterhin zu diesen Erzeugnissen nur ein sehr unvollständiger Wissensstand besteht, so daß mit dem Einstellen der Arbeiten an 016 keine konkreten Aufgabenstellungen den an 016 arbeitenden Kollektiven sofort übergeben werden konnten.

2. Ein weiterer Mangel der zur Zeit laufenden Einordnungsarbeiten besteht meines Erachtens darin, daß dieser Prozeß im Kombinat Carl Zeiss nicht stabsmäßig unter klarer Verantwortung z. B. eines der SGD [stellvertretender Generaldirektor] geführt wird, und zwar geführt wird in dem Sinne, daß die zur Durchführung der Aufgaben beauftragten Genossen, z. B. der SGD „Mikroelektronik“, Prof. Mütze, der Fachdirektor WA⁵³¹, Gen. Dr. [A] und der 1. Stellvertreter des Forschungszentrums W, Gen. Dr. [B] keinen Überblick über die Kaderpotentiale des U-Betriebes haben und ihnen dieser fehlende Überblick es nicht gestattet, eine Zuordnung der im U-Betrieb für den Staatsauftrag Höchstintegration notwendigen Potentiale [zu] treffen. Aus dieser Sicht gehe ich davon aus, daß zur Zeit in Folge der unvollständig getroffenen Leitungsentscheidung zur Einordnung und stabsmäßigen Führung des Prozesses Staatsauftrag Höchstintegration und Kader des Kombinatbetriebes U Tempoverlust entsteht. Dieser Tempoverlust wird so lange anhalten, wie nicht ein mit LVO⁵³²-Fragen inhaltlich durchblickender Kader, wie z. B. der 1. SGD oder der SGD „Vorlauf-forschung“ gemeinsam mit dem SGD „Mikroelektronik“, in stabsmäßiger Form alle notwendigen Entscheidungen zur Absicherung des Staatsauftrages Höchstintegration trifft.

Ich gehe davon aus, daß die Arbeiten zum Politbürobeschuß 016 im KB-U im wesentlichen geführt worden sind durch Vorlaufpotentiale. Die Arbeiten am Staatsauftrag Höchstintegration bedeuten aber, daß nicht nur Vorlaufarbeiten zu machen sind, sondern daß eine Reihe ganz konkreter Geräteentwicklungen zu erledigen ist, zu denen Potentiale der Erzeugnisentwicklung benötigt werden. Aus dieser Sicht glaube ich, daß es notwendig ist, weitere Entscheidungen im KB-U zu treffen, um Potentiale der Erzeugnisentwicklung für die Fragen des Staatsauftrages Höchstintegration umgehend einzusetzen. Ansonsten wird der Fall auftreten, daß die geplanten Arbeiten im Rahmen des Staatsauftrages Höchstintegration mit Kapazitäten des KB-U nur unter großem Tempoverlust bearbeitbar sind.

531 Fachdirektorat des Forschungszentrums W mit Bereichen der Weltraumforschung, der Speziellen Produktion und der Sonderforschung.

532 Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (vgl. Anm. 134).

23. April 1987

Bericht der BV Gera zu den Ergebnissen der durchgeführten Sicherheitskontrolle im Kombinatbetrieb D Gera des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena am 14. April 1987 [Auszug]⁵³³

Die Sicherheitskontrolle wurde durch unser Organ im Zusammenwirken mit der Inspektion und der Hauptabteilung Sicherheit des KB-D Gera am 14.04.87 in ausgewählten Schwerpunktbereichen des Betriebes durchgeführt. Insgesamt muß festgestellt werden, daß gegenüber früheren Kontrollen keine wesentlichen Fortschritte in bezug auf die Durchsetzung der definierten Produktionsbedingungen, Sicherheit und Ordnung, Geheimnisschutz und Disziplin erzielt wurden.

Die Kontrollergebnisse belegen, daß durch eine Reihe staatlicher Leiter keine Schlußfolgerungen aus den Auswertungen und Festlegungen der vergangenen Kontrollen gezogen wurden, sie Mängel und Mißstände zulassen bzw. selbst Pflichtverletzungen begehen.

Im einzelnen wurden folgende Kontrollergebnisse erzielt:

1. Kontrolle der Einhaltung der Arbeitszeit

Der reguläre Arbeitsschluß für die Werk tätigen ist 16.10 Uhr. Bereits 15.45 Uhr verließ eine Vielzahl von Werk tätigen den Betrieb. Die Personen wurden mit Uhrzeit fotografiert, und es muß durch betriebliche Kräfte differenziert werden, wer zum vorzeitigen Verlassen des Betriebes berechtigt war bzw. ist. [...] Die VP ist nicht in der Lage zu erkennen und zu differenzieren, ob der jeweilige Leiter des Werk tätigen das vorzeitige Verlassen bestätigt hat [siehe Bild 1, 2 und 3 auf S. 234f.].

Insgesamt wurden durch den VP-BS [Volkspolizei-Betriebsschutz] bei 18 Werk tätigen Kontrollen des Handgepäcks durchgeführt. Dabei wurden bei 6 Werk tätigen Verstöße gegen betriebliche Weisungen festgestellt.

[...]

- [A], Hauptabteilungsleiter [...],
Dokumente mit NfD/LVO⁵³⁴-Charakter

533 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 18 Blatt davon 13 Blatt mit 38 Bildern. – Unleserlicher Namenszug auf Blatt 1.

534 NfD: Nur für den Dienstgebrauch; LVO: Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (Anm. 134).

- [B], Fachdirektor
Leitungsdokument [...] sowie handschriftliche Aufzeichnungen zur Neu- und Umbesetzung von Leitungsfunktionen
Das Material wurde eingezogen und sichergestellt.

3. Kontrolle des Sperrbereiches 010-A⁵³⁵ im Keller – Bau B – sowie des Bereiches Versand

- Raum 313: Ordnung und Sauberkeit mangelhaft, Panzerschrank (Siegel-schrank) geöffnet [siehe Bild 4, S. 235]

5. Kontrolle des Nachweises und der Lagerung von Disketten und sonstigem Informationsträgermaterial

Bei der Kontrolle in diesen Bereichen mußte festgestellt werden, daß es keine einheitliche und lückenlose Nachweisführung der Disketten gibt.

6. Kaderabteilung – Einstellbüro – Bau E

Im Einstellbüro wurde ein grober Verstoß gegen die betriebliche Schlüssel-ordnung festgestellt.

In einem normalen Aktenschrank wurde der Schlüssel für den sich in diesem Raum befindlichen Panzerschrank aufbewahrt. Im Panzerschrank befanden sich alle Arbeitsmaterialien des Einstellbüros (z. B. Betriebsausweise, Stempel zum Verlängern der Ausweise, Karteikarten zu allen Betriebsangehörigen usw.) [siehe Bild 5, S. 236]

[...]

In Auswertung der Kontrollergebnisse werden folgende Maßnahmen vorge-schlagen:

1. Übergabe des Kontrollberichtes sowie der Bilddokumentation an den Betriebsdirektor Genossen [C] sowie den Leiter der Inspektion Genossen [D] zur Kenntnisnahme.
2. Auswertung der Ergebnisse mit der 1. Leitungsebene.
3. Darstellung der positiven Kontrollergebnisse auf der Rechenschaftslegung des Betriebsdirektors vor den Werktätigen durch den Betriebsdirektor sowie Auswertung der festgestellten Mängel in den betreffenden Kollektiven.

535 Bereich für die Modernisierung des Kampfpanzers T-55 A.

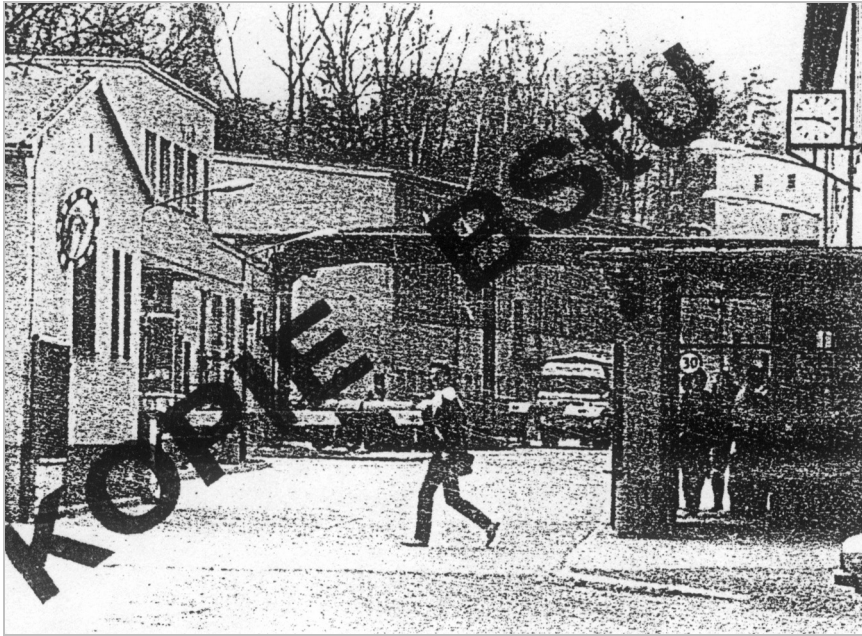


Bild 1



Bild 2



Bild 3



Bild 4

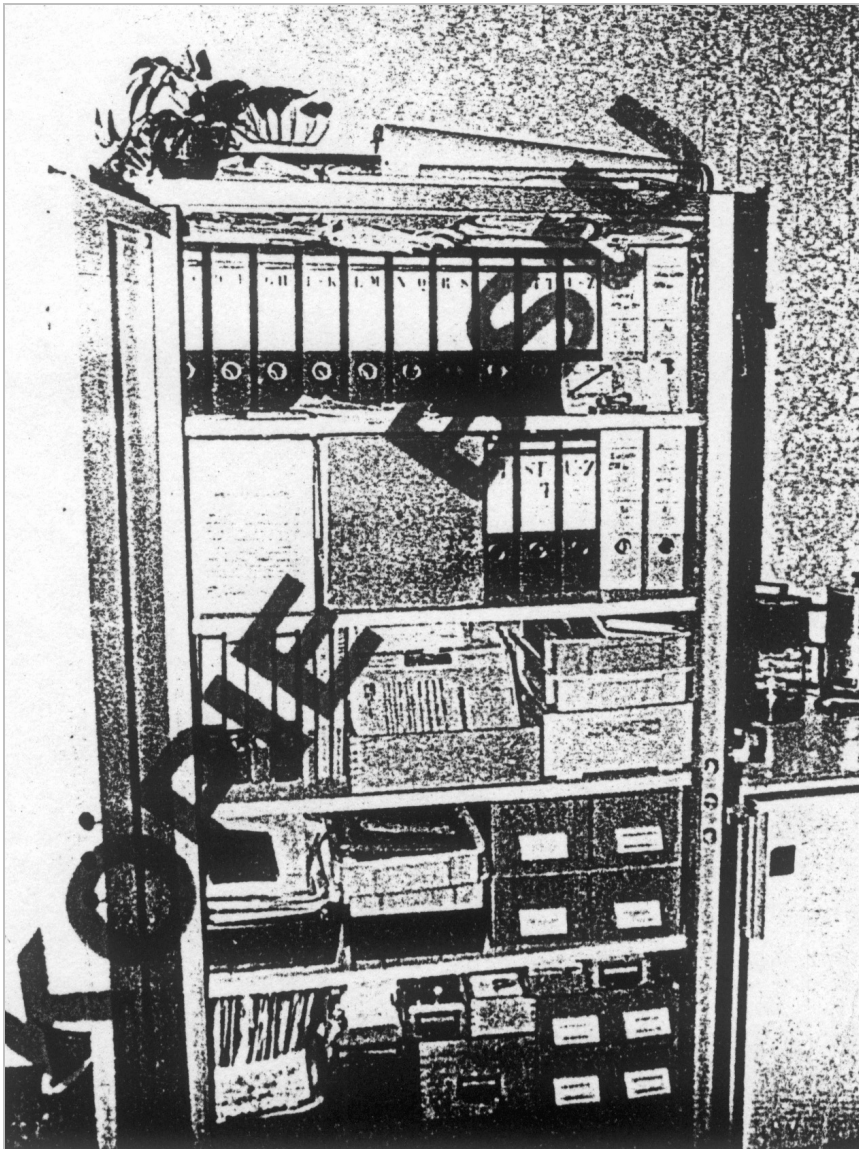


Bild 5

22. September 1987

Information der Abteilung XVIII/1 der BV Gera zur Situation im Kombinat Carl Zeiss Jena [Auszug]⁵³⁶

Diese Information bezieht sich auf einen Versuch der Gegenüberstellung der grundsätzlichen Leistungsfähigkeit des Kombinates zu den internationalen Anforderungen. Sie schließt und klammert also bewußt Zahlen, Vertragsbindung und solche Dinge aus.

Man muß heute einschätzen, daß sich innerhalb der letzten Jahre, besonders kraß aber innerhalb des letzten Jahres, das nüchterne Bild von der Leistungseinschätzung des Kombinates drastisch zum Negativen gewandelt hat. Wenn man weiter zurückgeht, kann man sagen, daß die Stellung des Kombinates zum Weltstand auf den internationalen Märkten vor 3 bis 4 Jahren in der günstigsten Position war und sich von diesem Zeitpunkt an der Abfall aufgebaut hat, ohne innerhalb der letzten 3 Jahre an die Oberfläche zu treten und deutlich sichtbar zu werden. Dies ist nun jetzt im Jahre 87 so deutlich geschehen, daß es nicht mehr überschaubar ist für einen auf diesem Gebiet intensiv Beschäftigten. Dies drückt sich in folgendem aus:

1. Es muß eingeschätzt werden, daß die Konkurrenzfähigkeit der Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Gerätebaus, also der Leistungen, die im NSW vertrieben werden, heute geringer ist als noch vor einigen Jahren. Es muß eingeschätzt werden, daß sich der Abstand für die nächste Zeit vergrößert, und daß die Programme und die Motivation nicht ausreichen, um das vorhandene Niveau und damit den vorhandenen Abstand zu halten.

[...]

3. Als eine wesentliche Ursache muß eine erschreckend geringe Sachkenntnis über die Erfordernisse zur Behauptung auf den Weltmärkten angenommen werden. In Gesprächen mit Forschern, Entwicklern, mit Kaufleuten und Verantwortlichen für die Produktion wird deutlich, daß interne Ziele der jeweiligen Einrichtung einen höheren Orientierungs- und Ausrichtungseinfluß haben, als die objektiven Erfordernisse der Märkte, auf denen die Waren realisiert werden, und daß darüber hinaus eine außerordentlich geringe Sachkenntnis darüber besteht, was den Kunden dazu bewegt, eine bestimmte Leistung wirklich zu kaufen.

⁵³⁶ BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 3 Blatt. – Vermerk: ill-sei, Telefon 2113; Tonbandabschrift: Quelle IME „Engelhardt“, erhalten am 22.9.1987, Genosse Major Illert. – Gezeichnet „Engelhardt“ am 9.9.1987.

4. Stark leistungshemmend wirkt sich aus, daß die Organisation des Kombi-
nates in mehreren sich in ihren Interessen gegenüberstehenden Blöcken er-
starrt und verkrustet ist. Das heißt, daß es keine ordnende Kraft gibt, die in
jeder Organisation verständlicherweise bestehenden Interessengegensätzen
zwischen verschiedenen Einheiten in überzeugender Weise auf das einheit-
liche Ziel ausrichtet [...].

5. Erschreckend ist, daß über diese Punkte mit verantwortungsbewußten und
erfahrenen Leitern gesprochen, man eine totale Übereinstimmung findet
und eine Situation feststellbar ist, die sich wie folgt beschreiben läßt:
Wir wissen alle, daß es so nicht geht. Wir wissen vielleicht nicht, wie es
besser geht. Es hat aber absolut keinen Sinn, unter der Leitung dieses Ge-
neraldirektors auch nur den Versuch zu machen, über diese Fragen zu re-
den und gemeinsam im Kollektiv zu einer Lösung dieser Frage einen Weg
zu suchen. Jeder Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidungen, ob ausge-
sprochen, ob angedeutet, ob mißverständlicherweise so aufgefaßt, führt zu
derart drastischen Restriktionen gegen den jeweiligen, daß es aber aus-
gesprochen jeder vorzieht, trotz einer übergroßen Beweislast sich einer
solchen Auseinandersetzung [nicht – R. B.] zu stellen. Es ist ein Stand er-
reicht, wo jegliche Motivation den Entscheidungsträgern und damit selbst-
verständlich auch der breiten Masse der Kollektive fehlt, sich für eine Ver-
änderung einzusetzen. Die Quelle für die Motivationsarmut ist die über
einen langen Zeitraum erwiesene Sinnlosigkeit, Versuche zu einer Ände-
rung einzuführen. Das heißt, das System Zeiss, so wie es bekannt ist, ist
verbraucht und fängt an, sich selbst zu zerstören. Gemeint ist das System
Leitung bei Zeiss.

6. November 1987

Information des Referates 1 der Objektdienststelle Zeiss zu Prof. [A]⁵³⁷

Der Institutsbereich Dresden des ZKI [Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse] ist voll eingebunden in die Aufgaben der Entwicklung der Höchstintegration. Die wissenschaftliche Forschungsarbeit geht im wesentlichen in 2 Richtungen:

1. F/E-Leistungen⁵³⁸ zur Schaltkreis-Entwurfentwicklung/Softwaresystem.
Diese Leistungen sind fest eingebunden in die Forschungskooperation mit dem ZMD (Zentrum für ME Dresden) zum Thema *Schaltkreisentwurfstechnik*.
2. F/E-Leistungen zur Elektronischen Datenverarbeitung/Rechentechnik.
Dazu bestehen enge wissenschaftliche Leistungen zum VEB Robotron Dresden (ESER-Anlagen⁵³⁹).

Die Quelle schätzt ein, daß Prof. [A] umfassende Einblicke im ZMD zu den F/E-Themen Schaltkreisentwurf, dem dafür erforderlichen Einsatz der NSW-Rechentechnik einschließlich der Software aus dem NSW hatte und entsprechende Kenntnisse besitzt.

Prof. [A] besitzt umfangreiche Kenntnisse darüber, was und in welchem Umfang die Sicherheitsorgane der DDR diesbezügliche Embargo-Technik aus der BRD organisiert haben. Er war teilweise bei Verhandlungen, die das MfS mit NSW-Partnern zwecks Beschaffung führte, anwesend. (Z. B. war er in die Beschaffung des Software-Paketes „DIES“ – Entwurfssystem für höchstintegrierte Schaltkreise – vollständig einbezogen.) Dieses Software-Paket wurde nach Eintreffen in der DDR durch das ZKI „entschärft“. Prof. [A] kennt diese Zusammenhänge.

Weiter besitzt er umfangreiche Kenntnisse zum Entwurfssystem VLSI⁵⁴⁰. Er war dort der theoretische Kopf und besitzt deshalb umfangreiche Kenntnisse zum Stand der Schaltkreisentwicklung in allen Bereichen der VW [Volkswirtschaft] der DDR.

Prof. [A] kennt weiter die Zielstellungen zur 32-Bit-Rechentechnik-Entwicklung in der DDR. (Durch den Fakt, daß wir diese Rechentechnik 1:1 kopiert haben.) Er kennt alle Personen bzw. einen Großteil der Personen, die

537 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 1 Blatt. – Vermerk: wkl-mie, Quelle IMS „Michael“, erhalten Gen. Winkler am 23.10.1987; Verteiler: je 1 (Exemplar an) Leiter der OD Zeiss, IM (für die IM-Akte), HV A/SWT, HA XX/Dresden. – Handschriftlich gezeichnet: Major Winkler.

538 Resultate der Forschung und Entwicklung.

539 Einheitliches System der elektronischen Rechentechnik.

540 Very Large Scale Integration (Anm. 412).

diese Technik unter Umgehung der Embargomaßnahmen beschafft haben. Damit sind diese Personen bei weiteren NSW-Reisen stark gefährdet. Der UGÜ⁵⁴¹ des Prof. [A] wird nach Meinung der Quelle als ein schwerer Schlag gegen die politischen und ökonomischen Interessen der DDR bei der Erlangung von Weltstandspositionen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit auf dem Gebiet der Mikroelektronik und Rechentechnik eingeschätzt.

541 Ungesetzlicher Grenzübertritt.

6. Juni 1988

Bericht der OD Zeiss Jena zu Stand und Probleme der Lösung von Aufgaben auf dem Gebiet der Höchstintegration im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena [Auszug]⁵⁴²

Das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena (KCZ) hat im Rahmen des Mikroelektronik-Programms der DDR die Aufgabe erhalten,

- technologische Spezialausrüstungen für die Herstellung mikroelektronischer Schaltkreise (TSA-ME) zu entwickeln und zu produzieren
- sowie die Entwicklung und Pilotproduktion mikroelektronischer Schaltkreise zu realisieren.

[...]

Wichtigster Partner bei der Lösung dieser Aufgaben ist die SU. Die Regierungen der beiden Staaten haben die gemeinsame Entwicklung und den gegenseitigen Austausch von TSA-ME vereinbart. Eines der konkreten Vorhaben bildet der Aufbau identischer technologischer Linien zur Fertigung von Schaltkreisen des Technologieniveaus 5 (1-Megabit-Schaltkreis) in beiden Ländern.

Die Zusammenarbeit verläuft aufgrund der Kompliziertheit der Aufgaben, teilweiser Überbetonung der eigenen Interessen sowie gewisser noch vorhandener Vorbehalte gegenüber der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Partners nicht ohne Probleme. So wurden z. B. aufgrund des Vorwurfes der Nichterfüllung von Lieferverträgen der SU und daraus abgeleiteter Forderungen des KCZ zusätzliche TSA-Importe in Höhe von ca. 35 Mio. VM aus dem NSW in die DDR veranlaßt.

[...]

Begrenztes Kräftepotential, Zersplitterung und wiederholte Umgruppierung der Kräfte sowie nicht genügend zielstrebige und konsequente Leitungstätigkeit hatten in der Vergangenheit die Leistungsfähigkeit und die Arbeitsmoral der F/E-Kollektive im KB-W beeinträchtigt.

Die ideologische Arbeit und der persönliche Einfluß der Genossen reichten nicht aus, um diesen Erscheinungen wirksam zu begegnen. Es wurde zugelassen, F/E-Stufen einzelner TSA-ME⁵⁴³ jeweils zum geplanten oder einem späteren Termin ohne den vollständigen Nachweis der bis zu diesem Zeitpunkt zu erreichenden Arbeitsergebnisse zu bestätigen. Auf diese Weise wurden auch nicht ausgereifte TSA-ME produziert und an den Nutzer ausgeliefert.

542 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 8 Blatt. – Vermerk: ger-eh; handschriftlich: Spioda 16.9.1988 z. K. gegeben, gezeichnet (unleserlich). – Handschriftlich gezeichnet auf Blatt 8: Oberstleutnant Teller, Leiter der OD Zeiss.

543 Phasen in der Forschung und Entwicklung, bezogen auf die Herstellung von Technologischen Spezialausrüstungen der Mikroelektronik.

(So fertigte und verkaufte der KB-G den AÜR/Automatischer Überdeckungsrepeater nach dessen Überleitung in die Produktion mehr als zwei Jahre lang, obwohl dieses Gerät nicht vollständig die im Pflichtenheft geforderten Leistungen erbrachte. Der umfassende Leistungsnachweis gelang erst Ende 1987 mit einem weiterentwickelten Gerät, den AÜR/M.) Das belastet z. T. gegenwärtig noch die Beziehungen des KCZ zu den sowjetischen Partnern, aber auch zu den Anwendern in der DDR.

Wissenschaftlich-technische Risiken bei der Bearbeitung von F/E-Themen, aber auch fehlende Kräfte und die Nichterfüllung geplanter Aufgaben führten oftmals zum Abbruch des betreffenden Themas und zur Eröffnung eines neuen F/E-Themas, z. B. DKG 20 zu DKG 11 (Defektkontrollgerät). Damit wurde z. T. der tatsächliche Arbeitsstand gegenüber der Kombinatleitung verschleiert.

[...]

Insgesamt gesehen verringerte sich der Vorlauf der F/E-Prozesse gegenüber der geplanten Überführung und Produktion neuer TSA-ME. Die Bildung der FD[Fachdirektion] UA und insbesondere auch ihre (noch nicht abgeschlossene) räumliche Konzentration läßt wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet der Entwicklung von TSA-ME für die Höchstintegration erwarten. Kader der LVO⁵⁴⁴-Bereiche des KB-U, die zu UA umgesetzt wurden, lassen ebenso wie die ehemaligen Kollektive der TSA-ME-Entwicklung aus dem KB-W zunehmendes Engagement für ihre neue Arbeit erkennen. Ein Aufschwung in der politisch-ideologischen Arbeit wird ebenfalls erwartet, weil mit der Bildung der FD UA eine bedeutende Anzahl von Genossen aus dem KB-U in die ursprünglichen F/E-Kollektive eingegliedert wurde.

Der Zuwachs an Potential ist jedoch nicht mit einem kurzfristigen Leistungszuwachs bei der Entwicklung der TSA-ME verbunden. Die Kompliziertheit der Aufgaben erfordert eine längere Einarbeitungsphase (mehr als 1 Jahr) der neu eingegliederten Mitarbeiter und erhöhten Zeitaufwand der Erfahrungsträger zur Einarbeitung dieser Kräfte.

Die Erweiterung und Zusammenfassung der Kräfte hat jedoch entscheidend zum Abbau von Vorbehalten und Resignationserscheinungen in den F/E-Kollektiven beigetragen. Es herrscht Optimismus vor. Die Aufgaben werden als lösbar eingeschätzt, obwohl sie als sehr kompliziert gelten und z. T. noch wesentliche mat[eruell]-techn[ische] Voraussetzungen fehlen.

Eine bedeutsame Aufgabe der Leitungstätigkeit besteht darin, neben den dringenden Aufgaben der unmittelbaren Entwicklung von TSA-ME, die Vorlauftforschung für nachfolgende Technologieniveaus (TN), oberhalb des TN 6 (4-Megabit-Schaltkreis), nicht zu vernachlässigen.

Eine weitere wesentliche Aufgabe bildet die langfristige, zielstrebige Gewinnung weiteren wissenschaftlichen Nachwuchses für das KCZ im Zusammenwirken mit Universitäten und Hochschulen.

544 Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (vgl. Anm. 134).

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung von TSA-ME für die Höchstintegration besteht gegenwärtig folgender Erkenntnis- und Arbeitsstand:

- Die im KCZ bekannten und genutzten Verfahren der Elektronenstrahlithografie für die Herstellung von Originalschablonen und der Fotolithografie für die Vervielfältigung sind bis zum TN 6 einsetzbar. Ihre Wirkprinzipien sind ausreichend erforscht. Das Hauptproblem stellt deren technologische Realisierbarkeit dar (siehe auch VVS 861/86 des Forschungsrates der DDR).

Die zur Weiterentwicklung beider Verfahren und der entsprechenden TSA erforderlichen F/E-Programme liegen vor. Ihre mat[er]iell[en]-techn[ische] Sicherstellung ist jedoch noch nicht gewährleistet.

- Unterschiedliche Auffassungen sind noch zur Notwendigkeit des Einsatzes von UV-Licht⁵⁴⁵ in der Fotolithografie für TN 6–7 vorhanden. Die Anwendung von UV-Licht erfordert die Entwicklung einer speziellen Lichtquelle (Excimer-Laser).
- Röntgen- und Ionenstrahlithografie wird für höhere TN (ab TN 7) benötigt. Dafür muß bereits jetzt die Vorlaufforschung beginnen.
- Bei den 1987 und 1988 geplanten Investitionen (TSA-Importe) bestehen erhebliche Rückstände.

Von 102 NSW-Ausrüstungen sind 6 vorhanden und 35 vertraglich gebunden. Von 30 SW-Ausrüstungen sind 1 vorhanden und 26 vertraglich gebunden. Aus diesem Grunde beginnt die Pilotproduktion des 256-Kilobit-Schaltkreises 6/88 in Dresden mit einer Reihe provisorischer Lösungen. Die für 1988 geplante Stückzahl von 50.000 dieser Schaltkreise kann nach Quellenaussagen nicht erreicht werden (siehe auch VVS 179/88 des KCZ).

- Die im Regierungsabkommen DDR – SU vereinbarten Lieferungen zum Aufbau identischer Fertigungslinien für 1-Megabit-Schaltkreise in beiden Ländern erfolgen bisher nur teilweise. Die DDR hat 8 von 11 Ausrüstungen geliefert, die SU lieferte bisher 5 von 12 Ausrüstungen (vgl. VVS 179/88 des KCZ).

- Bestimmte TSA für die TN 5 und 6 sowie höhere TN können aufgrund verschärften Embargos nicht mehr beschafft werden. Das betrifft Justier- und Belichtungsanlagen, Implanter, Ätzer, Komplextester. Das Fehlen einzelner der genannten Anlagen verhindert eine effektive Fertigung höchstintegrierter Schaltkreise bzw. deren Fertigung überhaupt.

Das KCZ hat deshalb im Ergebnis einer Klausurtagung von 2/88 mit der Einleitung der notwendigen F/E-Arbeiten begonnen und dafür eine erste Konzeption (VVS 174/88 des KCZ) vorgelegt. Deren Bestätigung durch das MEE steht noch aus. Diese F/E-Arbeiten müssen zusätzlich zu den bereits bilanzierten Aufgaben der TSA-Entwicklung in den Plan 1988 und in die Pläne der Folgejahre aufgenommen werden, und sie sind mit erheblichem materiellem Aufwand verbunden.

545 Ultravioletter Spektralbereich.

- Allein die Entwicklung des Implanters erfordert schätzungsweise den Einsatz von 200 VbE⁵⁴⁶ F/E-Personal über einen Zeitraum von mindestens vier Jahren. Zur Verkürzung der Entwicklungszeiten strebt das KCZ eine Kooperation mit der Fa. Leybold/Hanau zur Beschaffung von Baugruppen und „Know-how“ des NSW unter Umgehung von Embargobestimmungen an. Hierbei besteht jedoch grundsätzlich das Risiko des unvermittelten Kontaktabbruchs seitens Leybold unter dem Einfluß feindlicher Kräfte sowie der Übermittlung nur eines eingeschränkten Wissensstandes. Die-sem Risiko will das KCZ mit der parallelen Entwicklung eines eigenen Implanters (u. a. TSA, wie vorstehend genannt) begegnen. Hierbei ist vorgesehen, Arbeitsergebnisse der HV A zu nutzen, woraus sich hohe Anforderungen an den Geheimnisschutz ergeben.
 - Entsprechend der von führenden Kreisen des NSW verfolgten Politik der Konfrontation und Abgrenzung sowie veranlaßt durch Berichte der Massenmedien der DDR über die erfolgreiche Bewältigung von Aufgaben der Entwicklung und Anwendung höchstintegrierter Schaltkreise erfolgten seitens des NSW zunehmende Einschränkungen des konkreten Inhalts von Veröffentlichungen zu TSA-ME. Einzelne NSW-Regierungen untersagten jeglichen Informationsaustausch mit dem SW auf diesem Gebiet. Darüber hinaus erhöhten sich die Preise der unter Umgehung der Embargobestimmungen importierten Anlagen drastisch. Damit sind der Vergleich und die Gewinnung von Erkenntnissen zu NSW-TSA schwieriger geworden. Demgegenüber ist es operativ bedeutsam, daß führende Vertreter des Siemens-Konzerns/BRD zur LFM [Leipziger Frühjahrsmesse] 88 Kooperationsangebote an das KCZ auf diesem Gebiet richteten. Vom 27.6.–2.7.88 plante deshalb eine hochrangige Delegation des KCZ, dem Siemens-Konzern einen Besuch abzustatten. Diese Reise wurde zwischenzeitlich aufgrund zentraler Entscheidungen ausgesetzt.
- [...]

546 Vollbeschäftigteneinheit (Anm. 367).

22. September 1989

Information der Abteilung XVIII/5 der BV Gera zur Lage im Kombinatbetrieb D⁵⁴⁷

Die Lage im VEB Kombinat Carl Zeiss Jena KB-D ist derzeit gekennzeichnet von

- einer unkontinuierlichen Planerfüllung bei allen wichtigen Erzeugnisgruppen;
- einer konzeptionslosen Führungs- und Leitungstätigkeit;
- einem negativen Stimmungs- und Meinungsbild unter breiten Kreisen der Belegschaft sowie
- sich häufenden Verstößen gegen die definierten Produktionsbedingungen und Arbeitsdisziplin.

Im Auskunftsbereich zum Plansicherungsbericht 9/89 des KB-D beim Generaldirektor, Gen. Prof. Dr. Dr. h. c. Biermann, wurde zum Arbeitsstand Feuerleitsystem 55 (010 A)⁵⁴⁸ zum Beispiel ausgewiesen:

Stand 1/89 – 9/89	Inland	Export	Summe
Summe, Ist	39	19	58
Summe, Soll	54	110	164
Differenz	- 15	- 91	- 106

Es wird eingeschätzt, daß trotz der Notwendigkeit, das Produktionsniveau kurzfristig weiter zu verbessern, aus gegenwärtiger Sicht ca. 30 Stück für den Export SU zum Jahresende gefährdet sind.

Weiterhin mußte kritisch festgestellt werden, daß es bis zum heutigen Zeitpunkt nicht gelungen ist, den Produktionsprozeß bei FLS 55⁵⁴⁹ zu stabilisieren. Bezogen auf die Planerfüllung 9/89 für das FLS 55 befanden sich mit Stand 11.9.1989 12 Erzeugnisse im Prozeß der Endmontage/Prüfung. Dabei ist bei allen Geräten ein mehrmaliger Durchlauf durch den Prüfzyklus, bedingt durch technische Ausfälle und sofort erforderliche Reparaturen zu verzeichnen.

Parallele Erscheinungen gibt es bei den Erzeugnisgruppen FLS 72 (09) und PALR 520⁵⁵⁰, wo ebenfalls Planrückstände bestehen. Bezogen auf diese Si-

547 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 4 Blatt. – Vermerk: ro-sei, Telefon 2117; handschriftlicher Namenszug (unleserlich). – Handschriftlich gezeichnet auf Blatt 4: Oberstleutnant Erler, Leiter der Abt.; Major Rosenkranz, Referatsleiter.

548 Bereich für die Modernisierung des Kampfpanzers T-55 A.

549 Feuerleitsystem (FLS 55) des Kampfpanzers T-55 A.

550 Panzerabwehrkrakete.

tuation wird durch eine Vielzahl von Quellen zum Ausdruck gebracht, daß neben objektiven Ursachen (Umstellung der speziellen Produktion auf den Elektromaschinenbau) subjektive Faktoren wirken, die diese Lage wesentlich begünstigen. Als entscheidender Faktor wird dabei eine sich permanent verschlechternde Führungs- und Leitungstätigkeit gesehen. Die Wirksamkeit der D-Leitung, einzelner Leiter der 1. Leitungsebene sowie der Leitungsstil des Betriebsdirektors, Gen. [A], wird wie folgt charakterisiert:

- Bei auftretenden Problemen treten alle anwesenden Leitungsmitglieder als unbeteiligte Beobachter auf und erwarten, daß die Lösung des Problems sie nicht berührt. Es ist dabei gleichgültig, um welche Art von Problemen es sich handelt, ob Produktionsprobleme, politisch-ideologische Probleme oder einfache organisatorische Fragen, wie beispielsweise die Unterbringung der Jungfacharbeiter im Monat Juli 1989, wo eine Fehlkapazität im AWH [Arbeiterwohnheim] von rund 200 Unterbringungen existierte. Es ist festzustellen, daß praktisch von der Mehrzahl der Leitungsmitglieder ohne direkte Aufforderung kein persönlicher Beitrag in Form von produktiven Ideen geleistet wird.
- Besonders durch Genossen [A] wird an Fragen der speziellen Produktion festgehalten, daß eine sachliche Diskussion zu den Modalitäten der Überleitung von Erzeugnissen der TSA [Technologische Spezialausrüstungen] nicht möglich ist. Sein autoritärer Stil führt dazu, daß die notwendigen Prozesse nicht einheitlich geführt werden können. Die meisten Mitglieder der D-Leitung sehen auf ihre Position „gespannt“ auf die Auseinandersetzung
[A] – Dr. [B].
- In Leitungsberatungen wird nur noch ein Bruchteil der eigentlich in dieser Ebene zu behandelnden Informationen beraten. Leitungsvorlagen der Fachdirektionen werden in letzter Zeit nicht mehr bearbeitet, sondern nur noch zur Kenntnis genommen.
- Es häufen sich Leitungsberatungen, die konzeptionslos geführt werden, in denen sinnlos diskutiert wird und die ohne Ergebnis ausgehen.
- Durch eine Mehrzahl der Fachdirektoren wird eingeschätzt, daß sie vor lauter Beratungen nicht mehr in der Lage sind, ihre Kollektive zu führen bzw. Festlegungen umzusetzen. Damit verbundene Resignationserscheinungen finden ihren Ausdruck in dem bereits dargestellten „Zurücklehnen“ der Leitungskader und sich häufenden Kündigungsabsichten. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß man sich der Aufgabe stellt, aber nicht unter Leitung des BD [Betriebsdirektors], Gen. [A].
- Verstärkt wird sichtbar, daß der BD, Gen. [A], in Prozesse der Fachdirektionen und einzelner Kollektive eingreift, ohne vorherige Abstimmung mit den staatlichen Leitern.

Die dargestellten Probleme der Führungs- und Leitungstätigkeit haben ihre Auswirkungen bis in die letzten Kollektive des Betriebes. Vorliegende Informationen zum Stimmungsbild unter den Werkträgern lassen folgende Schwerpunkte erkennen:

- Diskussionen zur Perspektive der speziellen Produktion und damit verbunden des Betriebes selbst;
- Diskussionen über den „Wegfall“ der LVO⁵⁵¹-Stimulierung und damit verbunden erheblicher Lohneinbußen;
- Unzufriedenheit über die Arbeit mit den Menschen im Betrieb, da Entscheidungen in der Regel über die Köpfe hinweg getroffen werden;
- Mängel in der Arbeitsorganisation und Bereitstellung von Arbeit;
- keine ausreichenden Informationen zur tatsächlichen Lage im Betrieb.

Erste Auswirkungen sind dahingehend zu verzeichnen, daß sich Fluktuationsabsichten unter den Werkträgern häufen bzw. eine steigende Zahl von Parteiaustritten (33) gegeben ist (bis 15.9.89).

Auf der Grundlage vorliegender Informationen zur Nichtauslastung hochproduktiver Maschinen sowie der Arbeitszeit wurden in Abstimmung mit der Fachdirektion Inspektion und Sicherheit speziell im Monat August verstärkte Kontrollen in den Früh-, Spät- und Nachtschichten durchgeführt. Die Kontrollergebnisse machen deutlich, daß ca. 1/3 der Technik aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in Betrieb ist. Beispielsweise einige Auszüge aus einem Kontrollbericht vom 25.8.89 im Bereich DF zur Auslastung der dem Bereich Vorfertigung zugeordneten Technik. Die Kontrolle erfolgte durch den Bereich DX und DT.

In der Nachtschicht liefen 58 % der Maschinen.

In der Frühschicht liefen 74,3 % der Maschinen.

In der Spätschicht liefen 59,5 % der Maschinen.

Als weiteres Kontrollergebnis wurde in der Nachtschicht im Bereich DF 1-FS um 5.40 Uhr festgestellt:

- Der Meisterbereich saß geschlossen am Pausentisch. Die Maschinen waren bereits gesäubert und übergeben.
- Die Arbeitszeit geht bis 6.00 Uhr.
- Nach Aussage des Schichtleiters wurde in der Nachtschicht eine Höchstleistungsschicht gefahren!

Im Ergebnis einer Komplexkontrolle am 30.8.89 durch unser Organ gemeinsam mit der Fachdirektion Inspektion und Sicherheit konnte eine Verbesserung hinsichtlich der Auslastung der Maschinen und Arbeitszeit festgestellt werden. Es wurde sichtbar, daß die gegebenen Hinweise aus früheren Kontrollergebnissen von den staatlichen Leitern im wesentlichen umgesetzt wurden.

Durch Quellen wird verstärkt hervorgehoben, daß im Produktionsprozeß der Erzeugnisse FLS 55, FLS 72 und PALR 520 Verstöße gegen die Einhaltung definierter Produktionsbedingungen zunehmen und sich negativ auf die Qualitätssicherung auswirken. Als wesentliche Ursachen werden hierfür angesehen:

- die derzeitige Situation in der Planerfüllung und der damit verbundene Druck auf die Kollektive zum beschleunigten Durchlauf der Geräte, insbe-

⁵⁵¹ Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (vgl. Anm. 134).

sondere im Montage- und Prüfprozeß. Das Ergebnis sind erhöhte Rückweisquoten durch die TKO⁵⁵² und Militärabnahme und ein erhöhter Mehraufwand an Reparaturleistungen;

- der Einsatz nicht qualifizierter Kader, zum Beispiel am Erzeugnis FLS 55, obwohl durch unser Organ ca. 1.300 Werk tätige des KB-D Gera für dieses Erzeugnis bestätigt sind, erfolgen ständig Neueinreichungen mit der Bemerkung: „Wir brauchen qualifizierte Leute“;
- erhebliche Mängel und Mißstände in der Einzelteilesteuerung, insbesondere bei den Erzeugnissen FLS 55 und PALR 520. Ersichtlich wurde hier, daß keine exakte Nachweisführung vorhanden ist.

552 Technisches Kontrollorgan (Gütekontrolle).

12. November 1989

Tagesbericht der Abteilung XVIII der BV Gera zur Lage:
Information zu Ergebnissen einer Auswertung des
Generaldirektors des Kombines Carl Zeiss Jena,
Genossen Biermann, vor der Kombinatleitung zu
wesentlichen Momenten der ZK-Tagung⁵⁵³

Durch den Generaldirektor wurde eingeschätzt, daß die ZK-Tagung von heftigen Auseinandersetzungen der ZK-Mitglieder geprägt war, so daß mit Beendigung der ZK-Tagung noch keine endgültigen Ergebnisse zum Aktionsprogramm festgeschrieben wurden. Die weitere Arbeit am Aktionsprogramm erfolgte in der Nacht vom 10. zum 11.11.1989, so daß bis zum Zeitpunkt der Lageeinschätzung das Aktionsprogramm noch nicht vorlag.

Durch den Generaldirektor wurde eingeschätzt, daß das Zentralkomitee „durch die Straße erpressbar sei“, da das Zentralkomitee weder eine Parteikonferenz noch einen vorgezogenen Parteitag einberufen wollte. Er verwies weiterhin darauf, daß sich die Wirtschaftsstrategie auf eine marktorientierte Planung ausrichten soll. In der Rede des Genossen Modrow werden erste inhaltliche Schwerpunkte dieser marktorientierten Planung fixiert.

Konkrete Aussagen zu der marktorientierten Planung sollen sich im Aktionsprogramm des Zentralkomitees widerspiegeln.

Ein weiterer Schwerpunkt der ZK-Tagung bestand in der Auseinandersetzung über Verfehlungen führender Genossen, insbesondere des Politbüros, des Zentralkomitees und des Ministerrates.

Kein Schwerpunkt bzw. kein Gegenstand der ZK-Tagung bildeten die Fragen des Ablaufes der letzten Wahlen. Dies wird durch den Generaldirektor darauf zurückgeführt, da ansonsten für Genossen Egon Krenz die Vertrauensfrage stehen würde.

Zur wirtschaftlichen Situation wurden durch den Generaldirektor gegenüber der Kombinatleitung folgende Aussagen getroffen:

- Die DDR ist mit 40 Milliarden Valutamark auslandsverschuldet.⁵⁵⁴ In diesem Zusammenhang hat sie jährliche Zinsen in Höhe von 4,8 Mrd. VM [Valutamark] zu zahlen.
- Die Valutaeinnahmen belaufen sich im Jahre 1989 auf ca. 11 bis 12 Mrd. VM.

553 BStU, ASt Gera, OD Zeiss, unerschlossenes Material, 3 Blatt. – Vermerk: (An die) Lagegruppe OES; ill-gu, Telefon 2113. – Gezeichnet auf Blatt 3: Oberstleutnant Erler, Leiter der Abt.

554 Nach dem sogenannten „Schürerpapier“ betrug die Nettoverschuldung der DDR 49 Mrd. DM. Hinweise zur Validität dieser und anderer Angaben finden sich in: Haendcke-Hoppe-Arndt: Hauptabteilung XVIII (MfS-Handbuch, III/10), S. 116.

- Die innere Verschuldung der DDR liegt bei 120 Mrd. Mark, die über Sparguthaben abgedeckt werden.
 - 58 Mrd. Mark werden für Subventionen in diesem Jahr verausgabt.
- Ausgehend von dieser Situation schätzt der Generaldirektor ein, daß eine Stabilisierung der ökonomischen Lage nur mit Hilfe der Bundesrepublik möglich ist, was unter anderem mit beinhaltet, daß entsprechende Manager von Konzernen Unterstützung für eine marktorientierte Arbeit geben müssen.
- Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zu Privilegien von führenden Politbüromitgliedern und der Tatsache, daß sich der Generaldirektor durch diese ausgenutzt fühlt, deutete der Generaldirektor in der Kombinatleitungssitzung an, daß er möglicherweise seine persönlichen Konsequenzen ziehen wird.
- So führte er an, daß er eventuell beabsichtigt, mit seiner Ehefrau in die Wohnung seines Sohnes nach Berlin zu ziehen.

Situation zur Lage im Kombinat Carl Zeiss Jena

Durch die Quelle wird eingeschätzt, daß auf Grund der großen Anzahl von Bürgern, die die DDR verlassen haben, es auch zu einer komplizierten Situation im Kombinat Carl Zeiss Jena gekommen ist. Dies bezieht sich insbesondere auf den Verlust von Spezialisten in den Produktionsbereichen.

Aus diesem Grunde macht es sich nach Auffassung der Quelle zwingend erforderlich, eine genaue Bestandsaufnahme vorzunehmen, um Entscheidungen herbeizuführen, welche Erzeugnislinien des Kombinales stabil weiter produziert werden können.

Gleichzeitig macht sich eine drastische Reduzierung des Verwaltungsapparates notwendig, dessen Einsatz im Kombinat selbst kurzfristig nicht gegeben ist (möglicher Einsatz im Dienstleistungssektor).

Zur Gewährleistung der Arbeitskräfte in der Produktion würde es sich dringend erforderlich machen, ausländische Arbeitskräfte zum Einsatz zu bringen.

Die konkrete Planung für das Kombinat für das Jahr 1990 wird dadurch erschwert, daß die neue Regierung noch nicht gebildet ist und somit keine klaren Vorgaben zu Planinhalten und der Arbeitskräfteentwicklung vorhanden sind.

Aus diesem Grund liegen durch die einzelnen Kombinatbetriebe lediglich ihre Leistungsangebote vor.

Bezogen auf den Kombinatbetrieb D Gera gibt es folgende Vorstellungen:

- Der Kombinatbetrieb D bleibt für 1990 noch ein LVO⁵⁵⁵-Betrieb mit einer industriellen Warenproduktion (spezielle Produktion) von ca. 260 bis 280 Mio. Mark (geplant waren ca. 320 Mio. Mark).

555 Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (vgl. Anm. 134).

- Die Produktionsübernahme aus Bereichen der Mikroelektronik zur Produktion von Bondern und Vielfachsondentastern (Größe der IWP⁵⁵⁶ wird noch nicht ausgewiesen).
- Der im D-Betrieb befindliche Forschungsbereich UE wird für die Entwicklung der erforderlichen Justier- und Prüfmittel letztgenannter Aufgabenstellung eingesetzt.
- Offen ist der Einsatz des Forschungspotentials von der Hauptabteilung UP (geplant war die Entwicklung von Implantern und Plasmaätzern für die Mikroelektronik).

Der Quelle in Schlüsselposition, die unter anderem in diesem Bereich mitverantwortlich zeichnet, war bis zum heutigen Zeitpunkt nicht bekannt, daß es zwischen dem Generaldirektor des Kombirates, Genossen Biermann, und dem 1. Sekretär der Bezirksleitung, Genossen Postler, eine Vereinbarung geben soll, die den Bieblacher Betriebsteil zu einem Kfz-Ersatzteilbetrieb umprofilieren soll.

(Siehe ND vom 11.11.1989!⁵⁵⁷).

Die Quelle hält eine solche Entscheidung für unakzeptabel und ökonomisch nicht vertretbar (unter anderem geschaffene Reinsträume).

556 Industrielle Warenproduktion.

557 Diskussionsbeitrag von Erich Postler auf der 10. Tagung des ZK der SED. In diesem Beitrag zur Lage im Bezirk führte er u. a. aus: „Zu überlegen wäre auch, ich bin darüber mit Genossen Wolfgang Biermann einig, einen in Gera-Bieblach im Bau befindlichen Betrieb des Zeisskombirates für den wissenschaftlichen Gerätebau (sic!) vorteilhafter zugunsten der Erhöhung der Pkw-Produktion (Ersatzteile und Zulieferungen) zu nutzen.“ In: Neues Deutschland vom 11./12. 11.1989, S. 7f., hier 8.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

äABO	Äußere Absatz- und Bezugsorgane	BV	Bezirksverwaltung
Abt. M	Postkontrolle	CAD	Computer Aided Design
Abt. X	Internationale Verbindungen	CAM	Computer Aided Manufacturing
Abt. XII	Zentrale Auskunft/Speicher	COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy (for Multilateral Export Controls)
ABV	Abschnittsbevollmächtigter		
AdW	Akademie der Wissenschaften	DFA	Dringende Familienangelegenheiten
AG	Arbeitsgruppe	DIES	Entwurfssoftware des Kombines Carl Zeiss Jena, das sogenannte „Paket Archimedes“
AGG	Arbeitsgruppe Geheimnisschutz		
AHB	Außenhandelsbetrieb		
AI	Auswertung und Information	DKG	Defektkontrollgerät
AIM	Archivierter IM-Vorgang	DRAM	Dynamic Random Access Memory
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe	DSt	Dokumentenstelle
APO	Abteilungsparteiorganisation	DVP	Deutsche Volkspolizei
ASIC	Anwenderspezifische Schaltkreise	EDVA	Elektronische Datenverarbeitungsanlage
ASt	Außenstelle	EMD	Elektromat Dresden
AÜR	Automatischer Überdeckungsrepeater	ESER	Einheitliches System der elektronischen Rechen-technik
AWH	Arbeiterwohnheim	EUREKA	European Research Coordination Agency
AWP	Abgesetzte Warenproduktion	F/E	Forschung und Entwicklung
BA	Bundesarchiv	FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
BD	Betriebsdirektor		
BdL	Büro der Leitung	FD	Fachdirektion/Fachdirektor
BL	Betriebsleitung		
BND	Bundesnachrichtendienst	FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
BS	Betriebsschutz	FDJ	Freie Deutsche Jugend
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	FLS	Feuerleitsystem; z. B. das des Kampfanzers T-72 (FLS 72)
		FoMu	Forschungsmuster

FSU	Friedrich-Schiller-Universität Jena	IKL	Industriekreisleitung
FZ	Forschungszentrum	IM	Inoffizieller Mitarbeiter
GD	Generaldirektor	IME	Inoffizieller Mitarbeiter für besonderen Einsatz
GG	Gemischte Gesellschaft	IMF	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
GI	Geheimer Informator		
GKdos	Geheime Kommandosache		
GM	Geheimer Mitarbeiter		
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit	IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens
GO	Grundorganisation		
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland		
GST	Gesellschaft für Sport und Technik	IMS	Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit
GT	Geheimnisträger	IWP	Industrielle Warenproduktion
GVS	Geheime Verschlusssache		
HA	Hauptabteilung	JGW	Jenaer Glaswerke
HA I	Hauptabteilung Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen	KB-A	Kombinatsbetrieb für (kombinatsinterne) Instandhaltung
HA II	Hauptabteilung Spionageabwehr, ausländische Vertretungen, akkreditierte Journalisten	KB-D	Kombinatsbetrieb für Spezielle Produktion
		KB-G	Kombinatsbetrieb für optischen Präzisionsgerätebau; zivil- und militärtechnische Produktion
HA IX	Untersuchungsorgan		
HA VI	Paßkontrolle, Tourismus, Interhotel	KB-I	Kombinatsbetrieb für Mikroskope und wissenschaftlichen Gerätebau
HA VII	Abwehrarbeit Mdi/DVP		
HA XVIII	Hauptabteilung Volkswirtschaft, FDGB	KB-M	Kombinatsbetrieb für Mikroskope (Ende 1986 in KB-I eingegliedert)
HA XX	Hauptabteilung Staatsapparat, Parteien (außer SED), Massenorganisationen (außer FDGB), Kunst, Kultur, Kirche, Untergrund	KB-O	Kombinatsbetrieb für Optik
		KB-U	Kombinatsbetrieb für die Entwicklung wissenschaftlich-technischer Ausrüstungen (auch Spezielles Forschungszentrum genannt)
HFIM	Hauptamtlicher Führungs-IM		
HT	Hochtechnologie		
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung	KB-UA	Fachdirektion A des Kombinatsbetriebes U
HVD	Hochvakuum Dresden	KB-W	Forschungszentrum
IBM	International Business Machines	KB-Z	Kombinatsbetrieb für Zulieferungen
IG	Industriegewerkschaft	KB-ZMD	Kombinatsbetrieb Zentrum Mikroelektronik Dresden
IKF	Institut für Kosmosforschung		

KCZ	Kombinat Carl Zeiss	OES	Operativer Einsatzstab
KD	Kreisdienststelle	Oibe	Offizier im besonderen Einsatz
KfS	Komitee für Staatssicherheit (der UdSSR)	OPK	Operative Personenkontrolle
KKWH	Kombinat Keramische Werke Hermsdorf	OSD	Optischer Sternensensor
KME	Kombinat Mikroelektronik Erfurt	OV	Operativer Vorgang
KoKo	Kommerzielle Koordination	PALR	Panzerabwehr-Lenkrakete
LaFe	Laborfertigung	PID	Politisch-Ideologische Diversion
LFM	Leipziger Frühjahrsmesse	PTI	Physikalisch-Technisches Institut
Lith	Lithografie	PZF	Postzollfahndung
LOS	Stabsorgan des Generaldirektors zur Sicherung von Verschlusssachen und Kontrollaufgaben	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
LVO	Lieferverordnung (Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe)	RK	Reisekader
MaFe	Massenfertigung	SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
MdI	Ministerium des Innern	SB	Sicherheitsbeauftragter
MEB	Mikroelektronische Bauelementebasis	SDI	Strategic Defense Initiative
MEE	Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik	SdM	Sekretariat des Ministers
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen	SGAO	Staatsgeheimnisverordnung
MKF - 6	Multispektralkamera für die Fernerkundung der Erde	SGD	Stellvertretender Generaldirektor
MMM	Messe der Meister von morgen	SiKo	Sicherheitskonzeption/Sicherungskonzeption
MWT	Ministerium für Wissenschaft und Technik	SK	Sicherheitskonzeption/Sicherungskonzeption
ND	Neues Deutschland	SK-HT	Sicherheitskonzeption-Hochtechnologie
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	SPB	Schwerpunktbereich
NSA	Nichtsozialistisches Ausland	SPK	Staatliche Plankommission
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet	STAL	Staatliche Planaufgabe
NSW-RK-IM	NSW-Reisekader-IM	StGB	Strafgesetzbuch
NVA	Nationale Volksarmee	SU	Sowjetunion, auch UdSSR (Union der sozialistischen Sowjetrepubliken)
o. D.	ohne Datum	SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
OAM	Operatives Ausgangsmaterial	SWT	Sektor Wissenschaft und Technik (der HV A)
OD	Objektdienststelle	TA	Technische Analyse
		TKO	Technisches Kontrollorgan (Gütekontrolle)

TN	Technologisches Niveau	ZA	Zentralarchiv
TSA	Technische (Technologische) Spezialausrüstungen	ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz
TSA-ME	Technologische Spezialausrüstungen für die Mikroelektronik	ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
UGÜ	Ungegesetzlicher Grenzübertritt	ZBA	Elektronenstrahlbelichtungsanlage
UO	Zentrale Auswertegruppe des Kombines Carl Zeiss Jena (Forschungshochhaus, 9. Etage)	ZFTM	Zentrum für Forschung, Technologie und Mikroelektronik
ÜSE	Übersiedlungersuchen	ZK	Zentralkomitee
VbE	Vollbeschäftigteinheit	ZKI	Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse
VD	Vertrauliche Dienstsache		
VLSI	Very Large Scale Integration	ZMD	Zentrum Mikroelektronik Dresden
VM	Valutamark	ZOS	Zentralinstitut für Optik und Spektroskopie
VP	Volkspolizei		
VPKA	Volkspolizeikreisamt	ZOV	Zentraler operativer Vorgang
VS	Verschlußsache		
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe	ZSK	Zentrale Sicherheitskonzeption
VVS	Vertrauliche Verschlußsache	ZVE	Zentrale Verfahrensentwicklung
VW	Volkswirtschaft	ZWG	Zentrum für wissenschaftlichen Gerätebau
WA	Fachdirektion des Forschungszentrums W	ZZ	Zweiseitige
WOB	Strukturbereich Bauelemente und Werkstoffe des Forschungszentrums W		Zusammenarbeit

Angaben zum Autor

REINHARD BUTHMANN

Jahrgang 1951, Diplom-Ingenieur für Elektroniktechnologie, Ingenieur für Technische Optik, Diplom-Betriebswirt; 1975–1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kosmosforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR, Arbeitsschwerpunkt Optoelektronische Systeme für die Fernerkundung der Erde; nebenberufliches Engagement für die Raumfahrt, Sektionsvorsitzender für Geo- und Kosmoswissenschaften der URANIA, Mitglied der Astronautischen Gesellschaft der DDR; 1978 Austritt aus der SED, Engagement im Herbst 1989 für die Oppositionsbewegung Demokratie Jetzt, 1990 Teilnahme am Runden Tisch in Berlin-Marzahn, seit 1993 Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Arbeitsschwerpunkt Organisationsstruktur und Wirkungsweise des MfS im Bereich von Wissenschaft und Technik.